Der Doppelbeschluß der NATO - Genese, Motive und Determinanten einer umstrittenen bündnispolitischen Entscheidung

Karla Hannemann

Disbui. München
1987

UNIV.
LIBRARY
BUFF.

Digitized by the Internet Archive
in 2026

https://archive.org/details/IA41554617_0005

Der Doppelbeschluß der NATO – Genese, Motive und Determinanten einer umstrittenen bündnispolitischen Entscheidung

Inaugural – Dissertation
zur Erlangung des Doktorgrades
der Philosophie
an der Ludwig-Maximilians-Universität
zu München

vorgelegt von

Karla Hannemann
aus
Göppingen

Dissertations- und Fotodruck Frank GmbH, München 1987

Referent: Prof. Dr. Gottfried-Karl Kindermann
Korreferent: Prof. Dr. Joachim Glaubitz
Tag der mündlichen Prüfung: 10.2.1987

Für Paps

Inhaltsverzeichnis

		S.
	Vorwort	
	Einleitung	1
1.	Der Entscheidungsablauf in seinen einzelnen Phasen von 1974/75 bis zum 12. Dezember 1979	6
1.1.	Die interne Diskussion der TNF-Problematik in den Fachgremien des Bündnisses	6
	Vorgeschichte: Die Situation im Bereich der europäischen Nuklearpotentiale zu Beginn der 70-er Jahre.	6
	Schlesingers Haushaltsbericht vom 4. März 1974	14
	Der Nunn-Bericht vom Frühjahr 1974	15
	11./12. Juni 1974: 15. NPG-Sitzung in Bergen	17
	23./24. November 1974: Das Treffen von Wladiwostok	19
	Der "Schlesinger-Report" vom Frühjahr 1975	20
	16./17. Juni 1975: 17.NPG-Sitzung in Monterey	23
	21./22. Januar 1976: 18.NPG-Sitzung in Hamburg	25
	14./15. Juni 1976: 19.NPG-Sitzung in Brüssel	26
	17./18. November 1976: 20.NPG-Sitzung in London	29
	7./8. Dezember 1976: DPC-Tagung in Brüssel	30
1.2.	Europäische Ängste und amerikanische Beschwichtigungen: Die TNF-Problematik verlagert sich auf die politische Ebene	31
	Der Nunn/Bartlett-Bericht vom Frühjahr 1977	31
	10./11. Mai 1977: NATO-Ratstagung in London	31
	17./18. Mai 1977: DPC-Tagung in Brüssel	35
	11./12. Oktober 1977: 22. NPG-Sitzung in Bari	39
	Die IISS-Rede von Bundeskanzler Schmidt im Herbst 1977	41

November 1977: Die HLG nimmt ihre Arbeit auf 45
16./17. Februar 1978: Die HLG tagt auf Los Alamos 45
Frühjahr 1978: Die HLG kommt zu Grundsatzkonsens 47
18./19. April 1978: 23. NPG-Sitzung in Fredrikshavn 49
18./19. Mai 1978: DPC-Tagung in Brüssel 54
30./31. Mai 1978: NATO-Ratstagung in Washington 55

1.3. Die TNF-Modernisierung wird zum Prüfstein der Bündnissolidarität 59
Anfang Juni 1978: Carter gibt PRM-38 in Auftrag 60
August 1978: Washingtons Präferenz der "hardware"-Option 62
August 1978: Der Beschluß zur Reichweitensteigerung der Pershing II 63
Oktober 1978: Die HLG diskutiert mehrere Modernisierungsoptionen 65
18./19. Oktober 1978: 24. NPG-Sitzung in Brüssel 66
5./6. Januar 1979: Das Gipfeltreffen auf Guadeloupe 70

1.4. Die praktische Umsetzung der Modernisierungspläne und die Erarbeitung rüstungskontrollpolitischer Komponenten 75
Frühjahr 1979: Eingrenzung der "hardware"-Optionen 76
Ende Februar 1979: Die HLG einigt sich auf einen Waffenmix aus GLCM und Pershing II-XR 77
Ende 1978: Europäische Forderungen nach Rüstungskontrolle 80
April 1979: Die Bildung der "Special Group" (SG) 83
26./27. April 1979: 25. NPG-Sitzung in Homestead 85
Sommer 1979: Die Konkretisierung des Waffenmix 88
Ende September 1979: SG schließt ihre Studie ab 94
28. September 1979: Erstes Treffen zwischen HLG und SG in Brüssel 98
4. Oktober 1979: Vorlage der Berichte von HLG und SG 99
6. Oktober 1979: Die Breschnew-Offerte 99

	6. November 1979: Die Vorlage des IDD beim Nordatlantikrat	106
	13./14. November 1979: 26. NPG-Sitzung in Den Haag	110
	28. November 1979: Der NATO-Rat billigt das IDD	113
	12. Dezember 1979: Beschlußfassende Sitzung der Außen- und Verteidigungsminister der NATO in Brüssel	114
2.	Die Entscheidungsdeterminanten	119
2.1.	Exogene Rahmenbedingungen und Einflußfaktoren	119
2.1.1.	Die Veränderung der gesamtstrategischen Situation durch die Sowjetunion in den 70-er Jahren	119
2.1.1.1.	Im Schatten strategischer Parität	122
2.1.1.2.	Die qualitativ neue Bedrohung	125
2.1.1.3.	Das quantitative Ungleichgewicht	133
2.1.2.	Die sowjetische Mittelstreckenaufrüstung: Motive, Bedrohungsperzeptionen und ihr Stellenwert	140
2.1.2.1.	Die Forderung nach "gleicher Sicherheit"	141
2.1.2.2.	Bedrohung durch die FBS	142
2.1.2.3.	Warum gerade SS-20?	145
2.1.3.	Das Debakel um die Neutronenwaffe	148
2.1.3.1.	Öffentliche Kritik setzt ein	154
2.1.3.2.	Deutsch-amerikanische Irritationen	159
2.1.3.3.	Der Druck aus Moskau wächst	164
2.1.4.	Der SALT-II-Verlauf und sein Einfluß auf die Meinungsbildung innerhalb der NATO	180
2.1.4.1.	Das Primat der Rüstungskontrolle	180
2.1.4.2.	SALT ohne "linkage"	188
2.1.4.3.	SALT-II: Hemmschuh für die TNF-Modernisierungspläne der NATO?	193
2.2.	Bündnisimmanente Einflußfaktoren	197
2.2.1.	Der strategische Zwang	197
2.2.1.1.	Auf der Grundlage der "Flexible Response"	198
2.2.1.2.	Die Lücke im Eskalationsspektrum	201

2.2.1.3. SS-20: Die Angst vor der regionalen Bedrohung 204
2.2.2. Die politische Notwendigkeit 207
2.2.2.1. Die Wiederherstellung der politischen Glaubwürdigkeit 207
2.2.2.2. Demonstration der Einheit des Bündnisses 210
2.2.2.3. Das Offenhalten der rüstungskontrollpolitischen Option 213
2.2.3. Die Problematik von An- und Abkoppelung 215
2.2.3.1. Die Ausgangslage: Geographische Ungleichheit 216
2.2.3.2. Das europäische Abkoppelungsparadoxon 218
2.2.4. Der technologische Stand: Zur Chronologie der westlichen Nachrüstungssysteme 221
2.2.4.1. Die Cruise-missile (Marschflugkörper) 222
2.2.4.2. Die Pershing II 227

2.3 Institutionelle Einflußfaktoren 234
2.3.1. Die wichtigsten Gremien im Entscheidungsprozeß 234
2.3.1.1. Die Nukleare Planungsgruppe (NPG) 234
2.3.1.2. Die High Level Group (HLG) 238
2.3.1.3. Die Special Group (SG) 242
2.3.2. Die bürokratisch-politische Einflußnahme 243
2.3.2.1. Der Bundessicherheitsrat 243
2.3.2.2. Der "National Security Council" 245
2.3.3. Die Veränderung des innenpolitischen Kontextes in der Bundesrepublik 247

3. Zusammenfassende Bewertung der Ergebnisse 257

Abkürzungsverzeichnis 260
Quellen- und Literaturverzeichnis 261

Vorwort

Dank sagen möchte ich an dieser Stelle Herrn Professor Gottfried-Karl Kindermann, Vorstand des Seminars für Internationale Politik am Geschwister-Scholl-Institut für Politische Wissenschaft der Ludwig-Maximilians-Universität München, ohne dessen nachhaltige Unterstützung und Befürwortung dieses Themas die Arbeit nicht zustandegekommen wäre.

Mein aufrichtiger Dank gilt ebenso Herrn Professor Joachim Glaubitz, der sich äußerst entgegenkommend für mein Anliegen verwandt hat.

Der Universität München möchte ich meinen Dank aussprechen für die Unterstützung, die sie mir im Rahmen des Stipendienprogramms zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses zukommen ließ.

Des weiteren danke ich folgenden Persönlichkeiten und Institutionen für die hilfreiche Unterstützung, ohne welche die vorliegende Studie nicht in dieser Form hätte durchgeführt werden können: dem Beauftragten der Bundesregierung für Fragen der Abrüstung und Rüstungskontrolle im Auswärtigen Amt, Herrn Botschafter Dr. Friedrich Ruth, den zuständigen Stellen im Bundesministerium der Verteidigung, dem ehemaligen Leiter des Planungsstabes im Bundesverteidigungsministerium und heutigen Direktors des SIPRI in Stockholm, Herrn Dr. Walther Stützle, sowie dem Ständigen Vertreter der Bundesrepublik bei der NATO in Brüssel, Herrn Brigadegeneral Ruprecht Haasler.

Bedanken möchte ich mich auch bei der Bibliothekarin des Geschwister-Scholl-Instituts in München, Frau MacKenzie, bei dem Bibliothekar der Hochschule der Bundeswehr in München, Herrn Günter Thiemann, sowie bei den Mitarbeiterinnen des Amerikahauses München, die mich alle bei der Beschaffung wichtiger Unterlagen hilfreich unterstützt haben. Und nicht zuletzt gilt mein Dank Frau Christine Euringer für die schnelle und zuverlässige Ausführung der Schreibarbeiten.

München, im Oktober 1986

Einleitung

Kaum eine außen- und sicherheitspolitische Entscheidung hat seit ihrem Zustandekommen die politische Szenerie vor allem in der Bundesrepublik Deutschland mehr verändert, die öffentliche und veröffentlichte Meinung tiefer gespalten als der sogenannte *NATO-Doppelbeschluß* vom 12. Dezember 1979. Die intensive öffentliche Debatte über diese quer durch alle politischen und gesellschaftlichen Lager umstrittene Entscheidung, die teilweise das Ausmaß eines weitgehend mit Schlagworten geführten, emotionalisierten Glaubenskampfes anzunehmen drohte, hat die ausschlaggebenden strukturellen Motive, die zu diesem Beschluß der westlichen Allianz geführt haben, in den Hintergrund treten lassen.

Vor allem von Kritikern und Gegnern der Brüsseler Entscheidung wurden in zunehmendem Maße Argumente ins Feld geführt, die sich zum einen beschränkten auf den moralischen Grundsatz, daß jede Art von Aufrüstung – und in besonderer Weise die Vergrößerung der Nuklearpotentiale – verhindert werden müsse, zum anderen verwiesen sie mit Nachdruck auf die Undurchführbarkeit geschweige denn die Gewinnbarkeit einer nuklearen Auseinandersetzung und hoben mit Hilfe erdachter Szenarios den begrenzten militärischen Nutzen neuer Waffen hervor.

Sachliche Argumente wurden ersetzt durch ethisch-moralische Überzeugungen und waren geprägt von einer geradezu engelhaften Vorstellung von machtpolitischer Realität, kausale Zusammenhänge blieben weitgehend außer acht.

Was bei den Nachrüstungsgegnern apokalyptische Vorstellungen wach werden ließ, wurde von der anderen Seite als eine unabdingbare Reaktion gewertet, wolle man die Sicherheit Europas nicht aufs Spiel setzen und das Bündnis im Krisenfall politischem Druck aussetzen. Wieder andere verwiesen darauf, daß Art und Umfang der geplanten Nachrüstung nur ein Tropfen auf den heißen Stein sei und einer potentiellen Bedrohung, etwa durch die sowjetischen SS-20 Mittelstreckenraketen, nicht Stand halten könne.

So kreiste die öffentliche und wissenschaftliche Auseinandersetzung um den NATO-Doppelbeschluß fast immer um dessen Bewertung, d.h. man

beschränkte sich auf die Darstellung kontroverser Positionen, Argumentationsstränge und Planspiele.

Die Entstehungsgeschichte selbst, die Einflußfaktoren und die Rahmenbedingungen, welche zu der Brüsseler Entscheidung vom 12. Dezember 1979 geführt hatten, blieben aber in der Literatur - bis auf wenige Ausnahmen – weitgehend unerwähnt.

Doch welche Motive lagen dieser für die westliche Allianz so wichtigen Entscheidung zugrunde? Handelte es sich tatsächlich um eine spontane Reaktion auf eine vom Westen perzipierte Bedrohung durch die sowjetischen Systeme vom Typ Backfire und SS-20 oder war dies vielmehr eine längst notwendig gewordene Modernisierung der NATO-Potentiale, die durch Moskaus Mittelstreckenaufrüstung lediglich an Brisanz gewann? Stellt der Nachrüstungsbeschluß tatsächlich eine rein militärstrategische Entscheidung dar, oder waren nicht auch politisch-psychologische Motive von zentraler Bedeutung für dessen Zustandekommen? Falls auch solche Beweggründe eine Rolle gespielt haben, woraus resultierten sie? Durch welche Ereignisse wurde die NATO-Entscheidung beeinflußt oder geprägt?

Dies ist nur ein kleiner Ausschnitt von Fragen, die sich stellen und die beantwortet werden müssen, will man Ablauf und Ergebnis dieses hochkomplexen und geheimen Entscheidungsprozesses rekonstruieren und transparent machen.

Ziel und Erkenntnisinteresse dieser Arbeit soll sein, durch eine minutiöse Rekonstruktion des Entscheidungsablaufes die Rahmenbedingungen, Interessenlagen und Motive der an diesem Beschluß beteiligten Entscheidungsträger, Bürokratien und nationalen Regierungen herauszuarbeiten. Darüberhinaus sollen die entweder konkurrierenden oder komplementären politischen und militärischen Begründungen dieser Entscheidung transparent gemacht werden, und es soll der Frage nachgegangen werden, inwieweit der Ablauf des Entscheidungsprozesses das Entscheidungsergebnis per se beeinflußt oder gar determiniert hat. Das Hauptaugenmerk soll dabei auf die zentrale Rolle der Vereinigten Staaten sowie der Bundesrepublik Deutschland gelegt werden, die vor allem durch die Regierung Helmut Schmidt wichtige Anstöße und Akzente beim

Zustandekommen des Doppelbeschlusses gab.

Obwohl die Quellenlage bis heute sehr dürftig ist, da der Zugang zu Akten fehlt, und die wissenschaftliche Arbeit durch die Tatsache erschwert wird, daß nahezu alle Beratungen in den NATO-Entscheidungsgremien der Geheimhaltung unterliegen, ermöglichte die vorhandene wissenschaftliche Primär- und Sekundärliteratur, sowie das von bundesdeutschen und US-Regierungsstellen herausgegebene Informations- und Hintergrundmaterial durchaus die Rekonstruktion der wichtigsten Phasen und Stationen der Entstehung dieses Beschlusses.

Hinsichtlich Methode und theoretischer Vorgehensweise zur Untersuchung und Rekonstruktion des Entscheidungsprozesses bietet sich - wenn auch nicht idealtypisch und in Reinform, so doch als wichtiger Leitfaden und Orientierungshilfe - der entscheidungstheoretische Ansatz der amerikanischen Politologen Snyder, Bruck und Sapin an. [1)]

Die Gründe, weshalb eine Anwendung des klassischen SBS-Ansatzes nicht realisiert werden konnte, liegen in unterschiedlichen Bereichen: So konnte mit Hife des vorhandenen Materials zwar der Entscheidungsablauf nachvollzogen und die wesentlichen Einflußfaktoren konkretisiert werden, doch der von SBS vorgelegte und äußerst umfangreiche Fragenkatalog konnte in der geforderten detaillierten Form nicht beantwortet und ausgefüllt werden. Hinzu kommt, daß der für die Rekonstruktion außenpolitischer Entscheidungsprozesse notwendige Zeitaufwand zur Umsetzung des SBS-Ansatzes den Rahmen eines zeitlich begrenzten Dissertationsvorhabens sprengen müßte. So sei nur daran erinnert, daß Glenn Paige für seine Studie über den Ausbruch des Koreakrieges zehn Jahre Zeit benötigte, um dem Fragenkatalog annähernd gerecht zu werden.

Doch trotz aller Einschränkungen einer Realisierung des klassischen

---

1) Richard C. Snyder/H.W. Bruck/Burton Sapin: Foreign Policy Decision Making, The Free Press of Glencoe, 1962, S. 14 - 185;
gekürzte deutsche Fassung in: Haftendorn, Helga (Hrsg.) unter Mitarbeit von Hans Hoyng und Joachim Krause: Theorie der internationalen Politik. Gegenstand und Methoden der Internationalen Beziehungen, Hamburg 1975, S. 227 - 243.

Ansatzes konnten die drei von Snyder, Bruck und Sapin identifizierten Einflußfaktorenbündel ("settings") des Entscheidungsprozesses weitgehend konkretisiert werden:

Die Studie beginnt mit einer detaillierten analytisch-deskriptiven Darstellung der Ereignisse zwischen 1974 – dem Beginn der NATO-internen Diskussion um die sich abzeichnende militärstrategische Problematik - und der endgültigen Entscheidung der Allianz am 12. Dezember 1979, als der "Doppelbeschluß" auf einer Sondersitzung der Außen- und Verteidigungsminister der NATO in Brüssel gefaßt wurde. Dabei konnten in chronologischer Abfolge vier Phasen herausgearbeitet werden, welche den Entscheidungsablauf beeinflußten und bestimmten. D.h. bereits in diesem Teil der Untersuchung kristallisieren sich bestimmte Einflüsse heraus, welche Verlauf bzw. Ergebnis der Brüsseler Entscheidung mehr oder weniger determinierten.

Im zweiten Teil der Arbeit wird versucht, die drei von SBS identifizierten "settings" transparent zu machen. Dabei werden zunächst die *exogenen* Rahmenbedingungen und Einflußfaktoren dargestellt, welche sich auf vier wesentliche Bereiche reduzieren lassen: Zum einen die Veränderung der gesamtstrategischen Situation, welche auch mit Hilfe von Zahlen- und Tabellenmaterial verdeutlicht wird, sowie die ganz spezifische Problematik der sowjetischen Mittelstreckenaufrüstung. Zum anderen wurden Verlauf und Ergebnis der Allianzentscheidung beeinflußt durch die SALT-Verhandlungen sowie das Debakel um die Neutronenwaffe, welchem später geradezu die Rolle einer Initialzündung im westlichen Entscheidungsprozeß zukommen sollte.

Bündnisimmanent wurde die NATO-Entscheidung determiniert von Fragen und Problemen welche sich sowohl aus der militärstrategischen als auch aus der konkreten politischen Situation der Allianz ergaben. So mußte nicht nur die Realisierung der "Flexible Response" gewährleistet werden, sondern es bestand in zunehmendem Maße auch die politische Notwendigkeit, Handlungsfähigkeit und Einheit des Bündnisses zu demonstrieren. Darüber hinaus floß die Problematik von An- und Abkoppelung in den Entscheidungsprozeß ein, ein Punkt, welchem etwa bei der Frage nach Art und Umfang der Modernisierung ein wichtiger Stellenwert

zukam. Und nicht zuletzt war auch der technologische Stand der Nachrüstungssysteme für die Allianzentscheidung von Bedeutung.

Im Bereich der *institutionellen* Einflußfaktoren wird geprüft, welchen Stellenwert die wichtigsten am Entscheidungsprozeß beteiligten Gremien – NPG, HLG und SG – einnahmen. Darüber hinaus wird der Frage nach den bürokratisch-politischen Einflußnahmen der nationalen Regierungen nachgegangen. Abschließend wird noch die Veränderung des innenpolitischen Kontextes, vor allem in der Bundesrepublik, und deren Einfluß auf die Entscheidungsbildung in der Allianz dargestellt.

Um Irritationen zu vermeiden, muß an dieser Stelle noch kurz auf ein terminologisches Phänomen hingewiesen werden, nämlich die in der Literatur wechselnde Bezeichnung der einzelnen Waffenkategorien und Abkürzungen: Bis 1981 wurde für die in Europa stationierten amerikanischen Nuklearwaffen der Begriff "theatre nuclear forces" (TNF) bzw. "theatre nuclear weapons" (TNW) gebraucht. Dabei legte man der Unterscheidung zwischen interkontinentalen bzw. strategischen Waffen und den in Europa stationierten Nuklearpotentialen das Kriterium des Orts der Stationierung zugrunde. Während der SALT-Verhandlungen wurde die Reichweite dann zum bestimmenden Zuordnungskriterium der einzelnen Waffenkategorien, d.h. jedes System mit einer Reichweite von 5500 Kilometern und mehr wurde als strategisch gewertet.

Am 18. November 1981 führte Präsident Reagan erstmals den Begriff der "Intermediate-range nuclear forces" (INF) in die Diskussion ein, der dann zur offiziellen Bezeichnung für die Kategorie der Mittelstreckenwaffen wurde. Der Begriff "theatre" wurde von der Reagan-Administration mit zwei Begründungen abgelehnt: zum einen suggeriere er die Möglichkeit eines Krieges auf einem begrenzten "Kriegsschauplatz". Zum anderen sollte im Hinblick auf die INF-Verhandlungen in Genf nicht der Eindruck entstehen, das zur Verhandlung stehende Mittelstreckenpotential sei auf einen bestimmten geographischen Bereich beschränkt. Dies hatte zur Folge, daß der TNF-Begriff durch die Bezeichnung INF ersetzt wurde, ebenso wie LRINF LRTNF ablöste.

1. Der Entscheidungsablauf in seinen einzelnen Phasen von 1974/75 bis zum 12. Dezember 1979

1.1. Die interne Diskussion der TNF-Problematik in den Fachgremien des Bündnisses

Vorgeschichte: Die Situation im Bereich der europäischen Nuklearpotentiale zu Beginn der 70-er Jahre.

Betrachtet man die Bewertung der Notwendigkeit von Nuklearstreitkräften in Europa innerhalb der NATO selbst, so kann festgestellt werden, daß die Diskussion über Sinn und Zweck von Nuklearwaffen in Westeuropa kein Novum darstellt.

Als die NATO-Strategie zu Beginn der 50-er Jahre noch von der Idee der "massiven Zerstörung" geprägt war, kam den konventionellen Waffen des Bündnisses die Aufgabe des "Schildes" zu, d.h. einer sowjetischen Aggression sollte standgehalten werden, bis das "Schwert" - dargestellt von dem mit Atomwaffen ausgerüsteten amerikanischen "Strategic Air Command" (SAC) - massiv zurückschlagen konnte.

War diese Strategie zu Zeiten der nuklearen Überlegenheit der USA noch erfolgversprechend und wurde der Aufgabe der Abschreckung gerecht, so begannen Zweifel an deren Glaubwürdigkeit aufzukommen, als die Sowjetunion Mitte der 50-er Jahre mit der Entwicklung einer weitreichenden Bomberstreitkraft begann und Ende der 50-er Jahre Mittelstreckenraketen vom Typ SS-4 und SS-5 stationierte, welche mit einer Reichweite zwischen 1900 und 4100 km auch auf Europa zielten. [2)]

Vor diesem Hintergrund erhöhte sich bei den Europäern die Skepsis, inwieweit es realistisch wäre, von den Amerikanern den Einsatz ihrer strategischen Streitkräfte zum Schutz Europas zu erwarten. [3)] Diese Sorge

---

2) The Modernization of NATO's long-range theater nuklear forces. Report prepared for the subcommittee on Europe and the Middle East of the Committee on Foreign Affairs, U.S. House of Representatives, December 31, 1980, S. 7.

3) Ebd. S. 7.

über die Zuverlässigkeit der amerikanischen Sicherheitsgarantie äußerte sich in den 50-er Jahren in einem ständigen Drängen der Verbündeten, die Zahl der Atomwaffen in Europa zu erhöhen. [4)]

1957 beschloß die NATO die Aufstellung von 60 amerikanischen "Thor"-Mittelstreckenraketen in Großbritannien, 45 "Jupiter"-Raketen in Italien und in der Türkei. Diese Systeme wurden 1959 stationiert, wobei die atomaren Sprengköpfe den Amerikanern unterstellt waren, das heißt, die letztliche Entscheidung über den Einsatz sollte bei den Amerikanern liegen. [5)]

Mit der Aufstellung dieser Raketen sollte mehreren Aspekten Rechnung getragen werden: die von den sowjetischen Mittelstreckenraketen erzeugte Bedrohung sollte ausgeglichen und die amerikanischen Abschreckungsstreitkräfte sollten unterstützt werden. Den Zweck und Nutzen dieser Waffen ausschließlich im militärstrategischen Bereich zu sehen, würde dieser Situation jedoch nicht gerecht. Vielmehr spielte auch die Frage der Wiederherstellung europäischen Vertrauens in die Glaubwürdigkeit der Verteidigungsstrategie eine zentrale Rolle. Und nicht zuletzt entsprachen die USA damit der Forderung westlicher Militärs nach einer europäischen Nuklearstreitmacht, die zur Bekämpfung der Sowjetunion fähig wäre. [6)]

So hatte sich etwa der Oberkommandierende der Alliierten Streitkräfte in Europa (SACEUR), General Norstad, für Mittelstreckenraketen ausgesprochen, um die veralteten und verwundbaren Nuklearbomber zu ersetzen und ein Gegengewicht zu der wachsenden Zahl sowjetischer Mittelstreckenwaffen zu schaffen. [7)]

---

4) Krell, G./Schmidt, H.-J.: Der Rüstungswettlauf in Europa: Mittelstreckensysteme, konventionelle Waffen, Rüstungskontrolle. Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung Frankfurt/a.M.; New York 1982, S. 17.

5) The Modernization of NATO's long-range theater nuclear forces, a.a.o., S. 7.

6) The Modernization of NATO's long-range theater nuclear forces, a.a.o., S. 7/8.

Wie groß die Parallelität ist zwischen der Situation in den 60-er Jahren und der ab Mitte der 70-er Jahre geführten Diskussionen über neue Nuklearwaffen in Mitteleuropa, wird auch deutlich an der 1961 von Helmut Schmidt dargestellten Bewertung der "Thor"- und "Jupiter"-Raketen. [8] So meinte der damalige Verteidigungsminister, daß diese Waffen die Glaubwürdigkeit der amerikanischen Strategie erhöhen würden, indem sie verdeutlichten, daß die NATO sich selbst gegen eine nukleare, ausschließlich auf Europa gerichtete Bedrohung verteidigen könnte. Zugleich verwies er auf die provokative Wirkung dieser Waffen für die Gegenseite (Sowjetunion) und betonte, daß der militärische Wert sehr klein und nur von vorübergehender Bedeutung wäre, "... bis die Amerikaner die sogenannte Raketen-Lücke schließen und den sowjetischen Vorsprung bei der Produktion interkontinentalstrategischer Raketen ausgleichen." [9]

"Thor" und "Jupiter" zeichneten sich jedoch durch eine relativ hohe Verwundbarkeit aus, was ihren politischen und militärischen Wert senkte, und als Folge davon wurde das seit Anfang der 60-er Jahre in Europa stationierte amerikanische Mittelstreckenpotential 1963 abgezogen. Neue land- und seestationierte Interkontinentalraketen sollten deren Aufgabe übernehmen und so stellte die amerikanische Regierung unter Kennedy dem Alliierten Oberkommandierenden in Europa aus dem seegestützten strategischen Potential der USA 48 Polaris-Raketen zur Verfügung. [10]

Während auf amerikanischer Seite die Meinung immer mehr an Boden gewann, daß die *strategischen* US-Potentiale auch die Aufgabe der Mittelstreckenpotentiale in Europa erfüllen und mit ihnen alle sowjetischen Ziele

---

7) Krell, G./Schmidt, H.-J.: Der Rüstungswettlauf in Europa, a.a.o., S. 17.

8) siehe hierzu:
The Modernization of NATO's long-range theater nuclear forces, a.a.o., S. 8.

9) Schmidt, H.: Defense and Retaliation, 1961.

10) The Modernization of NATO's long-range theater nuclear forces, a.a.o., S. 8.
Krell, G./Schmidt, H.-J.: Der Rüstungswettlauf in Europa, a.a.o., S. 17.
Stützle, Walter: Politik und Kräfteverhältnis, a.a.o., S. 121.

abgedeckt werden könnten, begann die Sowjetunion mit einer kontinuierlichen Aufrüstung in *allen* Bereichen. [11)]

Daß die starke Betonung der strategischen Potentiale innerhalb des westlichen Bündnisses nicht unumstritten war, zeigte sich zwischen 1959 und 1963, als eine Reihe von Forderungen eine Stärkung der europäischen Nuklearfähigkeit und somit letztlich eine Stärkung von SACEUR verlangten. [12)]

Am meisten Aufsehen erregte dabei das Konzept der "Multilateral Force" (MLF), welchem die Idee zugrunde lag, SACEUR eine Flotte von 25 multinational bemannten Seebooten mit je 8 Polaris A-3-Raketen zu unterstellen.

Die Situation war damals geprägt von einem zunehmenden Mißfallen der Europäer, daß alle Nuklearfragen ausschließlich in den Händen der Amerikaner lägen, aber auch von Vorbehalten der Verbündeten gegenüber der Nukleardoktrin der NATO. Um diesen Problemen Rechnung zu tragen, aber auch um die Glaubwürdigkeit der amerikanisch-europäischen Zusammengehörigkeit zu erhöhen und die Teilnahme der Europäer an Nuklearfragen innerhalb der Allianz zu erleichtern, wurde - als indirekte Reaktion auf die MLF-Auseinandersetzung - im Dezember 1966 die *Nukleare Planungsgruppe* (NPG) eingerichtet. [13)]

Die NPG sollte ein Forum darstellen, in welchem die Mitglieder der westlichen Allianz sich an Fragen der Nuklearplanung sowie des Einsatzes von Nuklearwaffen beteiligen können. [14)]

---

11) The Modernization of NATO's long-range theater nuclear forces, a.a.o., S. 10.

12) Ebd. S. 9.

13) The Modernization of NATO's long-range theater nuclear forces, a.a.o., S. 10.
Treverton, Gregory F.: Nuclear weapons and the "gray Area", in: Foreign Affairs, Summer 1979, Vol. 57, No. 5, S. 1084.

14) The Modernization of NATO's long-range theater nuclear forces, a.a.o., S. 10/11.
siehe auch:

1974 umriß die NPG ihre Funktion folgendermaßen: [15)]

> "Seit ihrer Gründung im Dezember 1966 bildet die Nukleare Planungsgruppe ein Forum für die umfassende Prüfung und Beurteilung von Fragen der nuklearen Politik, die für das Bündnis von Interesse sind. Detaillierte Studien zu verschiedenen Aspekten der nuklearen Verteidigung, die zur Prüfung durch die Verteidigungsminister erarbeitet wurden, ermöglichten ihnen einen gründlichen Gedankenaustausch bei der Entwicklung der nuklearen Politik. Die NPG ist das wesentliche Instrument, mit dessen Hilfe die NATO-Regierungen Grundsätze und Richtlinien für die militärische Planung und Verfahren für wirksame Konsultationen und Entscheidungsfindung hinsichtlich des möglichen defensiven Einsatzes von Kernwaffen durch die NATO erarbeiten können."

Die NPG bestand ursprünglich aus vier ständigen Mitgliedern, den Vereinigten Staaten, Großbritannien, Italien und der Bundesrepublik, sowie drei Mitgliedern, welche im Rotationsverfahren alle 18 Monate wechselten.

Mit der Einrichtung dieses Konsultationsgremiums, welches auch Bündnispartner umfaßte, die keine Nuklearwaffen besaßen, wurde der Bundesrepublik erstmals die Gelegenheit gegeben, sich an der Nuklearplanung der NATO zu beteiligen. [16)]

Cartwright, J./Critchley, J.: Nuclear Weapons in Europe, Special Report, North Atlantic Assembly Papers, November 1984, S. 3.

15) Zitat nach: Kommuniqué der NPG-Tagung v. 11./12. Juni 1974 in Bergen, in: Archiv der Gegenwart (AdG) vom 19. Juni 1974, S. 18751.

16) Weißbuch 1985: Zur Lage und Entwicklung der Bundeswehr, hrsg. v. Bundesministerium der Verteidigung, S. 179.
Risse-Kappen, Th.: Déja vu: Deployment of Nuclear Weapons in West Germany. Historical Controversies, in: Bulletin of Peace Proposals, Vol. 14, No. 4, 1983, S. 333.

Die NPG formuliert bis heute *politische* Richtlinien für den möglichen Nuklearwaffeneinsatz und Verfahren der nuklearen Konsultation. Darüber hinaus befaßt sie sich mit der Entwicklung des nuklearen Kräfteverhältnisses und der Struktur der nuklearen Streitkräfte des Bündnisses. [17] Die nationalen ständigen Vertreter der NPG stimmen auf ihren regelmäßigen Sitzungen die Grundzüge ab, welche dann den zweimal jährlich tagenden Verteidigungsministern zur Billigung vorgelegt werden. [18]

Während die USA nach der Einführung von "Thor" und "Jupiter" die Weiterentwicklung von Mittelstreckenraketen eingestellt hatten, [19] begann die Sowjetunion in den 60-er Jahren, sich gerade auf diesen Raketentyp zu konzentrieren: [20]

1965 wurde mit der SS-14 erstmals eine neue Mittelstreckenrakete bei einer Parade in Moskau vorgeführt, welche sich als eine Variante der ersten beiden Stufen der SS-13-Rakete herausstellte. Die parallel dazu entwickelte SS-15 – ebenfalls eine Variante der ersten beiden Stufen der SS-13 – konnte zwei Jahre später der Öffentlichkeit zum ersten Mal präsentiert werden.

Bereits 1968 setzte unter der sowjetischen Bezeichnung "Pionier" die Entwicklung der *SS-20* ein, etwa fünf Jahre später fand ihr erster Flugversuch statt.

Bei der SS-20 handelt es sich um die ersten beiden Stufen der mobilen SS-16-Interkontinentalrakete. Sie wurde 1972/73 im Sary-Shang-Gebiet

---

17) Weißbuch 1985, a.a.o., S.179.
siehe auch: NATO. Tatsachen und Dokumente, hrsg. v. NATO Informationsservice, Januar 1976, S. 124ff.

18) Weißbuch 1985, a.a.o., S.179

19) Stützle, Walter: Politik und Kräfteverhältnis, a.a.o., S. 116.

20) siehe hierzu:
Weers, Egge: Zum Thema: Mittelstreckenraketen, in: Das Parlament, Nr. 27, vom 09.07.1983, S. 6.
Garthoff, R.: The Soviet SS-20 Decision, a.a.o., S. 111.

westlich des Balkhash-Sees in der Nähe Alma Atas erprobt und von dem amerikanischen Aufklärungssatelliten "Big Bird" als ein zweistufiger Flugkörper mit einer Länge von 25 und einem Durchmesser von 2 Metern identifiziert.

Seit Ende der 60-er Jahre gab es außerdem Hinweise auf mögliche Nachfolgesysteme für die SS-4 und die SS-5. Military Balance von 1968/69 und 1969/70 deuteten an, daß sie möglicherweise durch eine mobile Feststoffrakete mittlerer Reichweite ersetzt würden. [21)]

Neben Innovationen im Raketenbereich konnten Ende der 60-er Jahre bei der Sowjetunion jedoch auch Aktivitäten zur Verbesserung der Bomberkapazitäten beobachtet werden: Im Herbst 1969 gab es erste Hinweise darauf, daß der sowjetische *Backfire-Bomber* bereits das Reißbrett-Stadium verlassen hatte, und im Juli 1970 wurde schließlich der erste Prototyp des Backfire in der Nähe des Tupolev-Werkes in Kasan gesichtet. Military Balance 1971/72 sowie der Jahresbericht des amerikanischen Verteidigungsministers Anfang 1972 berichteten vom Testen eines Prototyps und sagten eine Einführung für 1974/75 voraus. [22)]

Um die chronologische Abfolge der Ereignisse zu wahren, soll an dieser Stelle den Geschehnissen *nach* 1974 nicht vorgegriffen werden. Doch soviel sei bereits hier betont: Betrachtet man rückwirkend die Entwicklung, Erprobung und Einführung der sowjetischen SS-20-Rakete und des Backfire-Bombers, so läßt sich schließen, daß die Entscheidung für die Entwicklung des Backfire-Bombers spätestens Mitte bis Ende der 60-er Jahre, die Entscheidung für seine Stationierung Anfang der 70-er Jahre gefallen sein muß. Und während der Plan, ein Nachfolgesystem für die SS-4/SS-5 zu entwickeln, in den 60-er Jahren entworfen worden sein muß, geht die Entscheidung für die Einführung der SS-20 nach Ansicht von Beobachtern schon auf Anfang der 70-er Jahre zurück. [23)]

---

21) Krell, G./Schmidt, H.J.: Der Rüstungswettlauf in Europa, a.a.o., S. 23.

22) Ebd. S. 23.

23) Ebd. S. 24.

Seit dem Abzug der amerikanischen Mittelstreckenraketen "Thor" und "Jupiter" war es der Sowjetunion somit gelungen, sich ein Monopol in dieser Waffenkategorie anzueignen, dem der Westen auf der *gleichen* Ebene nichts entgegenzusetzen hatte. Daß diese Situation in der Perzeption des Wesstens zunächst nicht den Stellenwert einnahm, der ihr später zukommen sollte, ist durch die Tatsache zu erklären, daß die im Mittelstreckenbereich bestehende sowjetische Überlegenheit damals noch einigermaßen durch das Übergewicht der USA bei den interkontinentalstrategischen Systemen (ICBM) ausgeglichen wurde. [24)]

Inwieweit die Sowjetunion jedoch dabei war, den Abstand zu den USA auch in diesem Bereich abzubauen, wurde spätestens im August 1973 deutlich, als US-Verteidigungsminister Schlesinger berichtete, die UdSSR hätten erstmals erfolgreiche Raketenversuche mit Mehrfachsprengköpfen (MIRV = Multiple Independently Target Re-Entry Vehicles) durchgeführt und vier neue Interkontinental-Raketentypen erprobt, nämlich die SS-16, SS-17, SS-18 und SS-19. [25)]

Vor diesem Hintergrund begann ab 1974 innerhalb des westlichen Bündnisses die Diskussion um die Modernisierung des europäischen Nuklearpotentials der NATO, welche von zwei parallel laufenden Prozessen geprägt wurde: Zum einen von dem Versuch der NATO, eine Einsatzdoktrin für die TNF-Potentiale zu entwickeln und zum anderen von der Tendenz in Washington, das amerikanische Nuklearpotential und die amerikanische Militärplanung an die veränderte Situation anzupassen.

---

24) Unter dem Begriff der "interkontinental-strategischen" Systemen (= "Intercontinental-ballistic missiles" = ICBM) versteht man all jene Nuklearsysteme, mit denen die USA und die UdSSR das jeweilige Gebiet des Gegners erreichen können.

25) siehe hierzu:
Archiv der Gegenwart vom 19.08.1973, Nr. 130, S. 247.

Schlesingers Haushaltsbericht vom 4. März 1974

Am 4. März 1974 legte der amerikanische Verteidigungsminister dem Kongreß den Jahresbericht seines Ministeriums für das Haushaltsjahr 1975 vor und kündigte darin – im Hinblick auf eine sich abzeichnende strategische Parität zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion – eine Revision der amerikanischen Militärstrategie in drei Schritten an: [26)]

1. Die Flexibilität beim Einsatz von Nuklearwaffen solle und müsse erhöht werden, d.h. das Spektrum der Einsatzoptionen müsse vergrößert werden, wolle man auch unterhalb der strategischen Ebene dem Grundsatz einer glaubwürdigen Abschreckung gerecht werden.

2. Die vorhandenen Nuklearsysteme müßten in diesem Sinne modernisiert werden und auch die für deren Einsatz notwendigen Führungs-, Kontroll- und Informationssysteme müßten verbessert werden.

3. Die Modernisierungsmaßnahmen sollten von rüstungskontrollpolitischen Maßnahmen begleitet werden, um das strategische Gleichgewicht auf einer möglichst niedrigen Ebene festzuschreiben.

Schlesingers beabsichtigte Veränderungen der nuklearstrategischen Planungen basierten auf der Vorstellung, die Nuklearschwelle in Europa zu erhöhen. D.h. die NATO sollte in die Lage versetzt werden, so spät wie möglich auf den Einsatz von TNF-Potentialen angewiesen zu sein. Um dies zu erreichen, sollten in erster Linie die konventionellen Potentiale der Allianz in Europa verbessert werden, eine Zielsetzung, die auch in den folgenden Jahren im Mittelpunkt der westlichen Militärplanung stehen sollte und die in ähnlicher Form auch von dem demokratischen Senator Sam Nunn vertreten wurde.

---

26) siehe hierzu: Report of the Secretary of Defense James R. Schlesinger to the Congress on the FY 1975 Defense Budget and FY 1975-79 Defense Program, Washington, D.C., March 4, 1974, S. 82
Haftendorn, H.: Das doppelte Mißverständnis, a.a.O., S. 249

Der Nunn-Bericht vom Frühjahr 1974

Am 2. April 1974 übermittelte Nunn, der ein Mitglied des "Committee on Armed Services" war, einen Bericht an den Streitkräfteausschuß des amerikanischen Senats mit dem Titel "Policy, Troops and the NATO-Alliance". Dieser Bericht hatte unter anderem Fragen der Gesamtkonzeption über Art und Zusammensetzung amerikanischer Nuklearwaffen in Europa zum Gegenstand und kam - ähnlich wie Schlesinger - zu dem Ergebnis, daß die konventionellen Potentiale in Europa zu gering seien, während die nuklearen Systeme einen Umfang hätten, der letztlich auf Kosten einer glaubwürdigen Abschreckung gehe. In diesem Sinne regte Nunn dazu an, die etwa 7000 sich in Europa befindlichen Nuklearsprengköpfe zu Gunsten einer konventionellen Aufstockung schrittweise abzubauen. Dementsprechend formulierte der amerikanische Senator: [27)]

> "... Some reduction of the seize and alert status of the tactical nuclear weapon force in Europe, if done very selectively, could still provide an effective deterrent and enhance the conventional capability by providing troops for conversion to combat forces."

Ausgehend hiervon sah der Kongreß sich veranlaßt, Verteidigungsminister Schlesinger mit der Untersuchung folgender Fragenkomplexe zu beauftragen: [28)]

- Erstens der Gesamtkonzeption des Einsatzes taktischer Nuklearwaffen in Europa.

---

27) Nunn, S.: Policy, Troops, and the NATO Alliance. Report to the Committee on Armed Services, U.S. Senate, 93rd Congress, 2nd Session, April 2, 1974, Washington, D.C., 1974, S. 4

28) siehe hierzu:
Rühle, Hans: Warum Nachrüstung?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. 38/1983, S. 23.

- Zweitens der Auswirkungen dieser Waffen auf die Abschreckung und auf eine starke konventionelle Verteidigung.

- Drittens der zahlen- und typenmäßigen Verringerung der nuklearen Gefechtsköpfe, welche für die Verteidigungsstruktur Westeuropas nicht wesentlich sind.

- Viertens sollten die Maßnahmen untersucht werden, die getroffen werden könnten, um ein rationales und koordiniertes Dispositiv der NATO zu entwickeln, welches geeignet ist, die angestrebte Stärkung der konventionellen Kampfkraft der alliierten Streitkräfte in Europa sinnvoll zu ergänzen.

Zu welchem Ergebnis Schlesinger bei der Untersuchung dieser Fragenkomplexe kam, dies sollte sich etwa ein Jahr später zeigen, als er im Mai 1975 seinen Bericht "The Theater Nuclear Force Posture in Europe" dem amerikanischen Kongreß vorlegte.

Währenddessen hatte sich die NPG zwischen 1967 und 1974 in der ersten Phase ihrer Arbeit damit befaßt, *Richtlinien für den Einsatz* der taktischen Nuklearwaffen in Europa zu erarbeiten. Ziel war es damals, die neue Strategie der "Flexible response" zu konkretisieren.

Ab 1974 konzentrierte sich die NPG nun darauf, *Anzahl und Typen* der für die Umsetzung der neuen Doktrin notwendigen Waffensysteme zu bestimmen, sowie der Frage nachzugehen, welche technologische Innovationen sich sinnvoll nutzen ließen, um die Überlegenheit des Warschauer Paktes auf konventionellem, aber auch auf taktisch-nuklearem Gebiet auszugleichen.
In diesem Zusammenhang hatten die NATO-Verteidigungsminister bereits am 6./7. November 1973 auf der NPG-Sitzung in Den Haag beschlossen, die Auswirkungen neuer Technologie im Bereich der nuklearen Gefechtsfeldwaffen überprüfen zu lassen. Hierzu sollten - unter amerikanischem Vorsitz - zwei Studiengruppen eingerichtet werden, wobei die eine sich unter britischer Leitung mit den *militärischen* Folgen (Military Implications of Technology = MIT) auseinandersetzen sollte, während die andere Studiengruppe unter deutscher Leitung der Frage nach den *politischen* Auswirkungen (Political Implications of Technology = PIT) nachgehen

sollte. [29]

Seitdem setzte sich die NPG regelmäßig mit der Frage auseinander, wie und in welchem Umfang die TNF-Potentiale der NATO modernisiert werden sollten, wobei bis 1977 die nuklearen Kurzstreckenraketen bzw. die nuklearen Gefechtswaffen im Mittelpunkt der Beratungen standen. [30]

11./12. Juni 1974: 15. NPG-Sitzung in Bergen

So erörterte auch die NPG am *11./12. Juni 1974* auf ihrer 15. Sitzung in Bergen (Norwegen) vor allem die Modernisierung der veralteten nuklearen TNF-Systeme unter 1000 km Reichweite, d.h. der Kurzstreckenraketen.
In diesem Zusammenhang informierte Schlesinger im Rahmen der Arbeiten von MIT und PIT die NATO-Partner eingehend über die laufenden amerikanischen Forschungsarbeiten und den Entwicklungsstand im TNF-Bereich. Dabei verwies er auf die Verbesserung der Marschflugkörperversion sowie auf die Fortschritte auf dem Gebiet der Gefechtsköpfe mit erhöhter radioaktiver Strahlung, den sogenannten "Enhanced Radiation Weapons" (ERW). Letzeren sollte später unter der Bezeichnung Neutronenwaffe noch eine besondere Bedeutung zukommen, doch zu dem damaligen Zeitpunkt fand diese Innovation bei den Verbündeten noch relativ wenig Beachtung.
Anders war die Situation hingegen bei der Entwicklung und Verbesserung der Marschflugkörpertechnologie: Die Europäer erkannten sehr bald die

---

29) Haftendorn, H.: Das doppelte Mißverständnis, a.a.O., S. 248

30) The Modernization of NATO's long-range theater nuclear forces, a.a.o., S. 15.
siehe auch:
NATO. Tatsachen und Dokumente, a.a.o., S. 126.
Risse-Kappen, Th.: Fahrplan zur Abrüstung?, a.a.o., S. 5 f.
Fragen des taktischen *Einsatzes* von Nuklearwaffen wurden verstärkt in einem von der NPG angeregten Arbeitsprogramm behandelt, dessen erste Phase im Mai 1973 abgeschlossen worden war. Die Weisung für die dritte und letzte Phase erteilte die NPG auf ihrer Sitzung in Monterey am 16./17. Juni 1975, siehe: Archiv der Gegenwart vom 17. Juni 1975, a.a.o., S. 19528.

militärischen Vorteile dieser Waffenkategorie, und vor allem das Verteidigungsministerium in Bonn setzte sich für die Option der "Advanced Cruise Missiles" (ACM) ein, da deren luft- bzw. bodengestützte Version militärische Möglichkeiten eröffnete, welche durch die seegestützte Variante – die zudem auch noch strategische Aufgaben zu erfüllen hatte – nicht gegeben waren. [31)]

Man einigte sich in Bergen schließlich darauf, die Pershing-Ia, welche etwa über eine Reichweite von 720 km verfügt, durch eine Pershing-II zu ersetzen, welche technologisch zwar verbessert werden, jedoch über die *gleiche* Reichweite wie ihr Vorgängermodell verfügen sollte. 1975 wurde auf diese Anregung hin mit dem Pershing-II-Programm begonnen. [32)]

Am *14. Juni 1974* tagte der Verteidigungs-Planungsausschuß der NATO in Brüssel und machte dabei auf die weitere Verstärkung des Warschauer Paktes aufmerksam und betonte den Fortgang eines Programmes zur Verstärkung der europäischen Verteidigung. [33)]

Wachsende Besorgnis bezüglich der militärstrategischen Entwicklung äußerte am *19. Juni 1974* auch der NATO-Rat. In seiner "Erklärung über die Atlantischen Beziehungen" verwies der Rat auf die "in den letzten zehn Jahren tiefgreifenden Veränderungen bzgl. der Umstände, welche die Verteidigung berühren" und führte weiterhin aus: [34)]

---

31) Haftendorn, H.: Das doppelte Mißverständnis, a.a.O., S. 248f

32) Stützle, Walter: Politik und Kräfteverhältnis, a.a.o., S. 116.
Fiscal Year 1982 Arms Control Impact Statements. Statements submitted to the Congress by the President Pursuant to section 36 of the Arms Control and Disarmament Act, US Government Printing Office, Washington, February 1981, S. 205.

33) Der Verteidigungs-Planungsausschuß (DPC) besteht aus den ständigen Vertretern der NATO-Mitgliedsstaaten außer Frankreich und Island und befaßt sich mit allen Fragen, die das integrierte Verteidigungssystem des Bündnisses betreffen.
NATO. Tatsachen und Dokumente, a.a.o., S. 239.
DPC = Defence Planning Committee, siehe auch:
Cartwright, J./Critchley, J.: Nuclear weapons in Europe, a.a.o., S. 3.

34) NATO. Tatsachen und Dokumente, a.a.o., S. 381, Pkt. 4.

> "... das strategische Verhältnis zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion hat nahezu einen Zustand des Gleichgewichts erreicht. Wenngleich alle Staaten des Bündnisses für einen Angriff verwundbar bleiben, hat sich infolgedessen die Art der Gefahr, der sie ausgesetzt sind, geändert. Die Probleme des Bündnisses bei der Verteidigung Europas sind demgemäß anders und ausgeprägter geworden."

Während die Sowjetunion mitten in den letzten Vorbereitungsarbeiten für die Einführung des Backfire-Bombers in die Streitkräfte des Warschauer Paktes steckte, sollte es Ende November 1974 zu einer Grundsatzvereinbarung zwischen den Vereinigten Staaten und der UdSSR kommen, welche den Keim für eine Problematik in sich barg, deren volles Ausmaß erst später sichtbar werden sollte.

23./24. November 1974: Das Treffen von Wladiwostok

Am 23./24. November 1974 trafen sich der amerikanische Präsident Ford und der sowjetische Generalsekretär Breschnew in Wladiwostok und einigten sich auf eine Grundsatzvereinbarung für SALT II. [35)]

Die Kontinuität der Entspannungspolitik sollte dokumentiert und es sollte der Versuch unternommen werden, vor dem Auslaufen des Interims-Abkommen 1977 eine neue amerikanisch-sowjetische Vereinbarung über eine Begrenzung der strategischen Waffensysteme zu erreichen.

Für beide Seiten wurden für die Dauer von zehn Jahren gleiche Höchstgrenzen für strategische Kernwaffenträger (2200) und eine darin enthaltene Anzahl von MIRV-fähigen Systemen (1320) festgelegt. Die Langstreckenbomber wurden dabei in das Kalkül miteinbezogen, jedoch als einfache Systeme gezählt, während die vorne stationierten europäischen

---

35) SALT = Strategic Arms Limitation Talks.

Systeme, die sogenannten "Forward based Systems" (FBS) ausgeklammert blieben. [36]

Mit dieser Deklaration einer interkontinental-strategischen Parität zwischen den USA und der UdSSR begann sich, nach Ansicht von Beobachtern, bereits damals die "Grauzonen"-Problematik abzuzeichnen.

Während die strategischen Waffen in den SALT-Verhandlungen ihre Berücksichtigung fanden und die konventionellen Waffen in den MBFR-[37] Gesprächen behandelt wurden, blieb der Bereich der Mittelstreckenwaffen aus dem Ost-West-Dialog ausgespart, d.h. bei einer Parität im interkontinental-strategischen Bereich mußte einer sowjetischen Überlegenheit im Mittelstreckenbereich zwangsläufig eine destabilisierende Wirkung zukommen. [38]

Der "Schlesinger-Report" vom Frühjahr 1975

Im Frühjahr 1975 legte US-Verteidigungsminister Schlesinger dem amerikanischen Kongreß den ein Jahr zuvor angeforderten Bericht zur militärstrategischen Situation in Europa vor.
In diesem Bericht mit dem Titel "The Theater Nuclear Force Posture in Europe" wurde die bereits ein Jahr zuvor von Senator Nunn ausgesprochene Befürchtung bestätigt, daß die in Europa stationierten nuklearen Kräfte der NATO gravierende Schwächen aufwiesen. Der Grund sei zum einen darin zu sehen, daß sie den seit Ende der Fünfziger Jahre veränderten Bedingungen des militärischen Verhältnisses zwischen NATO und Warschauer Pakt nicht angepaßt worden seien und daß sie zum anderen den Erfordernissen der gültigen NATO-Strategie nicht mehr

---

36) Haftendorn, Helga: Sicherheit und Entspannung, a.a.o., S. 222.

37) MBFR = "Mutual Balanced Force Reductions", Ost-West-Verhandlungen in Wien über beiderseitige und ausgewogene Truppenverminderungen. Seit 1973 wird hierzu in Wien konferiert.

38) Materialien zu den Genfer INF-Verhandlungen (INF-Brevier), Hrsg. v. Informations- und Pressestab des BMVg, September 1982, S. 3.

entsprächen. [39]

Bezogen auf die militärstrategische Notwendigkeit des TNF-Potentials meinte Schlesinger: [40]

> "... If deterrence fails, weapons with low collateral damage would reduce civilian casualties and perhaps reduce the risks of uncontrolled escalation. Further reductions in collateral damage can be made by improvements in weapon systems (e.g., reduced yields, special warhead effects such as enhanced radiation, improved delivery system accuracy)."

Ähnlich wie bereits in dem am 4. März 1974 von Schlesinger vorgelegten Haushaltsbericht für 1975, aber auch konkret auf den von Senator Nunn angelegten Fragenkatalog eingehend, legte der Verteidigungsminister einen vom Pentagon ausgearbeiteten 5-Punkte-Katalog vor, der sich mit der Verbesserung der militärstrategischen Situation der NATO in Europa befaßte: [41]

1. Die konventionellen Streitkräfte der NATO sollten modernisiert, ihre Kampfkraft erhöht werden.

2. Die TNF-Potentiale der NATO sollten einer Neuordnung unterzogen werden, ihre Überlebensfähigkeit, ihre Einsatzmöglichkeiten sowie ihre Befehls- und Kontrollsysteme sollten verbessert und die durch sie entstehenden Kollateralschäden sollten verringert werden.

---

39) Rühle, Hans: Warum Nachrüstung?, a.a.o., S. 24.
Auszüge aus dem Report "The Theater Nuclear Force Posture in Europe, Report to the Congress in Compliance with Public Law 93 - 365, April 1, 1975", in: Planning U.S. General Purpose Forces: The Theater Nuclear Forces, Budget Issue Paper, January 1977, S. 8ff.

40) Zit. nach: Tactical nuclear weapons: European Perspectives, hrsg. v. Stockholm International Peace Research Institute (SIPRI), London 1978, S. 58.

41) Schlesinger, J.R.: The Theater Nuclear Force Posture in Europe.A Report to the United States Congress, Washington, D.C., April 1975

3. Die Einsaztdoktrin für die TNF-Systeme sollte angepaßt werden an die geforderte Betonung der konventionellen Kräfte.

4. Die Einsatzdoktrin für die strategischen Streitkräfte sollte in dem Sinn einer Revision unterzogen werden, als sie die Abschreckung bei einem begrenzten Konflikt erhöhen sollten.

5. Im Rahmen von Rüstungskontrollverhandlungen sollte ein stabiles Gleichgewicht in Europa angestrebt werden.

Dieser später als "Schlesinger-Report" bezeichnete Bericht gab Anstoß zu einer Reihe von NATO-Studien und amerikanischen Modernisierungsvorschlägen, mit denen sich die Verteidigungsminister der NATO auf den NPG-Tagungen ab 1975 zu befassen hatten, und Beobachter betonten später, daß die Vereinigten Staaten zusammen mit ihren NATO-Verbündeten ab 1975 ihre Allianzpolitik im Bereich der TNF-Frage grundsätzlich zu ändern begannen. [42)]

1975 war somit das Jahr, indem die *inoffizielle* Diskussion innerhalb der NATO hinsichtlich der sowjetischen Aufrüstung in Europa und der sich daraus ergebenden Problematik einsetzte. Ausschlaggebend war dabei neben der wachsenden Aufrüstung des Warschauer Paktes auch die amerikanisch-sowjetische Kontroverse in den SALT-II-Verhandlungen über die Auslegung der Vereinbarungen von Wladiwostok zur Parität, welche die Bedeutung der "cruise missile"-Rüstungsoption besonders unterstrich. [43)]

In zunehmendem Maße wurde innerhalb des Nordatlantischen Bündnisses die Notwendigkeit erkannt, die Wirksamkeit der TNF-

---

42) Rühle, Hans: Warum Nachrüstung?, a.a.o., S. 24.
Garthoff, Raymond L.: The NATO Decision on Theater Nuclear Forces, in: Political Science Quarterly, Vol. 98, No. 2, S. 198.
Thomson, James A.: The LRTNF decision: evolution of US-theatre nuclear policy, 1975-9, a.a.o., S. 601.

43) Ruehl, Lothar: Der Beschluß der NATO zur Einführung nuklearer Mittelstreckenwaffen, in. Europa-Archiv, Folge 4/1980, S. 110.

Bewaffnung zu erhöhen und deren Überlebensfähigkeit zu verbessern, wobei zunächst in besonderem Maße die modernen amerikanischen Marschflugkörper ("Cruise-Missiles") diskutiert wurden. [44)]

Am *23. Mai 1975* sah man in der "ministerial guidance" der NATO-Verteidigungsminister den Zweck der taktisch-nuklearen Schlagkraft "in der Verstärkung der abschreckenden und defensiven Wirkung der NATO-Streitkräfte gegen einen konventionellen Großangriff sowie in der Abschreckung gegenüber der Erweiterung begrenzter konventioneller Angriffe und dem möglichen Einsatz taktischer Nuklearwaffen durch den Aggressor" und vertrat den Standpunkt, daß die nukleare Bewaffnung der Alliierten so beschaffen sein müsse, "daß die Kontrolle der Situation in den Händen der NATO verbleibt". [45)] Um dem Grundsatz der Eskalationskontrolle auf allen Ebenen gerecht zu werden, stellten die Verteidigungsminister jedoch - im Einklang bzw. als Folge der "Schlesinger-Doktrin" - auch in der von ihnen beschlossenen Minister-Richtlinie die konventionelle Verteidigung in den Mittelpunkt ihrer Bemühungen. Man war sich darin einig, in diesem Bereich die Rationalisierung, die Standardisierung, die Flexibilisierung, aber auch die Kooperation und Interoperabilität zum Hauptgegenstand der Verbesserungen zu machen.

16./17. Juni 1975: 17.NPG-Sitzung in Monterey

Am 16./17. Juni 1975 fand die *17. Sitzung der NPG in Monterey (USA)* unter Vorsitz von NATO-Generalsekretär Joseph Luns statt. [46)]

Die Sitzung begann mit dem traditionellen Vortrag des amerikanischen Verteidigungsministers über das Gleichgewicht der strategischen Nuklearpotentiale. Dabei wurden die "jüngsten Tendenzen" in den strategischen

---

44) Ebd. S. 101/102.

45) Ebd. S. 101.

46) siehe hierzu: Archiv der Gegenwart vom 17. Juni 1975, S. 19527 f. sowie Tactical nuclear weapons: European Perspectives, hrsg. v. SIPRI 1978, a.a.o., S. 58.

Programmen der USA und der Sowjetunion und deren Einwirkungen auf die Stabilität des strategischen Gleichgewichts diskutiert. Die damaligen Bemühungen der Sowjetunion zur Stärkung ihrer strategischen Offensivwaffen und die allgemeine Beschleunigung der Forschung und Entwicklung auf diesem Gebiet waren für die Minister "Anlaß zu ernster Besorgnis".

Auch bei dieser Sitzung stand der kurz zuvor erschienene "Schlesinger-Report" im Mittelpunkt der Debatte. In diesem Zusammenhang betonten die Minister die Bedeutung der Nuklearkräfte in Europa und überprüften mögliche Verbesserungen an ihrer Struktur, sowie Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit der in Europa gelagerten Nuklearwaffen. Abschließend wurde ein zukünftiges Arbeitsprogramm für die NPG einschließlich der fortlaufenden Untersuchung der Einwirkungen technologischer Verbesserungen vereinbart, die einen Einfluß auch auf die nuklearen Verteidigungsmöglichkeiten haben könnten.

Betrachtet man die Literatur und die öffentlichen Stellungnahmen in diesem Zeitraum zu sicherheitspolitischen Problemen, so fällt auf, daß die größte Aufmerksamkeit zunächst der Entwicklung im nuklear*strategischen* Bereich gegolten hat:

So machte US-Verteidigungsminister Schlesinger in einem Artikel am 15. Juni 1975 - also einen Tag vor der NPG-Sitzung - darauf aufmerksam, daß "die Sowjets mit der größten Dislozierung von verbesserten strategischen Kapazitäten in der Geschichte des nuklearen Wettrüstens begonnen haben". Neue Interkontinentalraketen - so Schlesinger weiter - würden der Sowjetunion zusammen mit westlichen Verbesserungen der seegestützten Potentiale selbst mit den Beschränkungen von Wladiwostok eine starke strategische Offensivmacht an die Hand geben. [47)]

Auf die problematische Entwicklung im eurostrategischen Bereich ging Schlesinger dabei jedoch nicht ein, d.h. nachdem er bereits 1974 die Fortentwicklung der amerikanischen Grundsätze für den Einsatz *strategischer*

---

47) Auszüge des Artikels mit dem Titel "NATO und gemeinsame Sicherheit", in: Archiv der Gegenwart vom 15.6.1975, Nr. 84, S. 106.

Nuklearwaffen angekündigt hatte, begann die Idee der *Erweiterung von Optionen auch im Bereich der nuklearen Verteidigung Europas* erst ab 1976 an Boden zu gewinnen. [48)]

21./22. Januar 1976: 18. NPG-Sitzung in Hamburg

Am 21./22. Januar 1976 befaßten sich die NATO-Verteidigungsminister auf der *18. NPG-Tagung in Hamburg* mit der Verbesserung der Struktur der NATO-Nuklearkräfte in Europa und betonten die "Weiterentwicklung der NATO-Planung im Sinne einer größeren Flexibilität und der Schaffung von zusätzlichen Optionen." [49)]

Hierzu, so meinte US-Verteidigungsminister Rumsfeld, sei es notwendig, die alten TNF-Systeme durch eine neue Generation zu ersetzen, d.h. "replacing old weapons with smaller and more accurate arms, and to replace big, dirty and inaccurate TNW's (d.h. TNF's, d. Verf.) with 'clean, neat and accurate ones'". [50)]

Damit brachte der Nachfolger Schlesingers die neue Position Washingtons zur TNF-Frage in das NATO-Gremium ein und legte in diesem Zusammenhang den Allianzpartnern ein Papier vor mit dem Titel "Improving the Effectiveness of NATO's Theater Nuclear Forces" , welches Vorschläge zur Lösung der Frage der enthielt, wie man die Überlebensfähigkeit, die Flexibilität, aber auch die militärische Effektivität der TNF-Potentiale verbessern und die politische Kontrolle wirksamer gestalten könnte. Näher erörtert und diskutiert werden sollte dieses US-Papier

---

48) siehe hierzu das Interview mit J. Schlesinger vom 6. Juni 1975 über die Nuklearstrategie der USA, in: Siegler-Dokumentation, Bd. XIII, Nr. 98, S. 119 f.
Interview mit Verteidigungsminister Georg Leber zur Frage der Anwendung von Kernwaffen vom 13. Juli 1975, in: Siegler-Dokumentation, Bd. XIII, Nr. 105, S. 136 ff.

49) siehe zur 18. NPG-Tagung in Hamburg vom 21./22.1.1976, Archiv der Gegenwart vom 22./23. Januar 1976, S. 19974.

50) Ebd., S. 19974

jedoch erst auf der Folgesitzung der NPG im Juni des gleichen Jahres. [51)]

Außerdem beschlossen die Minister "Maßnahmen für eine wichtige neue Phase der NPG-Arbeit", welche darauf ausgerichtet sein solle, eine Gesamtdarstellung der NATO-Grundsätze für den Einsatz der nuklearen Kräfte der NATO in Europa zur Verteidigung des Bündnisses zu erstellen. 52)

14./15. Juni 1976: 19.NPG-Sitzung in Brüssel

Ein halbes Jahr später, nämlich am 14./15. Juni 1976, wurde die NPG - was die Einschätzung einer sich zunehmend verändernden militärstrategischen Situation in Mitteleuropa betrifft - auf ihrer *19. Tagung in Brüssel* erstmals deutlich. [53)]

Zum ersten Mal brachten die Minister öffentlich ihre Besorgnis über die anhaltenden Erhöhungen der militärischen Stärke der Warschauer-Pakt-Streitkräfte "über den für Verteidigungszwecke gerechtfertigten Umfang hinaus" zum Ausdruck und betonten deren Auswirkungen insbesondere auf die Situation in Europa. Als Reaktion forderten sie die *Verbesserung der Wirksamkeit* der NATO-Nuklearstreitkräfte in Europa einschließlich ihrer Überlebensfähigkeit. In diesem Zusammenhang wurde das von den amerikanischen Vertretern im Januar vorgelegte Papier diskutiert, welches folgende Punkte zur Verbesserung des westlichen Nuklearpotentials in Europa vorsah: [54)]

---

51) Haftendorn, H.: Das doppelte Mißverständnis, a.a.O., S. 252

52) Ebd., S. 18974.

53) siehe Kommuniqué über die Ministerkonferenz der NPG der NATO in Brüssel am 14./15. Juni 1976, in: Europa-Archiv, Folge 19/1976, S. D534/535.

54) Anhang zum Kommuniqué der NPG-Tagung vom 14./15. Juni 1976 in: Archiv der Gegenwart vom 11. Juli 1976, S. 20340.

- Die Ablösung der Honest John- und der Sergeant-Raketen durch die Mittelstrecken-Lancer, da diese über eine sehr viel höhere Treffsicherheit verfüge und weitaus geringere Ausfälle aufweise.

- Die Ablösung der Pershing I durch die Pershing II, welche eine Treffsicherheit von 50 % für Aufschläge innerhalb von 500 Metern zum Zielpunkt besitze.

- Den Einsatz von U-Boot-stationierten Raketen anstelle von Gegenschlag-Flugzeugen, welche zwar genauer operieren, dafür aber erheblich leichter auszumachen seien.

- Die Verwendung der Cruise-Missile.

Ab 1976 wurde nach Ansicht von Beobachtern deutlich, daß im Mittelpunkt der westlichen Interessen die Rüstungsoptionen der Cruise-Missile (CM) sowie der Pershing II stehen würden. Dabei handelte es sich für die europäischen NATO-Partner jedoch zunächst nur darum, sich die *Option zu einer CM-Bewaffnung* mit Reichweiten über 600 km für die Zukunft offenzuhalten. Die Möglichkeit einer Stationierung der noch nicht ausgereiften Pershing II sollte sich demgegenüber erst allmählich ab 1978 verdeutlichen. [55)]

Doch während die westliche Allianz noch dabei war, mögliche Modernisierungsoptionen im TNF-Bereich abzuwägen und folglich noch keine konkreten Maßnahmen beschlossen hatte, begann die Sowjetunion ab 1976 bereits mit den Infrastrukturarbeiten für eine SS-20 Dislozierung, d.h. Feuerstellungen und Zufahrtswege für ein völlig neues Bedrohungspotential des Ostens wurden gebaut. [56)]

Am *31. Juli 1976* veröffentlichte die US-Abrüstungs- und Waffenkontrollbehörde ihren Jahresbericht, der durch ein Merkmal ganz besonderer Art gekennzeichnet war: [57)]

---

55) Ruehl, L.: Der Beschluß der NATO zur Einführung nuklearer Mittelstreckenwaffen, a.a.o., S. 100.

56) Weers, Egge: Zum Thema: Mittelstreckenwaffen, a.a.o., S. 6.

Unter Hinweis auf den breiten Fächer von möglichen Nuklearwaffen wurde ausgeführt, daß "die SALT-Verhandlungen sich zwar mit einem sehr wichtigen, aber doch relativ kleinen Ausschnitt" dieser Waffensysteme beschäftigen würden. Neben den strategischen Waffen gebe es noch eine ganze Reihe von Atomwaffenträgern, die zwar in der Reichweite nicht interkontinental seien, aber gleichwohl über ein massives Zerstörungspotential verfügten. Diese "substrategischen nichtkonventionellen Waffen" gingen von der Nuklearartillerie über mit Atomköpfen ausgerüstete Waffen zur Bekämpfung von Unterseebooten bis zu Raketen und Flugzeugen von kürzerer und mittlerer Reichweite.

So verfüge die UdSSR neben ihren interkontinentalen Raketen über mehr als 600 ballistische Missiles mittlerer Reichweite, die mit MIRV-Sprengköpfen ausgerüstet seien. Diese Waffen seien zwar in der UdSSR stationiert und gehörten streng genommen zu den taktischen Nuklearwaffen, hätten aber für Zentraleuropa durchaus strategische Bedeutung. Zu diesen 600 Raketen kämen rund 2000 Flugzeuge mittlerer Reichweite mit Nuklearkapazität, von denen rund 600 innerhalb der UdSSR und die übrigen in Mitteleuropa stationiert seien.

Damit wurde deutlich, daß auch die amerikanische Seite die Brisanz der Entwicklung im eurostrategischen Bereich erkannt hatte. Die Lösung sicherheitspolitischer Probleme primär auf dem Weg über SALT erreichen zu wollen, war nun nicht mehr ausreichend.

Fred Charles Ikle, Direktor der Abrüstungsbehörde unter Nixon und Ford, sprach im *September 1976* das spezifische Problem der Mittelstreckenwaffen erstmals öffentlich an und warnte vor der Überlegenheit der Sowjetunion im TNF-Bereich. Die Sowjetunion sei dabei, diese Überlegenheit bei den regionalen Nuklearstreitkräften mit neuen Waffenprogrammen auszubauen und zwar mit der SS-20 und dem Backfire-Bomber: 58)

---

57) siehe hierzu: Jahresbericht der US-Abrüstungs- und Waffenkontrollbehörde, in: Archiv der Gegenwart vom 31.7.1976, Nr. 163, S. 244.

58) Aviation Week and Space Technology vom 6. September 1976, S. 27. Zit. nach: Krell, G./Schmidt, H.-J.: Der Rüstungswettlauf in Europa,

"... gerade in dem Augenblick, in dem wir nichts unversucht lassen, diese beiden gigantischen Streitkräfte (die strategischen Waffen) einzudämmen, wächst die Stärke der Russen bei den regionalen Bombern und Raketen wie eine drohende, dunkle Wolke über Asien und Europa."

17./18.November 1976: 20.NPG–Sitzung in London

Auch die NPG diskutierte auf ihrer *20. Sitzung in London am 17./18. November 1976* die "jüngste Entwicklung bzw. Einführung von Waffen aller Art in allen Bereichen der sowjetischen Streitkräfte". [59] In ungewöhnlicher Schärfe wurde die Auffassung bekräftigt, daß die Versuche des Warschauer Paktes zur Erringung einer militärischen Überlegenheit als "destabilisierend und friedensbedrohend" anzusehen seien.

Die Diskussion über Verbesserungen der Wirksamkeit der nuklearen Kräfte im NATO-Bereich Europa wurde fortgesetzt und in diesem Zusammenhang legten die im November 1973 von der NPG eingesetzten Expertengruppen ihre "Studien über neue Technologien" vor. Darin waren sie zu dem Ergebnis gekommen, daß eine Modernisierung der taktischen Nuklearwaffen der NATO unumgänglich sei. Nach Ansicht von Experten ging es damals bereits *auch* um weitreichende INF-Systeme (800 - 2500 km), welche militärische Ziele in Osteuropa und der westlichen Sowjetunion erreichen können. [60]

---

a.a.o., S. 18.
The Modernization of NATO's long-range theater nuclear forces, a.a.o., S. 16.

59) Kommuniqué über die 20. Ministertagung der NPG der NATO in London am 17./18. November 1976, in: Europa-Archiv, Folge 4/1977, S. D93/94.

60) Risse-Kappen, Th.: Fahrplan zur Abrüstung?, a.a.o., S. 6.

7./8. Dezember 1976: DPC-Tagung in Brüssel

Nachdem sich, außer in verklausulierten Andeutungen, bis Ende 1976 kein Gremium der westlichen Allianz explizit zu der SS-20 geäußert hatte, nahmen die NATO-Partner am 7./8. Dezember 1976 in Brüssel auf der Sitzung des Verteidigungsplanungsausschusses erstmals gemeinsam zu der bevorstehenden SS-20-Dislozierung in der Sowjetunion Stellung und postulierten in ihrem Abschlußkommuniqué: 61)

> "... Auf nuklearem Gebiet sind mit dem Auftreten neuer Trägersysteme für nukleare Waffen mit Mehrfachsprengköpfen bedeutende Verbesserungen verbunden; hierzu gehört auch die zu erwartende Einführung der beweglichen Mittelstreckenrakete vom Typ SS-20, die Ziele in ganz Europa und darüber hinaus erreichen kann."

Vor diesem Hintergrund waren sich die Verteidigungsminister einig, "that NATO needed to mount a concerted military effort to assure a tolerable military balance in Europe." 62)

Ein genaues *Datum für die Dislozierung der SS-20 in Westeuropa* kann aufgrund der schwierigen Quellenlage nicht genannt werden, doch es ist davon auszugehen, daß diese Waffe Ende 1976/Anfang 1977 aufgestellt wurde. 63)

---

61) Kommuniqué über die Ministertagung des Verteidigungsplanungsausschusses der NATO in Brüssel am 7./8. Dezember 1976, in: Europa-Archiv, Folge 4/1977, S. D98.

62) Garthoff, R: The NATO Decision on Theater Nuclear Forces, a.a.o., S. 198.

63) Nach Krell, G./Schmidt, H.-J. erfolgte die SS-20-Dislozierung 1976/1977, siehe: Der Rüstungswettlauf in Europa, a.a.o., S. 24.
Bei Cartwright, J./Critchley, J.: Nuclear weapons in Europe, a.a.o., S. 17 wird das Jahr 1977 genannt.
Ebenso von Klaas G. de Vries, in: The Security of the Alliance, The Role of nuclear weapons, General Report, North Atlantic Assembly, October 1979, S. 6.
Stützle, Walter spricht vom Jahr 1976 als Einführungsdatum der SS-

1.2. Europäische Ängste und amerikanische Beschwichtigungen: Die TNF-Problematik verlagert sich auf die politische Ebene

Der Nunn/Bartlett-Bericht vom Frühjahr 1977

Im *Januar 1977* legten die amerikanischen Senatoren Bartlett und Nunn dem Senat einen Bericht vor, in dem nachgewiesen wurde, daß die Modernisierung und Verstärkung der sowjetischen Streitkräfte in den zehn Jahren davor dem Warschauer Pakt die Fähigkeit verliehen habe, "eine möglicherweise entscheidende Invasion Westeuropas ohne vorherige Verstärkung zu unternehmen". 64)

10./11.Mai 1977: NATO-Ratstagung in London

Auf Anregung des neuen amerikanischen Präsidenten Jimmy Carter wurde am 10./11. Mai 1977 in London die Frühjahrstagung des Nordatlantikrates auf höchster politischer Ebene, d.h. auf der Ebene der Regierungschefs, abgehalten. 65) Diese Tagung beschäftigte sich *nicht* mit einzelnen Rüstungsprojekten der NATO, sondern widmete sich vielmehr einer Überprüfung der Bündnispolitik. 66)

Präsident Carter benutzte dieses erste persönliche Zusammentreffen mit den Regierungschefs aller europäischen Verbündeten zu einer Darlegung der Haltung seiner Regierung gegenüber dem Bündnis und einem

---

20, siehe: Politik und Kräfteverhältnis, a.a.o., S. 121.
Military Balance weist erst in seinem Jahresbericht 1977/1978 auf die Stationierung der SS-20 in der westlichen UdSSR hin.
Ebenfalls vom Jahr 1976 spricht Peter Seidel, in: Die Diskussion um den Doppelbeschluß. Eine Zwischenbilanz, München 1982, S. 70.

64) Zit. nach einer Rede von Senator Sam Nunn vom 22. Oktober 1979 über die NATO-Verteidigungspolitik in Europa, in: Europa-Archiv, Folge 22/1979, S. D606.

65) siehe hierzu: Vance, C.: Hard choices, a.a.o., S. 65.

66) Ruehl, L.: Die Nichtentscheidung über die Neutronenwaffe. Ein Beispiel verfehlter Bündnispolitik, in: Europa-Archiv, Folge 5/1979, S. 140.

dringlichen Appell, die Verteidigungskraft des Bündnisses zu bewahren. 67)

Carter begann seine Rede mit der ausführlichen Darstellung seiner *politischen* Ziele bzgl. der Gestaltung des Verhältnisses zu Moskau und forderte eine "besondere Überprüfung der Ost-West-Beziehungen durch das Bündnis". Eine solche Untersuchung sollte vom NATO-Rat unter Hinzuziehung von nationalen Experten vorgenommen werden und sollte sich mit künftigen Tendenzen in der Sowjetunion, in Osteuropa und in den Ost-West-Beziehungen befassen sowie die Bedeutung dieser Tendenzen für das Bündnis analysieren. 68)

Da diese politischen Ziele jedoch nur vor dem Hintergrund einer glaubwürdigen Verteidigung und Abschreckung zu erreichen seien, widmete sich Carter im zweiten Teil seiner Rede der militärischen Situation von NATO und Warschauer Pakt.

Carter sprach dabei die im wesentlichen erreichte nuklearstrategische Gleichwertigkeit der Sowjetunion an, sowie die Verstärkung der TNF-Potentiale des Warschauer Paktes. Im *Mittelpunkt* seiner Ausführungen stand jedoch die Betonung der offensiv ausgerichteten *konventionellen Streitkräfte* des Ostens. 69)

Basierend auf dieser Bewertung betonte der amerikanische Präsident vor allem die Verstärkung der *konventionellen* Streitkräfte der NATO und sprach sich für die Erstellung eines langfristigen Verteidigungsprogrammes (LTDP) 70) aus, welches von den Verteidigungsministern ausgearbeitet und dem Atlantikrat im Frühjahr 1978 vorgelegt werden sollte. 71)

---

67) Dokumente zur westeuropäischen Sicherheitspolitik (II), in: Europa-Archiv, Folge 12/1977, S. D329.

68) Erklärung Carters auf der Tagung des Nordatlantikrates in London am 10. Mai 1977, in: Europa-Archiv, Folge 12/1977, S. D334.

69) Erklärung Carters auf der Tagung des Nordatlantikrates in London am 10. Mai 1977, in: Europa-Archiv, Folge 12/1977, S. D334.

70) LTDP = Long Term Defense Program

71) Erklärung Carters auf der Tagung des Nordatlantikrates in London

Den Grund für die eindeutige Priorität der konventionellen Komponente umriß Carter ein Jahr später in Washington so: [72)]

> "Ich kam zu diesem Schluß aus zwei Gründen: *Erstens*, die Länder des Warschauer Paktes, vor allem die Sowjetunion, haben ihre konventionellen Streitkräfte über alle legitimen Verteidigungserfordernisse hinaus ständig ausgebaut und modernisiert. Sie sind heute in der Lage, mit großen Panzerkräften rascher anzugreifen, als wir früher glaubten. *Zweitens*, obwohl die amerikanischen Nuklearstreitkräfte stark bleiben und von fundamentaler Bedeutung für die Abschreckung sind, wird die seit langem erkannte Rolle der konventionellen Streitkräfte in der Abschreckung eines Krieges immer wichtiger."

Das LTDP sollte die Abschreckung und die Verteidigung des westlichen Bündnisses in den achtziger Jahren stärken, indem Prioritäten gesetzt und die kombinierten Mittel am effektivsten genutzt würden. Carter forderte daher: [73)]

1. Die nationalen Programme wirkungsvoller zu kombinieren, zu koordinieren und aufeinander abzustimmen

2. Bessere Mittel und Wege zu finden, um neue Technologien in die Streitkräfte einzuführen

---

am 10. Mai 1977, in: Europa-Archiv, Folge 12/1977, S. D334 f.

72) Erklärung Carters auf der Tagung des Nordatlantikrates in Washington am 31. Mai 1978, in: Europa-Archiv, Folge 17/1978, S. D476.

73) Erklärung Carters auf der Tagung des Nordatlantikrates in London am 10. Mai 1977, in: Europa-Archiv, Folge 12/1977, S. D334.

3. Die Erhöhung der Einsatzbereitschaft der Streitkräfte

Mit Hilfe des LTDP sollten die NATO-Streitkräfte an die veränderten Verteidigungsbedingungen der achtziger Jahre angepaßt werden. Dabei wurde zwar auch die Notwendigkeit betont, Art und Zusammensetzung der nuklearen Kräfte der NATO in Europa zu modernisieren, der *Schwerpunkt* lag jedoch auf der *Stärkung der konventionellen* Verteidigungsfähigkeit. 74)

Auch Bundeskanzler Schmidt äußerte sich auf dieser Tagung unter anderem zur Entwicklung der westlichen Strategie und meinte, daß diese sich bei Festschreiben einer nuklearstrategischen Parität in ihrer "dritten Phase" befinde. Schmidt meinte: 75)

> "Dies wird in den kommenden Jahren zwangsläufig, zumindest im atlantischen und europäischen Rahmen, die politische und die militärische Rolle der strategischen Kernwaffen als einer normalen Komponente unserer Verteidigung und Abschreckung auf ein geringeres Maß reduzieren; die strategische nukleare Komponente wird dann mehr und mehr verstanden werden als ein Instrument des letzten Rückgriffs in den Händen und im Eigeninteresse und zum Schutz des Überlebens des Besitzers dieser letzten Waffe."

Bleibt festzuhalten, daß auch der Bundeskanzler aus der Erkenntnis einer "Paralysierung" des strategischen Nuklearpotentials damals noch die

---

74) Rühle, Hans: Warum Nachrüstung?, a.a.o., S. 24.
Garthoff, R.: The NATO Decision on Theater Nuclear Forces, a.a.o., S. 198.
Thomson, J.A.: The LRTNF decision: evolution of US theatre nuclear policy 1975-9, a.a.o., S. 603.
Cartwright, J./Critchley, J.: Nuclear weapons in Europe, a.a.o., S. 8.
Stützle, W.: Politik und Kräfteverhältnis, a.a.o., S. 153.

75) Erklärung von Bundeskanzler Helmut Schmidt auf der Tagung des Nordatlantikrates in London am 10. Mai 1977 (Auszug), in: Europa-Archiv, Folge 12/1977, S. D337.

Forderung nach einer Stärkung der konventionellen Verteidigungsmöglichkeiten ableitete und auf die TNF-Problematik nicht einging. 76)

In ihrem Abschluß-Kommuniqué erklärten die Regierungschefs, angesichts des ständig wachsenden Offensivpotentials des Warschauer Paktes müsse das Bündnis seine Streitkräfte auf einem angemessenen Stand halten. Sie betonten die Notwendigkeit engerer Zusammenarbeit bei der Rüstungsproduktion und beauftragten die Verteidigungsminister mit der Ausarbeitung des von Präsident Carter vorgeschlagenen, langfristigen Verteidigungsprogramms. 77)

Darüber hinaus beauftragten die führenden Staatsmänner des Bündnisses den Ständigen NATO-Rat mit einer neuen Studie der langfristigen Tendenzen im Ost-West-Verhältnis und mit einer Beurteilung ihrer Auswirkungen auf das Bündnis.

17./18. Mai 1977: DPC-Tagung in Brüssel

Am 17./18. Mai 1977 tagte der Verteidigungs-Planungsausschuß (DPC) auf Ministerebene in Brüssel. Aufgrund der in London erteilten Empfehlungen und der getroffenen Entscheidungen zur Verbesserung der Verteidigungsfähigkeit des Bündnisses vereinbarten die Verteidigungsminister, daß das Bündnis als Mittel zur Stärkung der laufenden NATO-Streitkräfteplanung und der nationalen Programme ein langfristiges

---

76) Ebd. S. D338; diese Rede wurde später immer wieder im Zusammenhang mit dem Beginn europäischer Bedenken zitiert, daß die Entwicklung im strategischen Bereich sich zwangsläufig auch auf die europäischen Sicherheitsinteressen auswirken müßte.
siehe: Klaas G. de Vries: The Security of the Alliance: The Role of Nuclear Weapons. General Report, North Atlantic Assembly, October 1979, S. 8.
Pirsch Kappen: Th.: Fahrplan zur Abrüstung?, a.a.o., S. 10.
Krell, G. Schmidt, H.-J.: Der Rüstungswettlauf in Europa, a.a.o., S. 18.

77) Kommuniqué der Ministertagung des Nordatlantikrates in London am 10./11. Mai 1977, in: Europa-Archiv, Folge 12/1977, S. 339 – 341.

Verteidigungsprogramm durchführen solle. Zu diesem Zweck beauftragten sie den Verteidigungs-Planungsausschuß in ständiger Sitzung mit der Aufstellung eines zeitlich abgestuften Verteidigungs-Aktionsprogrammes. [78)]

US-Verteidigungsminister Brown erläuterte auf dieser Tagung die Vorstellungen der amerikanischen Regierung, die er bereits am 12. Mai in einer Rede in Atlanta öffentlich dargelegt hatte. [79)] Im wesentlichen forderte er darin ein glaubwürdiges konventionelles militärisches Potential, welches nur durch eine Reihe von Verbesserungen in den verschiedensten Bereichen zu erreichen sei:

1. Verbesserung der kollektiven Kommandostruktur

2. Aufbau einer gemeinsamen Logistik

3. Erhöhung des Bereitschaftsgrades

4. Korrektur der Streitkräftedislozierung

5. Überarbeitung der Verfahren für Krisenbewältigung und Alarm

6. Stärkung der Panzerabwehr

7. Aufstockung der Munitionsvorräte

8. Verbesserung der Verstärkungsfähigkeit

9. Rationalisierung der Verteidigungsstruktur

Die Vorschläge Browns flossen sowohl in das vom DPC vereinbarte Programm für Sofortmaßnahmen ein, als auch in die von den Ministern gebilligten *Richtlinien an die NATO-Militärbehörden* für die Ausarbeitung

---

78) Kommuniqué über die Ministertagung des Verteidigungs-Planungsausschusses der NATO in Brüssel am 17./18. Mai 1977, in: Europa-Archiv, Folge 12/1977, S. D347 - D352.

79) Rede von Harold Brown auf einer Veranstaltung anläßlich der "Woche der Streitkräfte" in Atlanta (Georgia) am 12. Mai 1977 zur amerikanischen NATO-Politik (Auszüge), in: Europa-Archiv, Folge 12/1977, S. D341 - D344.

von Streitkräftezielen für den Zeitraum 1979 – 1984.

In diesen *Ministerrichtlinien 1977* [80] wurde die damalige westliche Einschätzung der Lage besonders deutlich, wenn man die Ausführungen über die "kürzliche Entwicklung der Bedrohung" liest. Darin heißt es:

> "Die Streitkräfte des Warschauer Paktes erhalten eine immer stärker werdende Offensiv-Kapazität und sind in der Lage, die sowjetische Macht global zum Tragen zu bringen. Die sowjetischen Nuklearkräfte werden mit der Zuführung neuer nuklearer Raketensysteme, die mit Mehrfachsprengköpfen ausgerüstet sind, und der zu erwartenden Indienststellung des beweglichen Mittelstreckensystems vom Typ SS-20, das Ziele in ganz Europa und darüber hinaus erreichen kann, immer weiter verbessert. *Die gesteigerte Schlagkraft der Streitkräfte des Warschauer Paktes zeigt sich jedoch am deutlichsten auf konventionellem Gebiet* (Hervorheb. d. Verf.). ..."

Obwohl das LTDP im Einklang mit der Haltung der westlichen Allianz der konventionellen Verteidigung Europas somit "höchste Priorität" einräumte, umfaßte dieses Programm auch die Modernisierung der regional gebundenen Nuklearstreitkräfte sowie die Frage von weitreichenden nuklearen Waffensystemen. [81]

Zur Behandlung dieses komplexen Fragenkatalogs wurden im Rahmen des LTDP neun Arbeitsgruppen eingerichtet, die sich aus Verteidigungsexperten zusammensetzten und dem DPC unterstellt waren: [82]

---

80) Diese liegen dem Kommuniqué des DPC vom 17./18. Mai 1977 als Anhang bei, in: Europa-Archiv, Folge 12/1977, S. D349 ff.

81) Erklärung Carters auf der Tagung des Nordatlantikrates in Washington am 31. Mai 1978, in: Europa-Archiv, Folge 17/1978, S. D476/D477.

82) siehe hierzu: Gundersen, Z.H.F.: Die militärische Perspektive, a.a.o., S. 7 – 9.

Arbeitsgruppe 1 behandelte die *Einsatzbereitschaft*, ein Bereich, dem vor allem dadurch Bedeutung zukam, als der Warschauer Pakt seine Kapazität für einen Angriff mit kurzer Vorwarnzeit erhöhen konnte.

Arbeitsgruppe 2 befaßte sich mit der *Verstärkung* der NATO-Verbände.

Arbeitsgruppe 3 bearbeitete die *Mobilisierung* der Reserven.

Arbeitsgruppe 4 erörterte die Position der *NATO zur See*.

Arbeitsgruppe 5 untersuchte die *Luftverteidigung*.

Arbeitsgruppe 6 befaßte sich mit dem *Befehls-* und *Kontrollsystem* sowie dem *Fernmeldewesen*.

Arbeitsgruppe 7 bearbeitete den Bereich der *elektronischen Kriegführung*.

Arbeitsgruppe 8 behandelte die Frage der *Rationalisierung*.

Arbeitsgruppe 9 untersuchte die Verbesserungsmöglichkeiten der *Verbrauchslogistik*.

Die zehnte Arbeitsgruppe schließlich, die *"Task-Force 10"* wurde der NPG unterstellt und hatte die Aufgabe, die taktisch-nuklearen Fähigkeiten der NATO zu überprüfen und sich mit der Modernisierung der TNF-Potentiale zu befassen.

Die "Task-Force 10" übernahm damit die Arbeit der 1973 von der NPG eingesetzten Technologie-Studiengruppe und sollte dann im Oktober 1977 zur HLG umgewandelt werden.

Beobachter meinten später, daß diese "Task-Force 10" hauptsächlich

---

Garthoff, Raymond L.: The NATO Decision on Theater Nuclear Forces, a.a.o., S. 198.
Klaas G. de Vries: The Security of the Alliance. The Role of Nuclear Weapons., a.a.o., S. 9.
Risse-Kappen, Th.: Fahrplan zur Abrüstung?, a.a.o., S. 6/7.
Vance, C.: Hard choices, a.a.o., S. 65.

auf Anregung der USA eingerichtet worden sei, da Washington fürchtete, die Verbündeten könnten das LTDP als ein Abrücken vom Grundsatz der nuklearen Abschreckung werten. [83)]

Im *September 1977* hielt sich der amerikanische Sicherheitsberater Brzezinski für drei Tage in Europa auf und traf sich mit Giscard d'Estaing, Callaghan und Bundeskanzler Schmidt. Bei diesen etwa zwei Stunden dauernden Gesprächen wollte Brzezinski seinen später gemachten Aussagen zufolge den Europäern die Politik Carters erläutern und die Haltung des Präsidenten zu weltpolitischen Fragen - etwa SALT, Mittlerer Osten, etc. - umreißen. Darüber hinaus stellten diese Gespräche für die amerikanische Seite eine Möglichkeit dar, nach dem vorausgegangenen Gipfeltreffen in London die europäische Haltung und Bewertung der Lage abzuschätzen. [84)]

11./12. Oktober 1977: 22. NPG-Sitzung in Bari

Am *11./12. Oktober 1977* hielt die NPG ihre 22. Sitzung in Bari (Italien) ab. Bei diesem Treffen der Verteidigungsminister wurde - auf Vorschlag von US-Verteidigungsminister Brown - die "Task-Force 10" in eine hochrangige Gruppe, die sogenannte *"High-Level-Group" (HLG)* umgewandelt. Die Arbeit der "Task-Force 10" sollte dadurch hervorgehoben werden, daß sie von nun an auf "hoher Ebene" tagen sollte, d.h. das Gremium sollte sich nicht wie bisher "nur" aus Mitgliedern der verschiedenen Stäbe und Delegationen in Brüssel rekrutieren, sondern es sollte zusammengesetzt sein aus hochrangigen Vertretern der nationalen Verteidigungsministerien. [85)]

Aufgabe der HLG sollte es sein, im Rahmen des langfristigen Verteidigungsprogrammes eine TNF-Modernisierung zu prüfen und Vorschläge

---

83) Thomson, J.A.: The LRTNF Decision, a.a.o., S. 605.

84) Brzezinski, Z.: Power and Principle, a.a.o., S. 293 f.

85) Haftendorn, H.: Sicherheit und Stabilität, a.a.o., S. 106.

für die Verbesserung der nuklearen Bewaffnung der NATO zu erarbeiten. [86] Dabei sollte die Notwendigkeit weitreichender TNF-Potentiale der NATO geprüft und es sollte der Frage nachgegangen werden, welche technischen, militärischen und politischen Auswirkungen alternative TNF-Potentiale hätten. [87]

Die Arbeit der HLG konzentrierte sich somit auf die Tragweite von drei für die NATO-Strategie so wichtige Faktoren: [88]

1. Die Bedingung der strategischen Parität.

2. Die anhaltende Modernisierung der sowjetischen TNF-Streitkräfte.

3. Die zunehmende *Veraltung* des vorhandenen Nuklearpotentials der NATO in Europa.

Die HLG setzte sich aus Militärexperten aus 11 Mitgliedstaaten der NATO zusammen, nämlich den USA, Großbritannien, Italien, Bundesrepublik, Niederlande, Norwegen, Kanada, Türkei, Belgien, Dänemark und Griechenland. Sie stand unter dem Vorsitz des Staatssekretärs für internationale Sicherheitspolitik im amerikanischen Verteidigungsministeriums, David McGiffert. Der Leiter der deutschen HLG-Delegation war der Leiter des Führungsstabes der Streitkräfte (FÜ S III) im BMVg, Brigadegeneral Peter Tandecki. [89] Die HLG besaß keinen ständigen Stab,

---

86) NATO-Handbuch, hrsg. v. der NATO-Informationsabteilung, Brüssel, April 1984, S. 86.
Garthoff, R.: The NATO Decision on Theater Nuclear Forces, a.a.o., S. 198.
Rühle, Hans: Warum Nachrüstung?, a.a.o., S. 24.
Cartwright, J./Critchley, J.: Nuclear Weapons in Europe, a.a.o., S. 8.
Wettig, G.: Die Auseinandersetzungen um die eurostrategische Nachrüstung der NATO, a.a.o., S. 20.
Vigereno, G.: The Bomb and the European Security, a.a.o., S. 89.
Progress report to ministers, Special Consultative Group (SCG), hrsg. v. NATO-Press-Service, Brüssel, 8. Dezember 1983, S. 5, S. 50 f.

87) Garthoff, R.: The NATO Decision on Theater Nuclear Forces, a.a.o., S. 198.

88) siehe hierzu: The Modernization of NATO's Long-Range Theater Nuclear Forces, a.a.o., S. 19.

sondern stützte sich auf bereits vorhandene Stäbe der einzelnen Verteidigungsministerien der NATO-Länder, wobei der Großteil der Stabsarbeit bereits im Vorfeld in Washington erledigt wurde. [90] Die HLG - das für den Nachrüstungsteil des Doppelbeschlusses so zentrale Gremium - war somit bereits gebildet, als der deutsche Bundeskanzler seine später als historisch bezeichnete Rede hielt, welche ihn für viele zum "Vater des Doppelbeschlusses" machen sollte.

Die IISS-Rede von Bundeskanzler Schmidt im Herbst 1977

Am *28. Oktober 1977* äußerte sich Bundeskanzler Schmidt vor dem "Institute for Strategic Studies" (IISS) in London zu aktuellen Fragen der Sicherheitspolitik. Wohl auch vor dem Hintergrund der SALT-Gespräche zwischen Washington und Moskau und aufgrund der Tatsache, daß sich die beiden Partner bereits am 27. September 1977 in wesentlichen Punkten nähergekommen waren, [91] wies Schmidt öffentlich auf die Problematik der sowjetischen TNF-Aufrüstung und die dadurch entstehenden Disparitäten hin. Unter Hinweis auf die unabdingbare Notwendigkeit der Erhaltung des politisch-militärischen Gleichgewichts meinte der Bundeskanzler: [92]

> "... Durch SALT neutralisieren sich die strategischen Nuklearpotentiale der USA und der Sowjetunion. Damit wächst in Europa die Bedeutung der Disparitäten auf nukleartaktischem und konventionellem Gebiet zwischen Ost und West. (...) Eine auf die

89) Garthoff, R.: The NATO Decision on Theater Nuclear Forces, a.a.o., S. 198 u. S. 206.

90) Vance, Cyrus: Hard Choices, a.a.o., S. 65.
Klaas G. de Vries: The security of the alliance. The Role of nuclear weapons, a.a.o., S. 9.

91) Carter, J.: Keeping faith, a.a.o., S. 220/221.

92) Ausführungen von Bundeskanzler Schmidt vor dem Institute for Strategic Studies am 28.10.1977, in: Abrüstung und Rüstungskontrolle. Dokumentation, hrsg. v. Auswärtigen Amt, Bonn, April 1981, S. 100 ff.

Weltmächte USA und Sowjetunion begrenzte strategische Rüstungsbeschränkung muß das Sicherheitsbedürfnis der westeuropäischen Bündnispartner gegenüber der in Europa militärisch überlegenen Sowjetunion beeinträchtigen, wenn es nicht gelingt, die in Europa bestehenden Disparitäten parallel zu den SALT-Verhandlungen abzubauen. Solange dies nicht geschehen ist, müssen wir an der Ausgewogenheit aller Komponenten der Abrüstungsstrategie festhalten. Das bedeutet: Die Allianz muß bereit sein, für die gültige Strategie ausreichende und richtige Mittel bereitzustellen, um allen Entwicklungen vorzubeugen, die unserer unverändert richtigen Strategie die Grundlage entziehen könnten."

Hatte Schmidt im Mai 1977 auf der Tagung der Staats- und Regierungschefs noch die Stärkung des *konventionellen* Gleichgewichts betont, [93] so sah er sich nun gezwungen, diese Ausführungen zu ergänzen: [94]

"Wir Europäer haben zu Beginn der SALT-Gespräche die enge Verbindung zwischen der Parität auf dem strategisch-nuklearen Gebiet einerseits und dem taktisch-nuklearen und konventionellen Sektor andererseits nicht klar genug gesehen oder nicht klar genug artikuliert. Es gilt jetzt die Verzahnung von SALT und MBFR klar zu erkennen und daraus die notwendigen praktischen Schlüsse zu ziehen."

---

93) Erklärungg von Helmut Schmidt auf der Tagung des Nordatlantikrates in London am 10. Mai 1977, in: Europa-Archiv, Folge 12/1977, S. D338.

94) Rede von Helmut Schmidt vor dem IISS am 28.10.1977, in: Abrüstung und Rüstungskontrolle, a.a.o., S. 101.

In der späteren Diskussion um den Doppelbeschluß der NATO wird diese "Londoner Rede" des deutschen Bundeskanzlers immer wieder als Schlüsseldatum im Entscheidungsprozeß selbst gewertet und interpretiert als eine Forderung nach der Modernisierung des NATO-TNF-Potentials. Gerade unter diesem Gesichtspunkt soll bereits an dieser Stelle betont werden, daß Helmut Schmidt auch damals *keine bestimmten Waffensysteme* gefordert hat, auch wenn dies später immer wieder in diese recht ambivalent gehaltene Rede hineininterpretiert wurde. [95)]

Vielmehr waren in der Rede des deutschen Bundeskanzlers sowohl das rüstungskontrollpolitische Element enthalten, als auch die Forderung nach der Bereitstellung von Waffen, die für die Erhaltung der NATO-Strategie notwendig seien. Damit war bereits im Oktober 1977 die Grundidee des späteren Doppelbeschlusses konzipiert worden. Die Bindung von Modernisierungsentscheidung und Rüstungskontrollangebot in einem Beschluß geht somit auf Helmut Schmidt zurück und bedeutete letztlich die Konkretisierung einer "alten", bereits im Harmel-Konzept von 1967 angelegten Idee, daß Verteidigung und Entspannung zu koppeln seien. [96)]

Schmidt artikulierte in dieser Rede – an deren Formulierung Walther Stützle, der Leiter des Planungsstabes im BMVg maßgeblich beteiligt war – vielmehr die europäische Besorgnis, die um so bedrückender war, als immer wieder deutlich wurde, daß die amerikanische Regierung die bedrohliche Entwicklung im eurostrategischen Bereich nicht teilte. [97)]

So hielten Verteidigungsminister Brown, Außenminister Vance und andere Vertreter der Carter-Regierung die Bedenken der Europäer hinsichtlich des Ungleichgewichts bei den Mittelstreckenraketen für

---

95) Risse-Kappen, Th.: Fahrplan zur Abrüstung?, a.a.o., S. 11, S. 18.
Thomson, J.A.: The LRTNF decision, a.a.o., S. 605.
Cartwright, J./Critchley, J.: Nuclear weapons in Europe, a.a.o., S. 7.

96) Risse-Kappen, Th: Fahrplan zur Abrüstung?, a.a.o., S. 11, S. 18.

97) Risse-Kappen, Th.: Fahrplan zur Abrüstung, a.a.o., S. 10/11.
siehe bereits den Brief der Vereinigten Stabschefs der amerikanischen Streitkräfte v. 28. Januar 1977 an US-Senator William Proxmire, in: Europa-Archiv, Folge 7/1977, S. D170-171.

unbegründet. Es wurde argumentiert, es sei unrealistisch, das regionale Gleichgewicht aus dem gesamtstrategischen Kontext herauszulösen, und außerdem hätten die USA mehr als genug Systeme, um die sowjetische Mittelstreckenrüstung auszugleichen. [98)]

Auch nach der Rede des deutschen Bundeskanzlers, nämlich am *3. November 1977* bezeichnete Vance in einer nicht-öffentlichen Sitzung des Auswärtigen Ausschusses des US-Senats die Verlagerung zusätzlicher Mittelstreckenbomber vom Typ F-111 aus den USA nach Europa und die Zuordnung weiterer seegestützter Poseidon-Raketen an SACEUR als ausreichend. [99)] Und auch Brzezinski räumte in seinen späteren Ausführungen ein, daß er zu diesem Zeitpunkt noch sehr skeptisch war, "that a military response based on Europe was needed ..." [100)]

Vor diesem Hintergrund standen die führenden Politiker der westlichen Allianz der US-Administration mit zunehmender Skepsis gegenüber, und der Druck auf Carter wuchs. Während auf der *politischen* Ebene somit zwischen den Westeuropäern und den Amerikanern zu dieser Zeit keinerlei Einigkeit bzgl. der Behandlung der LRTNF-Frage bestand und die Carter-Regierung bis zum Sommer 1978 auf die Forderungen der Europäer und der NATO mit äußerster Zurückhaltung reagierte, wurde in der HLG jedoch erstaunlich schnell ein Konsens erzielt. [101)]

---

98) Krell, G./Schmidt, H.-J.: Der Rüstungswettlauf in Europa, a.a.o., S. 19.
Interview v. Bundeskanzler Schmidt in einem Interview mit der Frankfurter Rundschau, Zit. nach: Eppler, E.: Die tödliche Utopie der Sicherheit, a.a.o., S. 74.

99) Kubbig, B.W.: Rüstungskontrolle und Aufrüstung: SALT, Nonproliferation und "Nachrüstung", in: Czempiel, E.-O.: Amerikanische Außenpolitik im Wandel, a.a.o., S. 55.

100) Brzezinski, Z.: Power and Principle, a.a.o., S. 307/308.

101) Risse-Kappen, Th.: Fahrplan zur Abrüstung?, a.a.o., S. 26.

November 1977: Die HLG nimmt ihre Arbeit auf

Die HLG traf sich im November 1977 zum erstenmal. Die bundesdeutsche Delegation nahm an dieser ersten Sitzung unter der Leitung von Jürgen Brandt, dem späteren Generalinspekteur der Bundeswehr, teil, der dann jedoch ab 1978 von General Peter Tandecki, dem Abteilungsleiter Militärpolitik im Führungsstab der Streitkräfte des Bundesverteidigungsministeriums abgelöst wurde. [102] Während ihrer ersten Sitzungen befaßte sich das Gremium mit einer Bestandsaufnahme des gesamten Kernwaffenspektrums in Europa und mit der Frage einer möglichen Modernisierung des TNF-Potentials. Dabei kristallisierte sich bereits sehr bald ein Fragenkatalog heraus, der auf den folgenden HLG-Treffen zu behandeln war: [103]

1. Mit welchen Waffen könnte das politische und militärische Ziel der NATO-Planer am besten erreicht werden, die Ankoppelung sowie die Implementierung der NATO-Strategie aufrechtzuerhalten?

2. Wieviel Waffen wären notwendig, um diese Doppelfunktion zu erfüllen?

3. Welche und wieviele NATO-Mitgliedstaaten sollten an der Stationierung beteiligt werden?

4. Inwieweit wäre ein selektiver Einsatz dieser neuen Systeme möglich?

16./17. Februar 1978: Die HLG tagt auf Los Alamos

Im Dezember 1977 fand das zweite Treffen in Brüssel statt und bereits auf der dritten Sitzung am *16./17. Februar 1978 in Los Alamos* (New Mexico) waren sich die Vertreter der HLG darin einig, daß die Auf-

---

102) Benien, Theo: Der NATO-Doppelbeschluß als bündnispolitische Belastungsprobe für die deutsch-amerikanischen Beziehungen, a.a.O., S. 82f

103) Ebd., S. 83

stellung neuer Waffen für die NATO dringend erforderlich sei und die amerikanische Delegation wurde damit beauftragt, Lösungsmöglichkeiten in der "hardware"-Frage auszuarbeiten und dem Gremium vorzulegen. [104)]

Die US-Beamten brachten daraufhin ein Papier zur Behandlung der TNF-Frage in die HLG ein, welches vier Alternativen zur Diskussion stellte: [105)]

1. Der Verzicht auf jegliche Modernisierung.

   Diese Option schien angesichts der wachsenden SS-20-Bedrohung nicht angemessen, zumal die Europäer nicht riskieren wollten, daß die von ihnen favorisierte Marschflugkörper-Option in SALT-II geopfert wird.

2. Der Aufbau eines ernstzunehmenden Potentials an nuklearen Gefechtsfeldwaffen.

   Diese Option wurde abgelehnt, da die Europäer keine Befürchtungen hinsichtlich eines auf Europa begrenzten Atomkrieges nähren wollten.

3. Die Entwicklung eines Nuklearpotentials in Europa, welches sowohl über umfassende TNF-Counterforce- als auch über Countervaluekapazitäten gegenüber der Sowjetunion verfügen sollte.

   Diese Option wurde verworfen, weil sie eine erhöhte Gefahr der Abkoppelung des eurostrategischen von dem interkontinentalstrategischen Potential der USA in sich barg.

---

104) Cartwright, J./Critchley, J.. Nuclear weapons in Europe, a.a.o., S. 8.
Hanmer, Stephen R. jr.: Die nuklearen Mittelstreckensysteme der NATO ..., a.a.o., S. 6.

105) siehe hierzu: Risse-Kappen, Th.: Fahrplan zur Abrüstung?, a.a.o., S. 26/27.
Haftendorn, H.: Das doppelte Mißverständnis, a.a.O., S. 263

4. Die begrenzte Modernisierung des weitreichenden TNF-Potentials der NATO.

Diese Option fand letztlich die volle Unterstützung sowohl der britischen als auch der deutschen Delegation, da man mit dieser Lösung die Verbindung der strategischen mit der taktisch-nuklearen sowie der konventionellen Ebene der NATO-Verteidigung am besten demonstriert sah und als eine angemessene Antwort auf die SS-20-Bedrohung wertete.

Frühjahr 1978: Die HLG kommt zu Grundsatzkonsens

Im Frühjahr 1978 war innerhalb der HLG ein Grundsatzkonsens darüber erreicht, "that there should be an 'evolutionary upward adjustment' in the long-range portion of NATO's theatre nuclear forces". Diese Waffen sollten die Fähigkeit der NATO verstärken, auch Ziele in der Sowjetunion anzugreifen. [106)]

Diese Formulierung stieß jedoch in Washington nicht gerade auf Zustimmung: [107)] Während Beamte des amerikanischen Verteidigungsministeriums diesem Punkt zugestimmt hatten, der letztlich implizierte, daß bodengestützte Cruise-missiles aufgestellt werden sollten, waren das State Department und der National Security Council (NSC) über eine derartige Entwicklung verärgert. Wie konnte das Verteidigungsministerium die Vereinigten Staaten in eine solche Lage kommen lassen, zumal die amerikanische Politik nicht auf die Stationierung von cruise-missiles abzielte und ein solches Vorhaben auch nicht vorbereitet war? Als Reaktion gab der NSC die Anweisung, den HLG-Konsens einer Überprüfung zu

---

106) Thomson, J.A.: The LRTNF decision, a.a.o., S. 605.
Garthoff, R.: The NATO Decision on Theater Nuclear Forces, a.a.o., S. 202.
Risse-Kappen, Th.: Fahrplan zur Abrüstung?, a.a.o., S. 27.
Hanmer, Stephen R. jr.: Die nuklearen Mittelstreckensysteme der NATO ..., a.a.o., S. 6.

107) siehe hierzu: Thomson, J.A.: The LRTNF decision, a.a.o., S. 605.

unterziehen. Außerdem sollten innerhalb der US-Regierung formelle Zwischenstellen eingerichtet werden, welche die Position Washingtons innerhalb der HLG regeln sollten.

So nahm bereits ab der Sitzung der HLG im *März 1978 in Brüssel* bei der amerikanischen Delegation auch ein Repräsentant des NSC teil, nämlich James A. Thomson, als die amerikanische Seite "waffled". [108] Dieser Versuch der amerikanischen Seite, sich von dem HLG-Konsens zu distanzieren, verstärkte die europäischen Bedenken gegenüber der Politik Washingtons und ließ die Forderung nach einer notwendigen Aufstellung lauter werden.

Trotz aller Forderungen an die Verbündeten, machte die deutsche Bundesregierung jedoch bereits im Frühjahr 1978 deutlich, daß sie neue weitreichende TNF-Systeme im Rahmen des "Zwei-Schlüssel"-Arrangements mit den USA *nicht* akzeptieren könne. Nach diesem System wären die Trägersysteme der Bundeswehr unterstellt, über die atomaren Sprengköpfe würden jedoch die Amerikaner verfügen. Vielmehr betonte die Bundesregierung, daß die neuen TNF-Systeme aus entspannungspolitischen Gründen unter alleiniger Verantwortung der USA stationiert werden müßten. [109]

Während die Situation bis Anfang 1978 gekennzeichnet war von einer differierenden Einschätzung der TNF-Problematik auf *politischer* Ebene und einer übereinstimmenden Bewertung seitens der *militärischen* NATO-Gremien, sollte der 7. April 1978 sich später als ein wichtiger Wendepunkt im Entscheidungsablauf zur westlichen Nachrüstung darstellen. Da auf diesen Punkt im späteren Teil der Arbeit noch näher eingegangen wird, soll hier nur so viel gesagt werden: An jenem Tag verkündete der amerikanische Präsident, daß er seine Entscheidung zur Produktion von Waffen mit

---

108) Garthoff, R.: The NATO Decision on Theater Nuclear Forces, a.a.o., S. 202.
Hanmer, Stephen R. jr.: Die nuklearen Mittelstreckensysteme der NATO ..., a.a.o., S. 6.
Haftendorn, H.: Das doppelte Mißverständnis, a.a.O., S. 265

109) Risse-Kappen, Th.: Fahrplan zur Abrüstung?, a.a.o., S. 27.

verstärkter Strahlenwirkung (ER-Waffen) aufschieben werde. Damit hatte Carter eine Diskussion beendet, die bereits monatelang die politische Bühne aber auch die Öffentlichkeit bewegt,und vor allem bei den westlichen Verbündeten zu Irritationen geführt hatte. Durch die Entscheidung Carters sahen die Allianzmitglieder - und dabei vor allem die Regierung in Bonn - sich in ihrem Eindruck bestätigt, daß die Rolle der Vereinigten Staaten als Führungsmacht des Bündnisses unter der Carter-Regierung leide und daß Washington für die Europäer zu einem unzuverlässigen Partner geworden sei.

18./19. April 1978: 23. NPG-Sitzung in Fredrikshavn

Währenddessen ging der Entscheidungsprozess in der LRTNF-Frage weiter und am *18./19. April 1978* diskutierte die NPG in Fredrikshavn (Dänemark) den von der HLG vorgelegten ersten Zwischenbericht. Entsprechend dem HLG-Konsens wurde darin die Notwendigkeit einer *begrenzten Stärkung des weitreichenden TNF-Potentials* ausdrücklich betont, und es wurde mit Nachdruck unterstrichen, daß diese Waffensysteme in der Lage sein sollten, auch *Ziele auf sowjetischem Territorium zu erreichen.* [110)]

Außerdem befaßten sich die Minister mit der Frage der Einführung der Neutronenwaffe bei den Lance- und den 203-mm-Artillerie-Systemen. Carter hatte - wie bereits erwähnt - die Entscheidung über die Frage der *Produktion* am 7. April erst einmal zurückgestellt. Was jedoch die *Modernisierung* dieser Waffensysteme mit der Neutronenwaffe betraf, so hatte er das Verteidigungsministerium angewiesen, darin fortzufahren, "um die Option für die Einführung der verstärkten Strahlenwirkung offenzuhalten ..." [111)]

---

110) Garthoff, R.: The NATO Decision on Theater Nuclear Forces, a.a.o., S. 202.
The Modernization of NATO's Long-range Theater Nuclear Forces, a.a.o., S. 20.

111) Dokumente zur westeuropäischen Sicherheitspolitik (II), in: Europa-Archiv, Folge 17/1978, S. D470.

Die NPG unterstrich in diesem Zusammenhang die Bedeutung der Modernisierung der nuklearen Streitkräfte der NATO in Europa und stimmte überein,

> "... daß die Option der Einführung einer Fähigkeit zu verstärkter Strahlenwirkung in diese Waffensysteme davon abhängt, inwieweit die Sowjetunion sich in ihren Rüstungsprogrammen bei den konventionellen und den gegen Europa gerichteten nuklearen Streitkräften (...), Zurückhaltung auferlegt." [112]

Unter Hinweis auf den Ausbau des sowjetischen Potentials an weitreichenden nuklearen Waffensystemen für den Einsatz im europäischen Bereich, einschließlich der Stationierung der SS-20, unterstrichen die Minister die Wichtigkeit der TNF der NATO. [113]

Nach Angaben von Stephen Hanmer, US-Vertreter in der NPG, kamen die Minister überein, daß diese Angelegenheit sorgfältig geprüft werden müsse "einmal wegen der politischen Auswirkungen einer Verbesserung der LRTNF, dann wegen der Kosten und schließlich wegen der wachsenden Bedrohung aus dem Osten." Darüber hinaus wurde die HLG ersucht, ihre Arbeit fortzusetzen, "um noch genauer zu prüfen, in welchem Umfang und in welchem Ausmaß eine Anpassung der LRTNF notwendig sei, und die politischen und militärischen Implikationen alternativer Lösungen zu untersuchen." [114]

Die Entwicklung im Mittelstreckenbereich war auch zentrales Thema der Gespräche, die Bundeskanzler Schmidt mit Generalsekretär Breschnew

---

112) Kommuniqué über die 23. Ministertagung der NPG der NATO in Fredrikshavn (Dänemark) am 18./19. April 1978, in: Europa-Archiv, Folge 17/1978, S. D472.

113) Ebd. S. D472, NATO-Handbuch, hrsg. von der NATO-Informationsabteilung in Brüssel, April 1984, S. 86.

114) Hanmer, S.R. jr.: Die nuklearen Mittelstreckensysteme der NATO ..., a.a.o., S. 6/7.

führte, als dieser sich vom *4. – 6. Mai 1978* zu einem offiziellen Besuch in Bonn aufhielt. Dabei wies Schmidt mit Nachdruck auf die sich verschärfende Disparität bei den Mittelstreckenpotentialen hin und betonte besonders aufgrund der bedrohlichen Entwicklung durch die sowjetische SS-20, daß darüber verhandelt werden müsse. Diesem Vorschlag stimmte Breschnew – nach Angaben des Bundeskanzlers – zu. [115)]

In seiner Ansprache am Abend des 4. Mai auf Schloß Augustenburg sagte der Generalsekretär zur Frage der Rüstungsbeschränkung: [116)]

> "... Leiten wir reale Schritte zum Abbau der Streitkräfte und Rüstungen sowohl im Weltmaßstab, als auch in Europa, insbesondere in Mitteleuropa, ein. Vereinbaren wir den Verzicht auf die Produktion und Stationierung neuer Systeme von Massenbekämpfungswaffen. ..."

Auch der Bundeskanzler ging am nächsten Tag in seiner Rede auf dieses Thema ein, vertrat jedoch die Auffassung "auch im konventionellen Bereich und auf dem Sektor der nuklearen Mittelstreckenpotentiale Anstrengungen zum Abbau der gegenwärtig bestehenden Disparitäten zu unternehmen." [117)]

Explizit wurde die SS-20 dabei nicht öffentlich angesprochen und in der gemeinsamen Deklaration der beiden Regierungschefs hat man auf den übergeordneten Begriff "Mittelstreckensysteme" ganz verzichtet. Doch Schmidt verwies später wiederholt auf die von Breschnew geäußte Bereitschaft, auch über die in SALT und MBFR nicht erfaßten Mittelstreckenwaffen zu verhandeln. [118)]

---

115) Schmidt in einem Interview des Hessischen Rundfunks vom 14. Oktober 1979, in: Europa-Archiv, Folge 21/1979, S. D563.

116) Rede Breschnews am 4. Mai 1978 beim Empfang auf Schloß Augustenburg, in: Bulletin Nr. 44/1978 v. 9. Mai 1978, S. 424.

117) Rede von Bundeskanzler Schmidt am 5. Mai 1978 in der Redoute, in: Bulletin Nr. 44/1978 v. 9. Mai 1978, S. 428.

Nach späterer Darstellung des Bundeskanzlers war dies "das erste Mal, daß die sowjetische Führung in einer (...) schriftlich fixierten Weise (...) unter einem Dokument ihre Verhandlungsbereitschaft für (...) Mittelstreckenraketen erklärt hat", [119] in dem es heißt:

> "Angesichts der zerstörerischen Kraft der vorhandenen und weiter zunehmenden Vorräte an Waffen aller Art sind konkrete Maßnahmen erforderlich, um das Wettrüsten einzudämmen. Dies ist nach Überzeugung beider Seiten ein Problem von erstrangiger Dringlichkeit und Wichtigkeit Seine Bewältigung mit dem Ziel der allgemeinen und vollständigen Abrüstung unter wirksamer internationaler Kontrolle liegt im Politischen und wirtschaftlichen Interesse aller Staaten und Völker der Welt, ungeachtet ihrer Größe, vor allem aber im Interesse ihrer Sicherheit.
>
> Die Vereinbarung weiterer Schritte auf dem Gebiet der Abrüstung und Rüstungsbegrenzung muß beschleunigt werden, damit der Prozeß der Entspannung durch die Entwicklung im militärischen Bereich nicht beeinträchtigt, sondern ergänzt wird.
>
> Beide Seiten betrachten es als wichtig, daß niemand militärische Überlegenheit anstrebt. Sie gehen davon aus, daß annähernde Gleichheit und Parität zur Gewährleistung der Verteidigung ausreichen. Ihrer Meinung nach würden angemessene Maßnahmen der Abrüstung und Rüstungsbegrenzung im nuklearen

---

118) Erklärung von Bundeskanzler Schmidt am 11. Mai 1978 vor dem deutschen Bundestag, in: Bulletin Nr. 47/1978 v. 12. Mai 1978, S. 455.
Schmidt in einem Interview des Hessischen Rundfunks am 14. Oktober 1979, in: Europa-Aichiv, Folge 21/1979, S. 563.

119) Schmidt in einem Interview des Hessischen Rundfunks am 14. Oktober 1979, in: Europa-Archiv, Folge 21/1979, S. 562.

und konventionellen Bereich, die diesem Grundsatz entsprechen, von großer Bedeutung sein.

Hinsichtlich der Streitkräfte in Mitteleuropa bekräftigen beide Seiten das Ziel der Wiener Verhandlungen, auf der Grundlage unverminderter Sicherheit der Beteiligten zu einer stabileren Lage auf niedrigerem militärischen Niveau als heute zu gelangen. Beide Seiten bestätigen erneut, daß sie dementsprechend bereit sein werden, sich mit ihren Streitkräften an Verringerungen der direkten Teilnehmer der Verhandlungen gemäß den Modalitäten, die in Wien ausgehandelt werden, zu beteiligen."

Der Kernsatz der Deklaration war somit die Feststellung, daß beide Seiten es als wichtig erachten, "daß niemand militärische Überlegenheit anstrebt" und daß ein annäherndes Gleichgewicht und Parität zur Gewährleistung der Parität ausreichen. Dieser Teil, der später von Schmidt als "Anerkennung des Grundsatzes des Gleichgewichts auch für den militärischen Sektor" gewertet wurde, lieferte der Opposition in Bonn eine breite Angriffsfläche. Sie verwies darauf, daß dieser Passus für Moskau wohl keine Schwierigkeiten mit sich bringen würde, zumal der Warschauer Pakt bereits eine militärische Überlegenheit besäße. [120] Beobachter gehen davon aus, daß die Sowjetunion zu diesem Zeitpunkt 730 Gefechtsköpfe auf ihren Mittelstreckenraketen installiert hatte, während die NATO über keine einzige verfügte. [121] Doch Moskau hielt auch später an der erstmals in Bonn aufgestellten Behauptung Breschnews fest, daß im Mittelstreckenbereich bereits eine Parität bestehe. [122]

---

120) Rede von Helmut Kohl am 11. Mai 1978 vo dem Deutschen Bundestag, in: PIPr 08/90 11.5.78, S. 7067 ff.

121) Weers, Egge: Zum Thema Mittelstreckenraketen, a.a.o., S. 6.

122) Risse-Kappen, Th.: Fahrplan zur Abrüstung?, a.a.o., S. 28.

18./19. Mai 1978: DPC-Tagung in Brüssel

Genau einen Monat nachdem die NPG in Dänemark zusammengekommen war, traf sich am *18./19. Mai 1978* der Verteidigungs-Planungsausschuß der NATO in Brüssel. [123)]

Auf dieser Sitzung billigten die Minister mit Blick auf die für Ende Mai geplante NATO-Tagung der Staats- und Regierungschefs in Washington einen Bericht über das Langfristige Verteidigungsprogramm, welches auf der Londoner Gipfelkonferenz im Mai 1977 in Auftrag gegeben worden war.

Dabei stimmten die Minister einem breiten Bereich von Maßnahmen zur Verbesserung der Verteidigungsfähigkeit des Bündnisses zu. Zwar wurden auch die Fortschritte der NPG mit dem Ziel der Erfüllung des mittel- und langfristigen Bedarfs an Modernisierung der in Europa stationierten Nuklearwaffen gebilligt, den *Schwerpunkt* des LTDP wollten die Minister jedoch auch weiterhin auf die Verbesserung der *konventionellen* Kampfkraft gelegt wissen.

So verabschiedeten bzw. billigten die Minister zur Weiterleitung an die anstehende Gipfelkonferenz in Washington einen von den 10 Arbeitsgruppen ausgearbeiteten breiten Fächer von "Maßnahmen auf ausgewählten Vorranggebieten", wobei auf folgende Bereiche besonderer Wert gelegt wurde:

a) Die Erreichung bedeutender *Verbesserungen des Bereitschaftsstandes* der NATO-Streitkräfte, insbesondere ihrer Verfügbarkeit und Überlebensfähigkeit

b) Die *Fähigkeit* des Bündnisses in Krisen- oder Spannungszeiten *Verstärkungen heranzuführen* und die europäischen Reserven entsprechend zu verbessern

---

123) siehe hierzu: Kommuniqué über die Ministertagung des Verteidigungs-Planungsausschusses der NATO in Brüssel am 18./19. Mai 1978, in: Europa-Archiv, Folge 17/1978, S. D472 - D475.

c) Die *Luftverteidigung* des NATO-Gebiets und der Seegebiete

d) Die Abwehr der Bedrohung durch *elektronische Kampfführung*

e) Die Gewährleistung einer wirksamen *logistischen Unterstützung* für alle NATO-Streitkräfte

f) Die Verbesserung der Fähigkeit der NATO zur *Seekriegsführung*

g) Die *Verbesserung der Führungs- und Fernmeldemittel* der NATO

h) Eine weitere *Rationalisierung* der Verteidigungsanstrengungen der NATO

Was die Modernisierung der in Europa stationierten Nuklearwaffen anbelangt, so empfahlen die Verteidigungsminister, "daß die Bemühungen um Unterstützung für das LTDP auf der höchsten Ebene durch die Staats- und Regierungschefs unternommen werden".

30./31. Mai 1978: NATO-Ratstagung in Washington

Dieser vom DPC gebilligte Bericht über ein Langfristiges Verteidigungsprogramm der NATO wurde schließlich am *30./31. Mai 1978* bei der *Tagung des Nordatlantikrates in Washington* von den Staats- und Regierungschefs diskutiert. [124)]

Man einigte sich auf ein reales Wachstum von jährlich 3 % bei den Verteidigungsausgaben der Allianz und verabschiedete die Rahmenbedingungen für ein konkretes Programm zur Verbesserung der NATO-Streitkräfte, die bereits vom DPC gebilligt worden waren. Darüber hinaus empfahl das Programm Maßnahmen zur Verbesserung der Leistungsfähigkeit der NATO auch im Bereich der regional gebundenen Nuklearstreitkräfte. [125)]

---

124) siehe hierzu: Dokumente zur westeuropäischen Sicherheitspolitik (II), in: Europa-Archiv, Folge 17/1978, S. D469 ff.
Brzezinski, Z.: Power and Principle, a.a.o., S. 293.

125) Laut amtlicher Zusammenfassung des LTDP, in: Europa-Archiv,

Damit war die Verteidigungsplanung der NATO erstmals in einen langfristigen Rahmen gestellt worden, d.h. über den bis dahin üblichen Zeitraum von fünf Jahren hinaus. Außerdem wurde der Akzent innerhalb des Bündnisses stärker als bisher auf die gemeinsame Planung und Zusammenarbeit gelegt. [126)]

Präsident Carter betonte in seiner Rede in Washington erneut die Priorität der konventionellen Verteidigung, verwies aber ebenso auf die Notwendigkeit einer ausreichenden Stärke der strategischen und regional gebundenen Nuklearstreitkräfte. [127)] Diese seien zwar "voll ausreichend", doch müßten die Erfordernisse der nuklearen Abschreckung "im Lichte der Entwicklungen der sowjetischen Nuklearstreitkräfte und konventionellen Streitkräfte" überprüft werden. In diesem Sinne prüfe die NPG im Detail die Modernisierung der regional gebundenen Nuklearstreitkräfte, einschließlich der Frage von weitreichenden nuklearen Waffensystemen.

Damit hatte Carter einen ersten Akzent gesetzt, der darauf hindeuten sollte, daß die amerikanische Regierung ab Mitte 1978 – ausgelöst durch das Debakel um die Neutronenwaffe – damit begann, ihre TNF-Politik zu ändern. [128)]

So hatte Carter etwa bereits das "Special Coordinating Committee" (SCC) – einen zentralen Stab des NSC – damit beauftragt, die politischen und militärischen Aspekte bzgl. der TNF-Kapazitäten sowie des Bereichs der Rüstungskontrolle zu erarbeiten. [129)]

Neben dem LTDP wurden den führenden Staatsmännern in

Folge 17/1978, S. D484 bzw. D486.

126) siehe die amtliche Zusammenfassung des LTDP, in: Europa-Archiv, Folge 17/1978, S. D483 ff.

127) siehe hierzu: Erklärung Carters auf der Tagung des Nordatlantikrates in Washington am 31. Mai 1978, in: Europa-Archiv, Folge 17/1978, S. D476 ff.

128) Risse-Kappen, Th.: Fahrplan zur Abrüstung?, a.a.o., S. 28.

129) Brzezinski, Z.: Power and Principle, a.a.o., S. 307.
siehe zum SCC auch Teil 2 der Arbeit

Washington noch die ebenfalls im Mai 1977 angeforderte "Studie der langfristigen Tendenzen im Ost-West-Verhältnis" vorgelegt. Diese Studie war für den internen Gebrauch des Bündnisses bestimmt und wurde nicht im Wortlaut veröffentlicht, doch die wichtigsten Ergebnisse wurden bekannt: 130)

So räumte die Studie ein, "daß die Außenpolitik und die übrige Politik der Sowjetunion, einschließlich ihrer Vorstellung von Entspannung in dem untersuchten Zeitraum (bis in die achtziger Jahre, d. Verf.) im allgemeinen keinen tiefgreifenden Wandel durchmachen dürfte". Außerdem kam man zu dem Ergebnis, "daß die Sowjetunion der stetigen Förderung ihrer militärischen Stärke auf dem gesamten Bereich der Kapazität hohe Priorität einräumen und weiterhin bereit sein wird, dafür alle Mittel bereitzustellen, die sie im Rahmen ihrer Gesamtpolitik für erforderlich hält". Die Politik der Sowjetunion - so die Studie weiter - "war bisher durch Bemühungen gekennzeichnet, das 'Kräfteverhältnis' zu ihren Gunsten zu ändern, und es gibt keine Anzeichen, daß sich diese Politik wesentlich ändern" wird.

Vor diesem Hintergrund bestätigte die Studie die weitere Gültigkeit der beiden sich ergänzenden Funktionen des Bündnisses, wie sie im Harmel-Bericht von 1967 niedergelegt wurden, nämlich Aufrechterhaltung der militärischen Sicherheit und der Entspannung. Die Studie wies darauf hin, "daß die Verbündeten weiterhin die notwendigen Schritte unternehmen sollten, um ein wirksames System der Abschreckung und der Verteidigung zu gewährleisten, unter Berücksichtigung der stetigen militärischen Aufrüstung der Länder des Warschauer Paktes und des Fehlens ausreichender Rüstungskontroll- und Abrüstungsabkommen."

Hinsichtlich des militärischen Gleichgewichts zwischen Ost und West kam die Studie zu folgendem Ergebnis: 131)

---

130) siehe hierzu: NATO-Brief, Jg: 26 (1978), Heft 4, S. 31.
Kommuniqué über die Ministertagung des Nordatlantikrates unter Beteiligung von Staats- und Regierungschefs in Washington am 30./31. Mai 1978, in: Europa-Archiv, Folge 17/1978, S. D478 ff.

131) Dokumente zur westeuropäischen Sicherheitspolitik (II), in: Europa-Archiv, Folge 17/1978, S. D469.

"... Die Aufrechterhaltung eines befriedigenden militärischen Gleichgewichts durch die Verbündeten auf der Grundlage einer zusammenhängenden Substanz strategischer Streitkräfte, taktischer Nuklearstreitkräfte und konventioneller Streitkräfte ist nicht nur für die Erhaltung der Sicherheit und die Abschreckung jeder Vernichtung anderer, ihre militärische Stärke in eine Ausweitung des politischen Einflusses umzusetzen, entscheidend wichtig, sondern auch, um eine erfolgreiche Entspannungspolitik der Verbündeten zu ermöglichen."

Hatte schon die anhaltende Verstärkung des Offensivpotentials des Warschauer Paktes in Europa den wesentlichen Anstoß für den Entschluß zur Aufstellung des LTDP der NATO gegeben, so wirkten sich nun auch die anhaltenden Aktivitäten Moskaus in regionalen Konflikten in der Dritten Welt auf die Bündnispolitik aus, und Carter vertrat in seiner Ansprache in Washington die Ansicht, daß die Mitglieder des Bündnisses gegenüber Interventionen, wie sie die Sowjetunion in Afrika unternehme, nicht indifferent bleiben könnten. [132)]

Bereits seit dem Frühjahr 1978 hatte sich die Politik des amerikanischen Präsidenten gegenüber Moskau aufgrund der sowjetischen Aktivitäten in Afrika geändert.

Am *17. März 1978* hatte Carter bei einer Rede in der Wake Forest-Universität die Bereitschaft angekündigt, die amerikanischen Interessen "in der ganzen Welt" zu verteidigen und "zusammen mit unseren Alliierten und Freunden jeder drohenden Macht durch eine Verbindung militärischer Streitkräfte, politischer Bemühungen und wirtschaftlicher Programme entgegenzutreten." [133)] Am *7. Juni 1978* warf Carter der Sowjetunion

---

132) Ebd., S. D469.

133) siehe hierzu: Czempiel, Ernst-Otto: Amerikanische Außenpolitik im Wandel, a.a.o., S. 29.
Moore, R.A.: The Carter Presidency and foreign policy, in: The Carter years, hrsg. v. Aberhatiry u.a., a.a.o., S. 64.

schließlich vor, einen aggressiven Kampf für politische Vorteile zu führen und betonte, daß Moskau zwischen der Konfrontation und der Kooperation wählen könne: [134)]

> "... The Soviet Union can choose either confrontation or cooperation. The United States is adequately prepared to meet either choice. We would prefer cooperation. ..."

Der Wind hatte sich somit in Washington gedreht, und alles deutete darauf hin, daß sich diese Situation auch in der Haltung der amerikanischen Regierung zur TNF-Frage niederschlagen würde.

1.3. Die TNF-Modernisierung wird zum Prüfstein der Bündnissolidarität

Vor diesem Hintergrund zeichnete sich - ausgelöst durch das Debakel um die Neutronenwaffe - ein Wandel in der amerikanischen TNF-Politik ab: [135)]

War der NSC-Stab bis zu diesem Zeitpunkt mit dem State Department darin einig, daß eine weitreichende Behandlung der TNF-Frage innerhalb der US-Regierung für das Vorankommen bei den SALT-Verhandlungen nur hinderlich sein könne, so begann der NSC ab Mitte 1978 damit, die TNF-Frage anders zu bewerten: Nun waren die Beamten des NSC überzeugt, daß die TNF-Frage genauso eskalieren könnte, wie die Diskussion um die Neutronenwaffe, jedoch mit weitaus schwerwiegenderen Folgen.

---

134) Carter, J.: Keeping faith, a.a.o., S. 229/230.
Czempiel, E.-O.: Amerikanische Außenpolitik im Wandel, a.a.o., S. 29.

135) siehe hierzu: Thomson, J.A.: The LRTNF decision, a.a.o., S. 606.
Garthoff, R.L.: The NATO Decision on Theater Nuclear Forces, a.a.o., S. 202.
Risse-Kappen, Th.: Fahrplan zur Abrüstung?, a.a.o., S. 28/29.

Anfang Juni 1978: Carter gibt PRM-38 in Auftrag

Nach Vorarbeiten durch das SCC im Mai 1978 beauftragte Carter *Anfang Juni 1978* US-Beamte mit der Erstellung einer inneradministrativen Studie zur Frage von "Long Range Theater Nuclear Capabilities and Arms Control".

Mit dieser Studie, dem sogenannten *"Presidential Review Memorandum 38" (PRM-38)*, sollte ein umfassender Überblick geschaffen werden über den gesamten Fragenkomplex der LRTNF-Fähigkeiten und der Rüstungskontrolle; d.h. die möglichen Folgen der Stationierung neuer LRTNF-Systeme für das militärische Kräfteverhältnis in Europa sollten ebenso untersucht werden wie deren Auswirkungen auf künftige Rüstungskontrollverhandlungen. [136)]

Zur Lösung dieser Fragenkomplexe wurden verschiedene US-Administrationen mit einzelnen Aufgaben betraut: [137)]

Das Außenministerium, genauer gesagt die Abteilung für "Political Military Affairs" (PM) unter der Leitung von Leslie Gelb erhielt den Auftrag, dieses Problem aus historischer Sicht zu analysieren.

Das Verteidigungsministerium sollte, koordiniert von McGiffert und der ihm unterstellten Abteilung für "International Security Affairs" (ISA) die militärischen Argumente einer Modernisierung der weitreichenden NATO-Mittelstreckenpotentiale abwägen.

Der amerikanische Geheimdienst CIA (Central Intelligence Agency) hatte die Aufgabe, eine Bedrohungsanalyse der sowjetischen Mittelstreckensysteme zu erstellen, und die US-Abrüstungsbehörde ACDA (Arms Control and Disarmament Agency) sollte sich mit der Frage auseinandersetzen, welche Auswirkungen durch die Modernisierung für

---

136) Haftendorn, H.: Das doppelte Mißverständnis, a.a.O., S. 265f
Thomson, J.A.: The LRTNF decision, a.a.O., S. 606
Garthoff, R.: The NATO Decision on Theater Nuclear Forces, a.a.O., S. 202

137) Haftendorn, H.: Das doppelte Mißverständnis, a.a.O., S. 266

die Rüstungskontrollverhandlungen zu erwarten seien und welche Möglichkeiten es gebe, die neuen Systeme in diese Verhandlungen aufzunehmen.

Es war nun die Aufgabe des SCC, die Arbeitsergebnisse dieser verschiedenen Administrationen zu koordinieren und die endgültige Fassung des PRM-38 zu erstellen. Beobachter gehen davon aus, daß der NSC-Stab diese Studie und alle sich daraus ergebenden Aktivitäten im LRTNF-Bereich leitete, um politische Streitigkeiten zwischen dem State-Department und dem US-Verteidigungsministerium zu vermeiden und somit eine geschlossene amerikanische Haltung zu gewährleisten. [138)]

Im Wesentlichen bot PRM-38 den Entscheidungsträgern in Washington zwei Optionen an: [139)]

Die erste Option bestand darin, den bereits im Frühjahr 1978 von der HLG getroffenen Konsens hinsichtlich des "evolutionary upward adjustment" zu unterstützen und die "hardware", d.h. konkrete Waffensysteme, festzulegen, die für eine solche Modernisierung erforderlich sind.
Neben der Modernisierungsentscheidung sollte jedoch auch ein Rüstungskontrollangebot berücksichtigt werden. Zur Aufnahme dieser "integrierten Lösung" in das PRM-38 war es gekommen, nachdem die Bundesregierung bei einem bilateralen deutsch-amerikanischen Treffen am 31. Mai 1978 darauf gedrängt hatte, auch eine rüstungskontrollpolitische Komponente bei der Modernisierungsentscheidung mit einzubauen. [140)]

---

138) Thomson, J.A.: The LRTNF decision, a.a.o., S. 606.

139) Thomson, J.A.: The LRTNF decision, a.a.o., S. 606.
Risse-Kappen, Th.: Fahrplan zur Abrüstung?, a.a.o., S. 29.

140) Risse-Kappen, Th.: Fahrplan zur Abrüstung?, a.a.o., S. 29.
Bereits Anfang 1978 ist nach Ansicht von Beobachtern in der Bundesregierung die Grundsatzentscheidung gefallen, einen Doppelbeschluß im Sinne einer Integration von Modernisierung und Rüstungskontrolle anzustreben, ebd., S. 19.

Die zweite Option lautete, die INF-Frage beiseite zu schieben, indem man den Verbündeten "politische" Lösungen anbietet, d.h. etwa SACEUR mehr strategische Streitkräfte der USA zuzuordnen.

August 1978: Washingtons Präferenz der "hardware"-Option

In Washington entschied man sich schließlich für die erste Option, die sogenannte "hardware"-Lösung. Das SCC einigte sich bei seinen Sitzungen im August und September unter Vorsitz von Carters Sicherheitsberater Zbigniew Brzezinski darauf, im Prinzip einer Modernisierung der LRTNF-Potentiale der NATO (d.h. dem "evolutionary upward adjustment") zuzustimmen und empfahl dem Präsidenten die Annahme der ersten Option des PRM-38. [141)]

Dabei wurde von den Befürwortern immer wieder betont, daß der Zweck neuer LRTNF-Systeme in ihrer "linkage"-Funktion zu sehen sei: Sie würden die erkannte "Lücke" im Abschreckungsspektrum der NATO füllen und dadurch die Verbindung zwischen den regional gebundenen und den strategischen Nuklearwaffen der USA wiederherstellen. Um der Gefahr einer "Abkoppelung" vorzubeugen, sollte jedoch *nicht* darauf abgezielt werden, die sowjetischen LRTNF zahlenmäßig vollständig auszugleichen. [142)]

Damit hatte PRM-38 die politische Notwendigkeit neuer weitreichender Nuklearwaffen in Europa amtlich gemacht, erstmals tauchte das Argument auf, Rüstungskontrollbemühungen im europäischen Bereich versprächen nur dann Erfolg, wenn man den Sowjets die Entschlossenheit der NATO vor Augen führen würde, die Nuklearwaffen zu modernisieren. [143)]

---

141) Garthoff, R.: The NATO Decision on Theater Nuclear Forces, a.a.o., S. 202.

142) Thomson, J.A.: The LRTNF Decision, a.a.o., S. 606.

143) "Schmidt, der Gefangene", in: Der Spiegel, Nr. 46/1983, S. 31/32.

August 1978: Der Beschluß zur Reichweitensteigerung der Pershing II

Vor diesem Hintergrund erteilte der amerikanische Verteidigungsminister Harold Brown im August 1978 die *Genehmigung für eine Reichweitensteigerung der Pershing*: [144)]

Bis 1977/78 stand immer *nur* die Verbesserung der Zielgenauigkeit und der nuklearen Munition der Pershing IA – einer 1969 bis 1971 eingeführten "verbesserten" Version der Pershing I – zur Diskussion. Dahinter steckte die Überlegung, durch eine möglichst hohe Schadensbegrenzung die Glaubwürdigkeit der Nuklearpotentiale zu erhöhen. Erst ab 1977 wurde das Erfordernis einer wesentlichen Reichweitensteigerung von Seiten des amerikanischen Verteidigungsministers aber auch von General Haig – SACEUR – erhoben. So sollte die Reichweite der Pershing II ER [145)] in etwa bei 1000 Meilen liegen, während sie bei der Pershing IA noch 400 Meilen betrug.

Vor der endgültigen Formulierung der amerikanischen Haltung in der HLG flog Brzezinski Anfang Oktober 1978 zu Gesprächen mit den Verbündeten nach Europa. Brzezinski suchte die politischen Führungen in Paris, London und Bonn auf, wobei vor allem die TNF–Frage einen breiten Raum bei den bilateralen Gesprächen einnahm. Bereits damals sollen sich – nach Angaben des Sicherheitsberaters – schon einige der Schwierigkeiten abgezeichnet haben, die später bei der Lösung der TNF–Frage zum Tragen kamen. Am 4. Oktober 1978 umriß Brzezinski seine eigenen Eindrücke der Gesprächsabläufe und –ergebnisse in Europa so: 146)

---

144) siehe hierzu: Krell, G./Schmidt, H.–J.: Der Rüstungswettlauf in Europa, a.a.o., S. 24.
The Modernization of NATO's long–range theater nuclear forces, a.a.o., S. 20/21.
Planning U.S. General Purpose Forces: The Theater Nucleaer Forces, a.a.o., S. 12.

145) ER ist in diesem Zusammenhang die Abkürzung für "Extended Range"

146) Brzezinski, Z.: Power and Principle, a.a.o., S. 294.

> "... what was striking in all three places was the degree to which the gray areas issue [TNF] is likely to become a major problem in alliance relationships in the 1980's. Europeans are worried; yet they are not quite sure what ought to be done about it and are likely to shrink away from any concrete solution. This is why it is so important to prepare them for the problem and yet not confront them with a ready-made solution. The more we can talk to them about it at the highest level, the better."

Der wohl wichtigste Punkt bei dem Gespräch mit Helmut Schmidt Anfang Oktober 1978 war die Forderung des Bundeskanzlers nach einem Treffen der Regierungschefs von Frankreich, Großbritannien, den Vereinigten Staaten und der Bundesrepublik, um sich mit strategischen Fragen zu befassen. Schmidt - so die Ausführungen von Brzezinski - habe die Tatsache mit Unbehagen erfüllt, daß die vier westlichen Partner sich noch nie getroffen hätten, um auf höchster Ebene politisch-strategische Problemfelder zu diskutieren.

Diese Fragen wurden bis dahin auf politischer Ebene immer im Rahmen der größeren NATO-Gipfeltreffen oder der Wirtschaftsgipfel der sieben führenden Industriestaaten behandelt. Was fehlte, war somit ein Forum auf dem sich die Führungen der vier Staaten, die am direktesten mit sicherheitspolitischen Problemen konfrontiert seien, treffen könnten, um offen diese Fragen zu erörtern.

Als Brzezinski nach Washington zurückgekehrt war, legte er Carter den Abschlußbericht über seine Konsultationen mit den vier europäischen Partnern vor. Darin ging er auch auf den von Schmidt gemachten Vorschlag ein und brachte seine Unterstützung zum Ausdruck.

Carter verwies an dieser Stelle des Berichts darauf, daß dieser Punkt bereits auf dem letzten Wirtschaftstreffen in Bonn angesprochen worden sei und gab Brzezinski den Auftrag, sich um ein solches Treffen zu kümmern.

Wenig später - so Brzezinski - kristallisierte sich die Lösung eines

informellen Treffens heraus, welches vom 5. - 6. Januar 1979 auf Einladung von Giscard d'Estaing auf Guadeloupe stattfinden sollte. [147)]

Oktober 1978: Die HLG diskutiert mehrere Modernisierungsoptionen

Parallel dazu wurden von der HLG in Brüssel mehrere alternative Modernisierungsmöglichkeiten diskutiert: [148)] Nach Brzezinskis Europareise brachten die amerikanischen Delegierten noch im Oktober 1978 ein Papier in das Gremium ein, welches folgende Optionen anbot:

a) Landgestützte Marschflugkörper, d.h. GLCM (Ground Launched Cruise Missiles)

b) Pershing II mit erweiterter Reichweite, d.h. Pershing-II XR [149)]

c) Entwicklung einer neuen ballistischen Mittelstreckenrakete, d.h. MFBM

d) See- bzw. U-Boot-gestützte Marschflugkörper, d.h. SLCM (Sea Launched Cruise Missiles)

e) FB 111 H-Bomber als erneuerte Version des FB 111 A-Bombers, d.h. neue Bomberstreitkräfte, die mit ALCM (Air Launched Cruise Missiles) ausgestattet sind.

Die HLG legte sich zwar zu diesem Zeitpunkt noch nicht auf eine spezifische Empfehlung hinsichtlich des Waffentyps fest, doch man konnte bereits damals eine gewisse Präferenz für die bodengestützten

---

147) Brzezinski, Z.: Power and Principle, a.a.o., S. 295.

148) siehe hierzu: Thomson, J.A.: The LRTNF Decision, a.a.o., S. 607.
Garthoff, R.: The NATO Decision on Theater Nuclear Forces, a.a.o., S. 203.
Risse-Kappen, Th.: Fahrplan zur Abrüstung?, a.a.o., S. 29.
Hanmer, S.R. jr.: Die nuklearen Mittelstreckensysteme der NATO ..., a.a.o., S. 7.

149) XR ist eine andere Abkürzung für "Extended Range"

Marschflugkörper (GLCM) beobachten.

Die Option seegestützter Marschflugkörper fand zwar auch Beachtung, doch es herrschte die Meinung vor, daß die landgestützte Variante politisch "sichtbarer" sei und darüber hinaus über einen höheren Demonstrationswert verfüge. Auch die amerikanischen Verteidigungsexperten standen der SLCM-Option relativ unentschlossen gegenüber und bevorzugten die GLCM-Lösung.

Neben den bodengestützten Cruise-missiles fand die Option der Pershing-II XR Beachtung, von der man sich aufgrund ihrer Eigenschaften (selektive Einsetzbarkeit mit konzentrierter Schadenswirkung, hohe Eindringfähigkeit, große Zuverlässigkeit) einen hohen militärisch-operativen Wert versprach für die Realisierung der "flexible-response".

Bei aller Abwägung und Diskussion der "hardware"-Optionen, legte sich die HLG zu diesem Zeitpunkt jedoch noch nicht fest. Die HLG konzentrierte sich im Sommer 1978 vielmehr auf die Frage, wie die TNF mit verfügbarer bzw. in Entwicklung befindlicher Technologie anzupassen wären. Bis Anfang 1979 war allerdings noch keine konkrete Entscheidung über Waffensysteme zur Lösung der LRTNF-Problematik getroffen, d.h. bis zu diesem Zeitpunkt befand sich der LRTNF-Entscheidungsprozeß noch in seiner Definitionsphase, in der verschiedene Optionen abgewogen wurden und mit Ausnahme der Jagdbomber befanden sich alle Systeme noch im Stadium der Entwicklung und Erprobung. [150)]

18./19. Oktober 1978: 24. NPG-Sitzung in Brüssel

Am *18./19. Oktober 1978* traf sich die *NPG zu ihrer 24. Tagung in Brüssel.* Beobachter gehen davon aus, daß dabei - geprägt von den Vorarbeiten innerhalb der HLG - eine erste Entscheidung auf NATO-Minister-Ebene zugunsten von TNF-Systemen, welche die Sowjetunion erreichen

---

150) Haftendorn, H.: Sicherheit und Stabilität, a.a.o., S. 112.
Hanmer, S.R. jr.: Die nuklearen Mittelstreckensysteme der NATO ..., a.a.o., S. 7.

können, getroffen wurde. [151] Britische Beamte verwiesen darauf, daß die Entwicklung im Bereich der SS-20 die NPG in der Auffassung bestärkt habe, diese Raketen als "Grauzonen"-Waffen in einem nachgeordneten SALT III-Übereinkommen zu behandeln. [152]

Außerdem wurden die Verteidigungsminister auf dieser Sitzung von ihrem amerikanischen Amtskollegen Harold Brown davon unterrichtet, daß Präsident Carter soeben die Anweisung gegeben habe, mit der technischen Vorbereitung für die Einführung der ER-Elemente in Gefechtsköpfe für "Lance" und in Granaten für die 203-mm-Haubitze zu beginnen. [153] Diese Systeme sollten mit der Vorrichtung für eine zielgerechte Einstellung und den Abschuß von ER-Ladungen ausgestattet werden. Das Neutronenelement selbst sollte noch ausgespart werden, ein späterer Einbau war damit jedoch vorgesehen. [154] Das bedeutet, daß man in den USA mit der vorbereitenden Arbeit im ER-Waffenbereich beginnen wollte, daß jedoch die Entscheidung Carters für eine umfassende ("full-scale") Entwicklung noch nicht vorlag. [155]

Parallel dazu vollzog sich bei der amerikanischen Regierung ein geradezu "dramatischer" Wandel bei der Bewertung der LRTNF-Frage. [156] Dabei spielten weniger die vom PRM-38 angeregten militärstrategischen Überlegungen eine Rolle, als vielmehr *politische* Entscheidungsträger und

---

151) Risse-Kappen, Th.: Fahrplan zur Abrüstung?, a.a.o., S. 29.

152) "NATO to Strengthen Nuclear Force", in: Aviation Week and Space Technology, October 23. 1978, S. 23.

153) Wireless Bulletin from Washington, Nr. 200, 19.10.1978, Zit. nach: Ruehl, L.: Die Nichtentscheidung über die Neutronenwaffe, in: Europa-Archiv, Folge 5/1979, S. 149/150.

154) Ruehl, L.: Die Nichtentscheidung über die Neutronenwaffe, a.a.o., S. 150.

155) "NATO th Strengthen Nuclear Force", in: Aviation Week and Space Technology, October 23., 1978, S. 23.

156) siehe hierzu: Thomson, J.A.: The LRTNF Decision, a.a.o., S. 607. Garthoff, R.: The NATO Decision on Theater Nuclear Forces, a.a.o., S. 204.

Institutionen. So sprach sich etwa das State-Department – das sich normalerweise für die Realisierung von *politischen* Lösungen einsetzte und "hardware-solutions" ablehnte – ab Sommer 1978 zugunsten einer Modernisierung des LRTNF-Potentials aus. Beobachter gehen davon aus, daß die Gründe für ein solches Verhalten in zwei Bereichen lagen:

1. Das Debakel um die Neutronenwaffe hatte sowohl dem westlichen Bündnis als auch dem Ansehen der Vereinigten Staaten schweren Schaden zufügt. So gewann in den USA die Meinung an Boden, daß etwas getan werden müße, um glaubhaft zu demonstrieren, daß Amerika und die Allianz in der Lage seien, nukleare Verteidigungsangelegenheiten zu bewältigen.

2. Wachsende Bedenken der Europäer hinsichtlich der allgemeinen amerikanischen Verteidigungspolitik und speziell der Behandlung der LRTNF-Frage ließen in Washington die Sorge aufkommen, daß diese Entwicklung den SALT-II-Prozeß bedrohen könnte Denn obwohl die europäischen Regierungen SALT-II öffentlich unterstützten, war den Amerikanern private Kritik – besonders von Bundeskanzler Schmidt – durchaus nicht verborgen geblieben. Von dem Angebot einer "hardware-solution" an die Europäer versprach man sich somit auch eine Verbesserung im Bereich von SALT-II im Sinne einer echten Unterstützung durch die Verbündeten.

Ende 1978 waren sich schließlich das Weiße Haus, das amerikanische Verteidigungsministerium und das State-Department einig, daß ein Erfolg im LRTNF-Bereich mehreren Zwecken dienlich sei: [157)]

Erstens würde so das Vertrauen sowohl in das allianz- als auch in das nuklerpolitische Handeln der amerikanischen Regierung wiederhergestellt.

---

157) siehe hierzu: Garthoff, R.: The NATO Decision on Theater Nuclear Forces, a.a.o., S. 204.

Zweitens würde dadurch die Bereitschaft Amerikas bestätigt, europäische Interessen und Wünsche zu berücksichtigen.

Drittens würde damit demonstriert, daß SALT kein Hindernis darstelle, Allianzverpflichtungen nachzukommen und Verteidigungsbedürfnissen zu entsprechen.

Viertens würde man so der sowjetischen Führung signalisieren, daß die Amerikaner an militärischen Programmen festhalten, die zur Sicherung der militärstrategischen Parität notwendig sind.

Fünftens würde damit das Abschreckungsspektrum gestärkt und somit die strategische Stabilität erhöht.

Hatte die Carter-Administration bis Ende 1978 die Forderungen der Europäer nach moderner US-Technologie nicht geteilt, so setzte nun ein Wandel ein: Das Modernisierungsproblem der LRTNF wurde für die amerikanische Regierung zu einer Frage ihrer Führungskraft im westlichen Bündnis, sowie zum Symbol für Einheit und Handlungsfähigkeit der Allianz.

Als Folge davon waren die Amerikaner ab 1979 stark interessiert an einem Konsens innerhalb der westlichen Allianz in rüstungspolitischen Fragen, denn die Bedenken Washingtons lagen in zwei Bereichen: [158)]

Da war vor allem die Sorge, daß die Europäer einen Rückzieher machen könnten, wenn die Aufstellung neuer Waffen konkret würde. So vertraten das State Department und der NSC die Ansicht, daß die Europäer nicht in der Lage seien, die Aufstellung neuer Waffen politisch durchzusetzen.

Zum anderen sah man das Problem kompliziert durch die von Bonn erhobene Forderung nach "Non-Singularity", wie dies bereits bei der Entscheidung um die ER-Waffe der Fall gewesen war.

---

158) siehe hierzu: Thomson, J.A.: The LRTNF Decision, a.a.o., S. 608f.

Washington zog daraus die Konsequenzen und richtete – im Hinblick auf eine möglichst frühe Einbindung der Europäer in den Entscheidungsprozeß – *zwei diplomatische Verbindungen* ein.

Die eine sollte über die Gremien HLG und der später hinzukommenden SG laufen, die andere sollte zustande kommen durch regelmäßige Kontakte zwischen Präsident Carter und den westlichen Regierungen, wobei vor allem David Aaron eine Mittlerrolle zukam.

Auf diese Art und Weise wurde ein breit angelegter und sorgfältig koordinierter Entscheidungsprozeß in Gang gesetzt, an dem sowohl der NSC, als auch das amerikanische Außen- und Verteidigungsministerium teilnahmen und der darauf abzielte, die Verbündeten fester in die Lösung der LRTNF-Frage einzubinden.

5./6. Januar 1979: Das Gipfeltreffen auf Guadeloupe

Vor diesem Hintergrund trafen sich am *5./6. Januar 1979* die Regierungschefs von Großbritannien, Frankreich, der Bundesrepublik und den USA auf der Karibik-Insel *Guadeloupe*.

Bei dem Gipfeltreffen, das später als "key link in the chain of decision" [159] gewertet werden sollte, verkündete Carter seine Absicht, als Gegengewicht zu den sowjetischen SS-20 und den Backfire-Bombern neue LRTNF-Potentiale für Europa bereitzustellen. Die Vereinigten Staaten wollten nun die Aufstellung neuer Waffen unterstützen und wären bereit, "to take the lead in forging an alliance consensus around them". [160]

Nach den später von Helmut Schmidt gemachten Ausführungen bat Carter die Anwesenden, sich hierzu zu äußern. Der britische Premierminister James Callaghan schlug vor, "erst mit den Russen darüber zu

---

159) Garthoff, R.: The NATO Decision on Theater Nuclear Forces, a.a.o., S. 203.
Weers, Egge: Zum Thema: Mittelstreckenraketen, a.a.o., S. 6.

160) Thomson, J.A.: The LRTNF Decision, a.a.o., S. 607.

verhandeln". Giscard d'Estaing machte daraufhin den Vorschlag, mit Moskau zu reden, gleichzeitig aber die Entwicklung und Produktion der neuen Waffen voranzutreiben, eine Idee, die schließlich von allen an der Runde beteiligten Regierungschefs gutgeheißen wurde. [161)]

Nachdem sich Callaghan und d'Estaing geäußert hatten, nahm auch Bundeskanzler Schmidt zu Carters Vorschlag Stellung. Er erklärte die Bereitschaft der Bundesregierung, SALT II zu unterstützen und der Stationierung von Mittelstreckensystemen auf dem Territorium der Bundesrepublik zuzustimmen, knüpfte dies jedoch an folgende Bedingungen: 162)

1. Die USA müßten ihre nukleare Führungsrolle in der NATO durch eine verbindliche politische Entscheidung wahrnehmen.

2. Die Stationierungsentscheidung sei durch einen gemeinsamen Beschluß der NATO zu tragen, d.h. die Bundesrepublik werde sich nicht in eine Vorreiterrolle drängen lassen.

3. Gleichzeitig mit der Stationierungsentscheidung der NATO sollten die USA der Sowjetunion ein Verhandlungsangebot über die LRTNF-Systeme im Rahmen von SALT III unterbreiten.

4. Landgestützte LRTNF-Systeme größerer Reichweite in der Bundesrepublik sollten unter alleiniger Kontrolle der USA verbleiben.

5. Eine ausschließliche Stationierung auf dem Territorium der Bundesrepublik dürfe es nicht geben ("non-singularity").

Giscard d'Estaing machte die Zustimmung Frankreichs zu einer

---

161) "Schmidt, der Gefangene", in: Der Spiegel, Nr. 46/1983, S.32.
Laut Interview von Helmut Schmidt mit der "Frankfurter Rundschau", in: Eppler, Erhard: Die tödliche Utopie der Sicherheit, a.a.o., S. 75.

162) siehe hierzu:
Risse-Kappen, Th.: Fahrplan zur Abrüstung? a.a.o., S. 31.
Garthoff, R.: The NATO Decision on Theater Nuclear Forces, a.a.o., S. 203/204.

LRTNF-Modernisierung davon abhängig, daß seine Nuklearwaffen *nicht* in den LRTNF-Rahmen miteinbezogen werden. Damit war bereits auf Guadeloupe die für den späteren LRTNF-Verhandlungsablauf so wichtige Entscheidung über die Drittstaatenpotentiale gefällt worden, und seit diesem Treffen stand eine ausdrückliche Anrechnung dieser Systeme bei SALT III für die Vereinigten Staaten und die NATO nicht mehr zur Debatte. [163)]

Nach langen Gesprächen einigte man sich auf Guadeloupe schließlich darauf, Carters Vorschlag einer LRTNF-Stationierung in Europa zuzustimmen, jedoch mit zwei wesentlichen Bedingungen: [164)]

1. Zuvor sollte mit der Sowjetunion im Rahmen von SALT III über eine Reduzierung ihrer euro-strategischen Rüstung verhandelt werden, der zeitliche Rahmen hierfür solle 4 Jahre betragen.

2. Die Sowjetunion solle wissen, daß bei Nichterreichen eines Verhandlungsergebnisses die Vereinigten Staaten und Westeuropa mit der Stationierung der Mittelstreckensysteme beginnen würden. Damit solle Moskau dazu angehalten werden, das Verhandlungsbegehren und das Verhandlungsziel des Westens ernst zu nehmen.

Folgt man den später vor allem von amerikanischer Seite gemachten Ausführungen, so wird deutlich, daß das Vierer-Treffen nicht ganz so reibungslos ablief, wie dies wohl von Seiten Washingtons erwartet worden war. So beschreibt etwa Carter die Ereignisse auf Guadeloupe folgendermaßen: [165)]

> "... When I raised the issue of allied self-defense, a difficult conversation ensued. I pointed out that we must meet the Soviet threat on intermediate-range

---

163) Risse-Kappen, Th.: Fahrplan zur Abrüstung?, a.a.O., S. 32.

164) siehe hierzu den Aufsatz von Helmut Schmidt in der "Zeit" vom 3. Juni 1983, Nr. 23, S. 4: "Der Doppelbeschluß ist nach wie vor richtig".

165) Carter, J.: Keeping faith, a.a.o., S. 235.

> missiles, that the SS-20's being rapidly deployed by the Soviets were formidable weapons, but that no European leader had been willing to accept on their soil our neutron weapons, ground-launched cruise missiles, or the Pershing 2 medium-range missiles. ..."

Folgt man den Memoiren Carters, so muß dem Präsidenten besonders Helmut Schmidts Forderung nach einer "non-singularity" mißfallen haben: 166)

> "... Helmut was very contentious, insisting that he would permit the deployment of additional missiles on his soil only when other European nations agreed to similar arrangements. I replied that Helmut had initiated this entire discussion of a European nuclear imbalance, and that we must have German willingness to deploy these missiles in order to negotiate successfully with the Soviets. ..."

Carter müssen die Forderungen der Europäer - und besonders die der Bundesregierung - als ein halbes Rückzugsmanöver im Bereich der LRTNF-Modernisierung erschienen sein, und er fühlte sich wohl an die Auseinandersetzung um die Neutronenwaffe erinnert, als er das Verhalten der europäischen Partner im Januar 1979 so bewertete: 167)

> "... The European leaders would let the United States design, deploy, and produce the new weapons, but none of them was willing to agree in advance to develop them. ..."

---

166) Carter, J.: Keeping faith, a.a.o., S. 235.

167) Carter, J.: Keeping faith, a.a.o., S. 235.

Wesentlich schärfer ging Carters Sicherheitsberater vor allem mit dem deutschen Bundeskanzler ins Gericht: [168)]

> "... I was very dissappointed by Helmut Schmidt, however, after he gave us a rather elementary lecture on nuclear strategy. I noted that throughout he was the one who was most concerned about the Soviet nuclear threat in Europe and the least inclined to agree to any firm response. He kept saying that he has a political problem and that he is not in a position to make any commitments. I was quite struck by how hard the other three pressed him. However, I could sense that out of the dialogue there was emerging a recognition that a common Western position was needed that was to be more concrete."

Zum Abschluß des Gipfeltreffens auf Guadeloupe einigte man sich darauf, daß die europäischen Partner sich noch einmal mit ihren Verteidigungsministern und Militärexperten beraten sollten. Danach wollte Carter einen Beauftragten nach Europa schicken, der sich dann nochmals mit den einzelnen Regierungschefs beraten solle.

So wurde zwar letztlich auf Guadeloupe das Problem der Grauzonen-Waffen diskutiert und der Grundstein für ein "doppeltes" Herangehen an die Lösung der Mittelstreckenfrage gelegt, eine konkrete Entscheidung wurde jedoch nicht gefällt. [169)]

---

168) Brzezinski, Z.: Power and Principle, a.a.o., S. 295.

169) Cartwright, J., Critchley, J.: Nuclear weapons in Europe, a.a.o., S. 52.
Haftendorn, H.: Sicherheit und Stabilität, a.a.o., S. 117.

1.4. Die praktische Umsetzung der Modernisierungspläne und die Erarbeitung rüstungskontrollpolitischer Komponenten

Mit dem Treffen von Guadeloupe sollte für die Allianz ein Jahr beginnen, das gekennzeichnet war von einer Vielzahl von Aktivitäten auf allen Ebenen des Bündnisses. Vor allem die Amerikaner waren nun daran interessiert, die Europäer auf eine Unterstützung der Nachrüstungsfrage zu drängen. Hochrangige Repräsentanten des NSC, des State Department und des amerikanischen Verteidigungsministeriums wurden wiederholt in die europäischen Hauptstädte entsandt, um die Verbündeten für die amerikanischen Vorstellungen und Pläne zu gewinnen, war man sich auf Seiten der amerikanischen Regierung doch darin einig, daß das Aufstellungsprogramm von den NATO-Verbündeten mitgetragen werden sollte.

Kenner meinten später, daß man in Washington unter vorgehaltener Hand diesen Vorgang mit dem Begriff umriß "firing our ABM" - ein Akronym, welches sich aus den Anfangsbuchstaben der Familiennamen von David Aaron, Reginald Bartholomew und David McGiffert zusammensetzte. [170)]

Das von der HLG erarbeitete "evolutionary upward adjustment" mußte realisiert werden, d.h. man brauchte ein konkretes Aufstellungsprogramm für die neuen Waffen. Darüber hinaus mußten Vorschläge für eine Waffenkontrollpolitik erarbeitet werden, wollte man dem von den Europäern geforderten Rüstungskontrollaspekt gerecht werden.

Anfang Februar 1979 reiste David Aaron, der Stellvertreter Brzezinskis im NSC, zu den auf Guadeloupe vereinbarten Gesprächen in die europäischen Hauptstädte. Sein Auftrag war es, die Unterstützung der wichtigsten europäischen Verbündeten für die Stationierung von LRTNF-Potentialen in Westeuropa zu gewinnen. Bonn blieb jedoch bei seinem Standpunkt, daß es einer Stationierung nur unter der Bedingung zustimme, daß die Bundesrepublik nicht das einzige Stationierungsland werde und daß gleichzeitig die Mittelstreckensysteme zum Gegenstand von

---

170) Garthoff, R.: The NATO Decision on Theater Nuclear Forces, a.a.o., S. 206.

Rüstungskontrollverhandlungen gemacht würden. [171)]

Frühjahr 1979: Eingrenzung der "hardware"-Optionen

Im Frühjahr 1979 begann man in der Allianz damit, das Spektrum der von der HLG vorgeschlagenen "hardware"-Optionen einzugrenzen: [172)]

Die Option der *seegestützten cruise-missiles* (SLCM) wurde aus mehreren Gründen verworfen, wobei die wichtigste Argumentation gegen diese Waffe darin bestand, daß sie sich aufgrund ihrer Seestationierung strategisch nicht von den vorhandenen SLBM, d.h. der ballistischen Variante, unterscheiden würde.

Die Option der *mit Cruise Missiles (ALCM) ausgerüsteten Bomber-Streitmacht* wurde ausgeklammert, da diese genauso verwundbar wäre wie die bereits vorhandenen - sowohl nuklear, als auch konventionell (d.h. "dual-capable") einsatzfähigen - taktischen Luftstreitkräfte.

Und die Idee einer *neuen Mittelstreckenrakete* wurde abgelehnt, weil davon auszugehen war, daß dieses System nicht vor Mitte bis Ende der 80-er Jahre aufgestellt werden könnte.

Bei dieser letzten Lösung, die auf einen Vorschlag der amerikanischen "Defense Nuclear Agency", sowie der "Joint Chiefs of Staff" zurückging, war an ein Potential von 500 mobilen MIRV-Mittelstreckenraketen gedacht, die mit 1500 Sprengköpfen bestückt werden sollten; d.h. man hatte eine amerikanische SS-20 im Auge. Dieser Vorschlag wurde jedoch auch vom amerikanischen Kongreß mit der Begründung abgelehnt, daß die Entwicklung und Aufstellung einer solchen Waffe zu langwierig und außerdem zu teuer sei. Hinzu kamen europäische Bedenken, daß eine Streitmacht von einer solchen Größenordnung, die darauf abzielt Ziele in

---

171) Haftendorn, H.: Sicherheit und Stabilität, a.a.o., S. 117.

172) siehe hierzu:
Thomson, J.A.: The LRTNF Decision, a.a.o., S. 609.

der Sowjetunion abzudecken, Moskau veranlassen könnte, sein Erstschlagspotential in Alarmbereitschaft zu setzen. [173)]

Ende Februar 1979: Die HLG einigt sich auf einen Waffenmix aus GLCM und Pershing II-XR

Ende Februar 1979 faßte die HLG in Colorado Springs den Entschluß, ein Waffenmix, bestehend aus Pershing II-XR und GLCM zu empfehlen. 174)

Der Vorteil des Waffenmix wurde zum einen darin gesehen, daß auf diese Weise ein höchst zielgenaues und zuverlässiges Potential erreicht werden könnte, da jedes dieser beiden Systeme Eigenschaften besitzt, welche sich äußert vorteilhaft ergänzen. Und zum anderen würde eine solche Waffenkombination die Feind-Planung des Gegners nachhaltig erschweren. 175)

Nach Angaben von Beobachtern wurden die beiden zur Diskussion stehenden Systeme von Vertretern der NATO so bewertet: [176)]

> "... *Pershing II* offers a very high assurance of penetrating soviet air defenses, the capability of striking time-urgent targets, and particulary important, the opportunity to take advantage of the existing Pershing I-A infrastructure. GLCM will have lower life-cycle costs and longer range, providing the

---

173) Garthoff, R.: The NATO Decision on Theater Nuclear Forces, a.a.o., S. 205.

174) Hammer, S.R. jr.: Die nuklearen Mittelstreckensysteme der NATO..., a.a.o., S.7.
Garthoff, R.: The NATO Decision on Theater Nuclear Forces, a.a.o., S. 205.

175) Thomson, J.A.: The LRTNF Decision, a.a.o., S. 609.

176) The Modernization of NATO's long range theater nuclear forces, a.a.o., S. 23.

capability of attacking a wider range of targets from several different bases thereby increasing the opportunity of participation among member countries through deployment on their soil. In addition, the deployment of a mixed ballistic/cruise missiles force hedges against the failure of one type of system, provides the flexibility to select the best weapon for a given mission while complicating enemy planning."

Doch neben dieser militärischen Argumentation gab es noch einige wirtschaftlichen Aspekte, die für eine Mix-Lösung sprachen: Die GLCM-Version war weitaus billiger als die Pershing II, besonders, da neue Basen für die LRTNF gebaut werden mußten. Da jedoch die Pershing-I-Basen in der Bundesrepublik bereits vorhanden waren, lag der Gedanke nahe, die Pershing I durch die Pershing II zu modernisieren und nur die GLCM auf neuen Basen zu dislozieren. [177)]

Innerhalb der HLG setzten sich nach Angaben von Beobachtern vor allem die Briten und die Amerikaner für ein Mix von landgestützten Systemen mit der Begründung ein, daß diese Lösung auch eine größere politische Wirkung und damit einen höheren Abschreckungseffekt hätte. [178)]

Die Anzahl der beiden Systeme sollte nach den Empfehlungen der HLG zusammen zwischen 200 und 600 betragen. Diese Zahl ging auf einen Vorschlag der amerikanischen Seite zurück und wurde damit begründet, daß mehr Systeme zu provokativ wirken könnten, wohingegen weniger Systeme nicht ausreichend wären. [179)]

Bis 1978 hatten die amerikanischen Planer für die NPG-Studien eine

---

177) Thomson, J.A.: The LRTNF Decision, a.a.o., S. 609.

178) Haftendorn, H.: Sicherheit und Stabilität, a.a.o., S. 112.

179) Garthoff, R.: The NATO Decision on Theater Nuclear Forces, a.a.o., S. 205.
Risse-Kappen, Th.: Fahrplan zur Abrüstung ? a.a.o., S. 40.
Klaas G. de Vries: The Security of the Alliance, a.a.o., S. 11.

Zahl von 1500 bis 2000 LRTNF-Gefechtsköpfe vorgeschlagen, wobei die Begründung nach Angaben von Beobachtern in einem

> "umfassenden Zielplan [lag, d. Verf.], der die Basen und Depots der 60 sowjetischen Divisionen in Mittel- und Osteuropa einschließlich der drei westlichen Militärbezirke der Sowjetunion, sowie die dort befindlichen SS-4/SS-5-Stellungen, Flugplätze, Radar-Großanlagen, bestimmte U-Boot-Bunker, Hafenanlagen und Verkehrsziele abdecken sollte." 180)

Dieses Konzept wurde jedoch sowohl in Washington, als auch in Brüssel mit drei Begründungen abgelehnt: 181)

1. 1500 bis 2000 LRTNF-Gefechtsköpfe mit Reichweiten zwischen 1800 km (Pershing II) und 2500 km (GLCM) würden in Europa eine "euro-strategische" Nuklearstruktur schaffen, weil sie eine besondere "europäische" NATO-Kontinental-Streitmacht bilden würden; damit könnten sie eine Tendenz zur Abkopplung von den strategischen Streitkräften und Einsatzplanungen der Vereinigten Staaten bewirken.

2. Ein solches Angriffspotential der NATO könnte die Basis der "flexiblen Erwiderung" de facto aufheben und die Sowjetunion mit der Drohung eines massiven nuklearen Initialschlags der NATO konfrontieren, also destabilisierend wirken.

---

180) Diese Informationen und Zahlen gehen nach den Angaben von Lothar Ruehl auf den damals zuständigen Unterstaatssekretär im US-Verteidigungsministerium für die NPG, Dr. Donald Cotter, zurück. in: Ruehl, L.: Der Beschluß der NATO zur Einführung nuklearer Mittelstreckenwaffen, a.a.o., S. 106, bzw. Fußnote 29, S. 110.

181) Ruehl, L.: Der Beschluß der NATO zur Einführung nuklearer Mittelstreckenwaffen, a.a.o., S. 106.

3. Die NATO-Verteidigung würde damit von Kernwaffen noch abhängiger werden.

Alle drei Einwände wurden von den militärischen Gremien der NATO übernommen. So betonten auch im Frühjahr 1979 Mitglieder der HLG, allen voran die Delegation der Bundesrepublik, daß das sowjetische Mittelstreckenpotential numerisch *nicht* vollständig ausgeglichen werden solle, um einen Ent- bzw. Abkoppelungseffekt zu verhindern. D.h. das von der NATO-Strategie festgeschriebene Eskalationsprinzip, bis hin zu dem Einsatz strategischer Waffensysteme der USA müsse erhalten werden.

In diesem Sinn sollte eine *vergleichbare militärische Fähigkeit* im europäischen Bereich geschaffen werden. Die "Abschreckungskette" (NATO-Triade) sollte erhalten werden, wobei darauf zu achten sei, daß die strategischen Potentiale der USA nicht von den konventionellen Streitkräften und den TNF-Potentialen der NATO in Europa abgekoppelt würden. Ein solcher Effekt werde gerade dann entstehen, wenn man die sowjetischen Mittelstreckenwaffen numerisch ausgleiche, da gerade dann der Eindruck entstehen könne, man setze US-strategische Streitkräfte nicht notwendigerweise ein, womit die Gefahr eines auf Europa begrenzten Krieges steigen werde.

Aufgrund dieser Überlegungen entschied sich die HLG *gegen die Option einer exakten zahlenmäßigen Anpassung* der neuen LRTNF-Systeme an die sowjetischen Mittelstreckenpotentiale.

Auf den *genauen* zahlenmäßigen Umfang der Systeme hatte man sich zu diesem Zeitpunkt jedoch noch ebensowenig festgelegt, wie auf die konkrete Beschaffenheit des Mischverhältnisses von Pershing II und GLCM.

Ende 1978: Europäische Forderungen nach Rüstungskontrolle

Parallel zu den ab 1979 verstärkt einsetzenden Bemühungen der NATO-Partner eine Modernisierungsentscheidung zu erreichen, wandte man sich nun auch dem *rüstungskontrollpolitischen Aspekt* zu.

Bereits im Herbst 1978 hatten einige Regierungen des westlichen Bündnisses ihre Bedenken zum Ausdruck gebracht, daß die NATO sich auf eine "harte" Lösung des LRTNF-Problems konzentrieren und den rüstungskontrollpolitischen Teil nicht genügend beachten würde. [182)]

Schon während der HLG-Konsultationen Ende 1978 und Anfang 1979 soll nach Angaben von Experten immer deutlicher geworden sein, "daß die Rüstungskontrollauswirkungen aller Schritte zur Modernisierung der LRTNF der NATO einer besonderen und getrennten Prüfung bedurften". So wurden bereits Ende 1978 erste Gespräche über die Rüstungskontrollaspekte geführt. [183)]

Nach dem Treffen auf Guadeloupe war bei den westlichen Partnern wohl der Eindruck verstärkt worden, daß die Priorität der sich gewandelten amerikanischen Politik bei einer schnellen Modernisierungsentscheidung lag, während man sich mit der Rüstungskontrolle noch Zeit lassen wolle. [184)]

Tatsächlich war wohl spätestens nach den beiden Europareisen Aarons im Februar und März 1979 deutlich geworden, daß Europa und die USA bei der Behandlung der Mittelstreckenproblematik unterschiedliche Prioritäten setzten: Während die Europäer ebenso am Zustandekommen von Rüstungskontrollverhandlungen interessiert waren, hielten die Amerikaner am Vorrang der Dislozierung fest. [185)] Vor allem die Deutschen und die Niederländer brachten ihre Bedenken zum Ausdruck, daß die Behandlung der "hardware"-Option in der HLG ziemlich schnell Fortschritte mache, während es parallel dazu keine Bemühungen gebe, als Gegenstück eine Rüstungskontrollpolitik zu entwerfen. [186)]

---

182) Cartwright, J./Critchley, J.: Nuclear Weapons in Europe, a.a.o., S. 20.

183) Hammer, S.R. jr.: Die nuklearen Mittelstreckensysteme der NATO..., a.a.o., S. 7.

184) Risse-Kappen, Th.: Fahrplan zur Abrüstung?, a.a.o., S. 32.

185) Haftendorn, H.: Sicherheit und Stabilität, a.a.o., S. 117.

186) Thomson, J.A.: The LRTNF Decision, a.a.o., S. 609.

Die Gründe für die Forderung nach einer höheren Beachtung der rüstungskontrollpolitischen Komponente lagen hauptsächlich in zwei Bereichen: [187] Zum einen waren sich die Politiker darin einig, – besonders vor dem Hintergrund einer immer lauter werdenden innenpolitischen Opposition gegen die Aufstellung neuer Raketen – daß diese Komponente unumgänglich sei, wolle man die eigene Glaubwürdigkeit in der Öffentlichkeit nicht aufs Spiel setzen. Vielmehr müsse deutlich gemacht werden, daß die Allianz an ihren Grundprinzipien von Sicherheit *und* Entspannung festhalte und man sich nicht auf ein unbegrenztes Wettrüsten mit der Sowjetunion im Mittelstreckenbereich einlassen solle.

Daher drängten die europäischen Verbündeten darauf, neben den rein militärisch orientierten Geheimgremien der NATO eine Beratergruppe zu schaffen, die sich mit der rüstungskontrollpolitischen Lösung der Mittelstreckenproblematik befassen solle.

Die NATO – so wurde argumentiert – müsse über ein ausformuliertes Rüstungskontrollkonzept für die Behandlung der LRTNF–Problematik im Rahmen von SALT III verfügen, wenn über die Modernisierung der Mittelstreckensysteme entschieden werde. [188]

Während die amerikanische Seite den Standpunkt vertrat, daß zur Lösung dieser Frage noch genügend Zeit sei, zumal die LRTNF–Frage erst in SALT III behandelt würde, bis jetzt aber noch nicht einmal SALT II abgeschlossen sei, forderten die europäischen Verbündeten – allen voran die Bundesrepublik und die Niederlande – somit konkrete und möglichst baldige Maßnahmen. [189]

Zu diesem Zweck wurde von dem Rüstungskontrollbeauftragten der Bundesregierung, *Botschafter Dr. Friedrich Ruth*, die Einrichtung einer

---

187) siehe hierzu:
Klaas G. de Vries: The Security of the Alliance, a.a.o., S. 17.

188) Risse–Kappen, Th.: Fahrplan zur Abrüstung?, a.a.o., S. 32.
"Schmidt, der Gefangene", in: Der Spiegel, Nr. 46/1983, S. 32.

189) Thomson, J.A.: The LRTNF Decision, a.a.o., S. 609.

besonderen Beratungsgruppe vorgeschlagen. [190)]

Eine solche Lösung führte jedoch innerhalb der amerikanischen Regierung zu Auseinandersetzungen. Die Gegner einer solchen Beratungsgruppe argumentierten, daß die Ausarbeitung einer separaten Rüstungskontrollpolitik den Eindruck erwecken könnte, eine rüstungskontrollpolitische Lösung könne die "hardware"-Option ersetzen, und das Stationierungsprogramm könne dadurch letztlich vermieden werden. Andere vertraten den Standpunkt, daß auch das Rüstungskontrollprogramm von der HLG erarbeitet werden sollte, *nachdem* man sich auf ein Stationierungsprogramm geeinigt habe. [191)]

April 1979: Die Bildung der "Special Group" (SG)

Die Amerikaner stimmten den von den Europäern erhobenen Forderungen schließlich doch zu und am *11. April 1979* setzte der NATO-Rat eine Sonderarbeitsgruppe ein, die "*Special Group on Arms Control and Related Matters*", kurz "Special Group" (SG) genannt. [192)] Ihre Aufgabe sollte es sein, - parallel zu der Arbeit der HLG - Vorschläge für die Einbeziehung nuklearer Mittelstreckenwaffen in die Rüstungskontrollverhandlungen zu erarbeiten. [193)]

Die SG setzte sich aus Rüstungskontrollexperten aus allen NATO-Staaten (außer Frankreich) zusammen. Ihr *Vorsitzender* war der Leiter des

---

190) Risse-Kappen, Th.: Fahrplan zur Abrüstung?, a.a.o., S. 32.
Rühle, Hans: Warum Nachrüstung?, a.a.o., S. 24.

191) Thomson, J.A.: The LRTNF Decision, a.a.o., S. 609.

192) Garthoff, R.: The NATO Decision on Theater Nuclear Forces, a.a.o., S. 204.
NATO-Handbuch, hrsg. v. NATO-Informationsabteilung, Brüssel, April 1984, S. 86.

193) Klaas G. de Vries: The Security of the Alliance, a.a.o., S. 17.
Rühle, H.: Warum Nachrüstung?, a.a.o., S. 24.
Cartwright, J./Critchley, J.: Nuclear Weapons in Europe, a.a.o., S. 20.

Büros für politisch-militärische Angelegenheiten im amerikanischen Außenministerium, Leslie Gelb, und später Reginald Bartholomew. [194] Der westdeutsche Delegationsleiter war der Rüstungskontrollbeauftragte der Bundesregierung, Botschafter Dr. Friedrich Ruth. [195]

Bleibt zu betonen, daß es durchaus Berührungen, um nicht zu sagen Verzahnungen zwischen der SG und der HLG gab: so gehörten die HLG-Mitglieder der SG als Stellvertreter an. Darüber hinaus bekannte man sich dazu, daß die HLG-Arbeit als Bezugspunkt für die Arbeiten der SG dienen sollten, was sich jedoch bereits aus der Natur der Sache ergab: Zuerst mußte die Modernisierungsfrage gelöst werden, um auf dieser Basis Rüstungskontrollansätze erarbeiten zu können.

Ebenso wie die HLG besaß die SG keinen ständigen Stab, ihre Vorarbeiten wurden zum Großteil in Washington gemacht. Demgegenüber war sie *nicht* der NPG unterstellt und einige ihrer Mitglieder waren im DPC *nicht* vertreten (z.B. Griechenland). [196]

Nach Ansicht von Beobachtern zielten die Amerikaner in der SG darauf ab, "to reach a consensus on the broad objectives and principles that might guide the United States in the condukt of negotiations over LRTNF and SALT III". [197]

Bis ein solcher Konsens erreicht war, stellte ein sogenanntes "objectives and principles-paper" die Grundlage für die internen Entscheidungen der

---

194) Garthoff, R.: The NATO Decision on Theater Nuclear Forces, a.a.o., S. 204.
Ab 24.1.1980 wurde dieses Gremium in "Special consulting Group" (SCG) umbenannt. Ab März 1981 hatte *Lawrence S. Eagleburger*, Staatssekretär für politische Angelegenheiten im amerikanischen Außenministerium den Vorsitz. Im März 1984 hatte *Richard Burt* dieses Amt inne.
siehe: Cartwright, J./Critchley, J.: Nuclear Weapons in Europe, a.a.o., S. 18.

195) Risse-Kappen, Th.: Fahrplan zur Abrüstung?, a.a.o., S. 36.

196) Klaas G. de Vries: The Security of the Alliance, a.a.o., S. 17.

197) Thomson, J.A.: The LRTNF Decision, a.a.o., S. 609.

amerikanischen Regierung sowie für die Auseinandersetzungen in der SG dar. Aus der Sicht der US-Regierung bestand das wichtigste dieser Prinzipien darin, daß die Rüstungskontrolle als eine *Ergänzung* und nicht als *Ersatz* für die Mittelstreckenmodernisierung zu betrachten sei. [198)]

26./27. April 1979: 25. NPG-Sitzung in Homestead

Am *26./27. April 1979* tagte die NPG auf dem Luftwaffenstützpunkt Homestead in Florida. [199)] Unter Hinweis auf die militärstrategische Situation in Europa wurde von den Verteidigungsministern erneut die *Notwendigkeit der Modernisierung des LRTNF-Potentials der NATO* betont. In diesem Zusammenhang wurden die von der HLG vorgelegte Vorschläge über die in Erwägung zu ziehenden "hardware"-Optionen diskutiert, eine Festlegung auf bestimmte Systeme oder bestimmte Stationierungsarten erfolgte jedoch - nach Angaben von US-Verteidigungsminister Brown - noch *nicht*. [200)]

Konkret umfaßten die Empfehlungen der HLG folgende Punkte: [201)]

---

198) Thomson, J.A.: The LRTNF Decision, a.a.o., S. 609.

199) Siehe hierzu das Kommuniqué der 25. Tagung der NPG auf dem Luftwaffenstützpunkt Homestead (USA) am 26./27. April 1979 in: Europa-Archiv, Folge 13/1979, S. D319 - D320, bzw.: Archiv der Gegenwart vom 26./27. April 1979, S. 22540.

200) Pressekonferenz von Harold Brown im Anschluß an NPG-Tagung am 27. April 1979, in: Europa-Archiv, Folge 13/1979, S. D320 - D321. Hanmer, S.R., jr.: Die nuklearen Mittelstreckensysteme der NATO ..., a.a.o., S. 7.

201) siehe auch:
Haftendorn, H.: Sicherheit und Stabilität, a.a.o., S. 112/113.
Kommuniqué der 25. Tagung der NPG auf dem Luftwaffenstützpunkt Homestead (USA) am 26./27. April 1979,
in: Europa-Archiv, Folge 13/1979, S. D319 - D320.

- Die NATO solle aus politischen und militärischen Gründen "ihre europabezogenen Nuklearstreitkräfte modernisieren, ohne die Abstützung auf nukleare Waffen zu vergrößern oder die langfristige Verbesserung der konventionellen Streitkräfte zu beeinträchtigen".

- Die Dislozierung solle primär bodengestützte Marschflugkörper und Raketen vom Typ Pershing II-XR umfassen.

- Die Zahl der zur Stationierung vorgesehenen Systeme solle zwischen 200 und 600 liegen, d.h. sie solle einerseits politisch signifikant sein, aber andererseits keine begrenzte Kriegführungsoption bieten und damit einer "Entkoppelung" der Potentiale entgegenwirken.

- Die Dislozierung solle von so vielen NATO-Mitgliedern wie möglich getragen werden, insbesondere solle die Bundesrepublik nicht das einzige kontinentale Stationierungsland in Westeuropa sein.

- Ein Stationierungsbeschluß solle für die NATO-Tagung im Dezember 1979 in Aussicht genommen werden, um noch Details des Beschlusses ausarbeiten und vor allem politisch absichern zu können.

Die NPG stimmte im Prinzip dem Konzept der Aufstellung von 200 - 600 LRTNF-Gefechtsköpfen zu Beginn der 80-er Jahre zu und war sich darin einig, im Dezember 1979 eine endgültige Entscheidung darüber zu treffen. [202)]

Die Empfehlungen der HLG wurden dann von der NPG an den Verteidigungsplanungsausschuß (DPC) weitergeleitet. Dieser beauftragte die HLG schließlich damit, den bis jetzt noch relativ groben Entwurf eines Waffenmix von 200 - 600 Pershing II und Cruise-missiles noch zu

---

202) The Modernization of NATO's long-range theater nuclear forces, a.a.o., S. 23.
US-Verteidigungsminister Brown hielt sich bei der anschließenden Pressekonferenz bzgl. des genauen Datums der Beschlußfassung der NATO noch zurück und nannte "Ende des Jahres" als einen angemessenen Zeitpunkt, siehe:
Pressekonferenz v. Harold Brown im Anschluß an NPG-Tagung am 27. April 1979, in: Europa-Archiv, Folge 13/1979, S. D321.

verfeinern. [203]

Neben dem Modernisierungsbereich wurden in Homestead jedoch erstmals explizit auch *Überlegungen zur Frage der Rüstungskontrolle* erörtert. So betonten die Minister, - ebenfalls in Anlehnung an die HLG-Empfehlungen - "daß die Überlegungen über Modernisierungsbemühungen Möglichkeiten zur Rüstungskontrolle voll zu berücksichtigen hätten". Sie "nahmen zustimmend zur Kenntnis, daß dies Gegenstand eingehender Untersuchungen der 'special group' ist, die kürzlich zu diesem Zweck in der NATO eingesetzt wurde". [204]

Damit machte das Treffen in Homestead erstmals deutlich, daß man in der Allianz dabei war, Überlegungen in zwei Richtungen zu führen, die Umsetzung einer "doppelt" angelegten Allianzentscheidung hatte begonnen: Zum einen sollten die Nuklear-Potentiale in Europa modernisiert werden, und zwar vor allem im Bereich der weitreichenden Mittelstreckensysteme. Mit diesem Fragenkomplex beschäftigte sich seit Oktober 1977 die HLG. Zum anderen sollten die Möglichkeiten sondiert werden, durch Maßnahmen der Rüstungssteuerung das im Entstehen begriffene Ungleichgewicht abzubauen. Mit diesem Fragenkomplex setzte sich ab dem 11. April 1979 die SG auseinander, die im Frühjahr und Sommer des gleichen Jahres mehrmals in Brüssel zusammentraf. [205]

---

203) Klaas G. de Vries: The Security of the Alliance, a.a.o., S. 11.

204) Kommuniqué der NPG vom 26./27. April 1979 in Homestead (USA), in: Archiv der Gegenwart v. 27. April 1979, S. 22540, bzw.: Europa-Archiv, Folge 13/1979, S. D313.

205) Dokumente zur Sicherheitspolitik
in: Europa-Archiv, Folge 13/1979, S. D318.
Hanmer, S.R., jr.: Die nuklearen Mittelstreckensysteme der NATO ..., a.a.o., S. 8.

Sommer 1979: Die Konkretisierung des Waffenmix

Im *Sommer 1979* fiel in der NATO schließlich – in Verfeinerung des HLG-Vorschlages vom Frühjahr 1979 – die *Entscheidung über die Anzahl* und Zusammensetzung der neu einzuführenden nuklearen Mittelstreckensysteme: Insgesamt sollten 572 Systeme eingeführt werden, bestehend aus 108 Pershing II und 464 GLCM.

Nachdem die interne Diskussion in den NATO-Gremien bis zu diesem Zeitpunkt zwischen land- und seegestützten Systemen geschwankt hatte, entschied man sich jetzt endgültig für die landgestützte Variante der Cruise-missiles. [206)]

Die Zahl 572 sowie der Anteil der einzelnen Systeme geht auf Brzezinskis Stellvertreter im NSC, David Aaron, zurück und wurde am *5. Juli 1979* von dem amerikanischen "Special Coordinating Committee" (SCC) – zusammengesetzt aus Brzezinski, Außenminister Vance, Verteidigungsminister Brown und dem Vorsitzenden der Vereinigten Stabschefs General David C. Jones – diskutiert und befürwortet. Brzezinski faßte später die Vorgänge im SCC so zusammen: [207)]

> "We (SCC, d. Verf.) were disposed to go for a lower number than the one that we finally recommended to the President, amounting to a total of 572 ground-based cruise missiles and pershing-IIs. Only the JCS and I favored the upper limit of 572, my thought being that we would probably be asked by NATO to scale down or that we would have to engage eventually in some arms control bargaining with the soviets and that therefore the upper limit was preferable."

Kurz darauf, noch Anfang Juli 1979, nahm Präsident Carter diesen

---

206) Ruehl, L.: Der Beschluß der NATO zur Einführung nuklearer Mittelstreckenwaffen, a.a.o., S. 102.

207) siehe hierzu: Brzezinski, Z.: Power and Principle, a.a.o., S. 308.

Vorschlag offiziell an. [208]

Die Begründung für diese zahlenmäßige Zusammensetzung lag im wesentlichen in folgenden Bereichen: [209]

Analysen, welche von den Amerikanern und der HLG ab dem Frühjahr 1979 (Mix-Entscheidung) erstellt worden waren, kamen zu den Resultat, daß es aufgrund der selektiven Einsatzoptionen, aber auch wegen der Zuverlässigkeit dieser Systeme ratsam sei, die neuen Mittelstreckenwaffen in einer Größenordnung aufzustellen, die eher im *oberen* Bereich der Bandbreite von 200 - 600 Systemen liege. Hierfür sprach auch die Tatsache, daß die Waffen auf fünf NATO-Länder verteilt werden sollten. Hinzu kamen Überlegungen von amerikanischer Seite, daß das Programm über genügend Spielraum in dem Sinne verfügen müsse, daß es rüstungskontrollpolitischen Eingriffen ebenso standhalten könne, wie der Möglichkeit, daß einer oder mehrere NATO-Partner aus dem Programm aussteigen. D.h. man sprach sich dafür aus, den oberen Bereich der von der HLG vorgeschlagenen Bandbreite auszuschöpfen. [210]

Die Zahl von 108 Pershing II ergab sich aufgrund ganz praxisorientierter Überlegungen:
Da für die Pershing II - als ursprünglich geplanter Ersatz der Pershing I A - die gleiche Infrastruktur und das gleiche Personal wie für den Vorgängertyp ausreichte, lag es nahe, die 108 in der Bundesrepublik bereits vorhandenen Startvorrichtungen mit der neuen, weitreichenden Pershing II zu bestücken. [211]

---

208) Garthoff, R.: The NATO Decision on Theater Nuclear Forces, a.a.o., S. 205.

209) siehe hierzu:
Thomson, J.A.: The LRTNF Decision, a.a.o., S. 610.
Garthoff, R.: The NATO Decision on Theater Nuclear Forces, a.a.o., S. 205/206.
The Modernization of NATO's long-range theater nuclear forces, a.a.o., S. 23/24.

210) Thomson, J.A.: The LRTNF Decision, a.a.o., S. 610.
The Modernization of NATO's long-range theater nuclear forces, a.a.o., S. 23/24

Was die GLCM betrifft, so wurde die Notwendigkeit betont, diese Systeme aus allianzpolitischen Gründen in mehreren Ländern zu stationieren, die Zahl von 464 ergab sich wohl eher als Resultat mathematischer Überlegungen: [212] Die kleinste Einheit betrug 16 Raketen (4 Stück auf jeweils 4 Startvorrichtungen), 48 Raketen waren das Minimum für die Hauptaufstellungsgebiete. Die Gesamtzahl der GLCM wurde auf 464 festgelegt; dies war das zweithöchste Vielfache von 16, wollte man die Gesamtzahl der LRTNF bei einer Berücksichtigung von 108 Pershing II *unter* der empfohlenen Höchstgrenze von 600 Systemen halten. So weit das Zustandekommen der Zahl von 572 Raketen. Dieser Vorschlag wurde noch im gleichen Monat den westlichen Verbündeten vorgelegt. [213]

Dabei stellte sich heraus, daß es durchaus auch Differenzen gab bei der Bewertung der vorgeschlagenen Lösung. Von deutscher Seite wurde der Einwand erhoben, daß die Anzahl der neuen Mittelstreckenwaffen aus zwei Gründen niedriger sein könnte: [214]

> Zum einen wären – als Ersatz für vorhandene Systeme – auch *weniger* als 572 Raketen ausreichend, um die ihnen gestellte Aufgabe erfüllen zu können.
>
> Zum anderen bedürfe es zur Realisierung des NATO-Grundsatzes der vorbedachten Eskalation nicht einer so hohen Anzahl von Raketen.

So meinte etwa nach Darstellung eines Beobachters ein Vertreter der Bundesrepublik: [215]

---

211) Garthoff, R.: The NATO Decision on Theater Nuclear Forces, a.a.o., S. 205/206.

212) siehe hierzu:
Garthoff, R.: The NATO Decision on Theater Nuclear Forces, a.a.o., S. 206.

213) Thomson, J.A.: The LRTNF Decision, a.a.o., S. 610.

214) siehe hierzu:
Cartwright, J./Critchley, J.: Nuclear Weapons in Europe, a.a.o., S. 12.

215) Ebd., S. 12.

> "Ich kann mir nicht vorstellen, 572 Gefechtsköpfe dieser Art einzusetzen und dies dann als eine vorbedachte und selektive Eskalation zu bezeichnen. Nach meinem Verständnis können wir für eine vorbedachte Eskalation mit einer viel kleineren Anzahl als 572 auskommen."

Im Gegensatz hierzu, betrachteten einige Vertreter Washingtons diese Zahl eher als einen Minimal- als einen Maximalwert. Nach ihrer Ansicht brauche die NATO eine glaubhafte TNF-Kapazität und Empfehlungen sollten daher eher auf *militärischen* als auf politischen Argumenten basieren. [216)]

Die Begründung für die Zahl von 572 Gefechtsköpfen wurde auch später von Beobachtern wohl eher im politischen Bereich gesehen, da jede militärische Begründung dieses Programms als fragwürdig erschien. Entsprechend dieser Einschätzung meinten später hohe alliierte Militärs im SHAPE, daß das Programm nicht auf einem "militärischen Erfordernis" beruhe. [217)]

Eine solche Bewertung läßt sich wohl auch durch die Ausführungen Brzezinskis bestätigen, der meinte: [218)]

> "... Initially, I was doubtful that a military response based on Europe was needed, but I was convinced by my staff, notably Aaron and Jim Thomson, of the *political* (Hervorhebung d. d. Verf.) necessity to deploy a European-based nuclear counter."

Während der Nachrüstungsdiskussion innerhalb der NATO forderte die

---

216) Ebd., S. 12.

217) Ruehl, L.: Der Beschluß der NATO zur Einführung nuklearer Mittelstreckenwaffen, a.a.o., S. 106 u. Fußnote 30.

218) Brzezinski, Z.: Power and Principle, a.a.o., S. 307 - 308.

Bundesregierung wiederholt, die Option seegestützter Marschflugkörper (SLCM) auf vor der europäischen Küste kreuzenden Schiffen ernsthafter zu überprüfen. Vor allem Bundeskanzler Schmidt setzte sich für eine solche Lösung ein, wobei für ihn zum einen das Interesse im Mittelpunkt stand, keine zusätzlichen Ziele in der Bundesrepublik zu schaffen. [219] Darüberhinaus vertrat Schmidt die Ansicht, die Seestationierung werde eine ausgewogene Beteiligung aller NATO-Partner am ehesten begünstigen, da mit der SLCM-Option auch Länder wie Dänemark und Norwegen ihre Häfen für die Stationierung der U-Boote und Schiffe zur Verfügung stellen könnten.

Dieser Vorschlag wurde jedoch in der HLG mit den folgenden Argumenten abgelehnt: [220]

Politisch erzielten landgestützte Systeme einen größeren Abschreckungs- und damit auch "Ankoppelungs"-Effekt, da sie sichtbar seien und unzweifelhaft mit der Verteidigung Westeuropas identifiziert würden (visibility). Diese Sichtbarkeit macht sie zugleich für die Sowjetunion kalkulierbar.

Militärisch erlaubten landgestützte Systeme ein höheres Maß an Flexibilität und Selektivität und dienten eher einer Stärkung der "flexible response".

Rüstungskontrollpolitisch seien landgestützte Systeme eher gegen die landgestützten sowjetischen LRTNF verhandelbar, da seegestützte Marschflugkörper größere Verifikationsprobleme aufweisen würden als landgestützte.

Und auch *Kostengründe* wurden angeführt. So würde der Bau neuer

---

219) Risse-Kappen, Th.: Fahrplan zur Abrüstung?, a.a.o., S. 39.
Cartwright, J./Critchley, J.: Nuclear Weapons in Europe, a.a.o., S. 13.

220) siehe hierzu:
Risse-Kappen, Th.: Fahrplan zur Abrüstung?, a.a.o., S. 40.
Cartwright, J./Critchley, J.: Nuclear Weapons in Europe, a.a.o., S. 13/14.

Schiffe zu diesem Zweck die Kosten des Modernisierungsprogramms erhöhen.

Darüberhinaus würde eine Seestationierung Probleme im Bereich der Kommando- und Kontrollstruktur schaffen: Würde sich etwa die Flotte nur aus amerikanischen Schiffen zusammensetzen, so würde dies als Ausbau der US-strategischen Streitmacht gewertet. Wären es Schiffe der Alliierten mit amerikanischen Kontrolleinheiten, so wären allianzpolitische Schwierigkeiten abzusehen. Dabei wurde die Möglichkeit einer *Umgehung des "risk-sharing"* angesprochen, die bei der GLCM-Option nicht gegeben sei.

Nachdem sich die Verbündeten mit dem amerikanischen Vorschlag befaßt hatten, wurde das Programm für die Aufstellung von 572 Sprengköpfen im *späten August 1979* formell in die HLG eingebracht und am 4. Oktober 1979 von derselben gebilligt. [221)]

Dies bedeutet, daß die amerikanische Lösung akzeptiert wurde. Die Bundesregierung konnte die von ihr favorisierte SLCM-Lösung nicht durchsetzen, ihre Hauptforderung nach einer "non-singularity" wurde jedoch berücksichtigt, sieht man von den ausschließlich in der Bundesrepublik stationierten Pershing II ab. So fiel die Entscheidung zugunsten einer Annäherung an das obere Ende der Marge von 600 Systemen (d.h. 572 Systemen) aufgrund folgender Argumente: [222)]

- Militärisch gesehen sollten genügend Systeme bereitgestellt werden, die einen sowjetischen Angriff "überleben", die sowjetische Luftabwehr durchdringen und schließlich den Erfordernissen der Zielplanung genügen.

---

221) Thomson, J.A.: The LRTNF Decision, a.a.o., S. 610.
Brzezinski, Z.: Power and Principle, a.a.o., S. 308.

222) siehe hierzu:
Risse-Kappen, Th.: Fahrplan zur Abrüstung?, a.a.o., S. 41.

- Sicherheits- und bündnispolitisch erforderte das westdeutsche Prinzip der "non-singularity" einen weitgestreuten Stationierungsmodus unter verschiedenen westeuropäischen Ländern.

- Rüstungskontrollpolitisch sollte eine gewisse Handlungsmasse beibehalten werden.

Ende September 1979: SG schließt ihre Studie ab

Ende September 1979 schloß auch die SG, die sich bis zu zweimal im Monat in Brüssel und einmal in Washington getroffen hatte, ihre Studie ab. Sie enthielt eine Reihe von Empfehlungen hinsichtlich der Zielsetzungen und der Grundprinzipien im Bereich der Rüstungskontrolle. Der Bericht wurde zwar von offizieller Seite *nicht* publik gemacht, seine wesentlichen Ergebnisse wurden jedoch bekannt und können folgendermaßen umrissen werden: [223)]

In erster und wohl entscheidendster Linie war sich die SG darin einig, daß es keine realistische Möglichkeit gebe, ein Rüstungskontrollangebot zu entwerfen, solange die Allianz sich nicht dafür entschieden habe, neue LRTNF-Potentiale aufzustellen. D.h. angestrebten Rüstungskontrollverhandlungen müsse eine Modernisierungsentscheidung vorausgehen. [224)] Erst wenn ein Konsens bzgl. der Stationierung neuer nuklearer Mittelstreckenwaffen erreicht sei, würden Rüstungskontrollverhandlungen realistisch und möglich. Dahinter steckte der Gedanke, daß die NATO sozusagen "mit leeren Händen" und folglich ohne "Hebel" ("bargaining-chip") in eine Rüstungskontrollverhandlung gehen würde, wenn sie weder vorhandene LRTNF Potentiale, noch geplante Mittelstreckensysteme auf

---

223) siehe hierzu:
Cartwright, J./Critchley, J.: Nuclear Weapons in Europe, a.a.o., S. 20.
Klaas G. de Vries: The Security of the Alliance, a.a.o., S. 17 ff.
Risse-Kappen, Th.: Fahrplan zur Abrüstung?, a.a.o., S. 37/38.
Thomson, J.A.: The LRTNF Decision, a.a.o., S. 611.

224) Cartwright, J./Critchley, J.: Nuclear Weapons in Europe, a.a.o., S. 20.

den Verhandlungstisch legen könnte.

Zweitens waren sich die Rüstungskontrollexperten der SG darin einig, daß es unrealistisch sei, ein Rüstungskontrollbkommen vorzuschlagen, welches auf einen Abbau aller SS-20 abziele. Diesbezüglich herrschte in der SG die Ansicht vor, daß Moskau einen solchen Vorschlag wohl kaum ernst nehmen werde. Ferner glaubte man, daß ein solches Angebot in der westlichen Öffentlichkeit als ein kalkulierter und durchsichtiger Versuch der Allianz gewertet werden könne, neue westliche Nuklearsysteme zu rechtfertigen, indem man der sowjetischen Seite einen Vorschlag unterbreite, der sie geradezu zu einer Ablehnung zwinge.

Drittens sprach sich die SG dafür aus, daß die *LRTNF-Verhandlungen im Rahmen von SALT III* stattfinden sollten und *nicht* im Rahmen von MBFR oder einem neuen Rüstungskontrollforum.

Wie die Verhandlungen konkret ablaufen sollten, d.h. ob die strategischen und die Mittelstreckensysteme auf *einer* Verhandlungsebene ablaufen sollten, diese Frage blieb zunächst offen. Doch gehen Beobachter davon aus, daß daran gedacht wurde, über diese beiden Bereiche getrennt zu verhandeln und die Resultate später dann zusammenzufassen. [225)]

Im Zusammenhang mit den Verhandlungen wurde - auf westdeutsche Initiative - auch dem Grundsatz zugestimmt, daß jede künftige Begrenzung amerikanischer Mittelstreckensysteme von einer entsprechenden Begrenzung sowjetischer Systeme begleitet sein solle. Darüber hinaus solle in den Verhandlungen eine *de jure-Gleichheit* hinsichtlich der LRTNF-Höchstgrenzen und der Rechte festgelegt werden. [226)]

Auch bestand grundlegende Übereinstimmung darin, daß die *NATO-Verbündeten* auf dem Wege der Konsultationsgremien *an der Entscheidungsfindung teilhaben sollen*, wenn die Vereinigten Staaten auf

---

225) Risse-Kappen, Th.: Fahrplan zur Abrüstung?, a.a.o., S. 37.

226) Risse-Kappen, Th.: Fahrplan zur Abrüstung?, a.a.o., S. 37.
Cartwright, J./Critchley, J.: Nuclear Weapons in Europe, a.a.o., S. 20.

bilateralem Weg mit der Sowjetunion verhandeln. So einigte man sich auf europäisches Drängen auch darauf, die SG in Form einer "Besonderen Beratungsgruppe" (SCG) während der Verhandlungen fortbestehen zu lassen. [227)]

Was das Problem der "Drittstaaten-Potentiale" betraf, so sprachen sich die Rüstungskontrollexperten dafür aus, die *unabhängigen strategischen Systeme Großbritanniens und Frankreichs von den Verhandlungen auszuschließen.* [228)] Hinsichtlich der Formalitäten empfahl die SG einstimmig, *die bereits bei SALT angewendeten Kriterien* (Verifikation, Zählweise, Zuordnung der verschiedenen Systeme von NATO und Warschauer Pakt) *auch den Verhandlungen über Mittelstreckenwaffen zugrunde zu legen.* [229)]

Und schließlich kam die SG zu dem Resultat, daß die LRTNF-Verhandlungen in mehreren Phasen ablaufen sollten. Die Mittelstreckenpotentiale sollten *schrittweise* ("step by step") *verhandelt werden*, wobei man sich zunächst mit den für den Westen bedrohlichsten Systemen zu befassen hätte, nämlich den landgestützten SS-20: [230)]

In einem ersten Anlauf sollte eine Begrenzung der sowjetischen SS-20 und ein Rückzug der veralteten SS-4 und SS-5 angestrebt werden, wobei das Ziel in gleichen Obergrenzen für weitreichende taktische Nuklearwaffen auf beiden Seiten bestehen sollte. Flugzeuge sollten in dieser ersten Phase ausgeklammert, ihre Begrenzung auf eine spätere Phase verschoben werden. Alle Begrenzungen sollten weltweit gelten, es sollten jedoch regionale Höchstgrenzen für jene Systeme vereinbart werden, welche das NATO-Gebiet erreichen könnten. [231)]

---

227) Klaas G. de Vries: The Security of the alliance, a.a.o., S. 18.
Risse-Kappen, Th.: Fahrplan zur Abrüstung?, a.a.o., S. 38.

228) Klaas G. de Vries: The Security of the alliance, a.a.o., S. 18.

229) Klaas G. de Vries: The Security of the alliance, a.a.o., S. 18.

230) Klaas G. de Vries: The Security of the alliance, a.a.o., S. 18.

231) Haftendorn, H.: Sicherheit und Stabilität, a.a.o., S. 120.

Im Vorfeld dieser Empfehlungen gab es nach Ansicht von Beobachtern jedoch auch Differenzen innerhalb der SG, die sich im wesentlichen auf zwei Bereiche bezogen: [232)]

Da war zum einen die Frage, wie die Teilnahme und *Mitwirkung der Verbündeten am Entscheidungsprozeß der Rüstungskontrollfrage* konkret aussehen solle.

Zum anderen gab es verschiedene Ansichten innerhalb der SG bzgl. der *Koppelung von LRTNF-Verhandlungen und dem restlichen Teil von SALT III.* Zwar war man sich im wesentlichen darin einig, daß die LRTNF-Frage bei SALT III mittels der in SALT II erreichten Annäherung zu behandeln sei, *welche Institution bzw. welches Gremium innerhalb der NATO sich aber konkret mit der Lösung dieses Problems beschäftigen sollte*, diese Frage war umstritten. Nach Auskunft informierter Kreise gab es bis Mitte September 1979 Unstimmigkeiten bei den SG-Mitgliedern darüber, ob man diese Aufgabe dem NATO-Rat, dem DPC, der NPG oder einem anderen NATO-Gremium übertragen solle, oder ob man hierfür ein spezielles Gremium einrichten solle.

Scharfe Meinungsverschiedenheiten tauchten auch bei der Frage auf, ob die NATO in SALT III eine *allgemeine Höchstgrenze* bei den strategischen und den TNF-Systemen anstreben solle.
Nach *westdeutscher* Ansicht mußte das langfristige Ziel von SALT III eine umfassende Parität sein, welche sowohl die strategischen als auch die regional gebundenen Nuklearsysteme einschließe.
Die *amerikanische* Seite lehnte einen solchen Vorschlag jedoch mit dem Hinweis ab, daß die Verhandlungsproblematik enorm komplex sei und daß eine solche Obergrenze die Möglichkeit gefährden könnte, möglichst schnell zu einer Lösung des dringendsten Problems zu kommen, nämlich der Begrenzung der SS-20. Alle Systeme in ein "Paket" zu packen - so die amerikanischen Delegierten - wäre eine künstliche Koppelung und würde die Verhandlung beider Waffenkategorien gefährden.

---

232) siehe hierzu:
Klaas G. de Vries: The Security of the alliance, a.a.o., S. 18/19.

Doch trotz aller Differenzen konnte die SG Ende September mit ihrem Bericht einen Katalog zur Lösung rüstungskontrollpolitischer Fragen vorlegen und in seinem "General Report" vom Oktober 1979 gab der niederländische General-Rapporteur der NATO, Klaas G. de Vries, die Stimmung in der SG folgendermaßen wieder: [233)]

> "SG officials are guardedly optimistic about the prospects of the Soviet Union responding to the NATO LRTNF arms control proposal. They believe that the Soviets' insistence on limiting the cruise missile in the SALT II Protocol gives evidence of their anxiety over the potential threat posed by these weapons systems. [...] In summary the SG is hopeful that if the HLG recommendations are approved and the Soviets see new NATO LRTNF deployments as a reality, they will negotiate seriously."

28. September 1979: Erstes Treffen zwischen HLG und SG in Brüssel

Um sicherzustellen, daß sich die Arbeitsergebnisse von HLG und SG nicht gegenseitig widersprächen und miteinander vereinbar seien, trafen sich die Vorsitzenden der beiden Gremien am *28. September 1979* in Brüssel zu einer gemeinsamen Sitzung. Dabei wurden sowohl der von der HLG erarbeitete Modernisierungsplan als auch die von der SG formulierten Empfehlungen für die Rüstungskontrollgespräche gebilligt. [234)]

---

233) Ebd., S. 19.

234) Garthoff, R.: The NATO Decision on Theater Nuclear Forces, a.a.o., S. 206.
Hanmer, S.R., jr.: Die nuklearen Mittelstreckensysteme der NATO ..., a.a.o., S. 8.

4. Oktober 1979: Vorlage der Berichte von HLG und SG

Am *4. Oktober 1979* legten HLG und SG getrennt ihre jeweiligen Berichte NATO-Generalsekretär Luns vor. [235] Auf der Basis dieser beiden Berichte begannen der HLG-Vorsitzende sowie der SG-Vorsitzende *zusammen* mit der Erarbeitung des "Integrated Decision Document" (IDD). [236]

So waren die konkreten Vorbereitungsarbeiten für den im Dezember 1979 anstehenden NATO-Beschluß schon so gut wie abgeschlossen, als Moskau dem Westen ein Aufsehen erregendes Angebot unterbreitete.

6. Oktober 1979: Die Breschnew-Offerte

Am *6. Oktober 1979* hielt Breschnew anläßlich des 30. Jahrestages der DDR eine Rede in Ost-Berlin, bei welcher die geplante westliche Nachrüstung im Mittelpunkt stand. Nach scharfen Angriffen auf die

---

235) Garthoff, R.: The NATO Decision on Theater Nuclear Forces, a.a.o., S. 206.
Risse-Kappen, Th.: Fahrplan zur Abrüstung?, a.a.o., S. 37.
Nach dem "General Report" der North Atlantic Assembly 1979 war das genaue formale Procedere lange Zeit ungewiß. So schrieb Klaas G. de Vries noch im Oktober-Bericht:

> "As of yet, NATO is undecided whether it will be necessary to set up an ad hoc group of Permanent Representatives to receive the SG report or whether it might be possible to produce a joint HLG/SG report."
> Ebd., S. 17.

236) Diese Auskunft wurde der Verfasserin von Vertretern in Bonn erteilt. Daß die Meinungen hierzu nicht eindeutig sind, zeigt sich daran, daß die meisten Darstellungen davon ausgehen, daß die endgültige Fassung des IDD allein von McGiffert erstellt wurde. Siehe hierzu:
Garthoff, R.: The NATO Decision on Theater Nuclear Forces, a.a.o., S. 206.
Risse-Kappen, Th.: Fahrplan zur Abrüstung?, a.a.o., S. 37.
Haftendorn, H.: Sicherheit und Stabilität, a.a.o., S. 121.
Hanmer, S.R., jr.: Die nuklearen Mittelstreckensysteme der NATO ..., a.a.o., S. 8.
Haftendorn, H.: Das doppelte Mißverständnis, a.a.O., S. 277

Vereinigten Staaten als "Verfechter des Wettrüstens" und der Ankündigung, bei einem Zustandekommen der Stationierungsentscheidung ebenfalls "die erforderlichen zusätzlichen Schritte zur Festigung unserer Sicherheit [zu] unternehmen", umriß der sowjetische Generalsekretär die Position Moskaus so: [237)]

> "Was die Sowjetunion betrifft, so wiederhole ich immer wieder, daß wir keine militärische Überlegenheit anstreben. Es war und ist nie unsere Absicht, irgendeinem Staat oder eine Gruppe von Staaten zu bedrohen. [...] Behauptungen, wonach die Sowjetunion ihre militärische Macht auf dem europäischen Kontinent in Dimensionen verstärkte, die nicht durch Erfordernisse der Verteidigung bedingt sind, haben mit der Wirklichkeit nicht das geringste gemein. Das ist ein bewußter Betrug der Öffentlichkeit. [...] In den letzten zehn Jahren ist im Bereich des europäischen Teils der Sowjetunion die Zahl der Träger von Kernwaffen mittlerer Reichweite um keine einzige Rakete, um kein einziges Flugzeug erhöht worden. Im Gegenteil, die Zahl der Abschußrampen für Mittelstreckenraketen, sowie die Stärke der Kernladungen dieser Raketen sind sogar etwas zurückgegangen. Reduziert wurde auch die Zahl der Mittelstreckenbomber."

Höhepunkt der Rede waren Breschnews rüstungskontrollpolitische Angebote an den Westen, falls dieser auf die Stationierung neuer Mittelstreckenraketen verzichte:

---

237) siehe hierzu und zu folgendem:
Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU und Vorsitzenden des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR, Leonid Breschnew, auf einer Festveranstaltung in Ost-Berlin zum 30. Jahrestag der DDR am 6. Oktober 1979, in: Europa-Archiv, Folge 21/1979, S. D556 - D560.

> "... Wir sind bereit, die Anzahl von Kernwaffenträgern mittlerer Reichweite, die in den Westlichen Gebieten der Sowjetunion stationiert sind, im Vergleich zum heutigen Stand zu reduzieren. Selbstverständlich nur unter der Voraussetzung, daß in Westeuropa keine zusätzlichen Kernwaffenträger mittlerer Reichweite stationiert werden."

Darüber hinaus verkündete der erste Mann Moskaus den Beschluß, die Stärke der sowjetischen Truppen in Mitteleuropa einseitig zu reduzieren, d.h. innerhalb der nächsten zwölf Monate bis zu 20000 sowjetische Militärangehörige, 1000 Panzer, sowie "eine bestimmte Anzahl anderer Militärtechnik" vom Territorium der DDR abzuziehen.

Auf die SALT-III-Verhandlungen eingehend meinte Breschnew abschließend:

> "... Wir sind dafür, diese Verhandlungen unmittelbar nach dem Inkrafttreten des SALT-II-Vertrages aufzunehmen. Im Rahmen dieser Verhandlungen sind wir bereit, die Möglichkeiten einer Begrenzung nicht nur interkontinentaler, sondern auch anderer Waffen zu erörtern - ..."

Bei der NATO und besonders in Washington stieß die Offerte der sowjetischen Seite auf Ablehnung. Zwar wurde das Element der Verhandlungsbereitschaft Moskaus im Bereich der Mittelstreckenraketen begrüßt, doch im wesentlichen sah der Westen in dieser Rede den Versuch, öffentlich Druck auf die Bündnispartner auszuüben und die westliche Öffentlichkeit zu beeinflussen. [238)]

---

238) siehe auch:
Vigereno, G.: The Bomb and European security, a.a.o., S. 102 ff.
Wettig, G.: Die Auseinandersetzungen um die eurostrategische Nachrüstung der NATO, a.a.o., S. 21.
Cartwright, J./Critchley, J.: Nuclear Weapons in Europe, a.a.o., S. 20, S. 72 f.

Nach Auskunft von Beobachtern trug die amerikanische Vertretung bei der NATO eine detaillierte Zurückweisung der Darstellung Breschnews bzgl. des Kräfteverhältnisses und der sowjetischen Dislozierungspolitik in diesem Bereich vor. Vor allem Breschnews Verhüllung der SS-20 wurde kritisiert, sowie die Tatsache, daß der sowjetische Staatschef nur von Trägersystemen, jedoch nicht von zielfähigen Waffen gesprochen und damit die quantitative Vermehrung dieser Waffen durch ihre 3-fach-Sprengköpfe verschwiegen habe. 239)

Präsident Carter unterstrich am *9. Oktober 1979* in einer Pressekonferenz, daß die SS-20 auch dann das Territorium der Westeuropäer erreichen könne, wenn sie im mittleren Teil der Sowjetunion disloziert würde. Darüber hinaus sei diese Waffe drei- bis sechsmal so zielgenau wie die alten Flugkörper, die sie ersetzt und verfüge über die Eigenschaft der Beweglichkeit.
Carters Fazit: 240)

> "... Somit ist der Vorschlag nicht ganz so konstruktiv, wie er auf den ersten Blick erscheinen mag. Ich halte ihn für ein Bemühen, das darauf gerichtet ist, die Entschlossenheit oder den Wunsch unserer Verbündeten, sich ausreichend zu verteidigen, zu schwächen. ..."

Bundeskanzler Schmidt verwies in einem Interview am *14.Oktober 1979* darauf, daß Breschnew - nachdem die sowjetische Führung erstmals am 6. Mai 1978 schriftlich ihre Bereitschaft bekundet habe, über Mittelstreckenraketen zu verhandeln - am 6. Oktober 1979 dieses Problem erstmals in den Mittelpunkt einer "sorgfältig redigierten Rede" gestellt habe. 241)

---

239) Ruehl, L.: Das Verhandlungsangebot der NATO an die Sowjetunion, in: Europa-Archiv, Folge 7/1980, S. 217.

240) Pressekonferenz des Präsidenten der Vereinigten Staaten, Jimmy Carter, am 9. Oktober 1979, in: Europa-Archiv, Folge 21/1979, S. D560 f.

In der Ankündigung eines einseitigen Abzuges sowjetischer Soldaten und Panzer sah Schmidt das Zugeständnis Moskaus, in konventionellen Truppen und Panzern in Mitteleuropa stärker zu sein als der Westen. Teile von Breschnews Ausführungen wurden von Schmidt durchaus positiv gewertet, doch ließ er keinen Zweifel an seiner Einschätzung, daß hier der Versuch Moskaus vorliege, einen "gewissen Druck" auszuüben. In diesem Zusammenhang verwies der Bundeskanzler auf die Meinung seiner Regierung,

> "daß die beiden Hauptteile, die in Aussicht genommen sind für den Beschluß des westlichen Bündnisses, für den Beschluß der NATO, daß sie auch beide beschlossen werden sollen."

Auch der amerikanische Senator Sam Nunn ging am *22. Oktober 1979* auf die Ausführungen Breschnews ein und meinte zu dieser Rede von "Zuckerbrot und Peitsche": [242)]

> "Nachdem die Sowjetunion ihre eigenen TNF modernisiert hat, ist sie nunmehr bemüht, die NATO daran zu hindern, das gleiche zu tun. [...] Nachdem sie den Propaganda-Krieg gegen die Neutronenwaffe gewonnen hat, scheint die Sowjetunion zuversichtlich zu sein, daß sie das Bündnis auch von seinem TNF-Modernisierungsprogramm abschrecken kann."

---

241) siehe hierzu und zu folgendem:
Interview mit dem Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland, Helmut Schmidt, in der Sendereihe "Frankfurter Gespräch" des Hessischen Rundfunks am 14. Oktober 1979, in: Europa-Archiv, Folge 21/1979, S. D561 - D564.

242) siehe hierzu und zu folgendem:
Rede des amerikanischen Senators Sam Nunn (Demokratische Partei) bei einer vom Institute for Foreign Policy Analysis und der Konrad-Adenauer-Stiftung in Washington veranstalteten Diskussion am 22. Oktober 1979 zur NATO-Verteidigungspolitik in Europa, in: Europa-Archiv, Folge 22/1979, S. D600 - D606.

Darüber hinaus schloß Nunn aus der Rede Breschnews.

> "daß die Sowjetunion tief beunruhigt ist über den Fortschritt, den die NATO-Gruppe von hochrangigen Beamten bei der Ausarbeitung eines TNF-Modernisierungsprogramms gemacht hat."

Nunn weiter:

> "... Es scheint jedoch ferner, daß der Sowjetunion durchaus bekannt ist, daß dem Willen des Bündnisses, was getan werden müßte, möglicherweise nicht der politische Wille entspricht, es auch zu tun."

Es kann wohl festgehalten werden, daß die Rede Breschnews für die Solidarität der Allianz in der Nachrüstungsfrage eher begünstigend als schädigend oder gar hemmend wirkte. So forderte das Verhalten Moskaus die NATO-Partner geradezu heraus, nun Geschlossenheit in dieser Frage zu zeigen und zu demonstrieren, daß das westliche Bündnis sich weder durch politischen Druck, noch durch eine öffentlichkeitswirksame Offerte von ihrem geplanten Vorhaben abbringen lasse.

Der sowjetische Versuch, mittels Vorschlägen zur Lösung der Mittelstreckenfrage die geplante Modernisierung des Westens zu verhindern, kam zu spät und die von Bundeskanzler Schmidt als "nicht sehr glücklich" empfundenen unverhüllten Einschüchterungsversuche konnten die Geschlossenheit des Westens nur erhöhen.

Einzig konkrete Folge der Breschnew-Offerte war nach Ansicht von Beobachtern der später im Doppelbeschluß angekündigte und ebenfalls einseitige Abzug von 1000 nuklearen Gefechtssprengköpfen aus Westeuropa. 243)

Vom *22. - 27. Oktober 1979* tagte die Nordatlantische Versammlung in Ottawa. Bei dieser Sitzung wurde von den Mitgliedern mit 84 zu 4

---

243) Risse-Kappen, Th.: Fahrplan zur Abrüstung?, a.a.o., S. 42.

Stimmen bei 22 Enthaltungen die Grundkonzeption des späteren "Doppelbeschlusses" angenommen. Die Produktion von nuklearen Mittelstreckenwaffen für den europäischen Schauplatz solle beschlossen, aber vor ihrer Dislozierung sollten in Verhandlungen beiderseits gleiche Begrenzungen für diese Waffensysteme angestrebt werden. Eine Minderheit versuchte die Empfehlung durchzusetzen, daß die Entscheidung aufgeschoben werden solle, bis sich die Ergebnisse von Verhandlungen absehen ließen, konnte sich jedoch im Gremium nicht durchsetzen und wurde überstimmt. [244)]

Parallel hierzu gingen die Störmanöver aus Moskau weiter. Am *25. Oktober 1979* warnte der sowjetische Verteidigungsminister Ustinov in einem Prawda-Artikel davor, daß die Sowjetunion "entsprechende Maßnahmen" als Antwort auf jeden Beschluß des Atlantischen Bündnisses ergreifen werde, neue amerikanische Mittelstreckensysteme aufzustellen: [245)]

> "Die westeuropäischen Länder werden unter der Vergeltung zu leiden haben, wenn die aufgestellten Waffen von ihren Besitzern eingesetzt werden sollten."

Doch der Westen beharrte auf seinem Standpunkt und machte verstärkt deutlich, daß die NATO an ihrem für Dezember geplanten Beschluß festhalten werde. Bundesaußenminister Genscher formulierte die Haltung der Bundesregierung am *28. Oktober 1979* mit den Worten: [246)]

> "Beides, Nachrüstung und Verhandlungsangebot, werden in allen ihren Teilen auf der Dezember-

---

244) siehe:
Dokumente zur westeuropäischen Sicherheitspolitik, in: Europa-Archiv, Folge 2/1980, S. D23-D28.

245) PRAWDA v. 26. Oktober 1979, zitiert nach:
Neumann, H.-J.: Kernwaffen in Europa, a.a.o., S. 37.

246) Erklärung des deutschen Bundesministers des Auswärtigen, Hans-Dietrich Genscher, vom 28. Oktober 1979 zu Fragen der Sicherheits- und Rüstungskontrollpolitik, in: Europa-Archiv, Folge 21/1979, S. D564 - D565.

> Tagung 1979 des Bündnisses beschlossen, auch wenn die Stationierung aus produktionstechnischen Gründen erst in drei bis vier Jahren erfolgen kann."

Und wohl in Hinblick auf die gerade in Ottawa von einer Minderheit innerhalb der NATO-Versammlung gestellten Forderung meinte Genscher weiter:

> "Die Forderung, die Entscheidung über die Stationierung hinauszuschieben, würde Zweifel an der Ernsthaftigkeit unseres Verteidigungswillens wecken und damit die Verhandlungsaussichten schmälern."

6. November 1979: Die Vorlage des IDD beim Nordatlantikrat

Unterzeichnet von David McGiffert und dem damaligen SG-Vorsitzenden Reginald Bartholomew, [247] wurde das "Integrated Decision Document" am *6. November 1979* dem Nordatlantikrat vorgelegt. Der genaue Inhalt dieses Papieres wurde zwar von amtlicher Seite nicht veröffentlicht, einige Auszüge wurden jedoch bekannt:

So wurde von NATO-Stellen betont, daß das Papier von den Hauptvorstellungen der westlichen Allianz im sicherheitspolitischen und militärstrategischen Bereich ausging, nämlich von dem Grundsatz

> "deferrence and stability based upon a triad of forces, the coupling between these forces, and the important political principle of the strategic unity of the Alliance".

Diese Ziele, so das IDD, könnten durch zwei sich ergänzende

---

247) Bartholomew war zum Nachfolger Leslie Gelbs geworden, nachdem dieser im Juli 1979 von seinen Ämtern zurückgetreten war.
Haftendorn, H.: Das doppelte Mißverständnis, a.a.O., S. 274

Programme erreicht werden, nämlich einer Waffenmodernisierung und der Rüstungskontrolle. So hieß es in diesem Programm weiter: [248)]

> "A policy of parallel and integrated LRTNF deployments and arms control will best achieve maximum improvement in Alliance security. This integration is sought both to ensure that defense decisions and implementation of them are not made hostage to expectations of disarmament agreements, and so that arms control itself has a realistic chance of success. Moreover, negotiations involving LRTNF will not be realistic or possible without an agreed modernization plan and a decision to implement it."

Was den Modernisierungsteil des IDD betrifft, so war darin im Detail folgende Lösung vorgesehen: [249)]

1. Für jeden neuen in Europa aufgestellten Sprengkopf im Rahmen der Modernisierungsentscheidung solle ein anderer Sprengkopf abgezogen werden.

2. Die Pershing-II XR solle im Verhältnis 1:1 die vorhandenen Pershing-IA ersetzen.

3. Die geplanten 572 LRTNF-Systeme sollten im Laufe der nächsten fünf Jahre in insgesamt *neun Städten* der an der integrierten Verteidigungsstruktur beteiligten Staaten aufgestellt werden:

   Großbritannien solle 1988 insgesamt 160 cruise missiles erhalten. Davon sollten 96 Systeme auf dem Luftwaffenstützpunkt *Greenham Common* und 64 Systeme auf *Molesworth* stationiert werden.

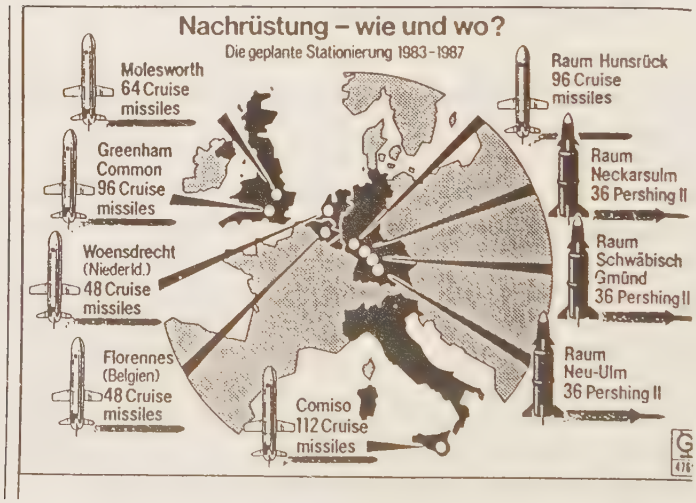
---

248) Progress report to ministers, special consultative group (SCG), hrsg. v. NATO-Press-Service, Brüssel, 8. Dezember 1983, S. 6.

249) Cartwright, J./Critchley, J.: Nuclear Weapons in Europe, a.a.o., S. 17.

Die gesamten 108 Pershing II waren für die Bundesrepublik vorgesehen, was sich logischerweise aus der Tatsache ergab, daß auch alle Pershing IA ausschließlich dort stationiert waren. Jeweils 36 Pershing II sollten in *Mutlangen, Heilbronn* und *Neu-Ulm* aufgestellt werden. Darüber hinaus sollten auf deutschem Boden ab 1986 noch 96 cruise missiles bei *Bitburg* stationiert werden.

Die italienische Stadt *Comisio* solle insgesamt 112 cruise missiles erhalten. Und für den belgischen Luftwaffenstützpunkt *Florennes*, sowie die niederländische Stadt *Woensdrecht* waren jeweils 48 cruise missiles einkalkuliert.



aus: Ruehl, L.: Die nukleare Strategie und die Verhandlungen über Begrenzungen nuklearer Waffen, a.a.o., S.464

Bleibt noch zu erwähnen, daß die HLG - nach Darstellung von Beobachtern - noch Anfang November 1979 jedem interessierten Partner freigestellt ließ, ob er "host country" oder "user country" werden wolle: Letzteres bedeutet, daß die Startgeräte, die Infrastrukturanlagen, die Instandhaltungs- und Betriebskosten für das ganze System vom Dislozierungsland aufgebracht werden müssen. Die Gefechtsköpfe mit den Flugkörpern bleiben US-Eigentum und unter US-Verwaltung, eine zwei-

Schlüssel-Kontrollgewalt wird bilateral organisiert, und die Bedienungsmannschaften werden, wie bei den üblichen TNF-Systemen, unter Aufsicht von amerikanischen "custodians" vom Dislozierungsland gestellt.

Die Bundesrepublik sprach sich als erstes *gegen* die Funktion eines "user country" für Mittelstreckensysteme aus, eine Haltung, der sich später dann alle anderen Stationierungsländer anschlossen. [250)]

Parallel dazu bereiteten die Amerikaner im Oktober 1979 ein Papier vor mit dem Titel "Modernization and Arms Control for Long-Range Theater Nuclear Forces". Damit wollte man sich innenpolitisch eine formelle Unterstützung für den Doppelbeschluß beschaffen, welcher auf einer Sondersitzung der Außen- und Verteidigungsminister der NATO im Dezember 1979 gefaßt werden sollte. [251)]

Doch nicht nur nach innen, sondern auch allianzpolitisch wollten die Amerikaner die geplante LRTNF-Entscheidung abgesichert wissen. Ende Oktober war David Aaron zu "high-level consultations with the allies" nach Europa gereist. Diese Gespräche wurden später von Brzezinski als "ermutigend" bezeichnet und am *26. Oktober* schrieb der Sicherheitsberater in seinen wöchentlichen Bericht für Carter in Anspielung auf die Reise Aarons: [252)]

> "We are much closer to a firm consensus on our proposed TNF program than anticipated. The U.K., F.R.G., and Italy have all taken firm internal government decisions to support the NATO program. The Belgians are prepared to take a vote of confidence on the issue; the Dutch want to change the

---

250) Ruehl, L.: Der Beschluß der NATO zur Einführung nuklearer Mittelstreckenwaffen, a.a.o., S. 109/110. Fußnote 4.

251) Garthoff, R.: The NATO Decision on Theater Nuclear Forces, a.a.o., S. 207.

252) Brzezinski, Z.: Power and Principle, a.a.o., S.308.

program. If Schmidt stays firm, others will also."

13./14. November 1979: 26. NPG-Sitzung in Den Haag

Am *13./14. November 1979* tagte die NPG in Den Haag und befürwortete den im Dezember zu treffenden Beschluß der NATO in seinen beiden Teilen. [253)]

Die Minister verwiesen mit Nachdruck auf die bereits bestehende und immer größer werdende Lücke im LRTNF-Bereich und betonten erneut die Folgen der qualitativen Verbesserungen der SS-20 und der Backfire-Bomber für die Sicherheit des Westens. In ihrem Abschlußkommuniqué heißt es:

> "Vor diesem Hintergrund haben die Minister das dringende Erfordernis zur Modernisierung der NATO-TNF als Teil des langfristigen Verteidigungsprogramms und das parallele Erfordernis für damit verbundene Rüstungskontrollmaßnahmen erwogen. In diesem Zusammenhang stellten die Minister fest, daß die Modernisierung der TNF-Systeme durch zusätzliche höchstpräzise und sehr überlebensfähige Langstreckensysteme, die in NATO-Europa stationiert wären, die Abschreckung der NATO verbessern und den Verbund zwischen den konventionellen Streitkräften der NATO und den interkontinentalen strategischen Systemen der USA verbessern würde, und daß durch Verstärkung der NATO-TNF großer Reichweite eine Lücke im

---

253) siehe hierzu:
Kommuniqué über die 26. Ministertagung der Nuklearen Planungsgruppe der NATO in Den Haag am 13./14. November 1979, in: Europa-Archiv, Folge 2/1980, S. D28 - D30, sowie in: Archiv der Gegenwart vom 14. November 1979, S. 23046.

> Eskalationsspektrum geschlossen und vermehrte Optionen für begrenzte und kontrollierte Reaktionen geschaffen würden."

Dies macht deutlich, daß an dem bereits von der HLG erkannten und praktizierten Grundsatz festgehalten werden sollte, *nicht* das Gleichgewichtsproblem in den Mittelpunkt der Argumentation zu stellen, sondern die Idee der "kompensatorischen Gegendrohung". [254)]

Erstmals wurde in diesem Kommuniqué von der NPG die Möglichkeit in Erwägung gezogen,

> "daß die NATO den Gesamtbestand an Nuklearwaffen in Europa durch Abzug einer beträchtlichen Anzahl von Gefechtsköpfen als flankierende Maßnahmen eines Modernisierungsprogramms für TNF mit großer Reichweite anpaßt."

Nach Ausführungen von Beobachtern geht dieser Punkt auf eine Forderung der niederländischen Delegierten in der NPG zurück, die dann bei den restlichen NPG-Mitgliedern auf allgemeine Zustimmung traf. Man war sich darin einig, daß die Zahl der nuklearen Waffensysteme der NATO in Europa nicht vermehrt, sondern verringert werden sollte. Folglich sollten im Gegenzug zu der Einführung neuer Systeme, andere – weniger weitreichende – TNF-Systeme abgezogen werden. [255)]

Dieser Vorschlag ist auch zu sehen im Zusammenhang mit der "nuklearen Offerte" des Westens vom Dezember 1975 bei den MBFR-Verhandlungen in Wien, welche anbot, unter bestimmten Bedingungen für ein Abkommen auch 90 taktische Trägersysteme und 1000 nukleare

---

254) siehe auch:
Ruehl, L.: Der Beschluß der NATO zur Einführung nuklearer Mittelstreckenwaffen, a.a.o., S. 105/106.

255) Ruehl, L.: Der Beschluß der NATO zur Einführung nuklearer Mittelstreckenwaffen, a.a.o., S. 108.

Gefechtsköpfe aus den US-Streitkräftearsenal in der Bundesrepublik nach Amerika zurückzuziehen. [256]

Auf weniger Verständnis innerhalb der NPG stießen die Niederländer hingegen mit ihrer abweichenden Haltung in anderen Bereichen: So blieben die niederländischen Minister bei ihrem Standpunkt, die *Stationierungs*entscheidung um zwei Jahre zu verschieben. In diesem Zusammenhang muß erwähnt werden, daß während der gesamten Modernisierungsdebatte differenziert wurde zwischen einer "Grundsatzentscheidung" und einer "Stationierungsentscheidung". Die Trennung dieser beiden Komplexe wurde zwar bereits seit dem Frühjahr 1979 von amerikanischer Seite kategorisch abgelehnt, tauchte in der späteren Diskussion jedoch immer wieder auf.

Der Vorschlag der Niederlande stieß bei den westlichen Partnern auf Ablehnung, die damit begründet wurde, daß ein "Grundsatzbeschluß", welcher zwar der *Produktion* der Waffen zustimme, die Frage der *Stationierung* jedoch nicht verbindlich regele, ohne politische Bedeutung für Moskau sei. [257]

Auch in anderen Forderungen konnten sich die Niederlande in der NPG keine Mehrheit verschaffen. So wurde letztlich die verlangte "kritische Überprüfung" der von der HLG vorgeschlagenen Zahl von 572 Nuklearsystemen ebenso abgelehnt, wie der Vorschlag einer "allgemeinen Senkung des 'nuklearen Profils der NATO'". [258]

Die NPG-Sitzung in Den Haag spiegelte letztlich die Tatsache wieder, daß die grundsätzliche Entscheidung der NATO bereits gefallen war und von den beteiligten Regierungen realisiert werden wollte und mußte. Andererseits waren die öffentlichen und parlamentarischen

---

256) Ruehl, L.: Der Beschluß der NATO zur Einführung nuklearer Mittelstreckenwaffen, a.a.o., S. 107.

257) Ruehl, L.: Der Beschluß der NATO zur Einführung nuklearer Mittelstreckenwaffen, a.a.o., S. 107.

258) Ruehl, L.: Der Beschluß der NATO zur Einführung nuklearer Mittelstreckenwaffen, a.a.o., S. 107.

Auseinandersetzungen zu diesem Thema bereits so weit fortgeschritten und hatten – besonders in den Niederlanden und Belgien – die jeweiligen Regierungen schon so unter Druck gesetzt, daß dies sich auch in der NPG–Kontroverse niederschlug. Doch trotz aller Differenzen und zunehmender Schwierigkeiten innerhalb eines Teils der westlichen Allianz, konnte dies auf den Entscheidungsprozeß selbst keinen bedrohlichen Einfluß mehr ausüben.

28. November 1979: Der NATO–Rat billigt das IDD

Am *28. November 1979* billigten die ständigen Vertreter des Nordatlantikrates das ihnen am 6. November 1979 vorgelegte IDD. [259)]

Auch die Versammlung der Westeuropäischen Union (WEU) sprach sich am *3. Dezember 1979* indirekt für den Doppelbeschluß aus, als sie in ihrer Empfehlung formulierte: [260)]

> "Die Versammlung glaubt, daß die europäische Sicherheit nur auf ein annäherndes Gleichgewicht der Kräfte in der Region gegründet werden kann und daß die Sicherheit vergrößert wird, wenn nach Herstellung dieses Gleichgewichts die kollektiven Höchstgrenzen auf jeder der beiden Seiten gesenkt werden und Begleitmaßnahmen eingeführt werden, welche durch verbesserte Warn– und Verifikationsvorkehrungen das Vertrauen erhöhen ..."

---

259) Garthoff, R.: The NATO Decision on Theater Nuclear Forces, a.a.o., S. 207.

260) Empfehlung Nr. 336 der Versammlung der Westeuropäischen Union vom 3. Dezember 1979 zum Problem des Gleichgewichts der Kräfte, in: Europa–Archiv, Folge 2/1980, S. D30.

12. Dezember 1979: Beschlußfassende Sitzung der Außen- und Verteidigungsminister der NATO in Brüssel

Nach diesem langwierigen und äußerst komplexen Entscheidungsablauf trafen sich die Außen- und Verteidigungsminister am 12. Dezember 1979 zu einer Sondersitzung in Brüssel. [261] Dabei wurde der Beschluß zur Einführung von amerikanischen bodengestützten Mittelstreckenwaffen in Europa ungeachtet der einigen Delegationen von ihren Parlamenten auferlegten Restriktionen einstimmig gefaßt. Die Kosten für die Produktion der Systeme sollten die Vereinigten Staaten tragen, die Infrastruktur für ihre Dislozierung sollten von den an der integrierten Verteidigungsstruktur beteiligten Staaten gemeinsam getragen werden. 572 Gefechtsköpfe, davon 108 auf ballistischen Flugkörpern vom Typ Pershing II und 464 auf bodengestützten Marschflugkörpern (GLCM), sollten eine entsprechende Anzahl von Gefechtsköpfen auf bisherigen Systemen ersetzen. Darüber hinaus sollten einseitig 1000 Gefechtsköpfe der derzeit dislozieren Systeme abgezogen werden. Vorbehalte wurden von zwei Ländern nur hinsichtlich der Dislozierung gemacht. Sie sind im Kommuniqué zwar nicht erwähnt, wurden aber von teilnehmenden Ministern nach der Sitzung mitgeteilt.

Nach Angaben von US-Außenminister Vance sowie US-Verteidigungsminister Brown erklärten sich in Brüssel die Vertreter Großbritanniens, der Bundesrepublik sowie Italiens zur Aufnahme von Flugkörpern dieser Systeme bereit, während sich die Vertreter der Niederlande vorbehielten, hierüber erst in zwei Jahren zu entscheiden. Belgien stimmte im Prinzip einer Stationierung auf seinem Territorium zu, behielt sich aber vor, diese Entscheidung etwa sechs Monate später im Lichte der bis dahin absehbaren Aussichten von Rüstungskontrollvereinbarungen noch einmal zu überprüfen.

Einstimmig beschlossen wurde in Brüssel das Rüstungskontrollangebot. Die Vereinigten Staaten wurden ermächtigt, der Sowjetunion die baldige Aufnahme von Verhandlungen über eine Begrenzung der nuklearen

---

261) siehe hierzu: Dokumente zur westeuropäischen Sicherheitspolitik. Die Tagung der Bündnisgremien im Herbst 1979, in: Europa-Archiv, Folge 2/1980, S. D23 ff.

Mittelstreckensysteme in Europa auf der Grundlage der Gleichheit zwischen beiden Seiten vorzuschlagen. Die Verhandlungen sollten bilateral im Rahmen von SALT III geführt werden; dabei solle ein hochrangiges Gremium für die bündnisinterne Koordinierung sorgen.

Abschließend wurden die zwei parallel laufenden und komplementären Vorgehensweisen von Modernisierung und Rüstungskontrolle betont, wobei im letzten Satz des Beschlusses - der auf die Initiative von Verteidigungsminister Apel zurückgeht - unterstrichen wird, daß der TNF-Bedarf der NATO "im Licht konkreter Verhandlungsergebnisse" geprüft werde. [262] Wegen seiner Wichtigkeit, wird das Kommuniqué auf den folgenden Seiten im Original wiedergegeben.

---

262) Kommuniqué über eine Sondersitzung der Außen- und Verteidigungsminister der an der integrierten Verteidigungsstruktur beteiligten Mitgliedstaaten des Nordatlantikpakts in Brüssel am 12. Dezember 1979, in: Europa-Archiv, Folge 2/1980, S. D35 ff.
Risse-Kappen, Th.: Fahrplan zur Abrüstung?, a.a.o., S. 39.

Kommuniqué der Sondersitzung der Außen- und Verteidigungsminister der NATO am 12. Dezember 1979 in Brüssel

1. Die Außen- und Verteidigungsminister trafen am 12. Dezember 1979 in Brüssel zu einer Sondersitzung zusammen.

2. Die Minister verwiesen auf das Gipfeltreffen vom Mai 1978, bei dem die Regierungen ihre politische Entschlossenheit zum Ausdruck brachten, der Herausforderung zu begegnen, die der fortdauernde intensive militärische Aufwuchs auf seiten des Warschauer Paktes für ihre Sicherheit darstellt.

3. Im Laufe der Jahre hat der Warschauer Pakt ein großes und ständig weiterwachsendes Potential von Nuklearsystemen entwickelt, das Westeuropa unmittelbar bedroht und eine strategische Bedeutung für das Bündnis in Europa hat. Diese Lage hat sich innerhalb der letzten Jahre in besonderem Maße durch die sowjetischen Entscheidungen verschärft, Programme zur substantiellen Modernisierung und Verstärkung ihrer weitreichenden Nuklearsysteme durchzuführen. Insbesondere hat die Sowjetunion die SS-20-Rakete disloziert, die durch größere Treffgenauigkeit, Beweglichkeit und Reichweite sowie durch die Ausrüstung mit Mehrfachsprengköpfen eine bedeutende Verbesserung gegenüber früheren Systemen darstellt, und sie hat den „BACKFIRE-Bomber" eingeführt, der wesentlich leistungsfähiger ist als andere sowjetische Flugzeuge, die bisher für kontinentalstrategische Aufgaben vorgesehen waren. Während die Sowjetunion in diesem Zeitraum ihre Überlegenheit bei den nuklearen Mittelstreckensystemen (LRTNF) sowohl qualitativ als auch quantitativ ausgebaut hat, ist das entsprechende Potential des Westens auf demselben Stand geblieben. Darüber hinaus veralten diese westlichen Systeme, werden zunehmend verwundbarer und umfassen zudem keine landgestützten LRTNF-Raketensysteme.

4. Gleichzeitig hat die Sowjetunion auch ihre Nuklearsysteme kürzerer Reichweite modernisiert und vermehrt und die Qualität ihrer konventionellen Streitkräfte insgesamt bedeutend verbessert. Diese Entwicklungen fanden vor dem Hintergrund des wachsenden Potentials der Sowjetunion im interkontinental-strategischen Bereich und der Herstellung der Parität mit den Vereinigten Staaten auf diesem Gebiet statt.

5. Diese Entwicklungen haben im Bündnis ernste Besorgnis hervorgerufen, da – falls sie fortdauern sollten – die sowjetische Überlegenheit bei den Mittelstreckenwaffen die bei den interkontinentalen strategischen Systemen erzielte Stabilität aushöhlen könnte. Durch diese Entwicklungen könnte auch die Glaubwürdigkeit der Abschreckungsstrategie des Bündnisses dadurch in Zweifel gezogen werden, daß die Lücke im Spektrum der dem Bündnis zur Verfügung stehenden nuklearen Reaktionen auf eine Aggression stärker akzentuiert würde.

6. Die Minister stellten fest, daß diese jüngsten Entwicklungen konkrete Maßnahmen des Bündnisses erfordern, wenn die NATO-Strategie der flexiblen Reaktion glaubwürdig bleiben soll. Nach intensiven Beratungen auch über alternative Ansätze und deren Wert und nach Kenntnisnahme der Haltung bestimmter Bündnispartner, kamen die Minister überein, daß dem Gesamtinteresse der Allianz am besten dadurch entsprochen wird, daß die zwei parallelen und sich ergänzenden Ansätze: LRTNF-Modernisierung und -Rüstungskontrolle verfolgt werden.

7. Die Minister haben daher beschlossen, das LRTNF-Potential der NATO durch die Dislozierung von amerikanischen bodengestützten Systemen in Europa zu modernisieren. Diese Systeme umfassen 108 Abschuß-

vorrichtungen für PERSHING II, welche die derzeitigen amerikanischen „PERSHING I a" ersetzen werden, und 464 bodengestützte Marschflugkörper (GLCM). Sämtliche Systeme sind jeweils mit nur einem Gefechtskopf ausgestattet. Alle Staaten, die zur Zeit an der integrierten Verteidigungsstruktur beteiligt sind, werden an diesem Programm teilnehmen. Die Raketen werden in ausgewählten Ländern stationiert, und bestimmte Nebenkosten werden im Rahmen von bestehenden Finanzierungsvereinbarungen der NATO gemeinsam getragen werden. Das Programm wird die Bedeutung nuklearer Waffen für die NATO nicht erhöhen. In diesem Zusammenhang kamen die Minister überein, daß als integraler Bestandteil der TNF-Modernisierung so bald wie möglich 1000 amerikanische nukleare Gefechtsköpfe aus Europa abgezogen werden. Weiterhin beschlossen die Minister, daß die 572 LRTNF-Gefechtsköpfe innerhalb dieses verminderten Bestands untergebracht werden sollen. Dies impliziert notwendigerweise eine Gewichtsverlagerung mit der Folge, daß die Zahl der Gefechtsköpfe von Trägersystemen anderer Typen und kürzerer Reichweite abnimmt. Zusätzlich haben die Minister mit Befriedigung zur Kenntnis genommen, daß die Nukleare Planungsgruppe (NPG) eine genaue Untersuchung vornimmt über Art, Umfang und Grundlage der sich aus der LRTNF-Dislozierung ergebenden Anpassungen und ihre möglichen Auswirkungen auf die Ausgewogenheit von Aufgaben und Systemen im gesamten nuklearen Arsenal der NATO. Diese Untersuchung wird Grundlage eines substantiellen Berichts an die Minister der NPG im Herbst 1980 sein.

8. Die Minister messen der Rüstungskontrolle als Beitrag zu einem stabileren militärischen Kräfteverhältnis zwischen Ost und West und zur Förderung des Entspannungsprozesses eine große Bedeutung bei. Dies spiegelt sich wider in einem breit angelegten Spektrum von Initiativen, die im Bündnis geprüft werden mit dem Ziel, die Weiterentwicklung von Rüstungskontrolle und Entspannung in den achtziger Jahren zu fördern. Die Minister betrachten die Rüstungskontrolle als integralen Bestandteil der Bemühungen des Bündnisses, die unverminderte Sicherheit seiner Mitgliedstaaten zu gewährleisten und die strategische Lage zwischen Ost und West auf einem beiderseits niedrigeren Rüstungsniveau stabiler, vorhersehbarer und beherrschbarer zu gestalten. In dieser Hinsicht begrüßen sie den Beitrag, den der SALT II-Vertrag zur Erreichung dieser Ziele leistet.

9. Die Minister sind der Auffassung, daß auf der Grundlage des mit SALT II erreichten und unter Berücksichtigung der die NATO beunruhigenden Vergrößerung des sowjetischen LRTNF-Potentials nun auch bestimmte amerikanische und sowjetische LRTNF in die Bemühungen einbezogen werden sollten, durch Rüstungskontrolle ein stabileres umfassendes Gleichgewicht bei geringeren Beständen an Nuklearwaffen auf beiden Seiten zu erzielen. Dies würde frühere westliche Vorschläge und die erst kürzlich geäußerte Bereitschaft des sowjetischen Staatspräsidenten Breschnew aufnehmen, solche sowjetischen und amerikanischen Systeme in Rüstungskontrollverhandlungen einzubeziehen. Die Minister unterstützen voll die als Ergebnis von Beratungen im Bündnis getroffene Entscheidung der Vereinigten Staaten, über Begrenzungen der LRTNF zu verhandeln und der Sowjetunion vorzuschlagen, so bald wie möglich Verhandlungen auf der Grundlage der folgenden Leitlinien aufzunehmen, die das Ergebnis intensiver Konsultationen innerhalb des Bündnisses sind:
a) Jede künftige Begrenzung amerikanischer Systeme, die in erster Linie für den Einsatz als TNF bestimmt sind, soll von einer entsprechenden Begrenzung sowjetischer TNF begleitet sein.
b) Über Begrenzungen von amerikanischen und sowjetischen LRTNF soll Schritt für Schritt bilateral im Rahmen von SALT III verhandelt werden.

c) Das unmittelbare Ziel dieser Verhandlungen soll die Vereinbarung von Begrenzungen für amerikanische und sowjetische landgestützte LRTNF-Rakentensysteme sein.
d) Jede vereinbarte Begrenzung dieser Systeme muß mit dem Grundsatz der Gleichheit zwischen beiden Seiten vereinbar sein. Die Begrenzungen sollen daher in einer Form vereinbart werden, die de jure Gleichheit sowohl für die Obergrenzen als auch für die daraus resultierenden Rechte festlegt.
e) Jede vereinbarte Begrenzung muß angemessen verifizierbar sein.

10. Angesichts der besonderen Bedeutung dieser Verhandlungen für die Sicherheit des Bündnisses insgesamt wird zur Unterstützung der amerikanischen Verhandlungsbemühungen ein besonderes, hochrangiges Konsultationsgremium innerhalb des Bündnisses gebildet. Dieses Gremium wird die Verhandlungen kontinuierlich begleiten und den Außen- und Verteidigungsministern berichten. Die Minister werden die Entwicklung dieser und anderer Rüstungskontrollverhandlungen bei ihren halbjährlichen Konferenzen bewerten.

11. Die Minister haben sich zu diesen beiden parallel laufenden und komplementären Vorgehensweisen entschlossen, um einen durch den sowjetischen TNF-Aufwuchs verursachten Rüstungswettlauf in Europa abzuwenden, dabei jedoch die Funktionsfähigkeit der Abschreckungs- und Verteidigunsstrategie der NATO weiterhin zu erhalten und damit die Sicherheit ihrer Mitgliedstaaten weiterhin zu gewährleisten.
a) Ein Modernisierungsbeschluß, einschließlich einer verbindlichen Festlegung auf Dislozierungen, ist erforderlich, um den Abschreckungs- und Verteidigungsbedürfnissen der NATO gerecht zu werden, um in glaubwürdiger Weise auf die einseitigen TNF-Dislozierungen der Sowjetunion zu reagieren und um das Fundament für ernsthafte Verhandlungen über TNF zu schaffen.
b) Erfolgreiche Rüstungskontrolle, die den sowjetischen Aufwuchs begrenzt, kann die Sicherheit des Bündnisses stärken, den Umfang des TNF-Bedarfs der NATO beeinflussen und im Einklang mit der grundlegenden NATO-Politik von Abschreckung, Verteidigung und Entspannung – wie sie im Harmel-Bericht niedergelegt wurde – Stabilität und Entspannung in Europa fördern. Der TNF-Bedarf der NATO wird im Licht konkreter Verhandlungsergebnisse geprüft werden.■

2. Die Entscheidungsdeterminanten

2.1. Exogene Rahmenbedingungen und Einflußfaktoren

2.1.1. Die Veränderung der gesamtstrategischen Situation durch die Sowjetunion in den 70-er Jahren

Bei allen später hinzukommenden Faktoren und Determinanten, ist doch festzuhalten, daß es sich bei der ab Anfang der 70-er Jahre in den Expertenkreisen der NATO einsetzenden Diskussion über die Norwendigkeit einer Modernisierung der TNF-Potentiale der NATO zunächst um eine rein militärstrategische Frage handelte, welche sich dem Westen vor dem Hintergrund einer sich wandelnden gesamtstrategischen Situation stellte.

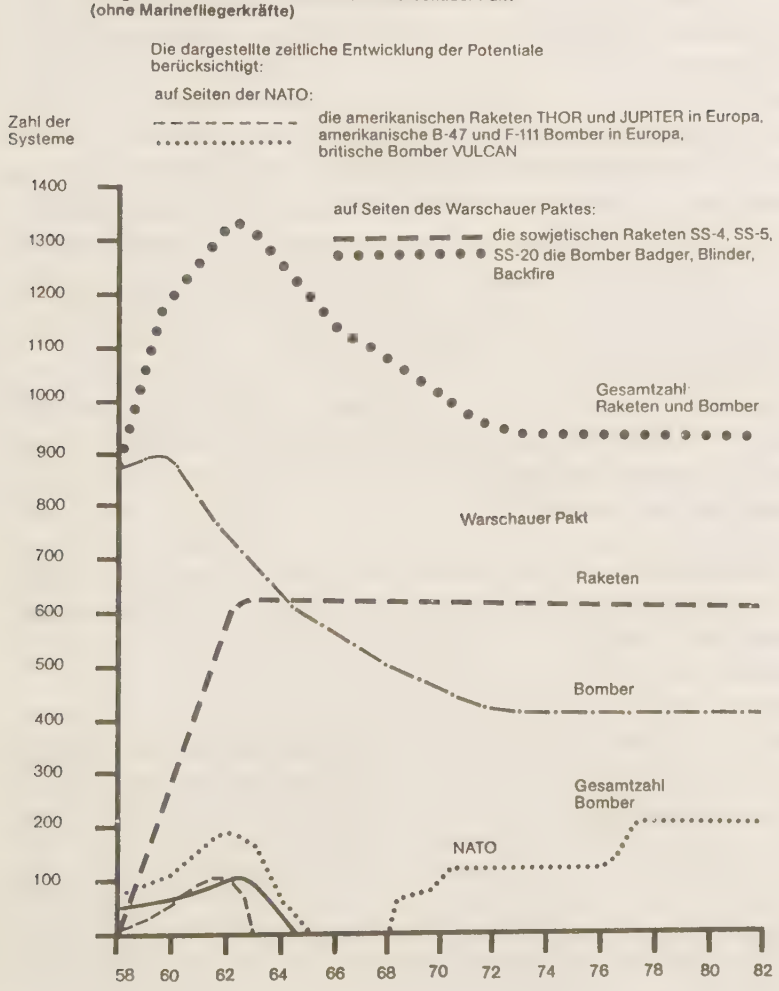
Vor der Entwicklung von Interkontinentalraketen besaßen die nuklearstrategischen Träger der USA und der Sowjetunion generell nur eine mittlere Reichweite. Die amerikanischen "Forward Based Systems" (FBS) waren für die Vereinigten Staaten damals die einzige Möglichkeit, Nuklearköpfe in sowjetisches Zielgebiet zu bringen. Als Washington über interkontinentalstrategische Waffen verfügte, sah die amerikanische Administration ab Anfang der 60-er Jahre keine Notwendigkeit mehr, die bisherigen Systeme in Europa - "Thor" und "Jupiter" - zu erhalten oder gar auszubauen, da ihre Funktion nun auch von den interkontinentalstrategischen Systemen wahrgenommen werden konnte. Ab 1963 zogen die Amerikaner ihr Mittelstreckenpotential aus Europa ab, und zurück blieben nur die für nukleare Einsätze vorgesehenen Bomber, die von amerikanischen Stützpunkten und Flugzeugträgern aus operieren konnten, sowie einige im Nordmeer, im Ostatlantik und im Mittelmeer stationierten U-Boote der USA. [263)]

---

263) The Modernization of NATO's long-range Theater nuklear forces, a.a.o., S. 8.
Krell, G./Schmidt, H.J.: Der Rüstungswettlauf in Europa, a.a.o., S. 17.
Stützle, W.: Politik und Kräfteverhältnis, a.a.o., S. 121.
Wettig, G.: Die Auseinandersetzungen um die eurostrategische Nachrüstung der NATO, a.a.o., S. 7 f.

Die Sowjetunion behielt demgegenüber ihre gegen Westeuropa gerichteten ballistischen Systeme SS-4 und SS-5 und begann parallel dazu ab Ende der 60-er Jahre mit dem verstärkten Ausbau des eigenen interkontinentalstrategischen Raketenpotentials. Damit zeichnete sich erstmals eine eurostrategische Asymmetrie zugunsten Moskaus ab, die sich tabellarisch so darstellte:

Abbildung 41:
INF großer Reichweite von NATO und Warschauer Pakt (ohne Marinefliegerkräfte)



aus: Stützle, W: Politik und Kräfteverhältnis, a.a.o., S. 122

2.1.1.1. Im Schatten strategischer Parität.

Während der SALT-Verhandlungen zu Beginn der 70-er Jahre hatte die Sowjetunion von Anfang an versucht, auch die in Europa stationierten amerikanischen FBS in die Verhandlungsmasse miteinzubringen. Begründet wurde dies von Moskau mit dem Argument, strategische Waffen seien all jene Systeme, welche das Territorium des Verhandlungspartners erreichen könnten. Eine solche Forderung hätte bedeutet, daß die interkontinental- *und* die eurostrategischen Systeme des Westens gegen die interkontinentalstrategischen Systeme der Sowjetunion aufgerechnet werden. Damit wären die sowjetischen Mittelstreckenpotentiale völlig aus dem Kalkül herausgehalten worden, was Washington dazu veranlasste, eine solche Lösung kategorisch abzulehnen.

Die Folge war, daß das 1972 im Rahmen von SALT-I [264] getroffene Interimsabkommen die amerikanischen FBS, die Nuklearstreitkräfte Frankreichs und Großbritanniens, aber auch die Mittelstreckenraketen der Sowjetunion ausgeklammert ließ.

Akzeptiert wurde von amerikanischer Seite jedoch eine Nicht-Umgehungs-Klausel, welche Moskau die Gewähr dafür bot, daß das vereinbarte interkontinental-strategische Verhältnis nicht durch eine Erhöhung der FBS unterlaufen würde. [265]

---

264) Im Mai 1972 unterzeichneten in Moskau der amerikanische Präsident Nixon und der sowjetische Generalsekretär Breschnew das SALT-I-Abkommen. Dies setzte sich zusammen aus dem *ABM-Vertrag* ("Anti-Ballistic-Missile"), in dem die Entwicklung von Raketenabwehrsystemen auf jeweils zwei Systeme beschränkt wurde (d.h. ein System für den Schutz der Hauptstadt und ein System zum Schutz von Raketenstellungen). Im *Interimsabkommen* wurde im wesentlichen der gegenwärtige Stand der strategischen Rüstung eingefroren. Dabei wurde jedoch beiden Seiten zugestanden, die im Bau befindlichen Systeme fertigzustellen und die bestehenden Anlagen konnten - in gewissen Grenzen - modernisiert werden. Insgesamt räumte das Abkommen den USA eine Höchstzahl von 1054 landgestützten und 710 seegestützten, der Sowjetunion 1618 landgestützte und 714 seegestützte Abschußgeräte ein.
(siehe: Haftendorn, H.: Sicherheit und Entspannung, a.a.o., S. 217 ff.)

265) Wettig, G.: Die sowjetischen Sicherheitsvorstellungen und die Möglichkeiten eines Ost-West-Einvernehmens, a.a.o., S. 72/73.

Vor allem aus europäischer Sicht stellten die FBS sowohl ein *Gleichgewicht* zu den überlegenen konventionellen Potentialen des Warschauer Paktes, als auch ein *Bindeglied* zwischen dem eigenen konventionellen Potential in Europa und den strategischen Systemen der Vereinigten Staaten dar. [266)]

Amerikanische Überlegungen, FBS in den MBFR-Verhandlungen oder in den SALT-Abkommen zu berücksichtigen, wurden daher von den Europäern mit großer Skepsis verfolgt und ließen immer wieder Abkoppelungsängste aufkommen.

Als Folge davon waren auch 1974 die FBS-Potentiale kein Verhandlungsthema zwischen Washington und Moskau: Im November diese Jahres trafen sich der amerikanische Präsident Ford und der sowjetische Generalsekretär Breschnew in Wladiwostok und einigten sich auf eine Grundsatzvereinbarung für SALT-II. Darin wurden für beide Seiten für die Dauer von zehn Jahren *gleiche Höchstgrenzen für strategische Kernwaffen* (2000) festgelegt, wobei 1320 Systeme mit MIRV ausgestattet sein durften. Langstreckenbomber wurden einbezogen - jedoch als einfache Systeme gezählt -, die FBS blieben aber weiterhin ausgeklammert. [267)]

Doch auch in Wladiwostok erhielt Breschnew die Zusicherung, daß das vereinbarte global-strategische Kräfteverhältnis nicht durch eine Aufstockung der amerikanischen FBS-Potentiale verändert werde. [268)] Damit war zum einen die *strategische Parität* für SALT-II festgeschrieben worden und zum anderen wurde wohl in Moskau der Eindruck verstärkt, daß

---

266) siehe hierzu näher Kap. 2.2.1.1.

267) Gemeinsame amerikanisch-sowjetische Erklärung vom 24. November 1974 zu den Verhandlungen über eine Begrenzung der strategischen Rüstungen,
in: Europa-Archiv, Folge 4/1975, S. D95 f.

268) Wettig, G.: Die Auseinandersetzungen um die eurostrategische Nachrüstung der NATO, a.a.o., S. 10.
Wettig, G.: Die sowjetischen Sicherheitsvorstellungen ..., a.a.o., S. 74/75.

Washington zu einem Stillhalte-Abkommen in der FBS-Frage bereit sei und sich sogar zu unbedingter Zurückhaltung verpflichtet hätte. [269]

Unter dem "Dach" strategischer Parität begann die Sowjetunion mit dem kontinuierlichen Aufbau eines Militärpotentials, welches weder von den MBFR-Verhandlungen in Wien, noch von den bilateralen SALT-Verhandlungen zwischen Washington und Moskau erfaßt wurde, nämlich dem *Mittelstreckenpotential*, welches aufgrund seiner Reichweite (ca. 900 - 5500 km) unterhalb der SALT-Kriterien liegt und daher auch nicht in SALT verhandelt würde.

Die aus dem SALT-Prozeß resultierende Aufwertung der regional einsatzfähigen Nuklearwaffen wurde vom Kreml frühzeitig erkannt, Beobachter gehen davon aus, daß die Entscheidung, das veraltete sowjetische Mittelstreckenpotential nicht nur zu modernisieren, sondern zu steigern, bereits im Jahr 1972 gefallen sein muß und den USA seit 1973 bekannt war. [270]

---

269) Ebd., S. 10.

270) Ruehl, L.: Die nukleare Strategie und die Verhandlungen über Begrenzungen nuklearer Waffen, a.a.o., S. 465.
Garthoff, R.: The Soviet SS-20 Decision, a.a.o., S. 113.

Abbildung 38: Einführungsjahre von Mittelstreckenraketen und Cruise Missiles

USA CM	USA IRBM/MRBM		SOWJETUNION IRBM/MRBM	SOWJETUNION CM
MATADOR (GLMC)		1954		
		1955		
		1956		
		1957	SS-3 (MRBM)	
MACE (GLCM)		1958		SS-N-1 (SLCM)
	THOR (IRBM)	1959	SS-4 (MRBM)	SS-N-2a (SLCM)
	JUPITER (IRBM)	1960		AS-2 (ALCM)
				SS-C-1b (GLCM)
		1961	SS-5 (IRBM)	AS-3 (ALCM)
		1962		SS-N-3 (SLCM)
				SS-C-1a (GLCM)
		1963		
		1964		
		1965		AS-4 (ALCM)
		1966		
		1967	SS-14 (IRBM)	
		1968		AS-5 (ALCM)
				SS-N-7 (SLCM)
				SS-N-9 (SLCM)
		1969		SS-N-10 (SLCM)
		1970	SS-15 (IRBM)	AS-6 (ALCM)
		1971		
		1972		
		1973		
		1974		SS-N-12 (SLCM)
		1975		
		1976	SS-20 (IRBM) (MIRV)	
HARPOON (SLMC)		1977		
		1978		
		1979		
		1980		
		1981		
		1982		

aus: Stützle, W.: Politik und Kräfteverhältnis, a.a.o., S. 118

2.1.1.2. Die qualitativ neue Bedrohung

Kurz nach Wladiwostok wurde erkennbar, daß die Sowjetunion beschlossen hatte, ihre SS-4- und SS-5-Raketen durch mobile, treffgenaue und mit drei Sprengköpfen versehene SS-20-Raketen zu ersetzen, deren Entwicklung den USA seit 1973 bekannt war. [271)]

---

271) Materialien zu den Genfer INF-Verhandlungen (INF-Brevier), hrsg. v. Informations- und Pressestab des BMVg, September 1982, S. 3.
Risse-Kappen, Th.: Fahrplan zur Abrüstung?, a.a.o., S. 9.
Freistetter, F.: Die Frage der Mittelstreckenraketen, a.a.o., S. 102.

Bei dieser Rakete handelte es sich um die ersten beiden Stufen der mobilen SS-16-Interkontinentalrakete. Die SS-20 wurde im Sary-Shang-Gebiet westlich des Balkash-Sees in der Nähe Alma Atas erprobt, der amerikanische Aufklärungssatellit "Big Bird" identifizierte sie als einen zweistufigen Flugkörper mit einer Länge von 25 Metern und zwei Metern Durchmesser. [272] 1974 registrierten die Vereinigten Staaten Tests der neuen Mittelstreckenrakete, 1975 begann Moskau mit der Flugerprobung. [273]

Im gleichen Jahr folgerten westliche Experten aufgrund von Beobachtungen, daß die Sowjetunion Ende der 70-er Jahre mit der Aufstellung einer neuen Waffenkategorie bestehend aus SS-21, SS-22 und SS-23, beginnen werde. [274]

Im Frühjahr 1976 wurde die erste installierte SS-20 auf Kamtschatka identifiziert, im gleichen Jahr begann Moskau mit den Infrastrukturarbeiten für diese Waffe und bereitete damit die Dislozierung vor; 1976/77 wurden die ersten SS-20 im europäischen Teil der Sowjetunion in Stellung gebracht. [275]

Westliche Beobachter räumen durchaus ein, daß mit der SS-20 ursprünglich eine "normale Modernisierung" des technisch veralteten Mittelstreckenpotentials der Sowjetunion geplant gewesen war, ein Punkt, auf den später noch näher eingegangen werden soll. Ergebnis dieser Modernisierung war jedoch eine Waffenversion, die "maßgeschneidert" war für

---

272) Weers, E.: Zum Thema: Mittelstreckenraketen, a.a.o., S. 6.

273) Stützle, W.: Politik und Kräfteverhältnis, a.a.o., S. 116, S. 121.
Thomson, J.A.: The LRTNF Decision, a.a.o., S. 602.
Weers, E.: Zum Thema: Mittelstreckenraketen, a.a.o., S. 6.

274) Thomson, J.A.: The LRTNF Decision, a.a.o., S. 602.

275) Weers, E.: Zum Thema: Mittelstreckenraketen, a.a.o., S. 6.
Stützle, W.: Politik und Kräfteverhältnis, a.a.o., S. 121.
Krell, G./Schmidt, H.-J.: Der Rüstungswettlauf in Europa, a.a.o., S. 23/24.
Robinson, C.A.jr.: Another SALT Violation Spotted, in: Aviation Week and Space Technology, May 31, 1976, S. 12.
Die Stationierung von Mittelstreckenwaffen in Europa, a.a.o., S. 371.

eine regional begrenzte Bedrohung vor allem Westeuropas, aber auch Japans, Chinas sowie des Nahen und Mittleren Ostens. [276)]

Aufgrund der aufgezeichneten und vermessenen Erprobungen der SS-20 in der Sowjetunion ging die NATO von folgenden hervorstechenden qualitativen Eigenschaften dieser neuen Waffe aus: [277)]

1. Es handelt sich um eine zweistufige Feststoffrakete mit einer Reichweite bis zu 5000 km.

2. Sie ist ausgerüstet mit 3 Sprengköpfen von je bis zu 150 Kilotonnen Sprengkraft und besitzt die Fähigkeit, drei verschiedene Ziele anzugreifen. Die Sprengköpfe können sowohl selektiv gegen drei verschiedene gehärtete Punktziele (z.B. Bunker), als auch gegen Flächenziele eingesetzt werden.

3. Ihre Treffgenauigkeit liegt bei ca. 300 m. Damit ist sie dreimal zielgenauer als die SS-5 und sechsmal zielgenauer als die SS-4.

4. Sie ist nachladefähig, d.h. von den SS-20-Stellungen können weitere Raketen abgeschossen werden.

5. Jede SS-20-Stellung hat 9 SS-20-Abschußvorrichtungen mit Versorgungsbunkern für Nachladebestand.

6. Sie ist mobil und deshalb kaum zu bekämpfen.

---

276) Garthoff, R.: The Soviet SS-20 Decision, a.a.o., S. 112.
Weers, E.: Zum Thema: Mittelstreckenraketen, a.a.o, S. 6.

277) siehe hierzu:
Stützle, W.: Politik und Kräfteverhältnis, a.a.o., S. 123.
Weers, E.: Zum Thema: Mittelstreckenraketen, a.a.o., S. 6.
Seidel, P.: Die Diskussion um den Doppelbeschluß, a.a.o., S. 76 ff.
Wettig, G.: Die Auseinandersetzungen um die eurostrategische Nachrüstung der NATO, a.a.o., S. 13.

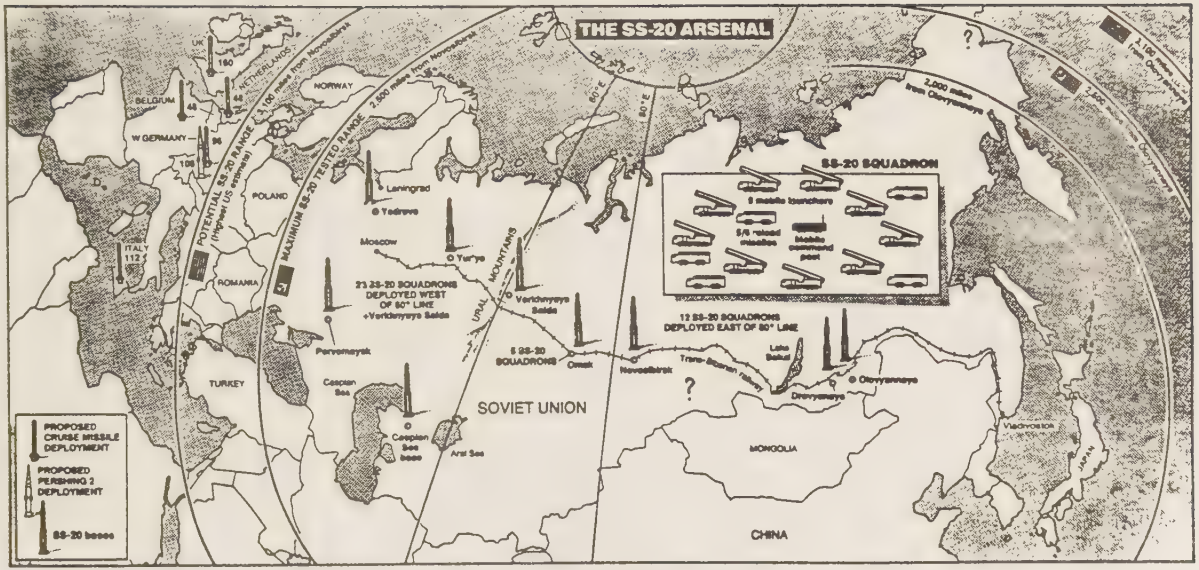
7. Alle SS-20-Stellungen haben Gleisanschluß, alle Stationierungsräume liegen sowohl im europäischen als auch im asiatischen Teil der Sowjetunion entlang der Transsibirischen Eisenbahn (Stellungen bei Minsk, Kirov, Novosibirsk, Chita).

8. Ihr Antrieb erfolgt im Gegensatz zu SS-4 und SS-5 nicht durch flüssigen, sondern durch festen Treibstoff; dadurch erhält die SS-20 eine hohe Einsatzbereitschaft, da zeitaufwendiges Auftanken entfällt.

Mit der SS-20 führte die Sowjetunion ab 1976/77 somit eine Waffe in ihre Streitkräfte ein, mit der sie sich im Rahmen von ganz gezielten Nuklearschlägen die Option eröffnete, alle militärisch wichtigen Ziele in Westeuropa ausschalten zu können und besaß damit erstmals ein klassisches Erstschlagsystem, dem der Westen nichts Vergleichbares entgegenzusetzten hatte.

Figure 4*

SS-20 Deployments



*Based on a map in The Times, May 31, 1983. ?Additional squadrons in preparation.

aus: Garner, W.: Soviet Threat Perceptions of NATO's Eurostrategic Missiles, a.a.o., Anhang

Abbildung 42: Das sowjetische Mittelstreckenraketen-Potential

	1976	1977	1978	1979	1980	1981	1982	1983
Abschußvorrichtungen								
· SS-20	18	18	108	126	189	288	324	351
· SS-4	500	472	420	376	376	296	265	265
· SS-5	90	87	83	57	35	35	16	16
Summe	608	577	611	559	600	619	605	632
Sprengköpfe (ohne Nachladung)								
· SS-20	54	54	324	378	567	864	972	1053
· SS-4/5	590	559	503	433	411	331	281	281
Summe	644	613	827	811	978	1.195	1.253	1334

(Datenstand jeweils Ende des betreffenden Jahres [für 1983 Datenstand Ende Juni])

Abbildung 43: Gesamtbestand an Sprengköpfen auf sowjetischen Mittelstreckenraketen

	1976	1977	1978	1979	1980	1981	1982	1983
Gesamtzahl der Sprengköpfe								
· SS-20, SS-4/5 (ohne Nachladung)	644	613	827	811	978	1.195	1.253	1.334
· SS-20, SS-4/5 (mit 1 Nachladung für SS-20)	696	667	1.151	1.189	1.545	2.059	2.285	2.387

(Datenstand jeweils Ende des betreffenden Jahres [für 1983 Datenstand Ende Juni])

aus: Stützle, W.: Politik und Kräfteverhältnis, a.a.o., S. 124/125.

Diese beiden Tabellen machen deutlich, daß die Gesamtzahl sowjetischer Mittelstreckenraketen mit rund 600 Systemen ab 1976 annähernd gleich blieb. Der Eindruck, die militärstrategische Situation habe sich somit nicht geändert, wird bei genauer Betrachtung jedoch revidiert werden müssen: während die SS-4 und SS-5 langsam abgezogen wurden, stieg der Anteil der hochqualifizierten SS-20 um ein Vielfaches. Die Folge war, daß die Zahl der Sprengköpfe ab 1977 rapide zunahm.

Graphisch dargestellt ergibt sich somit folgendes Bild:

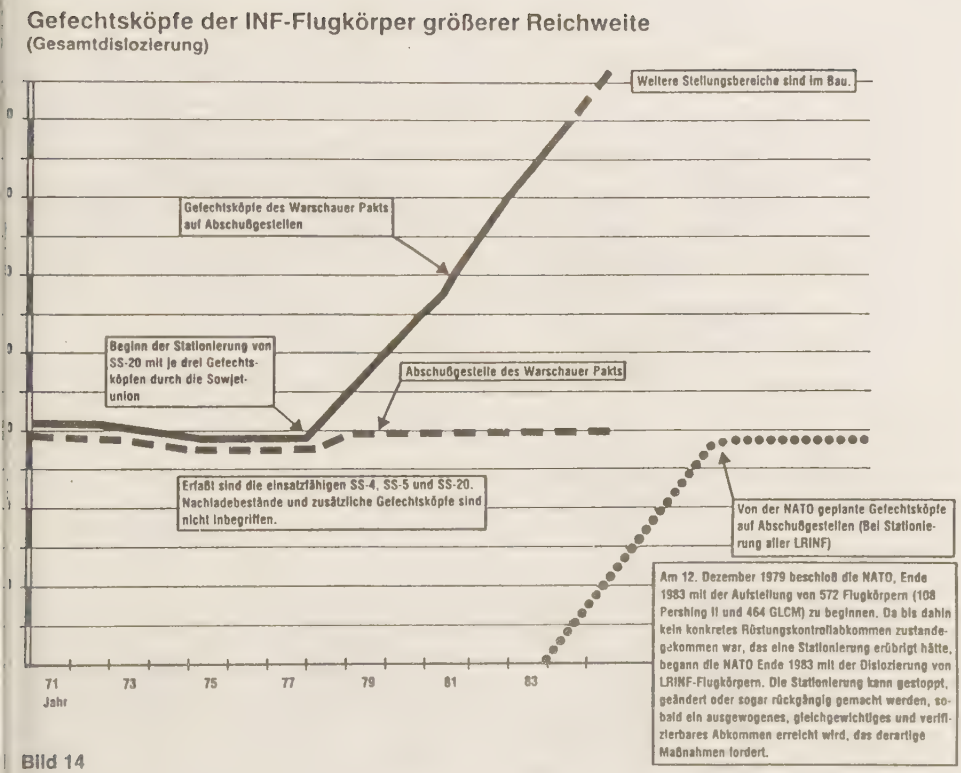


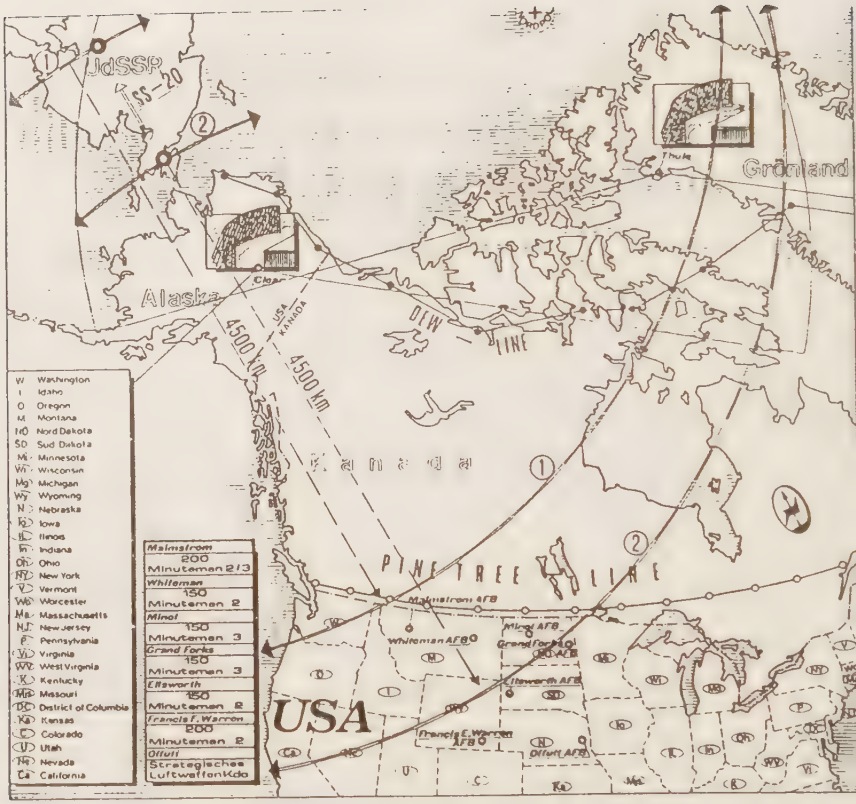
Bild 14

aus: Kräftevergleich 1984. NATO – Warschauer Pakt, a.a.o., S. 33

Es soll an dieser Stelle nicht unerwähnt bleiben, daß mit der SS-20 entsprechend ihrer Dislozierung auch große Teile Kanadas sowie Ziele in den Vereinigten Staaten erreicht werden können. So trifft die immer wieder von Moskau ins Feld geführte Argumentation, die sowjetischen Mittelstreckenraketen könnten amerikanisches Territorium nicht erreichen zwar für den europäischen Dislozierungsraum zu, *nicht* jedoch für die Lage im Fernen Osten. Stationiert man die SS-20 etwa im ostsibirischen Gebirgsland, auf der Tschuktschen-Halbinsel, so könnten mit ihr auch zahlreiche Ziele auf dem amerikanichen Kontinent abgedeckt werden. [278)]

---

278) siehe hierzu: Pershing 2 und SS-20 als strategische Raketen?, in:



aus: ÖMZ, Heft 5/1981, S. 374

Doch nicht nur die Einführung der SS-20 wurde von den Europäern als eine bedrohliche Veränderung der eurostrategischen Situation empfunden, sondern auch der sowjetische Backfire-Bomber wurde zunehmend mit Sorge betrachtet: 279)

ÖMZ, Heft 5/1981, S. 374.

279) siehe hierzu: Krell, G./Schmidt, H.-J.: Der Rüstungswettlauf in Europa, a.a.o., S. 23 f.
Seidel, P.: Die Diskussion um den Doppelbeschluß, a.a.o., S. 78 f.
Garthoff, R.L.: Breshnev's opening: The TNF Tangle, a.a.o., S. 86.

Bereits im Herbst 1969 gab es erste Hinweise darauf, daß der Backfire sich in einem fortgeschrittenen Entwicklungsstadium befinde. Im Juli 1970 wurde angeblich der erste Prototyp in der Nähe des Tupolev-Werkes in Kasan gesichtet, 1975 begann Moskau mit der Einführung des Backfire-Bombers bei den sowjetischen Streitkräften.

Diese Waffe trat im Vergleich zu der SS-20 in der öffentlichen Diskussion etwas in den Hintergrund, doch wurden ihr von Experten im Vergleich zum TU-16 Badger oder TU-22 Blinder deutlich verbesserte Qualitätsmerkmale bescheinigt, etwa eine erhöhte Reichweite, eine höhere Waffenzuladung und eine größere Fluggeschwindigkeit.

2.1.1.3. Das quantitative Ungleichgewicht

Neben der qualitativen Veränderung der eurostrategischen Situation zugunsten der Sowjetunion kam es in den 70-er Jahren auch zu einer quantitativen Kräfteverschiebung im gesamtstrategischen Bereich, wobei der Westen immer mehr ins Hintertreffen geriet.

Auf der *global-strategischen* Ebene mußte Amerikas bisherige Überlegenheit einer Parität mit der Sowjetunion weichen, bei genauer Betrachtung kann sogar von einer gewissen Überlegenheit Moskaus gesprochen werden. Damit verlor Washington den bisherigen Ausgleich für die eurostrategischen Defizite der NATO.

Abbildung 16: Nuklearstrategische Waffensysteme

	USA[1]		UdSSR[2]		Frankreich		Großbritannien		VR China[3]	
	1970	1981	1970	1981	1970	1981	1970	1981	1970	1980
Systeme: ICBM	1054	1052	1300	1398	-	-	-	-	-	4
SLBM	656	496	304	950	-	80	48	64	-	-
Bomber	450	410	170	350	-	-	-	-	-	-
Summe	2160	1958	1774	2698	-	80	48	64	-	4
Sprengköpfe	4000	9100	1774	7900	-	80	48	64	-	4

[1] Zahlenangaben einschließlich der B-52 und FB-111-Flugzeuge der Vereinigten Staaten. Das in den Vereinigten Staaten stationierte FB-111-Flugzeug wurde miteinbezogen, da es eine strategische Einsatzaufgabe hat.
[2] UdSSR-Zahlenangaben einschließlich der sowjetischen strategischen Flugkörper sowie der Bomber vom Typ BEAR, BISON und BACKFIRE; der Bomber BACKFIRE wurde miteinbezogen, da er eine interkontinentaleignung besitzt, obgleich er durch seine maritime und gegen europäisches Territorium gerichteten Angriffsaufgaben vor allem eine ernsthafte Bedrohung der europäischen NATO-Staaten darstellt.

aus: Stützle, W.: Politik und Kräfteverhältnis, a.a.o., S. 66

US and Soviet strategic nuclear forces, 1973–82

Figures for 1973–76 are as of 30 June; figures for 1977–82 are as of 30 September.
The sources and notes follow the table.

	First in service	Range (nm)	Payload	1973	1974	1975	1976	1977	1978	1979	1980	1981
Delivery vehicles												
Strategic bombers												
USA B-52 C/D/E/F	1956	10 000	27 000 kg	149	116	99	83	83	83	83	83	83
B-52 G/H	1959	10 900	34 000 kg	281	274	270	265	265	265	265	265	265
(FB-111	1970	3 300	17 000 kg	66	66	66	66	66	66	66	65	64
USSR Mya-4 'Bison'	1955	5 300	9 000 kg	56	56	56	56	56	56	56	56	56
Tu-95 'Bear'	1956	6 800	18 000 kg	100	100	100	100	100	100	100	100	100
(Tu-22M 'Backfire'	1975	4 000	9 000 kg	–	..	.	12	24	36	48	60	72
Long-range bomber total: USA				430	390	369	348	348	348	348	348	348
USSR				156	156	156	156	156	156	156	156	156
Submarines, ballistic missile-equipped, nuclear-powered (SSBNs)												
USA With Polaris A-2	1962	n.a.	16 × A-2	8	6	3	–	–	–	–	–	–
With Polaris A-3	1964	n.a.	16 × A-3	13	13	13	13	11	10	10	5	5
With Poseidon C-3 conv.	1970	n.a.	16 × C-3	20	22	25	28	30	31	31	25	20
With Trident C-4 conv.	1979	n.a.	16 × C-4	–	–	.	–	–	–	–	6	11
With Trident C-4	1980	n.a.	24 × C-4	–	.	–	–	–	–	–	–	1
USSR 'Hotel II' conv.	1963	n.a.	3 × 'SS-N-5'	7	7	7	7	7	7	7	6	6
'Hotel III' conv.	1967	n.a.	6 × 'SS-N-6'	1	1	1	1	1	1	1	1	1
'Yankee'	1968	n.a.	16 × 'SS-N-6'	33	33	33	33	33	33	33	29	27
'Yankee II'	1974	n.a.	12 × 'SS-NX-17'		1	1	1	1	1	1	1	1
'Golf IV' conv.	1972	n.a.	4 × 'SS-N-8'	1	1	1	1	1	1	1	1	1
'Hotel IV' conv.	1972	n.a.	6 × 'SS-N-8'	1	1	1	1	1	1	1	1	1
'Delta I'	1973	n.a.	12 × 'SS-N-8'	1	7	12	18	18	18	18	18	18
'Delta II'	1977	n.a.	16 × 'SS-N-8'				.	4	4	4	4	4
'Delta III'	1978	n.a.	16 × 'SS-N-18'					–	2	4	10	12
Submarine total: USA				41	41	41	41	41	41	41	36	37
USSR				44	51	56	62	66	68	70	71	71
Modern subs: USSR				34	41	46	52	56	58	60	62	62
SLBM (Submarine-launched ballistic missile) launchers on SSBNs												
USA Polaris A-2	1962	1 500	1 × 1 Mt	128	96	48	–	–	–	–	–	
Polaris A-3	1964	2 500	3 × 200 kt (MRV)	208	208	208	208	176	160	160	80	80
Poseidon C-3	1970	2 500	10 × 40 kt (MIRV)	320	352	400	448	480	496	496	400	320
Trident C-4	1979	4 000	8 × 100 kt (MIRV)	–	–	–	–	–	–	–	96	200
USSR 'SS-N-5'	1963	700	1 × 1 Mt	21	21	21	21	21	21	21	18	18
'SS-N-6 mod. 1'	1968	1 300	1 × 1 Mt	534	534	534	534	534	534	534	470	438
'SS-N-6 mod. 2' conv.	1973	1 600	1 × 1 Mt	–								
'SS-N-6 mod. 3' conv.	1973	1 600	2 × 200 kt (MRV)	–								
'SS-N-8'	1973	4 300	1 × 1 Mt	22	94	154	226	290	290	290	290	290
'SS-NX-17'	n.a.	..	1 × 1 Mt (MIRV-cap.)	–	12	12	12	12	12	12	12	12
'SS-N-18'	n.a.	4 050	3 × 200 kt (MIRV)	–	–	–	–	–	32	64	160	192
SLBM launcher total: USA				656	656	656	656	656	656	656	576	600
USSR				577	661	721	793	857	889	921	950	950
IBMs (Intercontinental ballistic missiles)												
USA Titan II	1963	6 300	1 × 10 Mt	54	54	54	54	54	54	53	52	52
Minuteman I	1963	6 500	1 × 1 Mt	190	100	–	–	–	–	–	–	–
Minuteman II	1966	7 000	1 × 1.5 Mt	500	500	450	450	450	450	450	450	450
Minuteman III conv.	1970	7 000	3 × 170 kt (MIRV)	310	400	550	550	550	550	550	550	450
Minuteman III impr.	1979	7 000	3 × 350 kt (MIRV)	–	–	–	–	–	–	–	–	100
USSR 'SS-7 Saddler'	1962	6 000	1 × 5 Mt	190	190	190	130	30	2	–	–	–
'SS-8 Sasin'	1963	6 000	1 × 5 Mt	19	19	19	19	19	–	–	–	–
'SS-9 Scarp'	1966	6 500	1 × 10–20 Mt	288	288	288	248	188	128	68	–	–
'SS-11 mod. 1'	1966	5 700	1 × 1 Mt	990	1 010	1 030	950	860	750	640	580	580
'SS-11 mod. 2' conv.	1973	..	1 × 1 Mt									
'SS-11 mod. 3' conv.	1973	..	3 × 200 kt (MRV)									
'SS-11 mod. 3'	1973	..	3 × 200 kt (MRV)									
'SS-13 Savage'	1969	4 400	1 × 1 Mt	60	60	60	60	60	60	60	60	60
'SS-18 mod. 1/mod. 3'	1976	5 500	1 × 10–20 Mt	–	–	–	60	120	180	240	308	308
'SS-18 mod. 2' conv.	1977	..	8 × 500 kt (MIRV)	–	–	–						
'SS-19' conv.	1976	5 000	6 × 500 kt (MIRV)	–	–	–	80	120	180	240	300	300
'SS-17' conv.	1977	..	4 × 500 kt (MIRV)	–	–	–	–	50	100	150	150	150
ICBM total: USA				1 054	1 054	1 054	1 054	1 054	1 054	1 053	1 052	1 052
USSR				1 547	1 567	1 587	1 547	1 447	1 400	1 398	1 398	1 398
Total, long-range bombers and missiles: USA				2 140	2 100	2 079	2 058	2 058	2 058	2 057	1 976	2 000
USSR				2 280	2 384	2 464	2 496	2 460	2 445	2 475	2 504	2 504
Nuclear warheads												
Independently targetable warheads on missiles: USA				5 210	5 678	6 410	6 842	7 130	7 274	7 273	7 000	7 032
USSR				2 124	2 228	2 308	3 160	3 894	4 393	4 937	5 920	6 848
Total warheads on bombers and missiles, official US estimates: USA				6 784	7 650	8 500	8 400	8 500	9 000	9 200*	9 200*	9 000*
USSR				2 200	2 500	2 500	3 300	4 000	4 500	5 000*	6 000*	7 000*

* 1 January.

Und 1982 stellte sich die Situation in diesem Bereich wie folgt dar:

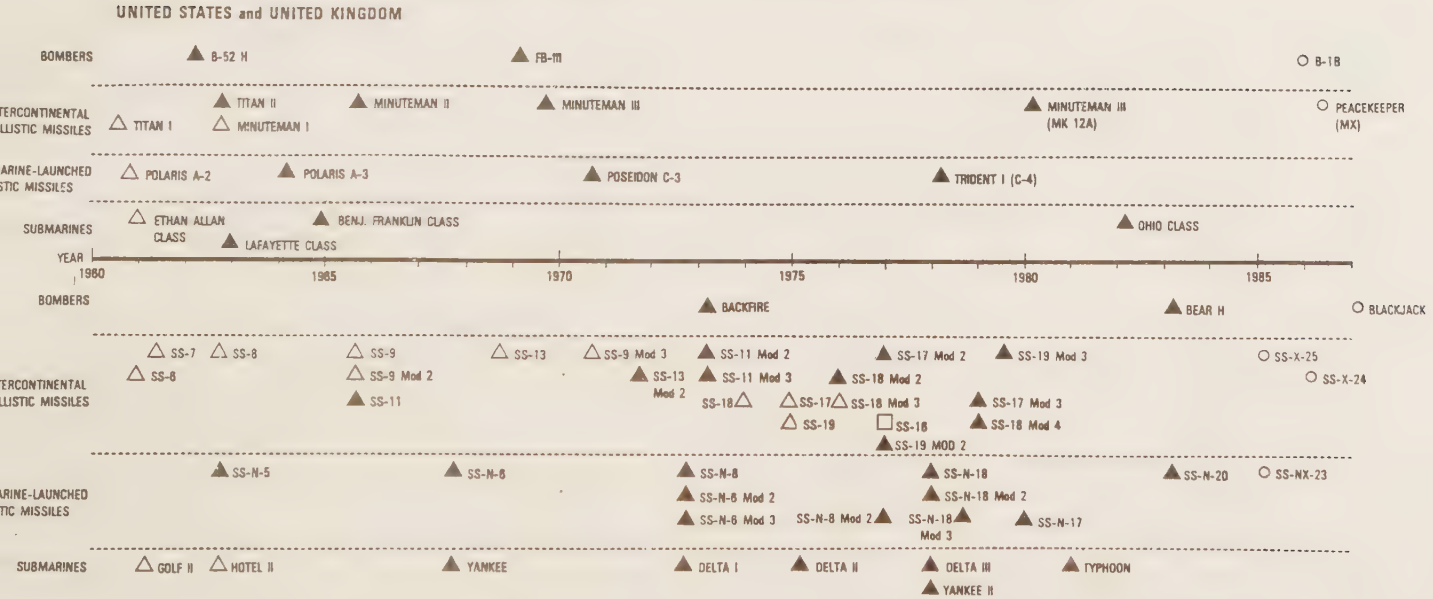
Abbildung 46: Nuklear-Strategische Potentiale von USA und Sowjetunion 1982

USA			Sowjetunion		
	Zahl der Systeme	Zahl der Sprengköpfe	Zahl der Sprengköpfe	Zahl der Systeme	
ICBM · 52 Titan II · 450 Minuteman II · 550 MinutemanIII	1.052	2.150	6200	1.398	ICBM · mehr als 500 SS-11 · 50 SS-13 · 150 SS-17 · mehr als 300 SS-18 · 300 SS-19
SLBM · 304-Poseidon C-3 · 192 Trident C-4	496	4.950	1.390	950	SLBM · 420 SS-N-6 · 280 SS-N-8 · 200 SS-N-18 · einige SS-N-5, SS-NX-17
Bomber · 347 B-52 · 63 FB-111	410	2.000	350	350	Bomber · 100 Beat · 50 Bison · 200 Backfire
Summe	1.958	9.100	7.900	2 698	Summe

aus: Stützle, W.: Politik und Kräfteverhältnis, a.a.o., S. 131

Die Graphik der folgenden Seite ist entnommen aus:
NATO and the Warshaw Pact Force Comparisons 1984, a.a.o., S. 27

STRATEGIC NUCLEAR FORCE - MODERNISATION COMPARISON
INTRODUCTION OF SELECTED SYSTEMS BY YEAR



Parallel hierzu baute die Sowjetunion auch im eurostrategischen Bereich ihre Kapazitäten enorm aus:

Abbildung 17: Mittelstreckenwaffen größerer Reichweite

	USA		UdSSR		Frankreich		Großbritannien		VR China	
	1970	1981	1970	1981	1970	1981	1970	1981	1970	1981
Systeme[1]: IR/MRBM	-	-	610	600	-	18	-	-		120
Bomber	-	150	820	650	40	40	50	50		90
Summe	-	150	1430	1250	40	40	50	50		200
Sprengköpfe	-	300	1430	1850	40	40	50	50		200

[1]Mittelstreckensysteme schließen ein

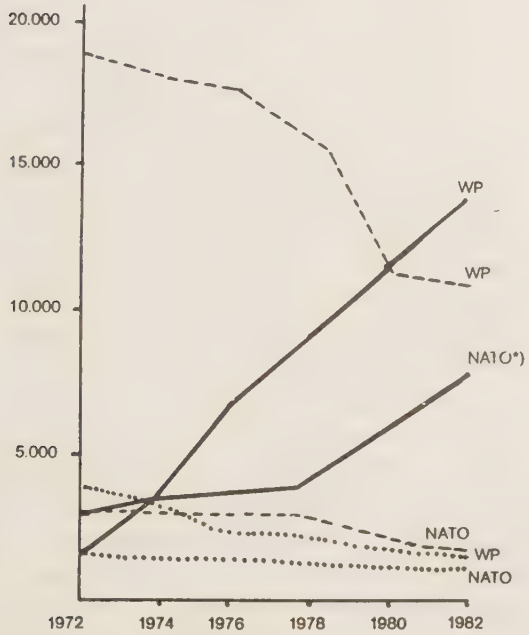
- IRBM/MRBM
  - Sowjetunion SS-4, SS-5, SS-20
  - Frankreich SSBS S-2/-3
  - China CSS-1, CSS-2
- Bomber
  - Sowjetunion BADGER, BLINDER
  - USA F-111
  - China BADGER, BULL
  - Frankreich MIRAGE IV
  - Großbritannien VULCAN

aus: Stützle, W.: Politik und Kräfteverhältnis, a.a.o., S. 68

Abbildung 23: Militärische Kräfte in Europa[1]					
	NATO			Warschauer Pakt	
	1971	1982		1982	1971
		davon BRD			
Divisionen	74	12	99 (15)	173	170
Kampfpanzer	8.900	5.650	14 100 (1 100)	42 500	32.000
Artillerie/Mörser Rohre über 100 mm einschl. Mehrfachraketenwerfer	6.400	2.250	11.580 (830)	31.500	11.800
Kampflugzeuge[2]	3.300	700	3.495 (520)	7.240	7 900
Jagdbomber	1.750		2.245 (295)	1.920	1.500
Abfangjäger	800		875 (135)	4 370	5.000
Aufklärer	650		335 (50)	600	660
Bomber	100		40 (40)	350	700
Schiffe[3]					
Hubschrauber-Flugzeugträger	15	0	11 (2)	4	2
Kreuzer		0	18 (3)	21	2
Zerstörer, Fregatten, Korvetten	392	18	310 (36)	182	162
Küstengeleit- und Schnellboote	180	40	172 (5)	551	553
Angriff - Uboote	157	24	176 (21)	206	200
Trägergestützte Marine-Flugzeuge und Hubschrauber	800		792 (80)	146	36
Landgestützte Angriffs-/Verteidigungs-Unterstützungsflugzeuge der Seestreitkräfte	112		250 (70)	719[4]	521
Landgestützte Uboot- Bekämpfungs-Flugzeuge u. Hubschrauber	470	119	490 (40)	179	150

aus: Stützle, W.: Politik und Kräfteverhältnis, a.a.o., S. 80

Abbildung 32: Kräfteverhältnis Kampfpanzer NATO – Warschauer Pakt in Mitteleuropa



	NATO	Warschauer Pakt
modern	M 60A1, M 1-Abrams, Leopard, Chieftain	T-62, T-64/72
hinreichend	M 48, AMX 30	T-54/55
veraltet	M 26, M 47, Centurion	T-34, JS-3/4 T 10

*) davon beträgt der Anteil der Bundeswehr Ende 1982 über 5000 Kampfpanzer LEOPARD 1 und 2

aus: Stützle, W.: Politik und Kräfteverhältnis, a.a.o., S. 95

Abbildung 44: Die landgestützten INF großer Reichweite (1000 km – 5.500 km) in und für Europa 1970–1982

NATO	1970	1982	Warschauer Pakt 1982	1970	
Systeme:					Systeme:
· IR/MRBM	–	–	605	610	· IR/MRBM SS-4, -5, -20
· Bomber: F-111 VULCAN	50	200	400	450	· Bomber: BADGER BLINDER
Summe	50	200	1005	1060	Summe
Sprengköpfe	50	350	1653	1060	Sprengköpfe
FRANKREICH					
SSBS S-2/-3	–	18			
MIRAGE IV	36	37			
Summe	36	55			
Sprengköpfe	36	55			

aus: Stützle, W.: Politik und Kräfteverhältnis, a.a.o., S. 126

Zusammengefaßt kann somit festgehalten werden, daß es der Sowjetunion im Verlauf der 70-er Jahre gelungen war, die gesamtstrategische Situation in allen Bereichen zu ihren Gunsten zu verändern. Dabei spielte für den Westen weniger der quantitative als vielmehr der qualitative Wandel eine Rolle, der bei westlichen Beobachtern Bedrohungsängste aufkommen ließ. 280)

So wurde etwa argumentiert, daß die SS-20 aufgrund ihrer Merkmale als Erstschlagswaffe dienen könnte, ein nuklearer Überaschungsangriff wurde rein militärstrategisch nicht mehr für undenkbar gehalten. Die SS-20 verschaffte Moskau gegenüber Westeuropa die bisher nie dagewesene Option, alle relevanten Objekte der NATO mit einem Schlag anzugreifen

---

280) siehe hierzu:
Wettig, G.: Die Auseinandersetzungen um die eurostrategische Nachrüstung der NATO, a.a.o., S. 13/14.
Ruehl, L.: Die nukleare Strategie und die Verhandlungen über Begrenzungen nuklearer Waffen, a.a.o., S. 465.
Wettig, G.: Die sowjetischen INF-Daten kritisch beleuchtet, a.a.o., S. 43.

und mit zunehmender Aussicht auf Erfolg ausschalten zu können.

Parallel dazu vollzog sich eine Entwicklung, die den kernwaffentragenden Flugzeugen der NATO immer geringere Chancen zum Eindringen in die Tiefe des sowjetischen Raumes ließ. Das östliche Verteidigungssystem wurde immer dichter, und in der Folge verloren die FBS-Potentiale in zunehmendem Maße ihre Wirksamkeit, d.h. einer wachsenden eurostrategischen Verwundbarkeit des Westens stand eine wachsende eurostrategische Unverwundbarkeit des Warschauer Pakts und dabei vor allem der Sowjetunion gegenüber.

Ängste kamen auf, ob die Sowjetunion nicht eines Tages in der Lage sein werde, mit einem nuklearen Vernichtungsschlag den militärischen Widerstand Westeuropas zu brechen und die Vereinigten Staaten vor die Alternative zu stellen, sich entweder mit der sowjetischen Herrschaft über Gesamteuropa abzufinden oder einen interkontinental-strategischen Schlagabtausch zu riskieren. Selbst wenn es zu keinem Einsatz der sowjetischen Mittelstreckenwaffen komme, so stellte sich die Frage, ob nicht allein die Existenz einer sowjetischen Erstschlagsfähigkeit genüge, um Europa erpreßbar zu machen und Druck auszuüben. Spätestens im Krisenfall komme der sowjetischen Option einer Erstschlagsfähigkeit jedoch eine für Westeuropa verhängnisvolle Funktion zu. Erstmals könne damit zwischen einer Bedrohung der Vereinigten Staaten und Europas unterschieden werden, eine "Teilung der Drohung" war möglich geworden.

Doch wie stellte sich die eurostrategische Umrüstung für Moskau selbst dar, welche sicherheitspolitischen Überlegungen lagen ihr zugrunde?

2.1.2. Die sowjetische Mittelstreckenaufrüstung: Motive, Bedrohungsperzeptionen und ihr Stellenwert

Die Wurzel für das militärstrategische Verhalten der Sowjetunion liegt wohl in der von ihr perzipierten feindlichen Umwelt und dem daraus resultierenden eigenen Sicherheitsbegriff, der sich grundlegend von dem des Westens abhebt.

2.1.2.1. Die Forderung nach "gleicher Sicherheit"

Immer wieder taucht in der sowjetischen Argumentation der Wunsch nach "gleicher Sicherheit" auf: Auf globaler Ebene sieht Moskau seine Sicherheit insofern gefährdet, als "alle militärisch potenten Drittländer" - wie etwa die europäischen NATO-Mitglieder, Japan und China - auf Seiten der Vereinigten Staaten stünden. Diese Konstellation hätte es den USA ermöglicht, einen Einkreisungsring von Stützpunkten um die Sowjetunion zu legen, der es gestatte, sowjetisches Gebiet von beliebigen Stellen aus zu bedrohen. [281)]

Die Sowjetunion folgert daraus, daß sie bei einer militärischen Auseinandersetzung im Extremfall mit allen anderen größeren Militärmächten als Feinden zu rechnen habe, worauf sie sich folglich auch militärisch vorzubereiten habe.

Dies bedeutet den Anspruch auf eine ebenso große militärische Stärke wie alle anderen Mächte zusammen. Ein "Gleichgewicht der militärischen Kräfte" im Sinne der USA wird somit abgelehnt, da es den Erfordernissen gleicher Sicherheit widerspreche. Eine wechselseitige Sicherheit ist in den Augen Moskaus nur dann gegeben, wenn das Kräfteverhältnis auf den verschiedenen regionalen Schauplätzen wegen der generell benachteiligten sowjetischen Lage kompensatorisch gewisse Vorteile aufweist. [282)] Darüberhinaus sieht die Sowjetunion sich geostrategisch insofern benachteiligt, als die Vereinigten Staaten aufgrund ihrer in Westeuropa stationierten FBS über einen einseitigen Vorteil verfügen. [283)]

---

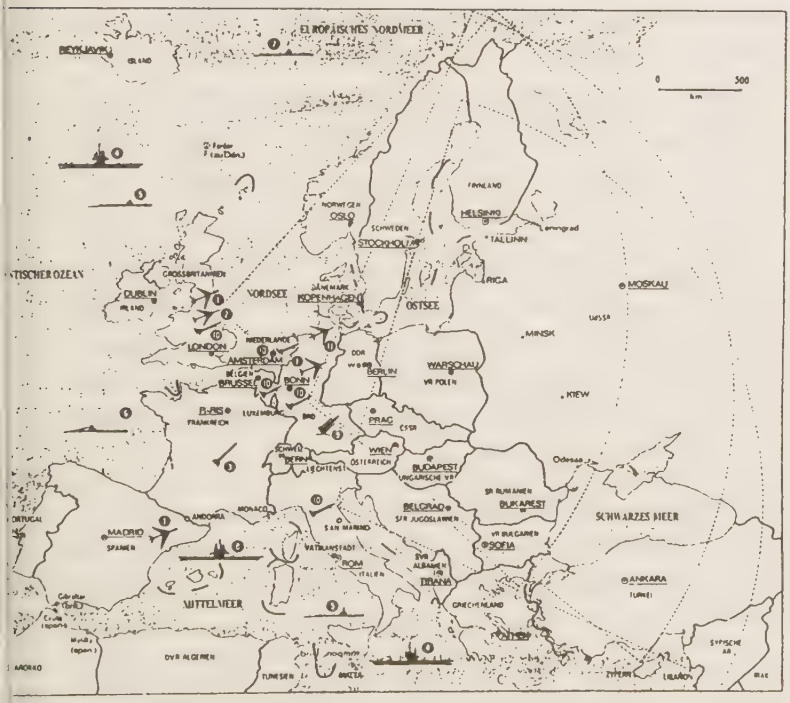
281) Trofimenko, G.A.: zitiert nach Wettig, G.: Umstrittene Sicherheit, a.a.o., S. 30.
siehe hierzu auch: Sowjetische Militärenzyklopädie, Heft 19, S. 94/95.

282) Wettig, G.: Umstrittene Sicherheit, a.a.o., S. 31.

283) Wettig, G.: Die Mittelstreckenproblematik aus sowjetischer Sicht, a.a.o., S. 4.

2.1.2.2. Bedrohung durch die FBS

Besonders bedroht sieht die Sowjetunion sich somit durch die Anwesenheit militärischer Streitkräfte der USA auf dem europäischen Kontinent. Diese Situation ist in den Augen Moskaus eine "künstliche Anomalie", die zudem im Falle einer Ost-West-Auseinandersetzung eine akute Gefahr darstellen würde. 284)



h „Volksarmee 47/1979". Wie ersichtlich, wird Frankreich in das Waffenpotential der NATO einbezogen. Hingewiesen wird auf tand, daß „Frankreich seit 1966 aus der Militärorganisation ausgeschieden ist". Aber, „de facto muß sein strategisches Potential rellen Nuklearmacht des Paktes gerechnet werden".

Die Bedrohungssituation durch Atomwaffen der NATO aus östlicher Sicht: „Gegenwärtige und geplante NATO-Kernwaffenträger strategischer Bestimmung in Westeuropa." Zeichenerklärung: 1. Jagdbombergeschwader der USA auf „vorgeschobenen Basen". 2. Strategische Bomberkräfte Großbritanniens. 3. Strategische Raketen Frankreichs. 4. Flugzeugträger der USA. 5. Der NATO unterstellte Raketen-U-Schiffe der USA. 6. Raketen-U-Schiffe Frankreichs. 7. Raketen-U-Schiffe Großbritanniens. 8. Flugzeugträger Frankreichs im Mittelmeer. 9. Geplante „Pershing-II"-Raketen in der BRD. 10. Geplante Flügelraketen in Westeuropa. 11. Künftige Marinejagdbomber „Tornado" der BRD")

aus: Österreichische Militärische Zeitschrift, Heft 2/1980, S. 104

Dadurch besäßen die Vereinigten Staaten sozusagen ein "zweifaches

---

284) Wettig, G.: Umstrittene Sicherheit, a.a.o., S. 32.

Potential": [285] Während die Sowjetunion die andere Weltmacht nur mit globalstrategischen Waffen erreichen könne, verfüge Washington sowohl über ihre eigenen landstationierten global-strategischen Träger, als auch über die in Westeuropa und Ostasien "vorne stationierten" Systeme.

"Gleiche Sicherheit", so die östliche Position, sei daher nur dann gewährleistet, wenn entweder die vorne stationierten Systeme beseitigt würden oder das global-strategische Potential der USA *zusammen* mit diesen Systemen allein gegen das global-strategische Potential der Sowjetunion aufgerechnet werde. [286]

Die Argumentation der Amerikaner, daß die NATO eine Allianz sei, die neben der Sicherheit der USA auch die Sicherheit der westeuropäischen Verbündeten zu gewährleisten habe, wurde und wird von Moskau nicht anerkannt.

Vielmehr resultiere - so die Position des Kreml - die Gewährleistung der Sicherheit für die Westeuropäer ausschließlich und in hinreichendem Maße aus dem Bündnis-Zusammenhang mit der amerikanischen Nuklearmacht. Diese Kernwaffen - ob interkontinental oder in Europa stationiert - garantierten die westeuropäische Sicherheit so weit, daß es keiner zusätzlichen Absicherung mehr bedürfe. [287]

Daran wird deutlich, daß das sowjetische Sicherheitsdenken primär auf die Vereinigten Staaten fixiert ist, was daraus resultiert, daß die USA die einzige Macht sind, welche zu einer militärischen Bedrohung der Sowjetunion in der Lage ist.

Aus diesem bilateralen Denk- und Verhaltensmuster Moskaus ergibt sich, daß die eigenen Militärpotentiale ausschließlich in ein Verhältnis zu

---

285) siehe hierzu:
Wettig, G.: Umstrittene Sicherheit, a.a.o., S. 35.
Freistetter, F.: Die Frage der Mittelstreckenraketen, a.a.o., S. 101 ff.

286) Wettig, G.: Umstrittene Sicherheit, a.a.O., S. 35.

287) Wettig, G.: Die Mittelstreckenproblematik aus sowjetischer Sicht, a.a.o., S. 6.

denen der Vereinigten Staaten gesetzt werden, während die Berücksichtigung spezieller westeuropäischer Sicherheitsinteressen im sowjetischen Verständnis keinen Platz findet.

Verschärft wird die Perzeption einer "militärischen Einkreisung" für die Kreml-Führung durch den Eindruck, daß dahinter eine Kriegsführungsdoktrin der Vereinigten Staaten stehe. Die amerikanische Option, sozusagen in vorgeschobenen Gebieten operieren zu können, wird von Moskau interpretiert als "die Vorbereitung von für die USA günstigen strategischen Bedingungen für die Anwendung militärischer Gewalt und vor allem eine maximale Entfernung der Gebiete potentieller Kriege mit ihren verheerenden Folgen vom eigenen Heimatterritorium. ..." [288)]

Die Tatsache, daß die NATO auf dem europäischen Schauplatz eine Fähigkeit zur nuklearen Eskalation beanspruche, reflektiere aggressive Absichten und bedeute ein offensives Konzept, welches eine schwere militärische Bedrohung darstelle. [289)]

Angesichts dieser Bedrohung suchte die Sowjetunion nach Möglichkeiten, die amerikanischen FBS vor allem in Westeuropa von vorneherein entweder zu liquidieren oder unwirksam zu machen. [290)]

Eine zunehmende Verbesserung der östlichen Luftabwehr ab Mitte der 70-er Jahre nahm den in Großbritannien stationierten F-111 immer mehr die Fähigkeit zum Vordringen bis auf sowjetisches Gebiet. Die auf den europäischen Bereich erweiterte Abschreckung sollte wirkungslos gemacht werden, ein Aspekt, unter dem letztlich auch die Einführung der neuen Mittelstreckenraketen ab Mitte der 70-er Jahre zu sehen ist. [291)]

---

288) Katasonov, V., zitiert nach: Wettig, G.: Die sowjetischen Sicherheitsvorstellungen und die Möglichkeiten eines Ost-West-Einvernehmens, a.a.o., S. 71.

289) Wettig, G.: Der Kern der sowjetischen Bedrohungsdialektik, a.a.o., S. 32.

290) Wettig, G.: Die sowjetischen Sicherheitsvorstellungen ..., a.a.o., S. 72.

291) Wettig, G.: Der Kern der sowjetischen Bedrohungsdialektik, a.a.o., S. 37/38.

Vor diesem Hintergrund scheint es verständlich, weshalb die Sowjetunion ihre sicherheitspolitische Situation durch die vom Westen in Erwägung gezogene Einführung der Cruise-missiles und der Pershing II empfindlich gestört sah: [292)]

1. Der bisherige Vorteil Moskaus, allein in die Tiefe der europäischen NATO-Alliierten wirken zu können, würde relativiert. D.h. die durch die SS-20 möglich gewordene Einwirkung auf Verbände erster Ordnung, auf Reserven und die gesamte Infrastruktur würde geschwächt werden.

2. Die Einwirkung durch ballistische Raketen seitens der NATO war - abgesehen von den SACEUR zugeteilten ABM-U-Booten - auf die Tiefe der ersten strategischen Staffel beschränkt, während eine Einwirkung auf die zweite strategische Staffel in Westrußland und weiter ostwärts bisher nicht möglich war. Durch die Pershing II und die Cruise missiles könnte dies realisiert werden und müßte bei der sowjetischen Streitkräfteplanung in Rechnung gestellt werden.

2.1.2.3. Warum gerade SS-20?

Bleibt zu fragen, welcher Stellenwert der SS-20 in der Konzeption Moskaus zukommt, ob diese Waffe langfristig gezielt vorgeplant worden war, oder ob es sich eher um ein willkommenes "Zufallsprodukt" sowjetischer Militärforschung gehandelt hat.

Obwohl ab Mitte der 60-er Jahre das Hauptinteresse Moskaus darin gesehen wurde, mit den Vereinigten Staaten im interkontinental-strategischen Bereich gleichzuziehen, so konnte doch nicht außer acht gelassen werden, daß die kontinentalen SS-4 und SS-5 Systeme der Sowjetunion zunehmend an militärischem Wert verloren: [293)] Bei den

---

292) siehe hierzu:
Freistetter, Franz: Die Frage der Mittelstreckenraketen, a.a.o., S. 105.

293) siehe hierzu:
Garthoff, R.: The Soviet SS-20 Decision, a.a.o., S. 110 ff.
Weers, E.: Zum Thema: Mittelstreckenraketen, a.a.o., S. 6.

Ende der 50-er Jahre bzw. Anfang der 60-er Jahre eingeführten Waffen handelte es sich um schwerfällige, flüssig getriebene Raketen mit einer sehr langsamen Reaktionszeit, die mehrere Stunden benötigten, bis sie einsatzbereit waren. Darüber hinaus waren sie äußerst verletzlich: Zwei Drittel der Träger waren ungeschützt, die Raketen waren dichtgedrängt in Vierergruppen aufgestellt. Und auch der restliche Teil, der sich in Silos befand, war eng aufeinander disloziert, so daß ein mit modernen Waffen durchgeführter Luftangriff bis zu vier Systeme mit einem Schuß hätte zerstören können.

Die Folge war, daß der Kreml zwei neue Mittelstreckenraketen entwickeln und testen ließ: Die SS-14 wurde 1965 erstmals bei einer Parade auf dem Roten Platz in Moskau vorgeführt und bestand aus den ersten beiden Stufen der SS-13-Interkontinentalrakete, die parallel dazu entwickelte SS-15 wurde erstmals 1967 gezeigt. Bei beiden Systemen handelte es sich um mobile Feststoffraketen. Sie wurden in begrenztem Maß in Asien disloziert, aufgrund ihrer mangelnden Qualität gingen sie jedoch nicht in Serienproduktion.

Daraufhin versuchte Moskau sein Mittelstreckenproblem mit der SS-11 zu lösen. Diese Rakete war zu Beginn der 60-er Jahre als Ersatz für die SS-13-ICBM gedacht gewesen und besaß eine außerordentlich große Reichweite. Ende der 60-er Jahre dachte man daran, mit ihr auch einen Teil der SS-4 bzw. SS-5 zu ersetzen. Zu diesem Zweck begann man 1968 damit, die SS-11 in einer Version zu testen, die über eine variable Reichweite verfügte, und noch im gleichen Jahr wurde sie als Waffe für den Einsatz im regionalen Bereich sowohl gegen potentielle Ziele in China als auch in Europa eingeführt.

Ebenfalls 1968 begann Moskau mit der Entwicklung der "Pionier", welche vom Westen die Bezeichnung SS-20 erhielt. Beobachter gehen davon aus, daß diese Rakete ursprünglich für den interkontinentalen Gebrauch bestimmt gewesen war. Bei den Tests der dreistufigen SS-16-ICBM hatte jedoch die dritte Antriebsstufe immer wieder versagt. Und so hatten die Sowjets - ähnlich wie bei der SS-15, die ja, wie bereits erwähnt, auch aus den ersten beiden Antriebsstufen der SS-13-ICBM bestand - eine kontinentalstrategische Waffe, deren voller Bedeutung sich die sowjetischen

Strategen erst allmählich bewußt wurden. [294] Experten meinen, daß der Kreml erst zwischen 1975 und 1977 ein militärpolitisches Konzept für diese Waffe entwickelt hat. [295] Die Vorteile, welche die SS-20 für die militärstrategische Situation gerade auch vor dem Hintergrund der SALT-Verhandlungen besaß, lagen in mehreren Bereichen: [296]

1. Mit dieser Waffe konnte dem sowjetischen Bedürfnis nach einem starken eurostrategischen Potential entsprochen werden. Sie bedeutete eine Stärkung der sowjetischen Position vor allem im Hinblick auf die "Einkreisungspotentiale" seitens der Briten, der Franzosen, der Chinesen und vor allem der amerikanischen FBS.

2. Die notwendig gewordene Modernisierung des veralteten sowjetischen Mittelstreckenpotentials (SS-4, SS-5) konnte endlich realisiert werden. Nachdem auch die SS-14 und SS-15 die technischen Anforderungen nicht erfüllen konnten, besaß Moskau mit der SS-20 eine Feststoffrakete, die sich durch Mobilität, erhöhte Reaktion und Zielgenauigkeit auszeichnete.

3. Die SS-20 ermöglichte es, daß die variabel einsetzbare SS-11 ganz dem interkontinentalstrategischen Aufgabengebiet zugeordnet werden konnte.

4. Mit dem Verzicht auf die ursprünglich geplante SS 16 ICBM - die in SALT untersagt worden war - stand Moskau eine ungenutzte Produktionsanlage zur Verfügung, und die bereits langfristig vorbereitete Produktion der SS-16 konnte nun schnell für die SS-20 in Gang gesetzt werden.

---

294) Wettig, G.: Die Auseinandersetzungen um die eurostrategische Nachrüstung der NATO, a.a.o., S. 12.
Weers, E.: Zum Thema: Mittelstreckenraketen, a.a.o., S. 6.
Garthoff, R.: The Soviet SS-20 Decision, a.a.o., S. 111.

295) Weers, E.: Zum Thema: Mittelstreckenraketen, a.a.o., S. 6.

296) siehe hierzu auch:
Garthoff, R.: The Soviet SS-20 Decision, a.a.o, S. 112 f.

Für den Kreml stellte die Entscheidung zugunsten der SS-20 sozusagen das "logische" Ergebnis einer langen Kette von Modernisierungsversuchen im Mittelstreckenbereich dar. Diese Waffe wurde den gestellten technischen Anforderungen gerecht und war außerdem in vollem Umfang mit den in SALT festgelegten Rüstungskontrollkriterien zu vereinbaren. Man berief sich auf den auch von Washington vertretenen Grundsatz, daß jede Seite das Recht habe, die von SALT nicht erfaßten Waffensysteme zu modernisieren. Hinzu kam, daß SALT-I nur die Zahl der Abschußgeräte begrenzte, jedoch nicht die Zahl der nuklearen Sprengköpfe. Konkret bedeutete dies, daß die veralteten SS-4/SS-5 in vollem Umfang von den mit 3 Sprengköpfen ausgestatteten SS-20 ersetzt werden konnten, ohne die SALT-Vereinbarungen zu verletzen.

Beobachter gehen davon aus, daß die Vorbereitungspläne zur Aufstellung der SS-20 zwischen 1972 und 1975 gefallen sein könnten, zumal die Aufstellung in dem im Frühjahr 1976 gebilligten Fünf-Jahres-Plan der Sowjetunion vorgesehen war. [297)]

Abschließend kann festgehalten werden, daß das auslösende Moment für die am 12. Dezember gefallene Nachrüstungsentscheidung eindeutig in der veränderten gesamt- und vor allem eurostrategischen Situation zu sehen ist. Was jedoch den *Verlauf* der Allianzentscheidung angeht, so wurde dieser von zwei anderen Fragenkomplexen nachhaltig beeinflußt, nämlich zum einen von der allianzinternen Diskussion um die Produktion bzw. die Aufstellung der Neutronenwaffe und zum anderen von dem Ablauf der SALT-II-Gespräche.

2.1.3. Das Debakel um die Neutronenwaffe

Am *7. April 1977* verkündete der amerikanische Präsident, daß er seine Entscheidung zur Produktion dieser Waffe aufschieben würde. Damit hatte Carter eine Auseinandersetzung beendet, die bereits seit Monaten die politische Bühne, aber auch die Öffentlichkeit stark bewegt hatte. Die viel

---

297) Garthoff, R.: The Soviet SS-20 Decision, a.a.o., S. 113.

schwerwiegendere Folge dieses Beschlusses sollte jedoch erst später voll zum Tragen kommen, als sichtbar wurde, daß gerade diese Absage an die Neutronenwaffenproduktion die Initialzündung im Entscheidungsprozeß einer ganz anderen Frage werden sollte, nämlich der Modernisierung des westlichen LRTNF-Potentials.

Aufgrund dieser wichtigen Komponente für den Verlauf des weiteren LRTNF-Entscheidungsprozesses, soll an dieser Stelle näher auf die Ereignisse eingegangen werden, die letztlich zu Carters Absage geführt haben:

Am *6. Juni 1977* veröffentlichte der Reporter Walter Pincus in der "Washington Post" einen Artikel, in welchem er die ER-Waffe als "Neutronenbombe" vorstellte. [298] Pincus, der einige Jahre zuvor Mitarbeiter von Senator Symington bei dem "Joint Committee on Atomic Energy" war, war beim Blättern durch den Haushaltsentwurf der US-Regierung darauf gestoßen, daß unter dem Titel der ERDA [299] im Jahre 1978 Mittel für die Produktion der Neutronenwaffe in Höhe von 1,1 Milliarden Dollar bereitgestellt werden sollten. [300]

Der Artikel selbst enthielt zunächst noch keine Wertung der Neutronenwaffe und zeigte im wesentlichen die Argumente auf, die zu ihrer Entwicklung geführt hatten, nämlich: geringe Sprengkraft, vermeidbare Kollateralschäden und Verbesserung der Glaubwürdigkeit der Abschreckung, da sie wegen ihrer begrenzten Wirkung auf dem Gefechtsfeid eher einsetzbar sei als die durch ihre hohe Schadensstreuung problematischeren alten Sprengköpfe. [301]

---

298) Ruehl, L.: Die Nichtentscheidung über die Neutronenwaffe, in: Europa-Archiv, Folge 5/1979, S. 140.

299) ERDA = Energy Research and Development Administration, gilt als Nachfolgeorganisation der Atomenergiebehörde. Sie überwacht und finanziert die Produktion aller atomaren Sprengköpfe und übergibt sie dann an die Streitkräfte.

300) Boysen, Sigurd: Sicherheitspolitische Entscheidungsprozesse im Bundesministerium der Verteidigung, a.a.o., S. 303.
SIPRI (Hrsg.): Tactical Nuclear Weapons: European Perspectives, London 1978, S. 61.

301) Boysen, S.: Sicherheitspolitische Entscheidungsprozesse im Bundesmin-

Bis zu diesem Artikel in der "Washington Post" war die Diskussion über die Neutronenwaffe fast ausschließlich in Expertenkreisen geführt worden und auch die Weisung von Präsident Ford im November 1976, im Zuge einer notwendigen Erneuerung die veraltete Atommunition durch moderne Neutronenmunition zu ersetzen, war nicht an die Öffentlichkeit gedrungen. [302)]

Zwar fand bereits ab 1957 eine Auseinandersetzung über diesen Waffentyp statt, als man erstmals die Möglichkeit erwog, Neutronenwaffen zu bauen, doch nach der Unterzeichnung des Teststoppvertrages im Jahre 1963 ließ das öffentliche Interesse an dieser Waffe nach. Erst ab 1973 tauchten im Zusammenhang mit der Entwicklung von "Mini-Nuc" wieder Meldungen über eine Neutronenwaffe auf, die jedoch keine größere Resonanz fanden. [303)]

Dies sollte sich nun durch den Artikel von Pincus grundlegend ändern: In Amerika, aber auch in den europäischen Bündnisländern flammte um diese Waffe eine lautstarke Diskussion auf, die sich in auffallender Weise erstmals auch innerhalb der breiten Bevölkerung vollzog, was Brzezinski später zu dem Eingeständnis veranlaßte: [304)]

> "We were quite unprepared for the political storm that hit us only four and a half months after the inauguration."

Vor diesem Hintergrund forderte der amerikanische Senator Hatfield bei einer geheimen Sitzung der kleinen Kammer des US-Senats am *1. Juli 1977* den Produktionsverzicht der Neutronenwaffe. Dieser Vorschlag wurde jedoch knapp mit 43 : 42 Stimmen abgelehnt, und man einigte sich auf den Kompromiß, die bewilligten Beschaffungsgelder solange einzufrieren,

---

isterium der Verteidigung, a.a.o., S. 303.

302) Ebd., S. 302/303, S. 311.

303) Boysen, S.: Sicherheitspolitische Entscheidungsprozesse im Bundesministerium der Verteidigung., a.a.o., S. 296 - 302.

304) Brzesinski, Z.: Power and Principle, a.a.o., S. 301.

bis der Präsident entschieden habe, ob er die Waffe ins amerikanische Arsenal aufnehmen wolle oder nicht. [305)]

Am *6. Juli 1977* bat daraufhin der Vorsitzende des Militärausschusses, Senator Stennis, Präsident Carter schriftlich darum, nähere Auskunft über seine Vorstellungen zur Neutronenwaffe zu geben. [306)]

Fünf Tage später, am *11. Juli 1977* soll Carter den Senat persönlich darüber informiert haben, "that he wanted the Senate to approve the funds for production as they appeared in the ERDA budget request." [307)]

Am nächsten Tag, dem *12. Juli 1977*, antwortete Carter auf das Schreiben von Stennis und teilte diesem mit, daß seine Meinungsbildung zur Neutronenwaffe noch nicht abgeschlossen sei, solange ihm das Verteidigungsministerium noch keine weitere Unterlagen und Studien zur Einsicht vorgelegt habe, was jedoch bis zum 15. August 1977 geschehen solle. Gegenwärtig, so Carter, sei er der Ansicht, daß die Beschaffung der Neutronenwaffe im Interesse der Sicherheit des Landes liege. Er ersuche den Kongreß daher dringend, die angeforderten Mittel zu genehmigen. Solange es keine zufriedenstellenden Abkommen über Kernwaffenreduktionen gebe, müßten die vorhandenen modernisiert werden.

Zur Frage eines möglichen Einsatzes der ER-Waffe meinte Carter weiter: [308)]

> "... Die hochwirksamen Strahlenwaffen würden also dazu bestimmt sein, die Abschreckung zu fördern – wenn jedoch die Abschreckung fehlschlägt, zwei

---

305) SIPRI (Hrsg.): Tactical Nuclear Weapons: European Perspectives, a.a.o., S. 61.
Boysen, S.: Sicherheitspolitische Entscheidungsprozesse, a.a.o., S. 311.

306) Boysen, S.: Sicherheitspolitische Entscheidungsprozesse, a.a.o., S. 311/312.

307) SIPRI (Hrsg.): Tactical Nuclear Weapons, a.a.o., S. 63.

308) Amerika Dienst vom 20.7.1977, Zit. nach: Boysen, S.: Sicherheitspolitische Entscheidungsprozesse, a.a.o., S. 312/313.

> Kriterien zu erfüllen: erstens, die Kapazität der NATO zu stärken, dem Aggressor bedeutsamen Schaden zuzufügen; zweitens, Schäden und Verluste für Einzelpersonen, die sich nicht im unmittelbaren Zielgebiet befinden – einschließlich befreundeter Truppen und Zivilisten – auf ein Mindestmaß zu beschränken."

Der Eindruck, daß Carter relativ unvorbereitet vor diesem Fragenkomplex stand, verstärkt sich noch durch die Ausführungen, die der Präsident am gleichen Tag vor einer Pressekonferenz machte: [309)]

Dort zeigte sich Carter nach Schilderungen von Beobachtern überrascht von der Existenz des neuen Waffentyps und erklärte, ihm sei nicht bekannt gewesen, daß sein Vorgänger Ford bereits im November 1976 für den Bau der Neutronenwaffe grünes Licht gegeben habe. Auch habe er nicht gewußt, daß das Gesuch für die Produktion dieser neuen Sprengköpfe in diesem Bewilligungspapier enthalten sei, bis diese Tatsache zu einer öffentlichen Streitfrage geworden sei. Und etwas zurückhaltender als bei den Ausführungen an Senator Stennis meinte Carter weiter: [310)]

> "Before I make a final decision on a neutron bomb's deployment I would do a complete impact statement analysis on it, submit this information to the Congress. But I have not yet decided whether to approve the neutron bomb, I do think it ought to be one of our options, however."

Vizepräsident Walter Mondale trat hingegen am *13. Juli 1977* vor dem Senat mit Nachdruck für die ER–Option ein. [311)] Der Senat sprach sich

---

309) siehe hierzu: Boysen, S.: Sicherheitspolitische Entscheidungsprozesse, a.a.o., S. 311.
SIPRI (Hrsg.): Tactical Nuclear Weapons, a.a.o., S. 63.

310) SIPRI (Hrsg.): Tactical Nuclear Weapons, a.a.o., S. 63.

311) Ruehl, L.: Die Nichtentscheidung über die Neutronenwaffe, a.a.o.,

schließlich mit 58 : 38 dafür aus, die Gelder für die Neutronenwaffe im Etat *nicht* zu streichen, jedoch mit einem wesentlichen Vorbehalt: Der Führer der demokratischen Senatsmehrheit, Senator Robert Byrd, hatte durchgesetzt, daß der Präsident verpflichtet wird, dem Senat nachzuweisen, warum Produktion und Dislozierung dieser praktisch nur in Europa zweckmäßigen neuen Waffe im "nationalen Interesse der Vereinigten Staaten" lägen. Damit war nach Meinung von Beobachtern die amerikanische Entscheidung an den Ausgang der Debatte in Europa gebunden, denn nun brauchte Carter ein europäisches Votum in der NATO für die Dislozierung von ER-Waffen auf dem europäischen Kontinent. 312)

Hatte man nach Carters Ausführungen vom 12. Juli 1977 noch annehmen können, daß eine endgültige Entscheidung spätestens im August fallen würde, so trog der Eindruck. Carter wurde von Woche zu Woche zögernder und unsicherer. Nach Einschätzung westlicher Experten konnte Carter sich dem Druck der Entscheidung nur dadurch entziehen, daß er die Entscheidung sozusagen durch höhere Gewalt herbeiführte, die ihm entweder erlaube, ganz auf ER-Waffen zu verzichten oder aber ihn im Gegenteil zwinge, die Produktion anlaufen zu lassen. Dieser Suche nach der "force majeure" durch einen fremden Deus ex machina - so formulierte es Lothar Ruehl - widmete sich der Präsident vom Herbst 1977 an. 313)

Vor diesem Hintergrund setzte erstmals in der Geschichte der Allianz ein Konsultationsprozeß ein, den es bis dahin in dieser Form noch nie gegeben hatte: Die Amerikaner fragten ihre Verbündeten, ob sie bereit wären, einer Produktion der Neutronenwaffe zuzustimmen und ihre Stationierung in der Bundesrepublik, in Belgien, in Italien und in Großbritannien zuzulassen.

S. 142.

312) SIPRI (Hrsg.): Tactical Nuclear Weapons, a.a.o., S. 63.
Ruehl, L.: Die Nichtentscheidung über die Neutronenwaffe, a.a.o., S. 142.

313) Ruehl, L.: Die Nichtentscheidung über die Neutronenwaffe, a.a.o., S. 143/144.

Die deutsche Bundesregierung hielt sich jedoch in ihren Äußerungen zu der Neutronenwaffe zunächst weitgehend zurück. Kurz vor dem *19. Juli 1977* hielt Bundeskanzler Schmidt eine Stellungnahme seiner Regierung beim damaligen Informationsstand für verfrüht und meinte zum Entscheidungsprozeß: [314)]

> "Der Stationierung neuartiger Waffensysteme auf deutschem Boden, ob es konventionelle oder nukleare Waffensysteme betrifft, sind in der Vergangenheit immer sorgfältige bündnisinterne Beratungen vorausgegangen. Sofern es sich um amerikanische Nuklearwaffen handelte, waren die Beratungen besonders intensiv, auch im direkten Verhältnis zwischen Bonn und Washington. Dies würde selbstverständlich auch in Zukunft besonders gründlich dann geschehen, wenn Amerika die Absicht bekunden würde, diese neuartigen Waffen auf deutschem Boden zu stationieren."

Zwei Tage später sollte sich jedoch zeigen, daß die von Schmidt praktizierte Zurückhaltung bei der Bewertung der Neutronenwaffe nicht von allen Mitgliedern seiner Partei mitgetragen wurde.

2.1.3.1. Öffentliche Kritik setzt ein

Am *21. Juli 1977* erschien im "Vorwärts" ein Artikel des Bundesgeschäftsführers der SPD, Egon Bahrs, über die Neutronenwaffe mit dem Titel: "Ist die Menschheit dabei, verrückt zu werden?" Dieser Artikel, der bereits am 16. Juli 1977 vorveröffentlicht worden war, stellte einen Alleingang Bahrs dar und war nach Ausführungen von Kennern mit dem Parteivorstand der SPD *nicht* abgesprochen. [315)]

---

314) siehe hierzu: Badische Neueste Nachrichten vom 19.7.1977, S. 3, Zit. nach: Boysen, S.: Sicherheitspolitische Entscheidungsprozesse, a.a.o., S. 324.

Mit Vehemenz wurde darin die "Neutronenbombe" dargestellt als ein "Symbol der Perversion des Denkens", und zynisch formulierte Bahr: [316)]

> "... Der Fortschritt besteht auch darin, daß es leichter ist, die Leichen von Menschen zu beseitigen als die Trümmer von Städten und Fabriken. Mit seinem Gehirn macht sich der Mensch zu weniger als zu einem Sklaven der Maschinen: Im Ernstfall ist nicht der Mann, sondern die Maschine erhaltenswert. ..."

Der Artikel, der inhaltlich eine Woche später von einer zweiten Veröffentlichung Bahrs im "Vorwärts" bekräftigt wurde, sollte sich später als ein wesentlicher Katalysator in zwei nun einsetzenden Prozessen herausstellen: [317)]

Zum einen war er ein wesentliches Moment für den *Beginn der Neutronenwaffen-Diskussion in der Bundesrepublik* und führte zu einer starken Emotionalisierung in der Öffentlichkeit. Zum anderen löste er *innerhalb der SPD eine Grundsatzdebatte über Nuklearwaffen aus*, die zu scharfen Kontroversen auch vor dem Parlament führte.

Bundesaußenminister Genscher stellte einige Tage später in einem Zeitungsinterview einen Zusammenhang her zwischen der Neutronenwaffe als Reaktion auf sowjetische Rüstungsanstrengungen, und er dachte wohl auch an die Ausführungen Bahrs, als er meinte: [318)]

> "Aber ich muß doch dringend davor warnen, die notwendige Diskussion über die Neutronenwaffe mit einem antiamerikanischen Akzent zu führen und auf

---

315) Risse-Kappen, Th.: Fahrplan zur Abrüstung?, a.a.o., S. 14.

316) "Vorwärts" vom 21.7.1977, S. 4.

317) Boysen, S.: Sicherheitspolitische Entscheidungsprozesse, a.a.o., S. 315 f.
Risse-Kappen, Th.: Fahrplan zur Abrüstung?, a.a.o., S. 14.

318) Frankfurter Rundschau vom 26.7.1977, Zit. nach Boysen, S.: Sicherheitspolitische Entscheidungsprozesse, a.a.o., S. 325.

diese Weise Mißtrauen zwischen uns Europäern und unseren wichtigsten Bündnispartnern, den USA, aufkommen zu lassen. ..."

Kurz davor hatte Verteidigungsminister Leber Meldungen zurückgewiesen, wonach die Bundesrepublik besonders an der Neutronenwaffe interessiert gewesen sein soll. Gleichzeitig deutete Leber an, daß diese Waffe möglicherweise zur Erhaltung des militärischen Gleichgewichts notwendig werden könnte. [319)]

Damit befand der Verteidigungsminister sich auf der Seite der wichtigsten Militärs des westlichen Bündnisses, die in der Neutronenwaffe aufgrund ihrer qualitativen Verbesserung eine erstrebenswerte Verstärkung der Abschreckung sahen, zumal sie gerade für den Einsatz gegen sowjetische Panzer besonders geeignet sei. [320)]

Währenddessen schien in Washington das Zögern in der Neutronenwaffen-Frage jedoch zugenommen zu haben: [321)]

Am *11. August 1977* empfahl Brzezinski dem Präsidenten, der diesen Vorschlag dann auch annahm, die laufenden Bemühungen in der ER-Frage zu unterstützen, bis eine endgültige Entscheidung gefallen sei.

Eine Woche später, am *17. August 1977*, beschlossen Vance, Brown und Brzezinski, die Beratungen über die Neutronenwaffe mit den Europäern abzuschließen. Dieser Vorschlag wurde dem Präsidenten noch am gleichen Tag vorgelegt, und Brzezinski faßte seinen Eindruck von Carters Verhalten später so zusammen:

"It was becoming increasingly clear to me that he was uncomfortable with the idea of ordering production

---

319) Boysen, S.: Sicherheitspolitische Entscheidungsprozesse, a.a.o., S. 325

320) Boysen, S.: Sicherheitspolitische Entscheidungsprozesse, a.a.o., S. 320

321) siehe zu folgendem: Brzezinski, Z.: Power and Principle, a.a.o., S. 302 ff.

> and deployment of the ERW. The President had campaigned on the nuclear issue and his Administration was focusing on arms control and nonproliferation."

In seinen Tagebuchaufzeichnungen schrieb der Sicherheitsberater unter dem 17. August 1977:

> "[The President told us] he did not wish the world to think of him as an ogre and we agreed that we will press the Europens to show greater interest in having the bomb and therefore willingness to absorb some of the political flak or we will use European disinterest as a basis for a negative decision."

Bereits Mitte August zeigten sich somit die ersten Anzeichen einer ablehnenden Haltung Carters zur Neutronenwaffenproduktion, schon zu diesem Zeitpunkt war die Schlüsselrolle der Europäer in dieser Frage festgelegt. Als Folge hiervon leitete die US-Administration im September 1977 den politischen Konsultationsprozeß in der NATO ein. [322)]

Am *7. September 1977* begann der formale Entscheidungsprozeß innerhalb der deutschen Bundesregierung mit einer ausführlichen Information über alle politischen, strategischen, operativ-taktischen und technologischen Aspekte der Neutronenwaffe im Verteidigungsausschuß. Erteilt wurden diese Informationen durch den Führungsstab der Streitkräfte (FÜ S III), und Verteidigungsminister Leber legte seine Auffassungen dazu dar. Die Sitzung war geheim, doch gehen Beobachter davon aus, daß sich bei dieser Aussprache keine kontroversen Standpunkte feststellen ließen. Zu einer Entscheidung oder Empfehlung über die weitere Behandlung der ER-Waffe soll es jedoch *nicht* gekommen sein. [323)]

---

322) Ruehl, L.: Die Nichtentscheidung über die Neutronenwaffe, a.a.o., S. 144.

323) Boysen, S.: Sicherheitspolitische Entscheidungsprozesse, a.a.o., S. 325/326.

Am nächsten Tag, dem *8. September 1977*, befaßte sich erstmals, ausgelöst durch eine Große Anfrage der Opposition, auch der Bundestag mit der Neutronenwaffe. Bahrs Äußerungen stießen dabei auf scharfe Kritik bei der Opposition, und Bundeskanzler Schmidt mußte sich den Vorwurf gefallen lassen, nicht mehr er, sondern der linke Flügel innerhalb der SPD bestimme die Richtlinien der Politik. [324] Der Bundessicherheitsrat [325] befaßte sich auf Vorschlag von Verteidigungsminister Leber am *6. Oktober 1977* zum ersten Mal mit der Neutronenwaffe. Auf dieser geheimen Sitzung wurde die deutsche Stellungnahme für die eine Woche später in Bari tagende NPG getroffen. Aus dem Kommuniqué zum Abschluß dieser NPG-Sitzung geht hervor, daß die Bundesregierung zusammen mit den anderen NATO-Partnern die Prüfung der ER-Option fortsetzen wollte. D.h. auch im Oktober hatte die Bundesregierung ihre Haltung zu dieser Frage noch nicht festgelegt, und auch die anderen NATO-Partner behielten sich die Entscheidung vor. Experten sprachen später davon, daß die NPG in Wahrheit die Diskussion über die ER-Waffe zu diesem Zeitpunkt ausgesetzt habe. [326]

---

324) Parlamentsprotokolle des Deutschen Bundestages (BT PlPr) 08/39 v. 8. September 1977.

325) Der Bundessicherheitsrat ist das wichtigste sicherheitspolitische Gremium und tagt unter Vorsitz des Bundeskanzlers ein Mal im Monat. Es setzt sich zusammen aus den Bundesministern des Auswärtigen, des Inneren, der Finanzen und der Wirtschaft. Zuzüglich zu diesen ständigen Mitgliedern können noch weitere Minister hinzugebeten werden. Die Sitzungen sind geheim, Protokolle über sicherheitspolitisch relevante Beschlüsse werden nicht veröffentlicht.
siehe hierzu: Weißbuch 1985, S. 167, Boysen, S.: Sicherheitspolitische Entscheidungsprozesse, a.a.o., S. 66/67.

326) Boysen, S.: Sicherheitspolitische Entscheidungsprozesse, a.a.o., S. 327.
Kommuniqué über die 22. Ministertagung der NPG in Bari am 11./12. Oktober 1977, in: Europa-Archiv, Folge 7/1978, S. D196.
Ruehl, L.: Die Nichtentscheidung über die Neutronenwaffe, a.a.o., S. 145.

2.1.3.2. Deutsch-amerikanische Irritationen

Dies war auch das Ergebnis der im September stattfindenden Konsultationen zwischen den Amerikanern und den Europäern, welche diesseits und jenseits des Atlantiks zu Verstimmungen führten.

Am *13. September 1977* schickte Washington eine Delegation aus dem US-Verteidigungsministerium nach Brüssel, um sich mit der NPG zu beraten. Dabei muß das amerikanische Team, welches angewiesen war "to discuss both sides of the ERW issue and to solicit the views of the allies", [327] bei den westlichen NATO-Partnern wohl einige Irritation ausgelöst haben, denn L. Ruehl schrieb später: [328]

> "Im September 1977 schien eine Übereinkunft im Ständigen Rat der NATO greifbar nahe, als die US-Diplomatie unvermittelt begann, die fähige und vorbereitete formale Entscheidung über die europäische Unterstützung für eine ER-Waffen-Produktionsorder Präsident Carters zu verzögern. Es handelte sich zu diesem Zeitpunkt in Brüssel nur noch um die Wahl eines bestimmten Wortes zur politischen Wertung der Unterstützung. Die Konsultation in der NATO wurde nun praktisch ausgesetzt, während sich in Westeuropa die politische Opposition gegen die ER-Waffen formierte. ..."

Völlig anders wurden die Ereignisse hingegen auf Seiten der amerikanischen Administration gewertet, wie es Carters Sicherheitsberater später beschrieb: [329]

---

327) Brzezinski, Z.: Power and Principle, a.a.o., S. 302.

328) siehe hierzu: Ruehl, L.: Die Nichtentscheidung über die Neutronenwaffe, a.a.o., S. 145.

329) Brzezinski, Z.: Power and Principle, a.a.o., S. 302.

"... We gave the Europeans a balanced presentation of the weapon's benefits and disadvatages and genuinely asked them what they wanted. But without a clear American indication of support for the ERW, they were unwilling to commit themselves and began to waffle. In some instances, the Europeans denied that their governments had supported the neutron bomb in the NPG, even though the Ford Administration had been consulting them all along. As the consultation process bogged down, a virulent campaign against the neutron bomb spread on the continent, which those governments such as that of Germany, whose very existence depended on left-wing support could not ignore. The European allies did not want to take the responsibility on their own, and we heard the argument that traditionally the United States had been the leader in NATO nuclear defense. According to chancellor Schmidt, production of the weapon was solely an American decision. The issue of deployment would be confronted later. ..."

Es ist wohl davon auszugehen, daß die Bundesregierung tatsächlich schon in dieser Phase der Konsultationen ihre Haltung zur Frage der Produktion und der Lagerung von ER-Waffen deutlich gemacht hatte, denn am *14. Oktober 1977* gab das Verteidigungsministerium in Bonn den neuen NATO-Leitsatz heraus: "Die Produktionsentscheidung liegt bei den USA, über die Lagerung in Bündnisländern wird das Bündnis gemeinsam entscheiden." [330)]

Doch Präsident Carter scheint die zögernde Haltung der Europäer nicht ungelegen gekommen zu sein. Auch er war an einer übereilten Entscheidung nicht interessiert, lag sein Hauptinteresse doch - entsprechend

---

330) Ruehl, L.: Die Nichtentscheidung über die Neutronenwaffe, a.a.o., S. 146.

seiner außenpolitischen Zielsetzung – an der Rüstungskontrolle, d.h. in diesem Fall an dem Zustandekommen von SALT II.

Ungeduldiger und am Zustandekommen der Neutronenwaffen-Entscheidung viel mehr interessiert war hingegen Carters Sicherheitsberater. So spielte dieser gerade mit dem Gedanken, den Europäern die ER-Waffen-Entscheidung politisch "schmackhafter" zu machen, indem man Moskau vorschlagen könnte, auf die Aufstellung der Neutronenwaffen zu verzichten, falls die Sowjets einen Teil ihrer Potentiale zurückzögen. Doch die Londoner Rede von Bundeskanzler Schmidt Ende Oktober 1977 – auf die bereits eingegangen wurde – machte solche Überlegungen zunichte. 331)

Vor diesem Hintergrund setzte sich Brzezinski am *16. November 1977* mit Nachdruck im SCC für folgende Lösung des Problems ein: 332)

> "... the President should decide to produce, he should tell the Europeans affirmatively to associate themselves with the decision to deploy, he should generate high-level discussions with the Europeans on security problems and in the light of these discussions offer to the Russians a deferral of deployment of the neutron bomb in return for a Russian decision not to deploy the SS-20. ..."

Ausgehend von diesen Überlegungen legte Brzezinski dem Präsidenten am *24. November 1977* den Entwurf für einen Brief an Bundeskanzler Schmidt vor. Darin wurden Gespräche auf höchster Ebene verlangt, in die auch der Vorschlag der Bundesregierung einfließen solle, die ER-Frage mit der Rüstungskontrolle zu verbinden. Darüber hinaus wurde darin die Möglichkeit erwogen, die SS-20-Problematik mit dem ER-Waffenbereich zu verknüpfen. Und schließlich schlug Carter darin vor, das Angebot an

---

331) Brzezinski, Z.: Power and Principle, a.a.o., S. 302 f.

332) Brzezinski, Z.: Power and Principle, a.a.o., S. 303.

Moskau zeitlich abzustimmen mit der Ankündigung, daß andernfalls die Vereinigten Staaten die Neutronenwaffe produzierten und aufstellten. [333)]

Schmidt stimmte in seiner Antwort auf Carters Brief der Idee von Konsultationen zu und sprach – nach Ausführungen von Brzezinski – seine Hoffnung darüber aus, daß die Neutronenwaffen-Option "offen" bleibe. [334)]

Die Antwort des deutschen Bundeskanzlers wird wohl vor allem den amerikanischen Sicherheitsberater nicht zufriedengestellt haben. Doch ist in diesem Zusammenhang darauf zu verweisen, daß kurz vor dem Briefwechsel, nämlich vom *15. – 19. November 1977*, der Parteitag der SPD in Hamburg stattfand. Dabei nahmen Sprecher der Regierungspartei erstmals kritisch zu rüstungspolitischen Maßnahmen der NATO Stellung und sprachen auch die Auswirkungen "qualitativ neuer Waffen" auf die Rüstungskontrolle an. Der Vorrang rüstungskontrollpolitischer Lösungen beim Ausgleich militärischer Disparitäten wurde betont, und bereits damals zeichnete sich die Meinung ab, daß die Präferenz für Entspannungspolitik und Rüstungskontrolle auch dann durchzuhalten sei, wenn es darüber zu Auseinandersetzungen mit den Verbündeten, insbesondere mit den Vereinigten Staaten komme. [335)]

Am Ende des Parteitags formulierte Egon Bahr im Hinblick auf den Verlauf der Auseinandersetzung um die Neutronenwaffe: "Ich glaube, es ist völlig klar, daß dieser Parteitag in seiner gesamten Diskussion die Einführung der Neutronenwaffe in der Bundesrepublik verhindern will." [336)]

Hatte der Parteivorstand zunächst einen Entwurf vorgelegt, welcher der Regierung bei der Frage der Neutronenwaffe weitgehend freie Hand

---

333) Brzezinski, Z.: Power and Principle, a.a.o., S. 303.

334) Brzezinski, Z.: Power and Principle, a.a.o., S. 303.

335) Risse-Kappen, Th.: Fahrplan zur Abrüstung?, a.a.o., S. 20/21.

336) SPD-Parteitag Hamburg, Protokoll, S. 289.

ließ, so engte die letztlich verabschiedete Fassung den Handlungsspielraum der Bundesregierung erheblich ein. Die Parteiführung fürchtete nach Ansicht von Beobachtern um ihre Mehrheit, nachdem Mitglieder des linken Flügels der SPD einen Initiativantrag gegen die ER-Waffe angekündigt hatten. Als Reaktion darauf verschärfte die Antragskommission ihren Entwurf erheblich und so wurde letztlich eine Fassung verabschiedet, die in ihrem Kernsatz lautete: [337)]

> "Die Bundesregierung wird aufgefordert, im Rahmen ihrer Sicherheits- und Abrüstungspolitik die politischen und strategischen Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß eine Lagerung der Neutronenwaffe auf dem Gebiet der Bundesrepublik nicht notwendig wird."

Eine Absage der Bundesregierung an die Aufstellungspläne paßte jedoch nicht in das 3-Punkte-Konzept, welches Carter Bundeskanzler Schmidt vorgelegt hatte, nämlich: [338)]

1. Die USA entschließen sich zur *Produktion* der ER-Waffe.

2. Die USA bieten den Sowjets den Verzicht auf die Aufstellung der Waffe an, falls Moskau auf die Aufstellung der SS-20 verzichtet.

3. Die Allianz verkündet ihre Absicht, die ER-Waffe nach zwei Jahren aufzustellen, falls die Rüstungskontrollverhandlungen mit den Sowjets erfolglos blieben.

Welche Auswirkungen eine ablehnende Haltung der Europäer auf den Entscheidungsprozeß in Washington haben würde, umriß US-Verteidigungsminister Brown Anfang Dezember 1977 in Brüssel: [339)]

---

337) Risse-Kappen, Th.: Fahrplan zur Abrüstung?, a.a.o., S. 14.

338) siehe hierzu: Brzezinski, Z.: Power and Principle, a.a.o., S. 303. Beachte zu der Rolle der ER-Waffe als "bargaining-chip" gegenüber der SS-20 auch: Risse-Kappen, Th.: Fahrplan zur Abrüstung?, a.a.o., S. 15.

Sprach er zunächst davon, daß die Entscheidung über die Produktion von ER-Waffen in Washington zu treffen sei, "unabhängig davon, ob (sie) in Europa disloziert würden", so fügte er in einem Interview hinzu: "... wenn solche Waffen nicht nach Europa gebracht werden könnten, [müßten die USA] dies bei der Entscheidung über die Beschaffung sehr genau abwägen. ..." Noch deutlicher machte er die Mitverantwortung der europäischen NATO-Partner für die Entscheidung des amerikanischen Präsidenten, als er klarstellte: "Wir wollen es nicht dazu kommen lassen, daß wir [ER-Waffen] herstellen und unsere Verbündeten dann beschließen, sie nicht dislozieren zu lassen." [340)]

2.1.3.3. Der Druck aus Moskau wächst

Auch Moskau war die Schlüsselrolle der Europäer - und besonders der Deutschen - für die Neutronenwaffen-Entscheidung in Washington nicht verborgen geblieben. Nach Auskunft von Experten schrieb Breschnew am *12. Dezember 1977* einen Brief an den Bundeskanzler und äußerte sich darin besorgt über "bekannte Pläne der USA" für die Produktion und Dislozierung von "Neutronenbomben" in Europa. [341)] Der Generalsekretär warnte Schmidt vor dieser "besonders raffinierten Massenvernichtungswaffe", und unter Hinweis auf die bisherige Zurückhaltung der Bundesrepublik zu dieser Frage meinte Breschnew weiter, das "Sein oder Nichtsein der Neutronenbombe" hänge letztlich in vielem von der Position der Bundesrepublik ab. Westeuropa stehe vor einer "folgenschweren Wahl" zwischen dem Verzicht auf diese Waffen und "einer Steigerung der internationalen Spannungen, sowohl militärisch als auch politisch", mit allen sich daraus ergebenden Folgen.

Am *5. Januar 1978* folgte ein zweiter, etwas abgeschwächter Brief

339) siehe hierzu: Ruehl, L.: Die Nichtentscheidung über die Neutronenwaffe, a.a.o., S. 146.

340) in: Europa-Archiv, Folge 7/1978, S. D201 ff.

341) siehe hierzu: Ruehl, L.: Die Nichtentscheidung über die Neutronenwaffe, a.a.o., S. 146.

Breschnews an Schmidt, der später von Beobachtern als eine "mit drohendem Unterton vorgetragene Werbung um die Bundesrepublik" gewertet wurde. [342)]

Mit ein Grund für das Ausbleiben einer Reaktion aus Bonn wird wohl die Tatsache gewesen sein, daß Moskau in keinem dieser Briefe die Bereitschaft zu einer entsprechenden Gegenleistung erkennen ließ, falls der Westen auf die ER-Waffe verzichte. [343)]

Vor dem Hintergrund einer sich somit allgemein zuspitzenden Situation und einem wachsenden Entscheidungsdruck auf die Bundesregierung kam es nach Angaben von Beobachtern zwischen dem 6. Oktober 1977 und dem 20. Januar 1978 zu internen Auseinandersetzungen in Bonn: [344)]

Auf politischer Entscheidungsebene ging es dabei zwischen dem Bundesministerium der Verteidigung (BMVg) und dem Auswärtigen Amt (AA) vor allem um den Stellenwert der Rüstungskontrolle einerseits und der vom AA propagierten Notwendigkeit andererseits, den amerikanischen Forderungen nachzukommen. Hierzu wurden im BMVg vom Führungsstab der Streitkräfte und vom Planungsstab eine Reihe von Stellungnahmen erarbeitet und mit dem NATO-Referat des AA (Referat 201) abgestimmt. Die auf der "Arbeitsebene" gefertigten Stellungnahmen stimmten darin überein, daß das NATO-Bündnis die Vorteile der Neutronenwaffe nutzen müsse. In diesem Sinne solle diese Waffe entweder in Rüstungskontrollvereinbarungen eingebracht werden, um Gegenleistungen aus Moskau zu erreichen, oder sie solle in das Arsenal taktischer Nuklearwaffen aufgenommen werden, um die Abschreckung zu erhöhen. [345)]

---

342) Ebd., S. 147

343) Ebd., S. 147.

344) siehe hierzu: Risse-Kappen, Th.: Fahrplan zur Abrüstung?, a.a.o., S. 15.
Boysen, S.: Sicherheitspolitische Entscheidungsprozesse, a.a.o., S. 327 ff.

345) Laut Privatinterview, in: Boysen, S.: Sicherheitspolitische Entscheidungsprozesse, a.a.o., S. 327/328.

Am *20. Januar 1978* faßte der Bundessicherheitsrat in Bonn einen *Grundsatzbeschluß*, der die deutsche Position zur Frage der Neutronenwaffe in fünf wesentlichen Punkten darstellte: [346)]

1. Die Bundesrepublik ist kein Kernwaffenstaat und wirkt deshalb nicht an Entscheidungen über die Produktion von Kernwaffen mit.

2. Für den Fall einer amerikanischen Produktionsentscheidung sollen die Chancen genutzt werden, die ER-Waffen in Verhandlungen über Rüstungsbeschränkungen einzubringen.

3. Die Bundesregierung ist bereit zu erklären, sie werde die Lagerung von ER-Waffen auf deutschem Gebiet zulassen, wenn nicht binnen zweier Jahre nach der Produktionsentscheidung des amerikanischen Präsidenten die westliche Seite auf die Dislozierung verzichtet haben würde, weil entsprechende Ergebnisse von Verhandlungen über Rüstungsbeschränkungen vorlägen.

4. Im Bündnis ist es in jedem Fall notwendig, ER-Waffen nicht nur auf deutschem Boden zu lagern.

5. Der Bundesrepublik darf keine besondere Position neben den Nuklearmächten USA, Frankreich und Großbritannien zugewiesen werden, die sie von den übrigen NATO-Partnern abheben würde; dabei muß das Verhältnis zur Sowjetunion und zu den übrigen europäischen Nachbarländern berücksichtigt werden. Was für die Bundesrepublik gelten soll, muß auch für die anderen "glacis-Länder der NATO" in Europa gelten. Eine Lagerung auch in Großbritannien wäre hilfreich, obwohl sie wegen der geringen Reichweite nicht den operativen Notwendigkeiten entspräche.

Diese Position wurde dann auch von Bundeskanzler Schmidt auf der 67. Sitzung des Deutschen Bundestages am *24. Januar 1978* in Bonn

---

346) Ruehl, L.: Die Nichtentscheidung über die Neutronenwaffe, a.a.o., S. 147. Nach Angaben von Ruehl war dies das Ergebnis von drei Sitzungen des Bundessicherheitsrates im ersten Quartal 1978, d.h. zwischen dem 1. und 20. Januar 1978.

vertreten. [347)]

Ende Januar 1978 schickte Carter seinen stellvertretenden Sicherheitsbeauftragten, David Aaron, nach Europa, um sich ein Bild von der Haltung der westlichen Partner zu machen. Am *30. Januar 1978* besuchte Aaron Bundeskanzler Schmidt sowie Verteidigungsminister Leber, um sich die deutsche Position erläutern zu lassen. [348)]

Nach Aarons Rückkehr nach Washington berichtete Brzezinski dem Präsidenten am *2. Februar 1978* von dessen Gesprächen in Europa: [349)] Die Bundesrepublik sei bereit, die Aufstellung der Neutronenwaffe zu unterstützen, falls es zu keiner Rüstungskontrollinitiative kommen werde. Die britische Position wurde von Brzezinski so wiedergegeben:

> "The British surprisingly turned out to have a lot of trouble with publicly supporting a decision to produce and deploy. They said that the arms control linkage concept helped, but that the Cabinet would have to face up to this issue. They implied that the Labour Party split and (the) ministers would prefer to avoid a decision."

Carter schloß aus den Vorbehalten in Bonn und London, daß ohne die Führung dieser beiden Partner andere Länder das ER-Vorhaben gewiß nicht akzeptieren würden.

Am *8. März 1978* sprach sich dann auch tatsächlich das niederländische Parlament gegen die Produktion der ER-Waffe aus. Nach Angaben Carters informierte der niederländische Premierminister Washington, "that they could not agree to deployment even if the Soviets were unwilling to negotiate on nuclear arms control". [350)]

---

347) siehe hierzu: BT PIPr 08/67 v. 24.1.1978.

348) Carter, J.: Keeping faith, a.a.o., S. 226.
Boysen, S.: Sicherheitspolitische Entscheidungsprozesse, a.a.o., S. 331.

349) siehe hierzu: Carter, J.: Keeping faith, a.a.o., S. 226.

Dessen ungeachtet hielt die Bundesregierung an ihrer Haltung zur Neutronenwaffe fest, und am *14. März 1978* [351] faßte der Bundessicherheitsrat seinen entgültigen Beschluß zu dieser Frage. Die Weisungen, die der deutsche NATO-Botschafter als Ergebnis dieser Sitzung erhalten hat, sollen sich nach Ansicht von Beobachtern nicht wesentlich von den fünf Punkten der Sitzung vom 20. Januar 1978 unterschieden haben und enthielten lediglich eine Präzisierung der rüstungskontrollpolitischen Nutzung der ER-Waffe in dem Sinne, daß sie außerhalb von MBFR sowohl gegen östliche Panzer als auch gegen die SS-20 aufgerechnet werden solle. [352]

Im *Februar und März 1978* handelten in Brüssel bei der NATO die Vertreter der Vereinigten Staaten, Großbritanniens und der Bundesrepublik eine "nahezu vollkommene Einigung" in der Neutronenwaffen-Frage aus, die einer allgemeinen Übereinkunft der NATO-Partner als Richtlinie dienen sollte. Am *19. März 1978* sollte diese formal im Ständigen Rat der NATO verabschiedet werden, und der deutsche NATO-Botschafter hatte vom Auswärtigen Amt den Auftrag der Bundesregierung erhalten, an folgendem Szenario mitzuwirken: [353]

1. Die US-Administration gibt öffentlich die Produktionsentscheidung mit der Maßgabe bekannt, daß die Dislozierung der ER-Waffen in Europa in ungefähr zwei Jahren beginnen könne. Die NATO nimmt davon Kenntnis.

2. Die US-Administration erklärt gleichzeitig ihre Bereitschaft, einer "ausgewogenen Rüstungskontroll-Lösung" zuzustimmen. Dabei solle die Formulierung der erwarteten östlichen Gegenleistung für einen westlichen ER-Verzicht vom Resultat der Diskussion über die

---

350) Carter, J.: Keeping faith, a.a.o., S. 226.

351) Dieses Datum nennt Helmut Kohl am 13. April 1978 in seiner Rede vor dem Deutschen Bundestag, in: BT PIPr 08/83, S. 6509.

352) Risse-Kappen, Th:: Fahrplan zur Abrüstung?, a.a.o., S. 16.

353) siehe hierzu: Ruehl, L.: Die Nichtentscheidung über die Neutronenwaffe, a.a.o., S. 148.

"rüstungskontrollpolitische Nutzung" der ER-Waffen abhängig gemacht werden. Die Bundesregierung würde dabei einer Einbringung der ER-Waffen-Option als Verhandlungsobjekt außerhalb von MBFR sowohl gegen östliche Panzer als auch gegen die Mittelstreckenraketen SS-20 der Sowjetunion zustimmen.

3. Die NATO-Partner erklären die gemeinsame Absicht, daß sie zu einer Dislozierung der ER-Waffen nach Ablauf von zwei Jahren bereit seien, wenn bis dahin solche Resultate von Verhandlungen nicht vorlägen.

Zu diesem Szenario sollte es jedoch aufgrund einer Intervention des amerikanischen Präsidenten nicht kommen.

Carter war am *18. März 1978* während eines Urlaubs auf St. Simon von Brzezinski über das geplante Vorgehen im NATO-Rat unterrichtet worden. Nach Angaben des Sicherheitsberaters war er sich zusammen mit Verteidigungsminister Brown sowie Außenminister Vance darin einig, daß die Zeit gekommen sei, die ER-Waffen-Frage abzuschließen und das Vorhaben in Brüssel zu unterstützen. So lag Brzezinskis Bericht vom 18. März ein entsprechender Entwurf des Außenministeriums sowie seine eigene Befürwortung dieses Planes bei. [354)]

Nach Ausführungen westlicher Experten hatte Carter sich an diesem Wochenende nur noch mit Hamilton Jordan, Jody Powell und Andrew Young unterhalten, [355)] als er die Unterlagen zurückschickte mit dem entsprechenden Vermerk: [356)] "To Zbig., re: production, etc. Do not act until after consultations with me". Vance und Brown erhielten die Instruktionen: "Do not issue any statement re ERW."

---

354) Brzezinski, Z.: Power and Principle, a.a.o., S. 304.

355) Ruehl, L.: Die Nichtentscheidung über die Neutronenwaffe, a.a.o., S. 148.
Ruehl betont hierbei, daß alle drei "in der Sache sämtlich nicht kompetent waren".

356) Brzezinski, Z.: Power and Principle, a.a.o., S. 304.

Als Folge von Carters Anweisungen wurde die für den 19. März 1978 geplante NATO-Ratstagung auf einen späteren Zeitpunkt verschoben.

Nach Washington zurückgekehrt, traf sich Carter am *20. März 1978* mit Vance, Brown und Brzezinski. [357] Während alle drei den Präsidenten drängten, am Plan der Produktion und Aufstellung der ER-Waffe festzuhalten, schienen bei Carter die Bedenken gegen diese Waffe gewachsen zu sein. Carter schrieb in sein Tagebuch:

> "... After we analysed the situation in a fairly combative fashion, I become more and more convinced that we ought not to deploy the neutron bomb. We've not gotten any firm commitments from a European nation to permit its deployment on their soil, which is the only place it would be deployed."

Doch dies scheint wohl kaum der wichtigste, geschweige denn der einzige Grund für Carters Vorbehalte und Zögern gewesen zu sein. Vielmehr ist wohl davon auszugehen, daß er keine Möglichkeit sah, diese Waffe mit seinen moralischen Vorstellungen zu vereinbaren. Darüber hinaus schien in ihm die Angst davor zu wachsen, später als der Präsident in die Geschichte einzugehen, der neue und viel schrecklichere Waffen aufgestellt habe. Während er vorher noch hoffte, sich der Entscheidung entziehen zu können, so mußte er nun Farbe bekennen. Auch Brzezinski muß die Ängste Carters erkannt haben, als er die Sitzung vom 20. März so beschrieb: [358]

> "... He was clearly very displeased by the fact that the decision-making process has been moving forward and that we were about to make a key decision. [...] I told him that [...] I would like to give him advice

---

357) siehe zu diesem 20. März 1978: Carter, J.: Keeping faith, a.a.o., S. 227.
Brzezinski, Z.: Power and Principle, a.a.o., S. 304.

358) Brzezinski, Z.: Power and Principle, a.a.o., S. 304.

> which would be more combatible with his moral and political sensitivities, but in my judgement, for him not to go through with what we had proposed earlier to Chancellor Schmidt would contribute to a sickness and then weakening of the alliance. ..."

Man einigte sich schließlich darauf, Schmidt und Callaghan zu einer expliziten Unterstützung der ERW-Frage zu drängen. Falls dies erreicht werde, wolle man die Entscheidung durchziehen, andernfalls wolle man sie aufschieben. [359)]

Die Unterredung mit Callaghan fand bereits wenige Tage später statt, als der britische Premierminister am *23. März 1978* zu Besuch in Washington war. Es ist wohl davon auszugehen, daß dieses Gespräch eine Schlüsselfunktion für Carters spätere Entscheidung darstellte, war der Präsident erstmals auf Verständnis für eine mögliche Entscheidung gegen die ER-Waffe gestoßen. Carter berichtet: [360)]

> "He [Callaghan] said they were willing to support me if we decided to stop it or reduce it. [...] He said it would be the greatest relief in the world if we announced that we were not going to go ahead with it; ..."

Nach Angaben Brzezinskis betonte Carter am *26. März 1978* bei der morgendlichen Sitzung erneut seine starken Bedenken gegenüber einer Produktionsentscheidung und formulierte dabei erstmals explizit, daß er nicht gewillt sei eine solche Entscheidung zu fällen: [361)]

> "The President said, in effect, that he did not wish to go through with it; that he had a queasy feeling about

---

359) Ebd., S. 304.

360) Carter, J.: Keeping faith, a.a.o., S. 227.

361) Brzezinski, Z.: Power and Principle, a.a.o., S. 304/305.

> the whole thing; that his Administration would be stamped forever as the Administration which he would like to find a graceful way out. ..."

Brzezinski verwies darauf, daß ein Rückzug in dieser Frage zur Folge hätte, daß man Carter für schwach halten würde. Führung im westlichen Bündnis würde nun einmal bedeuten, Entscheidungen zu fällen, zu denen die Europäer nicht in der Lage seien. [362)]

Doch Carter hatte seine Entscheidung getroffen, und auch die eindringlichen Worte und Mahnungen seines Sicherheitsberaters konnten daran nichts mehr ändern.

Am nächsten Morgen, dem *27. März 1978*, gab der Präsident seinem Stab bekannt, daß er sich gegen jegliche Aufstellung der Neutronenwaffe entschieden habe. Warren Christopher, der stellvertretende amerikanische Außenminister, solle nach Europa geschickt werden "to find an acceptable formula for implementing his decision".

Am *31. März 1978* suchte Christopher Bundeskanzler Schmidt in dessen Haus in Hamburg auf. Nach Angaben von Beobachtern soll die Atmosphäre ziemlich kühl gewesen sein, zumal Schmidt wenig Verständnis für die überraschende Kehrtwende des Präsidenten zeigte. Eigenen Angaben zufolge trug der Regierungschef dabei die unveränderte Situation der Bundesregierung vor und wiederholte deren 3-Punkte-Standpunkt. D.h. trotz der Verärgerung über Carters Haltung war Schmidt nicht in der Lage, eine offene deutsche Forderung zur Produktionsaufnahme der Neutronenwaffe zu stellen und hielt an der bisherigen, verklausulierten Zustimmung der Bundesregierung fest. [363)]

Nach weiteren Gesprächen mit Außenminister Genscher in Bonn und

---

362) Brzezinski, Z.: Power and Principle, a.a.o., S. 305.

363) Boysen, S.: Sicherheitspolitische Entscheidungsprozesse, a.a.o., S. 333. Regierungserklärung v. Bundeskanzler Helmut Schmidt v. 13. April 1978, in: Bulletin Nr. 34 v. 14. April 1978, S. 324.

dem britischen Premierminister Callaghan in London telegraphierte Christopher nach Angaben von Beobachtern den unrichtigen Eindruck nach Washington, die Bundesregierung finde sich mit dem Verzicht auf die ER-Waffen-Produktion vor Verhandlungen ab und habe keine massive Kritik an Carters Entschluß geäußert. [364)]

Währenddessen entsandte die Bundesregierung - nach einer weiteren Beratung des Bundessicherheitsrates in Bonn - Außenminister Genscher nach Washington. Schmidt selbst unterrichtete Brzezinski telephonisch von seiner Meinung über Carters gefaßten, jedoch noch nicht verkündeten Beschluß, und der Präsident erhielt noch während seines Rückfluges von einer Afrikareise im Flugzeug eine Nachricht des Bundeskanzlers. [365)]

Als Genscher am *4. April 1978* in Washington eintraf, war am gleichen Tag in der New York Times ein Bericht zur Haltung Carters in der Frage der Neutronenwaffe erschienen. Doch obwohl der Druck auf den Präsidenten und die Kritik an seinem Verhalten wuchsen, blieb Carter auch bei seinem Gespräch mit Genscher - an dem auch Vance und Brzezinski teilnahmen - unerschütterlich. Der Bundesaußenminister legte die bekannte deutsche Position erneut dar, die der amerikanische Präsident später mit den Worten umriß: "It became obvious [...] that the Germans are playing footsie with us on the ER-weapons." [366)]

Die USA - so bewertete Carter die Haltung Bonns - sollten die Produktion ankündigen, die Aufstellung in der Bundesrepublik erfolge jedoch nur, wenn auch ein anderes europäisches Land sich zur Dislozierung der ER-Waffen bereit erklären würde. [367)]

Vor dem Treffen mit Genscher hatte Brzezinski dem Präsidenten geraten, den deutschen Außenminister auf eine feste Zusage zur Aufstellung

---

364) Ruehl, L.: Die Nichtentscheidung über die Neutronenwaffe, a.a.o., S. 149.

365) Ebd., S. 149.

366) Carter, J.: Keeping faith, a.a.o., S. 227.

367) Ebd., S. 227.

der Neutronenwaffen zu drängen. Falls dies fehlschlage, solle er die Entscheidung verschieben, sie mit den Rüstungskontrollgesprächen mit Moskau verbinden, jedoch gleichzeitig bereit sein, die Waffe innerhalb von zwei Jahren zu produzieren und aufzustellen. [368)]

Doch nachdem Genscher an der deutschen Position nicht rütteln ließ und auch der Präsident an seiner Haltung festhielt, einigte man sich letztlich nach Angaben Carters darauf, daß er nach zwei bis drei Tagen den Aufschub seiner Entscheidung bekannt geben werde. Anschließend sollten die Konsultationen mit den Europäern fortgeführt werden, die ER-Waffen-Frage solle in die Rüstungskontrollverhandlungen eingebracht werden, und die Produktions- und Aufstellungs-Option der Waffen solle offengehalten werden. Währenddessen würden die USA das bestehende TNF-Potential so verbessern, daß es später mit ER-Waffen ausgerüstet werden könne, wenn die europäischen Verbündeten einer Aufstellung zustimmen würden. [369)]

Vance, Brown und vor allem Brzezinski waren vom Ausgang dieser Gespräche wohl eher enttäuscht und hatten wahrscheinlich doch noch gehofft, Carter umstimmen zu können. Nach Angaben Brzezinskis vertraten Vance und Brown die Ansicht, daß die Entscheidung nun gefällt werden solle, zumal die Konsultationen schon so weit gediehen seien. Auch Brzezinskis erneuter Versuch der Umstimmung Carters am folgenden Tag blieb erfolglos, und so teilte Carter am *7. April 1978* öffentlich seine Entscheidung mit: [370)]

---

368) Brzezinski, Z.: Power and Principle, a.a.o., S. 305.

369) Carter, J.: Keeping faith, a.a.o., S. 228.
Diese Darstellung steht im Gegensatz zu der von Lothar Ruehl. Ruehl schreibt, daß Carter sich im Gespräch mit Genscher am 4. April 1978 noch "unerschütterlich" zeigte, d.h. fest entschlossen war, die ER-Waffe nicht zu produzieren. Erst die Reaktion der amerikanischen Öffentlichkeit, die sich sofort im Kongreß niederschlug, habe Carter am 7. April 1978 zu einer Revision seiner Haltung bewegt, nämlich seine Entscheidung aufzuschieben.

370) siehe hierzu: Europa-Archiv, Folge 17/1978, S. D470.

"Ich habe beschlossen, die Produktion von Waffen mit verstärkter Strahlenwirkung aufzuschieben. Die endgültige Entscheidung hinsichtlich der Einführung von Mitteln zu verstärkter Strahlenwirkung bei unseren modernisierten Gefechtswaffen wird später getroffen und davon beeinflußt werden, in welchem Ausmaß die Sowjetunion in ihren konventionellen und nuklearen Rüstungsprogrammen und Streitkräftedislozierungen, die die Sicherheit der Vereinigten Staaten und Westeuropas berühren, Zurückhaltung zeigt. Dementsprechend habe ich das Verteidigungsministerium angewiesen, mit der Modernisierung des nuklearen Gefechtskopfes für den Lance-Flugkörper und des 203-mm-Waffensystems fortzufahren, um die Option für die Einführung der Elemente der verstärkten Strahlenwirkung offenzuhalten. ..."

Bonn reagierte auf den Beschluß Carters sehr zurückhaltend, und Regierungssprecher Klaus Bölling erklärte am gleichen Tag vor der Presse, daß die Bundesregierung den Beschluß des Präsidenten "zur Kenntnis nimmt". Er betonte, daß die Entscheidung über die Produktion einer nuklearen Waffe eine "ausschließlich souveräne Entscheidung" der USA sei, die "Entschlossenheit" des amerikanischen Präsidenten zur Modernisierung der Waffensysteme der Allianz wurde begrüßt. Was die geplante Nutzung der Neutronenwaffe im rüstungskontrollpolitischen Bereich betrifft, so waren die Ausführungen Böllings schon konkreter: [371)]

"Die Bundesregierung mißt unverändert der Nutzung der rüstungskontrollpolitischen Möglichkeiten der Neutronenwaffe große Bedeutung bei, um die Disparitäten im Kräfteverhältnis, vor allem bei den

---

371) siehe hierzu: Bölling, K.: Zur Entscheidung von Präsident Carter über die Neutronenwaffe, in: Bulletin Nr. 32/1978 v. 11. April 1978, S. 293.

Mittelstreckenpotentialen und bei den Panzern abzubauen. ..."

Damit hatte die Bundesregierung explizit die Verbindung zum INF-Problem hergestellt, wie sie nach Angaben von Helmut Schmidt bereits seit Herbst 1977 bei den Konsultationen mit den Verbündeten gesehen wurde und wie dies auch in Washington geplant war. [372)]

In diesem Sinne erklärte Verteidigungsminister Brown kurz nach Carters Entscheidung, ein sowjetisches Angebot, gegenseitig auf ER-Waffen zu verzichten, werde nicht ausreichen, da die Sowjetunion in Europa keine solchen Waffen gegen massive Panzerangriffskräfte brauche. [373)]

Am *10. April 1978* informierte die Bundesregierung den Auswärtigen und den Verteidigungsausschuß in einer geheimen Sitzung. Nach Ausführungen des rüstungskontrollpolitischen Sprechers der SPD-Fraktion, Alfons Pawelczyk, brachte Bundeskanzler Schmidt dabei deutlich zum Ausdruck, "daß es beim amerikanischen Partner gar keinen Zweifel gegeben hat, also die Entscheidung des amerikanischen Präsidenten auf dem klaren Wissen über die Auffassung der Bundesrepublik beruhen konnte". [374)]

Bundeskanzler Schmidt gab drei Tage später, am *13. April 1978*, vor dem Deutschen Bundestag eine Regierungserklärung zu Carters Neutronenwaffen-Entscheidung ab und begrüßte diese als einen "Beitrag des amerikanischen Präsidenten zur Politik der Rüstungsbegrenzung auf der Welt". Weiter meinte Schmidt: [375)]

---

372) Risse-Kappen, Th.: Fahrplan zur Abrüstung?, a.a.o., S. 17.
Brzezinski, Z.: Power and Principle, a.a.o., S. 303, 306.
Schmidt vor dem Bundestag am 13. April 1978, in: Bulletin Nr. 34/1978, S. 324.

373) Ruehl, L.: Die Nichtentscheidung über die Neutronenwaffe, a.a.o., S. 149.

374) A. Pawelczyk in seiner Bundestagsrede am 13. April 1978, in: PIPr 08/83, 13.4.78, S. 6515.

375) Regierungserklärung von Bundeskanzler Schmidt am 13. April 1978, in: Bulletin Nr. 34/1978, S. 324.

> "Die [...] Entscheidung hält Produktion, Einführung und Dislozierung von ER-Waffen in der Schwebe. Sie hält die Möglichkeiten einer [...] rüstungsbegrenzungspolitischen Nutzung der Neutronenwaffen-Option bewußt und absichtlich offen. Sie schließt unabhängig davon eine weitere Modernisierung der hier vorhandenen nuklearen Waffen ein."

Der Regierungschef enthielt sich jeglicher Kritik an Carter und stellte rüstungskontrollpolitische Maßnahmen in den Mittelpunkt einer Lösung auch der Mittelstreckenproblematik. Anschuldigungen von Seiten der Opposition - die auch die Bundesregierung für das Nichtzustandekommen der Neutronenwaffen-Entscheidung verantwortlich machte - wurden von Schmidt mit der Bemerkung zurückgewiesen, daß er keinen Sinn darin erkennen könne, "unser Parlament in erklärten Gegensatz zur Politik unseres wichtigsten Verbündeten setzen zu wollen". [376)]

Pawelczyk ging noch einen Schritt weiter und meinte: "Wäre die Bundesregierung der Opposition gefolgt, stünde ihr Ja zum gegenwärtigen Zeitpunkt gegen das Nein der USA". [377)]

Noch am gleichen Tag teilte Schmidt dem amerikanischen Präsidenten mit, daß er im Parlament eine 16-Stimmen-Mehrheit in der ER-Waffen-Frage erhalten habe und daß sowohl seine als auch Carters Haltung gebilligt worden seien. Doch trotz aller Beteuerungen fühlte Carter sich im Stich gelassen. In den Augen der Amerikaner hatte Schmidt sich geschickt aus der Angelegenheit herausmanövriert und die ER-Entscheidung zu einem rein amerikanischen Problem gemacht. [378)] Im Hinblick auf Schmidts Verhalten meinte Carter: [379)]

---

376) Ebd., S. 326.

377) PIPr 08/83 v. 13.4.78, S. 6512.

378) Brzezinski, Z.: Power and Principle, a.a.o., S. 306.

379) Carter, J.: Keeping faith, a.a.o., S. 228/229.

> "In spite of these private assurances, Helmut subsequently complained to many listeners that the United States had unilaterally aborted the plans to produce and deploy neutron weapons. The fact is that to this day no European government has been willing to agree to their deployment and I believe that such a decision is highly unlikely in the foreseeable future. ..."

Carters Prophezeiungen sollten sich nicht bewahrheiten. Ganz im Gegenteil: Gerade die Diskussion um die Neutronenwaffe und die aus ihr gezogenen Konsequenzen sollten Auswirkungen haben auf ein breites Bündel von Entscheidungsfaktoren einer anderen sicherheitspolitischen Frage, nämlich der Modernisierung des westlichen LRTNF-Potentials: [380)]

In der *europäischen Öffentlichkeit* waren lang schlafende Ängste hinsichtlich der Nuklearwaffen im allgemeinen geweckt worden. Erstmals seit dem Beginn der 60-er Jahre wurden Nuklearfragen vehement auf breiter Ebene der Gesellschaft diskutiert. Dieser Prozeß schlug sich auch auf die Meinungsbildung in den Parlamenten nieder und führte innerhalb der Parteien Europas - vor allem innerhalb der SPD - zu einer grundsätzlichen Auseinandersetzung über die Gefahren und die moralische Verantwortbarkeit von Kernwaffen.

In *Europa* und vor allem bei Bundeskanzler Schmidt kamen Zweifel an der Verläßlichkeit und der Beständigkeit des amerikanischen Partners bei der Berücksichtigung europäischer Interessen auf. Carters zögerndes Verhalten in der ER-Waffen-Frage ließ bei den Europäern Bedenken aufkommen, ob die Vereinigten Staaten überhaupt noch Willens und in der Lage seien, in einem so wichtigen Bereich eindeutige und klare Entscheidungen zu treffen. Besonders in Bonn fühlte man sich vom

---

380) siehe zu folgendem:
Garthoff, R.: The NATO Decision on Theater Nuclear Forces, a.a.o., S. 203.
Thomson, J.A.: The LRTNF Decision, a.a.o., S. 605/606.
Risse-Kappen, Th.: Fahrplan zur Abrüstung?, a.a.o., S. 13, S. 17.

amerikanischen Präsidenten öffentlich kompromittiert, hatte die Bundesregierung doch trotz massiver innenpolitischer Angriffe die Stationierung der Neutronenwaffe auf westdeutschem Territorium akzeptiert, wenn auch nicht – wie Carter es wollte – explizit die Amerikaner um die Produktion ersucht.

In den *Vereinigten Staaten* versuchten die Verantwortlichen das eigene Verhalten im Entscheidungsprozeß um die ER-Waffe zu kompensieren und zogen entsprechende Konsequenzen daraus für die Behandlung der LRTNF-Frage. Dabei gewannen drei wichtige Bereiche für die zukünftige Politik Washingtons an Bedeutung: [381)]

1. Die Notwendigkeit einer *entschlossenen amerikanischen Haltung* bei politisch sensiblen Fragen, noch bevor die öffentliche Debatte darüber außer Kontrolle gerät.

2. Die Wahrnehmung einer *amerikanischen Führungsrolle* innerhalb der Allianz im Bereich von Nuklearfragen. D.h. die europäischen Partner sollten politisch nicht überfordert werden, indem man ihnen – wie Carter dies tat – eine allzu aktive Rolle in diesem Bereich abverlange.

3. Die *engere Einbindung des Präsidenten in tagesdiplomatische Abläufe.*

---

381) siehe hierzu:
Thomson, J.A.: The LRTNF Decision, a.a.o., S. 605 f.

2.1.4. Der SALT-II-Verlauf und sein Einfluß auf die Meinungsbildung innerhalb der NATO

Ein weiterer, für den LRTNF-Entscheidungsprozeß bedeutsamer Einflußfaktor war der Verlauf und vor allem das Ergebnis der Gespräche zwischen Washington und Moskau über die Begrenzung der strategischen Potentiale der beiden Supermächte. Da eine detaillierte Behandlung des SALT-II-Verhandlungsablaufs [382] den Rahmen dieser Arbeit sprengen würde, sollen an dieser Stelle nur die wichtigsten Phasen dargestellt werden sowie die Auswirkungen, welche Verlauf und Ergebnis auf die sicherheitspolitische Perzeption der Europäer hatten.

2.1.4.1. Das Primat der Rüstungskontrolle

Als Präsident Carter am 20. Januar 1977 in sein Amt eingeführt wurde, betonte er gleich bei seiner Antrittsrede, welch hohen Stellenwert die Rüstungskontrolle in seiner Politik einnehmen sollte. Die Eliminierung aller Nuklearwaffen nannte er als sein Maximalziel, und gleich nach seinem Amtsantritt wies er den NSC, sowie das Außen- und Verteidigungsministerium an, mit der Ausarbeitung von Vorschlägen zur Lösung dieser Aufgabe zu beginnen. [383]

Bereits in seinem ersten persönlichen Brief an den sowjetischen Generalsekretär vom *26. Januar 1977* teilte Carter mit, daß es sein Ziel sei, die Beziehungen zu der Sowjetunion zu verbessern, und unterstrich in erster Linie die Notwendigkeit, im Bereich der nuklearen Rüstungskontrolle fortzufahren. [384]

Auch gegenüber dem sowjetischen Botschafter Anatoly Dobrynin unterstrich er seine Absicht, die SALT-Gespräche weiterzuführen, wobei

---

382) SALT = Strategic Arms Limitation Talks

383) Carter, J.: Keeping faith, a.a.o., S. 215/216.
Diese Vorschläge sollten nicht nur auf Begrenzung, sondern Reduzierung der Waffen abzielen.

384) Carter, J.: Keeping faith, a.a.o., S. 216/217.

die Vorschläge Carters im wesentlichen in drei Bereichen lagen: [385)]

1. Vorherige Unterrichtung des Partners, wenn eine strategische Rakete getestet wird.

2. Verzicht auf alle weiteren Nukleartests, sobald ein verläßliches System vorhanden ist, welches beiden Seiten jegliche Verletzung dieser Abmachung anzeigt.

3. Strikte Begrenzung der anhaltenden Dislozierung von Seestreitkräften im Indischen Ozean.

Am *14. Februar 1977* schickte Carter einen zweiten Brief nach Moskau, in dem er auch das Thema Menschenrechte aufgriff. Doch alle Vorschläge Carters wurden am *25. Februar 1977* von Breschnew als absolut unannehmbar zurückgewiesen.

Ende März 1977 entsandte Carter seinen Außenminister nach Moskau und ließ ihn zwei Optionen unterbreiten: [386)]

- Der eine Vorschlag sah ein umfassendes Abkommen mit einschneidenden Reduzierungen vor, die über die 1974 in Wladiwostok vereinbarten Höchstgrenzen hinausgingen. Anstatt der in Wladiwostok vereinbarten Höchstgrenze von 2400 ICBM sollten es nun maximal 1800 bis 2000 ICBM sein, die mit MIRV ausgestatteten ICBM sollten von 1320 auf 1100 bis 1200 ICBM reduziert werden.

- Der andere Vorschlag sah eine Vereinbarung vor, die im wesentlichen auf der Grundlage von Wladiwostok abgeschlossen werden sollte. Dabei sollte jedoch die umstrittene Frage der Einbeziehung von bestimmten Bombenflugzeugen und Marschflugkörpern ausgeklammert

---

385) siehe hierzu:
Carter, J.: Keeping faith, a.a.o., S. 217.

386) Diese waren das Ergebnis der entscheidenden Beratungen in Washington am 19. und 22. März 1977. Siehe detaillierte Darstellung in:
Brzezinski, Z.: Power and Principle, a.a.o., S. 156 – 160.
Haftendorn, H.: Sicherheit und Entspannung, a.a.o., S. 224.
Carter, J.: Keeping faith, a.a.o., S. 219.

und in weiteren Verhandlungen geklärt werden.

Beide Vorschläge wurden von Moskau kategorisch abgelehnt, und Carter schloß daraus, "... that they wanted to move slowly and in small increments." [387] Vance begründete die Ablehnung der Sowjetunion damit, daß sich Moskau wohl nicht zu weit von Wladiwostok entfernen wolle. [388] Westliche Beobachter meinten später jedoch, daß der Vorschlag deshalb abgelehnt wurde, weil er die Sowjets an der Entwicklung von Systemen gehindert hätte, die gegen die gehärteten Ziele der USA gerichtet wären, während dem amerikanischen Marschflugkörper-Programm keine Beschränkungen auferlegt worden wären. [389]

Im *Mai 1977* arbeitete die Carter-Administration einen neuen Katalog für SALT-II aus, den Vance in Genf seinem sowjetischen Amtskollegen vorlegen sollte: [390]

1. Man rückte zwar dem Wladiwostok-Abkommen wieder näher, doch die niedrigeren Höchstgrenzen für Interkontinentalraketen wurden beibehalten.

2. Die kontroversen Punkte wie Backfire, Cruise-Missiles und qualitative Beschränkungen sollten in einem das Abkommen ergänzenden Protokoll befristet geregelt werden, wobei unter anderem an einen dreijährigen Aufstellungsstop für Cruise-Missiles und SLCM gedacht wurde.

---

387) Carter, J.: Keeping faith, a.a.o., S. 219.

388) Brzezinski, Z.: Power and Principle, a.a.o., S. 162.

389) Yost, D.S.: Die Zukunft atomarer Rüstungskontrolle in Europa, a.a.o., S. 74.

390) siehe hierzu:
Haftendorn, H.: Sicherheit und Entspannung, a.a.o., S. 224.
Carter, J.: Keeping faith, a.a.o., S. 220.
Thomson. J.A.: The LRTNF Decision, a.a.o., S. 604.
Brzezinski, Z.: Power and Principle, a.a.o., S. 167/168.
Hier findet man eine detaillierte Darstellung der differierenden Standpunkte zwischen Washington und Moskau, die bei dem Treffen im Mai 1977 zwischen Vance und Gromyko sichtbar wurden.

3. Der Vertrag sollte eine gemeinsame Grundsatzerklärung enthalten, in welcher Leitlinien für die sich anschließenden Verhandlungen für SALT-III niedergelegt würden.

Auf Punkt 2 der Vorschläge eingehend formulierte der amerikanische Außenminister später: [391)]

> "The US objective at Geneva had been to use a protocol lasting only two to three years to defer the Cruise-missile issue. Our view was that this strategy would give us time to examine with our allies various options for future Cruise-missile deployments and their arms control implications while the deployment and testing of the missiles went forward. We did not anticipate allied objection to the 600 km range restrictions on ground- and sea-launched Cruise-missiles during the protocol. We were insisting on the right to test and deploy the air-launched version of the Cruise-missile at ranges up to 2.500 km."

Als der Vorschlag eines dreijährigen Aufstellungsstops für land- und seegestützte Cruise-missiles in Europa bekannt wurde, erhoben sich jedoch erste kritische Stimmen, die meinten, daß die Vereinigten Staaten wohl eher daran interessiert seien, die nukleare Bedrohung für die USA zu begrenzen, und dabei das auf Europa gerichtete TNF-Potential der Sowjetunion, etwa die SS-20, ignorierten. Vor diesem Hintergrund begann man sich in Europa zu fragen, welche Auswirkungen SALT-II für die eigene Sicherheit haben könnte, und das Interesse der Europäer an den militärstrategischen Folgen von SALT-II wuchs. [392)]

---

391) Vance, C.: Hard choices, a.a.o., S. 66.

392) Thomson, J.A.: The LRTNF Decision, a.a.o., S. 604.
Treverton, G.F.: Nuclear Weapons and the "Gray Area", a.a.o., S. 1082.
Vance, C.: Hard choices, a.a.o., S. 66.
Risse-Kappen, Th.: Fahrplan zur Abrüstung?, a.a.o., S. 10.

Gerade die Cruise-missiles wurden von den Europäern als eine Waffe gewertet, die sich ideal für die erweiterte Abschreckung eigne. Die Folge war, daß der Eindruck, die Amerikaner könnten sich bei den SALT-Gesprächen ihre Cruise-missile-Option "wegverhandeln" lassen, in Europa schnell die schlimmsten Befürchtungen aufkommen ließ. [393] Daß die Sorgen der Europäer nicht unbegründet waren, zeigte sich auch an der Einschätzung der Lage seitens amerikanischer Beobachter. So schrieb Richard Burt bereits in der Januar/Februar-Ausgabe von "The World Today": [394]

> "The most interesting military option available to the West for countering the expansion of Soviet Eurostrategic capabilities is already under discussion at SALT – the long-range precision-guided Cruise-missile. In deciding whether to exploit Cruise-missile technology in this manner, the United States must therefore once again choose between placing priorities on strengthening the alliance ties and quickly obtaining a SALT agreement."

Währenddessen begann die Carter-Administration – resultierend aus den Irritationen, welche die Frühjahrs-Initiative Washingtons bei den Verbündeten ausgelöst hatte – ab Mitte 1977 damit, die Europäer enger in den Konsultationsprozeß zu integrieren. [395]

Die Haltung der Europäer zu SALT-II war in der Phase der Verhandlungen von zwei wesentlichen Interessen geprägt: Zum einen waren sie im Hinblick auf die angestrebte Entspannung zwischen Ost und West stark an dem Erfolg von Rüstungskontrollgesprächen interessiert. So spricht Brzezinski geradezu von einem Druck, den die Verbündeten auf

---

393) Risse-Kappen, Th.: Fahrplan zur Abrüstung?, a.a.o., S. 10.

394) Zit. nach: The Modernization of NATO'S long-range theater nuclear forces, a.a.o., S. 18.

395) Vance, C.: Hard choices, a.a.o., S. 67.

Carter ausübten: Sowohl Schmidt als auch Callaghan hätten den Präsidenten dazu gedrängt, gegenüber Moskau eine konziliantere Haltung einzunehmen. [396)]

Andererseits vertrat gerade der deutsche Bundeskanzler mit Vehemenz den Standpunkt, bei allen Zugeständnissen an SALT-II die europäischen Sicherheitsinteressen auf dem Kontinent nicht zu vergessen.

Im Sommer 1977 hatten die Amerikaner den Europäern ein Papier überbracht, in welchem die rüstungskontrollpolitischen Implikationen der Cruise-missiles diskutiert und ihre Verifizierbarkeit bezweifelt wurde. In diesem Zusammenhang reiste Leslie Gelb in seiner Funktion als Leiter der Abteilung für politisch-militärische Fragen im amerikanischen Außenministerium nach Brüssel, um dort den Verbündeten die Position Washingtons näher zu bringen, welche zu diesem Zeitpunkt aufgrund von Auseinandersetzungen zwischen dem Pentagon und dem State Department noch nicht ausgereift war und daher auch keine festen Zusagen von Leslie Gelb erlaubte.
Wollte Washington mit dieser eigens entsandten Delegation die Sorgen der Europäer zerstreuen, so erreichte es letztlich genau das Gegenteil: Bei den westlichen Verbündeten verstärkte sich der Eindruck, daß die US-Regierung kein Verständnis für die europäische Position aufbringe und nun auch noch bereit sei, die CM-Option zugunsten eines erfolgreichen Abschlusses von SALT-II zu opfern. [397)]

Am *28. Oktober 1977* ging Schmidt in London auf dieses auch für die Europäer so wichtige Thema der interkontinentalstrategischen Parität ein und sprach deren Auswirkungen auf die europäische Sicherheit an: [398)]

---

396) Brzezinski, Z.: Power and Principle, a.a.o., S. 165.

397) Risse-Kappen, Th.: Fahrplan zur Abrüstung?, a.a.o., S. 11.
Haftendorn, H.: Das doppelte Mißverständnis, a.a.O., S. 257f

398) Ausführungen von Bundeskanzler Schmidt vor dem Institute for Strategic Studies am 28.10.1977 in London, in: Abrüstung und Rüstungskontrolle, Dokumentation, a.a.o., S. 100.

"... Niemand kann bestreiten, daß das Prinzip der Parität vernünftig ist. Es muß jedoch Zielvorstellung aller Rüstungsbegrenzungs- und Rüstungskontrollverhandlungen sein und für alle Waffenarten gelten. Einseitige Einbußen an Sicherheit sind für keine Seite annehmbar. Wir alle haben ein vitales Interesse daran, daß die Gespräche der beiden Großmächte über die Begrenzung und den Abbau nuklearstrategischer Waffen weitergehen und zu einem verläßlichen Abkommen führen. Die Nuklearmächte tragen hier eine besondere, eine überragende Verantwortung. Auf der anderen Seite jedoch müssen gerade wir Europäer ein besonderes Interesse daran haben, daß auf diesem Gebiet nicht isoliert von den Faktoren verhandelt wird, die die Abschreckungsstrategie der NATO zur Kriegsverhinderung ausmachen. ..."

Damit war ein Thema an die Öffentlichkeit gelangt, welches man in Washington - folgt man den Ausführungen von Außenminister Vance - eher hinter verschlossenen Türen behandelt wissen wollte: [399)]

"We had hoped to conduct a study of NATO nuclear requirements in the 1970's and beyond out of the limelight, free from the pressures generated by intense public interest and scrutiny. After the Schmidt speech this was not longer possible. ..."

Bei dem Meiungsaustausch zwischen den Vereinigten Staaten und Europa zu SALT-II zeichnete sich sehr schnell ab, in welchen Bereichen die kritischen Fragen lagen. Vor allem die Regierungen aus London und Bonn machten immer wieder auf drei wichtige Probleme aufmerksam: [400)]

---

399) Vance, C.: Hard choices, a.a.o., S. 67.

400) siehe hierzu: Vance, C.: Hard choices, a.a.o., S. 67.

1. Wie würde man im Detail die zwingende Notwendigkeit für die Cruise-missiles lösen?

Die Cruise-missiles wurden von den NATO-Verbündeten aufgrund ihrer technischen Fähigkeiten (hohe Treffgenauigkeit, große Reichweite, geringe Verwundbarkeit) als attraktive Systeme gewertet, welche sich gut für die Korrektur des Ungleichgewichts im eurostrategischen Raum eignen würden. Berichten zufolge sollen neben London und Bonn explizit auch die NPG Washington mit Nachdruck ersucht haben, einschränkende Begrenzungen für boden- und seegestützte Cruise-missiles zu vermeiden. [401)]

Der damalige Verteidigungsminister Leber forderte im Dezember 1977 in Brüssel öffentlich, die mit der Marschflugkörper-Technologie verbundenen Optionen dürften durch ein SALT-Abkommen nicht verschlossen werden. Dabei sprach er sich auch deutlich für einen Ausgleich der sowjetischen Überlegenheit im Bereich der "kontinentalen" Kernwaffensysteme durch eine angemessene kompensatorische Gegenrüstung der NATO in Europa aus und hob "kontinentale" Kernwaffen als vierte tragende Komponente der westlichen Abschreckung hervor. [402)] Als die Frage der Reichweitenbegrenzung bei den SALT-Verhandlungen aufkam, soll sich die Bundesregierung wiederholt für 1500 km als kürzeste, gerade noch akzeptierbare Reichweite ausgesprochen haben. [403)]

Seidel, P.: Die Diskussion um den Doppelbeschluß, a.a.o., S. 37 ff.

401) Ruehl, L.: NATO European Call for a Say in the Drafting of SALT-III, Atlantic Community Quarterly, Jahrgang 16 (Frühjahr 1978), S. 46, zit. nach: Seidel, P.: Die Diskussion um den Doppelbeschluß, a.a.o., S. 37.
The Modernization of NATO's long-range theater nuclear forces, a.a.o., S. 17.

402) Nach ZDF-Interview mit Lothar Ruehl in Brüssel,
in: Ruehl, L.: Der Beschluß der NATO zur Einführung nuklearer Mittelstreckenwaffen, a.a.o., S. 102.
Krell, G./Schmidt, H.-J.: Der Rüstungswettlauf in Europa, a.a.o., S. 20.

403) Seidel, P.: Die Diskussion um den Doppelbeschluß, a.a.o., S. 37/38.

2. Wie würde man den freien Rüstungstransfer von Nuklearwaffentechnologie zwischen den USA und seinen westlichen Verbündeten schützen?

3. Wie und auf welcher Grundlage würde man die Reduzierung des TNF-Potentials in SALT III verhandeln?

2.1.4.2. SALT ohne "linkage"

Ein erfolgreicher Abschluß von SALT-II blieb auch dann zentrales Interesse von Carter, als sich das Verhältnis zu Moskau merklich abkühlte. Ab November 1977 beobachtete Washington mit zunehmender Skepsis sowjetische Aktivitäten in Afrika und das Anwachsen der sowjetisch-kubanischen Präsenz im Raum von Äthiopien und Somalia. [404)]

Vor dem Hintergrund dieser sich zuspitzenden Situation kam innerhalb der Carter-Administration die Frage auf, ob man nicht Druck auf Moskau ausüben solle, indem man die amerikanische Präsenz in dem Krisengebiet erhöhe. Diese "harte" Politik, für die sich vor allem Brzezinski und Aaron einsetzten, wurde jedoch vor allem von Außenminister Vance mit Nachdruck abgelehnt. [405)]

SALT-II - so die Meinung in Washington - dürfe nicht gefährdet werden. Während Brzezinski immer wieder mit Nachdruck betonte, daß SALT-II von der amerikanischen Öffentlichkeit wohl nicht mitgetragen werde, wenn die Sowjetunion in zunehmendem Maße als Aggressor perzipiert würde, beharrte Vance auf dem Standpunkt: "There is no linkage between the SALT-negotiations and the situation in Ethiopia." [406)]

---

404) Brzezinski, Z.: Power and Principle, a.a.o., S. 180.

405) In dieser wichtigen Frage vertraten Vance und Brzezinski grundsätzlich verschiedene Positionen: Während Vance den erfolgreichen SALT-II-Gesprächen absolute Priorität einräumte, betonte Brzezinski durchaus auch die Notwendigkeit einer harten Haltung gegenüber Moskau, falls dies unumgänglich sei.
siehe Brzezinski, Z.: Power and Principle, a.a.o., S. 203/204.

406) Brzezinski, Z.: Power and Principle, a.a.o., S. 185.

Carter drückte sich vorsichtiger aus und meinte Anfang März 1977, daß es zwar offiziell keine Verbindung zwischen SALT-II und Äthiopien gebe, "but Soviet actions may impose such linkage". [407)]

Schärfer ging sein Sicherheitsberater mit der Politik Moskaus ins Gericht, als er diese so bewertete: [408)]

> "They [the Soviets] were thus pursuing a strategy of indirect expansion while still seeking to fashion a detente relationship with the Carter Administration that would permit the Kremlin to attain its three objectives: a favourable SALT treaty, a flexible and one-sided detente, and a regional condominium in the Middle East."

Diese Einschätzung schlug sich dann auch in öffentlichen Reden des Präsidenten nieder, welche er Mitte März 1978 vor der Wake-Forest-Universität, sowie Anfang Juni 1978 in Annapolis hielt. Darin verurteilte er die doppelbödige Politik der Sowjetunion und warf ihr unter anderem vor, einen "aggressiven Kampf für politische Vorteile" zu führen. [409)]

Überschattet von einer Verschlechterung des amerikanisch-sowjetischen Verhältnisses gingen somit im Juli 1978 die SALT-II-Verhandlungen mit einem Treffen zwischen Vance und Gromyko in Genf weiter.

Auch im September und Oktober hielten die Gespräche und Kontakte an und trotz einiger Rückschläge für Washington machten die Verhandlungen Fortschritte. [410)]

---

407) Brzezinski, Z.: Power and Principle, a.a.o., S. 185.

408) Brzezinski, Z.: Power and Principle, a.a.o., S. 187.

409) Carter, J.: Keeping faith, a.a.o., S. 229/230.
Czempiel, E.-O.: Amerikaniche Außenpolitik, a.a.o., S. 29.
Brzezinski, Z.: Power and Principle, a.a.o., S. 320, S. 188.

410) Vance, C.: Hard choices, a.a.o., S. 103 ff.
Carter, J.: Keeping faith, a.a.o., S. 220 ff.
Brzezinski, Z.: Power and Principle, a.a.o., S. 326.

Währenddessen hielten die europäischen Sorgen an, besonders als deutlich wurde, daß bei den SALT-II-Gesprächen die euro-strategischen Waffen Moskaus *nicht* angesprochen wurden. Am 17. Februar 1979 stellten Verteidigungsminister Apel sowie Bundesaußenminister Genscher auf der Wehrkunde-Tagung die Haltung der Bundesregierung dar und betonten erneut die ungeheuere Aufwertung der regional gebundenen Nuklearwaffen für Europa vor dem Hintergrund strategischer Parität. Die sowjetische SS-20 und der Backfire-Bomber stellten für Europa eine militärstrategische Bedrohung dar, welcher der Westen nichts Vergleichbares entgegenzusetzen habe. [411)]

Den Sorgen der Europäer, daß SALT-II dem Westen die Option verbauen könne, auch im Mittelstreckenbereich auf ein stabiles militärisches Gleichgewicht zu erreichen, wurde am 5. April 1979 von Verteidigungsminister Brown entgegengehalten, "daß SALT-II uns freie Hand lassen wird, zusammen mit unseren Verbündeten die wichtige Frage der Modernisierung der regional gebundenen Nuklearstreitkräfte der NATO weiter zu verfolgen und Rüstungssteuerungs-Initiativen auf diesem Gebiet zu erwägen". [412)]

Am *7. April 1979* informierte Vance den amerikanischen Präsidenten, daß die Sowjets soeben die SALT-II-Vorschläge akzeptiert und sich für ein baldiges Treffen zwischen Carter und Breschnew ausgesprochen hätten. [413)] Etwa zwei Monate später, vom *15. bis 18. Juni 1979* fand in Wien das Gipfeltreffen der beiden Regierungschefs statt, dessen Höhepunkt die Unterzeichnung des SALT-II-Vertrages darstellte.

Wurde der Vertrag an sich später von den Europäern - zumindest auf Regierungsebene - in zunehmendem Maße aufgrund seiner rüstungs-

---

411) Klaas G. de Vries: The security of the Alliance, a.a.o., S. 8.

412) Rede Browns auf einer gemeinsamen Veranstaltung des Council on Foreign Relations und der Foreign Policy Association in New York am 5. April 1979 über Inhalt und Bedeutung von SALT-II, in: Europa-Archiv, Folge 10/1979, S. D271.

413) Carter, J.: Keeping faith, a.a.o., S. 239.

kontrollpolitischen Inhalte unterstützt und befürwortet, so konnte der Ablauf der Gespräche in Wien vor allem die Erwartungen von Bundeskanzler Schmidt nicht befriedigen: Dieser kritisierte später in erster Linie die Tatsache, daß es von Carter versäumt worden sei, der sowjetischen Führung die ein halbes Jahr vorher auf Guadeloupe gefaßten Beschlüsse der westlichen Verbündeten klarzumachen. Das Thema Mittelstreckenpotentiale – so meinte Schmidt später – "scheint in Wien überhaupt nicht berührt worden zu sein." [414)]

Mit dieser Einschätzung der Lage hatte der Bundeskanzler nicht unrecht, folgt man den Ausführungen des amerikanischen Präsidenten. Nachdem bereits im Vorfeld der Gespräche ein Zwölf-Punkte-Katalog zu SALT-III von der sowjetischen Seite abgelehnt worden war, machte Carter am 17. Juni einen ersten, wohl eher zaghaften Versuch, mit Breschnew über SALT-III ins Gespräch zu kommen. Am Rande der Verhandlungen legte der Präsident dem sowjetischen Generalsekretär eine Liste von Vorschlägen vor, welche auf wesentliche und schnelle Fortschritte in der SALT-III-Frage abzielten. Darin hieß es unter Punkt J: [415)]

> "Begin talks to limit and control nuclear weapons not covered under SALT-II (medium-range and other theater weapons)".

Breschnew ging später auf diesen Punkt ein und stellte den sowjetischen Standpunkt zu dieser Frage kurz, aber klar dar: [416)]

> "If we proceed on SALT III, other countries will have to be involved, American forward-based (medium-

---

414) Schmidt, H.: Der Doppelbeschluß ist nach wie vor richtig, in: "Die Zeit", Nr. 23 v. 3. Juni 1983, S. 4
Schmidt berichtet darüber auch in einem Interview mit dem New York Times Magazine am 16. September 1984.

415) Carter, J.: Keeping faith, a.a.o., S. 253.
siehe hierzu auch: Brzezinski, Z.: Power and Principle, a.a.o., S. 342.

416) Carter, J.: Keeping faith, a.a.o., S. 255.
Vance, C.: Hard choices, a.a.o., S. 139.

> range) systems must be included, and SALT II must be implemented first. ..."

Damit war ein altes, jedoch in den Rüstungskontrollverhandlungen immer wieder auftauchendes Thema angesprochen worden, nämlich die Einbeziehung der eurostrategischen Potentiale in die SALT-Verhandlungen. Bereits bei den SALT-Gesprächen zu Beginn der 70-er Jahre war vor allem die Bundesrepublik dafür eingetreten, die Mittelstreckenpotentiale der NATO und des Warschauer Paktes in die Verhandlungen mit einzubeziehen. Bonn rückte jedoch von dieser Position ab, als sichtbar wurde, daß Moskau zwar die FBS der NATO, *nicht* aber die eigenen Potentiale berücksichtigt wissen wollte.

Ab 1977 setzte sich die Bundesregierung jedoch erneut für die Berücksichtigung der eurostrategischen Potentiale ein, und Helmut Schmidt meinte im Juni 1983: [417)]

> "Es war immer mein Ziel, seit meiner Londoner Rede im Herbst 1977, die euro-strategischen - also die in Europa stationierten - Mittelstreckenwaffen in die Rüstungsbegrenzung des SALT-II-Vertrags einzubeziehen..."

Am Ende der langwierigen, bilateralen Verhandlungen zwischen Washington und Moskau stand ein 70 Seiten umfassendes Vertragswerk, welches sich aus folgenden Teilen zusammensetzte: [418)]

---

417) Schmidt, H.: Der Doppelbeschluß ist nach wie vor richtig, in: "Die Zeit" Nr. 23 v. 3. Juni 1983, S. 4.

418) siehe das Wiener Abkommen vom 18. Juni 1979 über die Begrenzung strategischer offensiver Waffen, mit allen zugehörigen Dokumenten, in: Europa-Archiv, Folge 15/1979, S. D368 ff.
Treverton, G.F.: Das SALT-Abkommen: Inhalt, Bedeutung und einige Probleme,
in: Europa-Archiv, Folge 15/1979, S. 451 ff.

1. Einem bis Ende 1985 geltenden *Vertrag* zur Begrenzung der strategischen Interkontinentalraketen, der eine Höchstgrenze von 2400 Systemen vorsah, welche ab dem 1.1.1981 auf 2250 Systeme weiter reduziert werden sollte; davon sollten 1320 mit MIRV-Sprengköpfen versehen werden dürfen. Der Vertrag umfaßte außerdem noch Modernisierungsbeschränkungen, welche präzisiert wurden durch eine Vielzahl von "Vereinbarten Erklärungen" und "Absprachen",

2. Einem *Protokoll*, in dem sich beide Seiten verpflichten, bis Ende 1981 keine mobilen Interkontinentalraketen und keine see- oder landgestützten Marschflugkörper mit einer Reichweite von mehr als 600 km zu dislozieren,

3. Einer *Vereinbarung* über die Einrichtung einer gemeinsamen Datenbasis für die Zahl strategischer Offensivwaffen,

4. Einer *Absichtserklärung über die Fortführung der SALT-Verhandlungen mit dem Ziel, eine erhebliche Verminderung der Zahl strategischer Offensivsysteme sowie deren qualitative Begrenzung zu erreichen.*

5. Ergänzt wurde der Vertrag durch eine von der Sowjetunion abgegebene Erklärung, daß es sich bei dem Backfire-Bomber um einen Mittelstreckenbomber handelt, dem keine interkontinentale Reichweite gegeben werden sollte und dessen Produktionsrate "nicht mehr als 30 pro Jahr betragen werde".

2.1.4.3. SALT-II: Hemmschuh für die TNF-Modernisierungspläne der NATO?

Angesichts der parallel zum SALT-II-Verhandlungsprozeß laufenden Pläne und Vorbereitungsarbeiten der NATO, das westliche Mittelstreckenpotential zu modernisieren, warf der Vertrag von Wien zwei konkrete Probleme auf: [419)]

---

419) siehe hierzu:
Haftendorn, H.: Sicherheit und Entspannung, a.a.o., S. 230.

Da war zum einen der Artikel XII des Vertrages, die sogenannte *Nichtumgehungsklausel*, in der sich beide Parteien verpflichteten, "die Bestimmungen dieses Vertrages nicht mittels eines anderen Staates oder anderer Staaten oder in irgendeiner anderen Weise zu umgehen". Kritiker meinten, diese Vertragsklausel könne einer TNF-Modernisierung im Wege stehen und zwar *nicht*, weil darin die Weitergabe der dafür notwendigen Technologie expressis verbis untersagt werde, sondern weil die Bestimmung zu viel Interpretationsspielraum lasse. So gehe die sowjetische Auslegung so weit, daß dadurch bereits der Transfer von Teilen, Blaupausen und Technologie mit unmittelbarem Bezug zu den im Abkommen begrenzten Waffensystemen verboten sei. Washington hingegen betonte, daß diese Klausel nur den Transfer jener Technologie verbiete, die ausschließlich für Systeme geeignet sei, deren Besitz den USA gänzlich untersagt ist. Sowohl die Technologie zur Herstellung von Marschflugkörpern als auch - nach Auslaufen des Protokolls - diese selbst könnten von den USA an ihre Verbündeten geliefert werden. Die Nichtumgehungsklausel berühre somit weder die Zusammenarbeit mit den Alliierten, noch verhindere sie die Möglichkeit der TNF-Modernisierung.

Damit war kein unbegrenzter Waffen- und Technologietransfer gemeint, sondern man behielt sich die Möglichkeit vor, die Entscheidung "von Fall zu Fall" zu treffen, woraus sich jedoch wiederum eine Interpretationsmarge eröffnete und die Zweifel an der Eindeutigkeit der Nichtumgehungsklausel bestehen blieben.

Mit Nachdruck wurde demgegenüber von amerikanischer Seite immer wieder betont, daß SALT-II kein Hindernis für die TNF-Modernisierung darstelle. So meinte Verteidigungsminister Brown am 5. April 1979 in New York: [420)]

Bomsdorf, F.: Sicherheitsinteressen Westeuropas in den SALT-II-Anhörungen, a a.o., S. 53 f.
Ruehl, L.: Das SALT-II-Abkommen und die europäischen Interessen, a.a.o., S. 467 ff.
Treverton, G.F.: Das SALT-Abkommen: Inhalt, Bedeutung und einige Probleme, in: Europa-Archiv, Folge 15/1979, S. 451 ff.
Wettig, G.: Die Auseinandersetzungen um die eurostrategische Nachrüstung der NATO, a.a.o., S. 10.

420) Rede des amerikanischen Verteidigungsministers, Harold Brown, auf

> "... SALT-II wird zwar dem sinnlosen numerischen Wettrüsten vorbeugen, aber es wird uns auf der anderen Seite die Flexibilität belassen, Programme durchzuführen, um den Herausforderungen zu begegnen, die der Vertrag nicht beseitigt. Wir können jedes unserer geplanten Programme entwickeln, erproben und dislozieren – Marschflugkörper, Trident, MX –, und zwar auf die Weise und nach dem Zeitplan, wie wir es vorgesehen haben. ..."

Weiteren Anlaß zu Besorgnissen gaben die im Protokoll von SALT-II festgelegten *Marschflugkörper-Bestimmungen*. Nach Ansicht von Kritikern habe sich Washington damit auf eine Begrenzung von Waffen eingelassen, die für die Sicherheit Westeuropas von größter Bedeutung seien. Hinzu komme, daß Moskau im Zuge dieses Moratoriums keinerlei Gegenleistung im Bereich seiner eigenen Mittelstreckensysteme habe einbringen müssen. Außerdem bestand die Befürchtung, daß das bis Ende 1981 geltende Protokoll verlängert werden könne. Damit werde eine Dislozierung von Cruise-missiles in Europa verhindert, bzw. künftige Rüstungskontrollverhandlungen seien schon im Vorfeld belastet.

Derartige Einwände wurden von Vertretern der US-Administration zurückgewiesen mit der Begründung, daß das Protokoll unzweifelhaft am 31. Dezember 1981 auslaufe, und bis dahin sei technisch ohnehin noch nicht an die Indienststellung von Marschflugkörpern zu denken. Was die Präzedenzwirkung des Protokolls angehe, so sei man sich durchaus bewußt, daß Moskau darauf drängen werde, das Protokoll zu verlängern oder inhaltlich noch zu verschärfen. Die gemeinsame Erklärung sei lediglich von politischer Bedeutung und ohne rechtliche Bindung und selbst Gromyko habe bestätigt, daß das Protokoll keinen Präzedenzfall darstelle. [421] Was

---

einer gemeinsamen Veranstaltung des Council on Foreign Relations und der Foreign Policy Association in New York am 5. April 1979 über Inhalt und Bedeutung von SALT II,
in: Europa-Archiv, Folge 10/1979, S. D270.

421) Bomsdorf, F.: Sicherheitsinteressen Westeuropas in den SALT-II-

den geplanten Umfang der Dislozierung von land- und seegestützten Marschflugkörpern betreffe, so hänge dies davon ab, was bei den entsprechenden Konsultationen mit den Verbündeten herauskomme und ob man weitere Begrenzungen der Cruise-missiles gegen Restriktionen etwa der SS-20 oder anderer sowjetischer Systeme verhandeln könne. Damit war eine faktische Ausdehnung des Protokolls nicht ausgeschlossen. [422)]

Zusammengefaßt kann wohl mit den Worten von Lothar Ruehl gesagt werden: [423)]

> "Da die Disparität mit fortgesetzter SS-20-Dislozierung im Mittelstreckenbereich anwächst, muß die Schlußfolgerung in der Betrachtung von SALT-II lauten, daß dieses Abkommen Europa zwar überwölbt, aber ihm kein Plus an Sicherheit unter dem globalen Paritätsplafond zuwachsen läßt. In der Perspektive für SALT-III bedeutet dies, daß SALT-II keine ausreichende Basis strategischer Stabilität in Europa bietet und daß in der weiteren Rüstungskontrollpolitik die strategische Einheit des nordatlantischen Bündnisgebiets, die flexible Eskalationsfähigkeit der Westmächte und damit auch die Ausführbarkeit der NATO-Strategie zum Schutze Westeuropas besser berücksichtigt werden müssen als bisher im SALT-Prozeß."

Die Bundesregierung enthielt sich jedoch der öffentlichen Kritik an dem SALT-Vertrag und zwar umso mehr, als sich die Möglichkeit eines Scheiterns der Ratifikation im amerikanischen Senat abzeichnete. [424)] Die

---

Anhörungen, a.a.o., S. 57.
Wettig, G.: Die Auseinandersetzungen um die eurostrategische Nachrüstung der NATO, a.a.o., S. 11.

422) Bomsdorf, F.: Sicherheitsinteressen Westeuropas in den SALT-II-Anhörungen, a.a.o., S. 57/58.

423) Ruehl, L.: Das SALT-II-Abkommen und die europäischen Interessen, a.a.o., S. 472.

Bedeutung von SALT-II für die Beziehungen zwischen Ost und West wurde ebenso betont wie die Fortsetzung des Rüstungskontrolldialogs.

Man war sich zwar der Schwachstellen von SALT-II bewußt, doch man erkannte auch die Tatsache, daß der Vertrag das unumgängliche Trittbrett darstellte für SALT-III, d.h. für eine rüstungkontrollpolitische Lösung des Mittelstreckenproblems in Europa. [425)]

2.2. Bündnisimmanente Einflußfaktoren

2.2.1. Der strategische Zwang

Unerläßlich für die Beurteilung des NATO-Doppelbeschlusses ist die Tatsache, daß während der ersten Phase des Entscheidungsprozesses fast ausschließlich militärstrategische Überlegungen im Mittelpunkt der internen NATO-Diskussion standen. Dabei handelte es sich zunächst um die Frage einer Modernisierung im TNF-Bereich, die aufgrund der geänderten Rahmenbedingungen notwendig geworden war, wollte man die glaubwürdige Abschreckung der NATO-Strategie der "Flexible Response" aufrechterhalten.

Um die Zusammenhänge zwischen der militärstrategischen Argumentation und der Nachrüstungsentscheidung transparent zu machen, soll zunächst in groben Zügen auf die in der NATO gültige Militärstrategie eingegangen werden.

---

424) Eine detaillierte Darstellung der Auseinandersetzungen im amerikanischen Senat findet man bei:
Bomsdorf, F.: Zur Senatsdebatte über SALT II in den USA, in: "Aus Politik und Zeitgeschichte", B 37/1979, S. 19 - 33.

425) Einen guten Abriß der deutschen Position findet man bei:
Corterier, P.: SALT-II und die deutschen Sicherheitsinteressen, in: Europäische Wehrkunde, Heft 10/1979, S. 487 ff.

2.2.1.1. Auf der Grundlage der "Flexible Response"

Das westliche Verteidigungskonzept beruht auf dem Grundsatz der "Kriegsverhütung durch Abschreckung" und geht von der Vorstellung aus, daß militärische Stärke und damit die Fähigkeit zu einer erfolgreichen – für den Gegner nicht akzeptablen – militärischen Reaktion das beste Mittel sei, den Gegner von einem Angriff abzuhalten. [426)]

Der Abschreckungsgedanke spielte im zwischenstaatlichen Bereich wohl immer schon eine mehr oder weniger wichtige Rolle, mußte sich aber mit dem Beginn des Nuklearzeitalters einem Wandel unterziehen: Abschreckung im Sinne von eigener Unverwundbarkeit war nicht mehr möglich, und die Nuklearwaffentechnologie revolutionierte die militärischen Fähigkeiten der einzelnen Staaten bei einer kriegerischen Auseinandersetzung. [427)]

Nach einer bis Mitte der 60-er Jahre von der NATO vertretenen Vorstellung, den Abschreckungsgedanken durch die Androhung einer "massiven Vergeltung" aufrecht erhalten zu können, entschied sich das westliche Bündnis 1967 für das Konzept der "Flexible Response".

Im Sinne abgestufter Abschreckung beruht diese Strategie auf der Fähigkeit, auf jeder Ebene militärischer Auseinandersetzungen über Optionen zu verfügen, die nicht automatisch zu einer sofortigen gegenseitigen Vernichtung führen müssen. [428)]

Das NATO-Konzept beruht auf einer "flexiblen und ausgewogenen Skala geeigneter konventioneller und nuklearer Reaktionen auf alle Arten von Angriffen oder Angriffsdrohungen". [429)] Konkret sieht die "Flexible

---

426) Wettig, G.: Konflikt und Kooperation zwischen Ost und West, a.a.o., S. 65.

427) Ebd., S. 65.

428) Herrmann, René: Schlesingers Konkretisierung der Strategie "relistischer Abschreckung", in: Europa-Archiv, Folge 7/1974, S. 209.

429) NATO-Tatstagung in Brüssel; Dokument über die künftigen Aufgaben der der Allianz vom 12./14.12.1967, in: Siegler-Dokumente, Bd. V, Vol. 193, S. 318.

Response" drei Reaktionsarten vor: [430)]

1. Die *Direktverteidigung* soll dem Aggressor verwehren, sein Ziel zu erreichen, und zwar auf derjenigen Stufe des militärischen Konflikts, die der Aggressor gewählt hat. Das kann den Einsatz nuklearer Waffen einschließen, wenn der Gegner als erster Kernwaffen einsetzt. Entweder scheitert damit die Aggression, oder dem Aggressor wird die Verantwortung für die Eskalation aufgebürdet.

2. Die *Vorbedachte Eskalation* soll einen Angriff dadurch abwehren, daß sie den Angreifer zu der politischen Entscheidung bewegt, seine Kriegshandlungen einzustellen, weil Erfolgschancen und Risiken in keinem für ihn tragbaren Verhältnis stehen. Um ihn hiervon zu überzeugen, hält das Bündnis Optionen des politisch kontrollierten, selektiven Einsatzes nuklearer Waffen offen.

3. Die *Allgemeine Nukleare Reaktion* richtet sich vor allem gegen das strategische Potential des Angreifers und bedeutet den Einsatz der nuklear-strategischen Waffen der Allianz. Ihre Androhung ist das stärkste Abschreckungsmittel, ihre Anwendung die stärkste der möglichen NATO-Reaktionen.

Um diese Strategie im Konfliktfall auch praktizieren zu können, bedarf es vor allem eines *lückenlosen Verbundes* der Abschreckungsmittel im konventionellen, taktisch-nuklearen und strategisch-nuklearen Bereich. [431)]

Eine solche "Streitkräfte-Triade" soll im Sinne einer "ineinandergreifenden Kette von Waffen" - von den konventionellen über die taktischen und Mittelstreckenwaffen bis hin zu den strategischen Kernwaffen - einer Verbesserung der Kampfqualität, aber auch einer Erhöhung der militärischen Unkalkulierbarkeit für den Gegner dienen. [432)]

---

430) siehe hierzu:
Weißbuch der Bundesregierung, 1985, S. 29.

431) Schmid, G.: Sicherheitspolitik und Friedensbewegung, a.a.o., S. 26.

Gerade diese militärische Unkalkulierbarkeit stellt neben der Verfügung über ein lückenloses – auf jeder Ebene der militärischen Auseinandersetzung zur angemessenen Reaktion fähiges – Eskalationsspektrum eine wichtige Voraussetzung für ein glaubwürdiges Abschreckungssystem dar.

Abschreckung kann jedoch nur dann funktionieren, wenn vom Gegner die Glaubwürdigkeit der Schlagkraft auch tatsächlich in allen Bereichen perzipiert wird. Nur wenn der Gegner den möglichen Einsatz der Waffen als echtes militärisches Hindernis bzw. als echte Bedrohung der eigenen Existenz im Konfliktfall wahrnimmt, kann das westliche Militärpotential seine Abschreckungsfunktion erfüllen. Die NATO muß darüber hinaus glaubhaft die Entschlossenheit bekunden, auf keiner Ebene der militärischen Auseinandersetzung einen nuklearen Gegenschlag auszuschließen, d.h. auch bei einem nicht-atomaren konventionellen Angriff soll der Gegner sofort mit einem nuklearen Gegenschlag rechnen müssen. [433]

Materiell muß die NATO somit zu jeder Zeit über ausreichende militärische Fähigkeiten verfügen, d.h. in jedem Teilbereich über ausgebildete und ausgerüstete Einheiten und über die Fähigkeit zu einer geschwinden und reibungslosen militärischen Reaktion. Dies setzt ein schnell und effektiv arbeitendes Kommunikationssystem voraus, sowie die Fähigkeit der NATO-Mitglieder zu schnellem und einheitlichen Handeln im Krisenfall. [434]

---

432) Rogers, B.W.: Die NATO in den achtziger Jahren, in: Europa-Archiv, Folge 22/1980, S. 675 f.
Lüser, H.-J.: Vorneverteidigung der Bundesrepublik Deutschland?, a.a.o., S. 118.

433) Schmid, G.: Sicherheitspolitik und Friedensbewegung, a.a.o., S. 26.
Information zur politischen Bildung, Heft 2, 1981: Frieden und Sicherheit, hrsg. v. Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn.

434) Rogers, B.W.: Die NATO in den achtziger Jahren, in: Europa-Archiv, Folge 22/1980, S. 676.
Baudissin, Wolf Graf von: NATO-Strategie im Zeichen der Friedenserhaltung, in: Europa-Archiv, Folge 17/1968, S. 627 – 638.

Bei allem Streben nach einer glaubhaften Abschreckung im Sinne einer Schadensandrohung, die in keinem Verhältnis zu einem möglichen Gewinn des Gegners steht, muß jedoch immer auch jede Form von Selbstabschreckung vermieden werden, d.h. es muß der Situation vorgebeugt werden, daß der Westen aufgrund eines lückenhaften Optionsspektrums gezwungen wäre, auf einer zu "hohen" Eskalationsstufe zu reagieren. Denn auch dann wäre die Abschreckung unrealistisch und könnte beim Gegner zu dem Eindruck führen, der Preis einer solchen Reaktion wäre auch für den Westen zu groß, würde ihn quasi selbst lähmen.

Die Abschreckung ist somit in der Konzeption des Westens nur dann glaubhaft, wenn die nuklearen NATO-Streitkräfte vom Gegner als ein glaubwürdiges Potential mit einer breiten Palette von Handlungsoptionen wahrgenommen werden. Doch gerade dieser zentrale Punkt erschien den Militärstrategen innerhalb der NATO ab Anfang der 70-er Jahre in zunehmendem Maße fragwürdig: Die TNF-Systeme der NATO waren relativ anfällig und veraltet, im strategischen Bereich zeichnete sich ein ungefähres Gleichgewicht mit der SU ab und im eurostrategischen Bereich erfuhren die Potentiale des Kreml einen kontinuierlichen Aufbau.

2.2.1.2. **Die Lücke im Eskalationsspektrum**

Vor diesem Hintergrund entstand im Abschreckungssystem der NATO eine "Lücke", die das westliche Bündnis mit seinen vorhandenen Potentialen nicht schließen konnte: [435)]

---

435) siehe hierzu:
Der NATO-Doppelbeschluß. Hintergründe und Erläuterungen zu einem vieldiskutierten Thema, hrsg. v. BMVg, Bonn, Januar 1983.
Löser, H.-J.: Vorneverteidigung der Bundesrepublik Deutschland?, a.a.o., S. 118 f.

- Auf dem Gebiet des *strategischen* Nuklearpotentials bestand ein ungefähres Gleichgewicht zwischen den Supermächten.

- Im *konventionellen* Bereich verfügte die Sowjetunion über eine klare quantitative Überlegenheit, qualitativ war der Abstand zu den westlichen Streitkräften ausgeglichen worden.

- Bei den nuklearen Mittelstreckenwaffen besaß die Sowjetunion ebenfalls ein deutliches Übergewicht, dem die NATO damals und auch auf längere Sicht gesehen nichts Gleichwertiges entgegenzusetzen hatte. [436)]

Anfang 1978 umriß General Gundersen, Vorsitzender des Militärausschusses der NATO, die Lage so: [437)]

> "... Was die taktischen Nuklearwaffen angeht, so wird die Kapazität des Warschauer Paktes mit der Dislozierung neuer und verbesserter Flugkörper und möglicherweise Nuklearartillerie sowie mit neueren taktischen Flugzeugen ständig weiter verbessert. Die taktischen Nuklearstreitkräfte der NATO sind noch immer ein wirksamer Teil der Abschreckung, aber sie müssen angesichts der zu erwartenden Dislozierung von hochentwickelten sowjetischen Nuklearträgersystemen, wie die SS-20, unbedingt modernisiert werden. ..."

Die Lücke der NATO im Eskalationsspektrum wurde verstärkt durch die Tatsache, daß die für den Einsatz gegen die Sowjetunion vorgesehenen Flugzeuge - etwa die F-111 oder der Vulkan B-2 - noch aus den 60-er Jahren stammten und somit stark veraltet waren. Wegen ihrer mangelnden

---

436) Die Stationierung von Mittelstreckenwaffen in Europa, in: ÖMZ, Heft 5/1981, S. 372.

437) Gundersen, H.F.Z.: Die Strategische Konzeption des Bündnisses, a.a.o., S. 13.

Fähigkeit, selektive Einsätze in die Tiefe des gegnerischen Territoriums durchzuführen, war die NATO in zunehmendem Maße unfähig geworden, die von ihrer Strategie postulierte selektive Eskalation im Konfliktfall auch realisieren zu können.

Bei der Lösung dieses Problems war der Westen sich darin einig, daß es nicht eines Gleichziehens mit der Sowjetunion System für System oder Gefechtskopf für Gefechtskopf bedürfe, sondern daß es vielmehr notwendig sei, über effektive Nuklearsysteme und Handlungsoptionen zu verfügen, welche das sowjetische Risiko erhöhten, indem sie sich durch besondere qualitative Merkmale auszeichneten, etwa durch verbesserte Überlebensfähigkeit, eine höhere Treffgenauigkeit und die Fähigkeit zu schnellem und überraschendem Handeln. [438)]

Diese Situation der NATO zu Beginn der 70-er Jahre macht deutlich, daß das Bündnis sich damals sozusagen vor die Frage einer "normalen" Modernisierung gestellt sah. Hinzu kamen wachsende Zweifel an der praktischen Brauchbarkeit der gesamten Nuklearpotentiale, war doch bereits viel früher erkannt worden, daß die TNF militärisch zweckmäßige Ziele und Aufträge brauchten, wozu die älteren TNF-Potentiale nicht mehr geeignet waren. [439)] Die Modernisierung hätte höchstwahrscheinlich ohne größeres Aufsehen durchgeführt werden können, wenn dieses Thema nicht durch die Aufstellung der sowjetischen SS-20 besonders aktualisiert worden wäre.

---

438) Rühle, H.: Warum Nachrüstung?, a.a.o., S. 25.
Douglass, J.D. jr.: Die Modernisierung der NATO-Nuklearstreitkräfte in Europa, a.a.o., S. 610.
Seidel, P.: Die Diskussion um den Doppelbeschluß, a.a.o., S. 103, S. 92.

439) Ruehl, L.: Der Beschluß der NATO zur Einführung nuklearer Mittelstreckenraketen, a.a.o., S. 99.

2.2.1.3. SS-20: Die Angst vor der regionalen Bedrohung

Die Stationierung der sowjetischen SS-20 stellte für das westliche Bündnis insofern ein bedrohliches Novum dar, als sie die militärstrategische Situation Europas in einer nie dagewesenen Weise beeinflußte: Erstmals verfügte die Sowjetunion über eine Waffe, die einen *begrenzten, regional geführten* oder angedrohten Angriff ausschließlich auf Europa möglich machte.

Mit dieser Option eines begrenzten Nuklearkrieges, der mit den SS-4/SS-5 nicht möglich war, eröffnete sich für Moskau die Möglichkeit, Kernwaffen in Europa einzusetzen, ohne daß es automatisch zu einem großangelegten strategischen Gegenschlag kommen müßte.

Damit war erstmals massiv die in der NATO-Strategie verankerte Zielsetzung in Frage gestellt, die darin bestand, Europa militärisch so abzusichern, daß der Sowjetunion im Krisenfall die Optionen der Bedrohung Westeuropas verwehrt würden. [440)]

Im Westen wurde daraus geschlossen, der Kreml könnte annehmen, daß er mit seinem verstärkten Mittelstreckenpotential über militärische Möglichkeiten verfüge, den amerikanischen Nuklearschutz für Europa zu unterlaufen, da ein Gegenschlag mit amerikanischen Interkontinentalwaffen die Bereitschaft der USA voraussetzen würde, auch das eigene Territorium der Vernichtung auszusetzen. Mit anderen Worten: Moskau könnte mit der SS-20 die europäischen NATO-Staaten bedrohen und gleichzeitig Washington signalisieren, daß sich diese Drohung *nicht* gegen die Vereinigten Staaten richte. [441)]

Die vorhandenen Potentiale der NATO in Europa waren mit der SS-20 nicht annähernd zu vergleichen, verfügten jene doch über viel geringere Reichweiten (Pershing I A ca. 720 km, Lance ca. 110 km, Honest John ca.

---

440) Ruehl, L.: Die nukleare Strategie und die Verhandlungen über Begrenzungen nuklearer Waffen, a.a.o., S. 460.

441) Der NATO-Doppelbeschluß, a.a.o., S. 2.
Weers, E.: Zum Thema: Mittelstreckenraketen, a.a.o., S. 6.

40 km) und konnten sowjetisches Gebiet nicht erreichen.

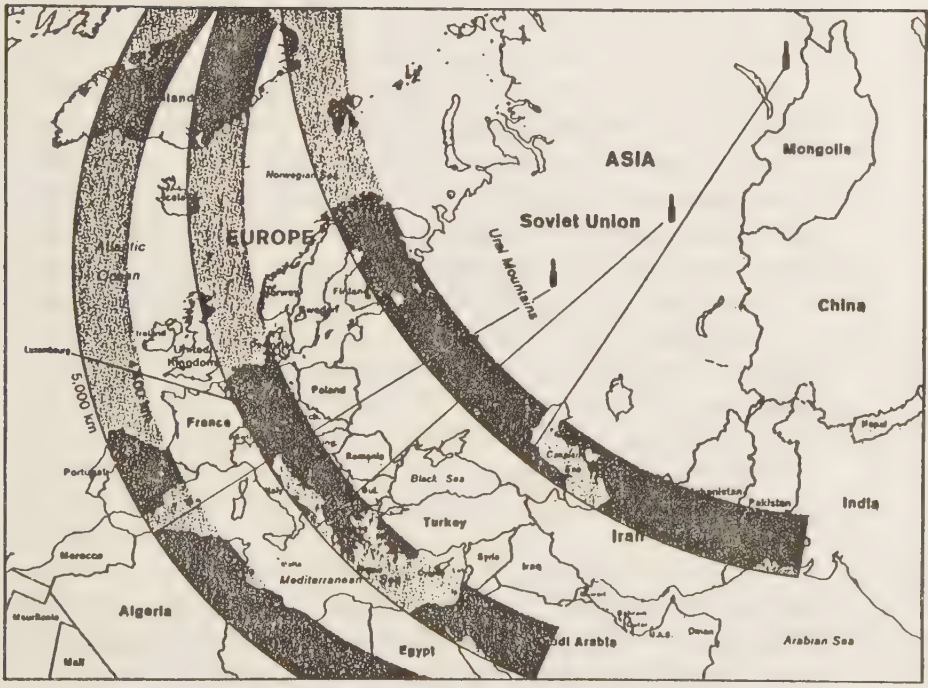
Die im westlichen, zentralen und östlichen Teil der Sowjetunion dislozierten SS-20 konnten von den Stellungsbereichen im westlichen Teil des Landes alle europäischen NATO-Staaten einschließlich Island, die Azoren und die kanarischen Inseln abdecken. Die im zentralen Teil der Sowjetunion sowie einige der in Fernost stationierten Flugkörper konnten ebenfalls große Teile des europäischen NATO-Gebietes erfassen. Mehr als zwei Drittel aller dislozierten SS-20-Abschußgestelle und Gefechtsköpfe waren in den für den Westen besonders bedrohlichen Gebieten disloziert: 442)

---

442) Streitkräftevergleich 1984. NATO-Warschauer Pakt, a.a.o., S. 32 - 34.

Figure 3*

Coverage of Europe from SS-20 Bases East of the Urals



aus: Garner, W.: Soviet Threat Perceptions of NATO's Eurostrategic Missiles, a.a.o., Anhang

Damit war die Sowjetunion in der Lage, Europa quasi "maßgeschneidert" zu bedrohen und mit ihrem regionalen Nuklearpotential alle NATO-TNF-Potentiale vollständig abzudecken, ohne daß der Westen über eine annähernd gleichwertige Option verfügte.

Militärexperten wiesen immer wieder darauf hin, daß die Überlegenheit der Sowjetunion im Bereich der Mittelstreckenpotentiale in Europa die von der NATO-Strategie der "Flexible Response" vorgesehene vorbedachte Eskalation im Sinne selektiver Ersteinsätze des Bündnisses fraglich machen werde. Eine Eskalation bis hin zum Einsatz der

strategischen Potentiale der USA werde damit immer unwahrscheinlicher, erst eine Ausgewogenheit durch Nachrüstung im Mittelstreckenbereich – unterstützt durch eine konventionelle Verstärkung – könne auch politische Wirkung zeigen. [443)]

Ziel der neuen, zahlen- und reichweitenmäßig eindeutig begrenzten Systeme vom Typ Pershing II und cruise-missile sollte es daher sein, die Möglichkeit eines auf Europa begrenzten Krieges zu vermeiden. Sie sollten im Falle eines selektiven Nuklearangriffs des Gegners sowohl die Aufgabe einer Vergeltungswaffe übernehmen, als auch die Option selektiver nuklearer Gegenschläge im Falle eines konventionellen Angriffs eröffnen. Damit sollten die neuen Waffen eine doppelte Aufgabe erfüllen: zum einen der Sowjetunion eine Angriffsoption auf der Mittelstreckenebene versperren, zum anderen die Eskalationsfähigkeit der NATO wiederherstellen.

2.2.2. Die politische Notwendigkeit

Die Einflußfaktoren für das Zustandekommen des Doppelbeschlusses allein im militärstrategischen Bereich zu suchen, würde der Situation nicht gerecht werden. Vielmehr war der Entscheidungsprozeß in zunehmendem Maße geprägt von bündnispolitischen Überlegungen, wie etwa der Wiederherstellung der politischen Glaubwürdigkeit, der Demonstration von Bündnissolidarität sowie des eindeutigen Offenhaltens der Rüstungskontrolloption.

2.2.2.1. Die Wiederherstellung der politischen Glaubwürdigkeit

Im NATO-Doppelbeschluß ging es nicht allein um eine Frage der Rüstung und der Rüstungskontrolle, sondern auch um die Frage, ob sich die NATO-Verbündeten dem Vormachtanspruch und dem strategischen Übergewicht der Sowjetunion in Westeuropa entgegenstellen, oder ob sie

---

443) Löser, H.-J.: Vorneverteidigung der Bundesrepublik Deutschland?, a.a.o., S. 120.

dem sowjetischen Druck nachgeben wollten. [444)]

Diese Komponente gewann besonders vor dem Hintergrund zunehmend massiver werdender Äußerungen Moskaus an Bedeutung. Der Westen mußte – verstärkt durch die Erfahrungen mit dem Verlauf der Neutronenwaffen-Diskussion – deutlich machen, daß das Bündnis an geplanten rüstungspolitischen Entscheidungen festhalten und auch in der Lage sein werde, sie durchzusetzen. Moskau mußte demonstriert werden, daß der Kreml *nicht* über die Fähigkeit verfüge, durch politischen Druck Einfluß auf die Entscheidungsfindung des Westens nehmen zu können – eine Perzeption, die im Osten aufgrund der Erfahrungen mit der Neutronenwaffen-Entscheidung nicht auszuschließen war.

So ist festzustellen, daß Moskau ab dem Frühjahr 1979 mit verstärktem Druck und Einschüchterungsversuchen auf den Westen reagierte, als die Pläne für eine Mittelstreckenmodernisierung in Europa konkrete Formen annahmen. Vor allem die Bundesrepublik stand in ihrer Rolle als zentrales Stationierungsland im Kreuzfeuer der sowjetischen Kritik. [445)]

Am 1. März 1979 warnte der sowjetische Premierminister Kossygin die europäischen NATO-Mitglieder und in besonderer Weise die Bundesrepublik davor, daß die wirtschaftlichen Beziehungen zu der Sowjetunion gefährdet seien, falls die Verbündeten mit dem Aufbau militärischer Potentiale fortfahren würden, während Generalsekretär Breschnew sich parallel dazu für Ost-West-Verhandlungen in der Mittelstreckenfrage einsetze, und auch die Außenminister des Warschauer Paktes verwiesen am 14./15. Mai 1979 auf die Gefahr, die von den Aufstellungsplänen der NATO ausgehe.

Die Situation im Vorfeld der Entscheidung von 12. Dezember 1979 war somit gekennzeichnet von einer gezielten politisch-psychologischen

---

444) Weißbuch der Bundesregierung 1985, a.a.o., S. 15.

445) siehe hierzu und zu folgendem:
The Modernization of NATO's long-range theater nuclear forces, a.a.o., S. 50 ff.

Einwirkung des Kreml auf den Entscheidungsprozeß. Mit Nachdruck wurde immer wieder auf die Friedfertigkeit der sowjetischen Streitmächte hingewiesen, ein vom Westen angeführtes Ungleichgewicht im TNF-Bereich wurde bestritten.

Im Oktober 1979 erreichten die sowjetischen Aktivitäten ihren Höhepunkt, als Breschnew am 6. Oktober während einer Rede in Ost-Berlin dem Westen eine Reihe von rüstungsbeschränkenden Maßnahmen anbot, jedoch unter der Voraussetzung, daß in Westeuropa keine zusätzlichen Mittelstreckenraketen stationiert würden. [446)]

Abgesehen davon, daß zu diesem Zeitpunkt der Entscheidungsprozeß innerhalb der NATO bereits so gut wie abgeschlossen war und die Offerte Moskaus zu spät kam, stieß die einseitig gehaltene Rede bei den westlichen Vertretern auf Kritik und konnte den geplanten Beschluß der Allianz nicht mehr aufhalten.

Die politische Notwendigkeit, an der NATO-Entscheidung festzuhalten, stieg für die NATO-Verbündeten in dem Maß, wie der Druck aus Moskau wuchs: Am 25. Oktober 1979 warnte Verteidigungsminister Ustinow in einem PRAWDA-Artikel davor, daß die Sowjetunion "entsprechende Maßnahmen" als Antwort auf jeden Beschluß des Atlantischen Bündnisses ergreifen werde, neue amerikanische Mittelstreckensysteme aufzustellen, und meinte: [447)]

> "Die westeuropäischen Länder werden unter der Vergeltung zu leiden haben, wenn die aufgestellten Waffen von ihren Besitzern eingesetzt werden sollten."

Und noch am 23. November 1979 brachte der sowjetische

---

446) siehe hierzu näher die bereits im ersten Teil der Arbeit gemachten Ausführungen zu der Breschnew-Rede vom 6. Oktober 1979.

447) in: PRAWDA v. 26. Oktober 1979, Zit. nach: Neumann, H.-J.: Kernwaffen in Europa, a.a.o., S. 37.

Außenminister Gromyko - der wohl die Interessenlagen des Westens am besten einzuschätzen wußte - eine neue Variante in die Auseinandersetzung ein, als er betonte, die Basis für Rüstungskontrollverhandlungen sei zerstört, falls die NATO auf ihren Modernisierungsplänen bestehe. [448]

Aufgrund dieser Ereignisse kann wohl festgehalten werden, daß in besonderem Maße ab 1979 das Festhalten der Allianz an dem Nachrüstungsvorhaben auch auf dem politischen Erfordernis beruhte, dem Kreml zu demonstrieren, daß der Westen willens und in der Lage sei, an geplanten Vorhaben festzuhalten und diese auch vor dem Hintergrund einer gezielten politisch-psychologischen Einwirkung zu realisieren.

2.2.2.2. Demonstration der Einheit des Bündnisses

Nachdem ab Anfang 1978 verstärkte Zweifel an den Führungsqualitäten des amerikanischen Präsidenten aufgekommen waren und die Verbündeten für ihre sicherheitspolitischen Belange nicht genügend Verständnis in Washington zu finden glaubten, wurde die Nachrüstungsentscheidung in zunehmendem Maße auch zum Symbol der Demonstration der Einheit der westlichen Allianz.

Es mußte - vor allem vor dem Hintergrund massiver Versuche der Einflußnahme des Kreml - die Verbundenheit der NATO Partner in sicherheitspolitischen Fragen verdeutlicht werden. Bereits Ende Mai 1978 hatte Carter in diesem Zusammenhang in Washington erklärt [449]

> "Jahrelang hat sich das Bündnis in erster Linie auf amerikanische strategische Streitkräfte verlassen, wenn es um die Abschreckung eines nuklearen Angriffs in

---

448) The Modernization of NATO's long-range theater nuclear forces, a.a.o., S. 53.
Vigeveno, G.: The Bomb, a.a.o., S. 104.

449) Erklärung des Präsidenten der Vereinigten Staaten, Jimmy Carter, auf der Tagung des Nordatlantikrates in Washington am 31. Mai 1978.

> Europa ging. Diese Koppelung amerikanischer strategischer Streitkräfte mit Europa ist von entscheidender Wichtigkeit, denn sie bedeutet, daß ein Angriff auf Europa dieselben Konsequenzen wie ein Angriff auf die Vereinigten Staaten haben würde. Hier soll sich niemand falsche Vorstellungen machen! Die Vereinigten Staaten sind bereit, alle für die Verteidigung des NATO-Gebietes notwendigen Kräfte einzusetzen."

Und auch der amerikanische Sicherheitsberater machte einige Tage nach Breschnews Rede in Ost-Berlin unmißverständlich die amerikanische Garantie für Europa deutlich: [450)]

> "Die Verpflichtung der Vereinigten Staaten gegenüber der Sicherheit Europas ist unerschütterlich. Sie ist ein geschlossenes und vollständiges Ganzes. Wir sehen die Sicherheit Westeuropas als einen Teil unserer eigenen Sicherheit. Wir sind uns bewußt, daß jede Bedrohung der Sicherheit Westeuropas eine direkte Bedrohung der Sicherheit der Vereinigten Staaten ist. Die Zusage Amerikas, Europa nuklear oder konventionell zu verteidigen, ist ein integraler Bestandteil unserer Verteidigungspolitik. Es gibt keine erdenklichen Umstände, unter denen wir nicht auf eine gegen die Sicherheit unserer Verbündeten in Europa gerichtete Drohung reagieren würden."

Dabei war bereits vorher eine Diskussion darüber entflammt, in deren Mittelpunkt die Abschreckungsproblematik, aber auch die Frage nach dem Umfang der Waffen stand, den man für eine glaubwürdige Abschreckung

---

450) Rede des Sicherheitsberaters des amerikanischen Präsidenten, Zbigniew Brzezinski, auf der Jahrestagung der Vereinigung der Atlantikpakt-Gesellschaften (ATA) in Washington am 10. Oktober 1978, in: Europa-Archiv, Folge 22/1979, S. D599.

benötigte. So meinte etwa im Herbst 1979 Henry Kissinger auf einer Veranstaltung in Brüssel: [451)]

> "We must face the fact that it is absurd to base the strategy of the West on the credibility of the threat of mutual suicide. (...) If there is no theater nuclear establishment on the continent in Europe, we are writing the script for selective blackmail in which our allies will be threatened, and we will be forced into a decision where we can respond only with a strategy that has no military purpose but only a population destruction purpose ..."

Während Kissinger somit betonte, die erweiterte Abschreckung könne nicht länger auf einer Strategie der gegenseitigen Zerstörung beruhen, meinte etwa Mc George Bundy:

> "The strategic protection of Europe is as strong or as weak as the American strategic guarantee, no matter what American weapons are deployed under NATO. (...) The enduring effectiveness of the guerantee has not depended on strategic superiority. It has depended instead on too great facts: the visible deployment of major American military forces in Europe and the very evident risk that any large scale engagement between Soviet and American forces would rapidly and uncontrollably become general, nuclear, and disastrous. (...) No one knows that a major engagement in Europe would escalate to the strategic nuclear level. But the essential point is the opposite: no one can possibly know it would not. Precisely because these weapons are different, and precisely because the existing balance in Europe is

---

451) The Modernization of NATO's long-range theater nuclear forces, a.a.o., S. 24.

endurable to both sides, even a small risk of a large nuclear exchange is much too much ..."

Diese beiden Reden machen im wesentlichen die differierenden Auffassungen transparent, welche sich in der Modernisierungsfrage stellten: Zum einen die Absage an die Möglichkeit einer gesicherten Zerstörung und die Forderung nach glaubhaften Optionen auf niedriger Ebene, und zum anderen die Überzeugung, daß die Abschreckung in der letzten Konsequenz doch auch weiterhin auf der strategischen Option beruhe.

Vor dem Hintergrund dieses Dilemmas sah die Allianz sich vor das Problem gestellt, einerseits der militärstrategischen Herausforderung entgegentreten zu müssen, dabei jedoch nicht die entspannungspolitischen Ansätze aufs Spiel zu setzen.

2.2.3. Das Offenhalten der rüstungskontrollpolitischen Option

Wie bereits dem Verlauf und dem Ergebnis des NATO-Doppelbeschlusses zu entnehmen ist, stellte neben der Frage nach der Notwendigkeit einer Waffenmodernisierung die Frage der Möglichkeit einer rüstungskontrollpolitischen Lösung der Mittelstreckenproblematik ein zentrales Element dar.

Verfolgt man den Werdegang und die Entstehungsgeschichte des rüstungskontrollpolitischen Ansatzes zur Lösung der Disparitäten auch im TNF-Bereich, so ist festzuhalten, daß dieser Ansatz seinen Ursprung in den SALT-Gesprächen zwischen den beiden Supermächten hat: [452)]

Im Frühjahr 1977 hatte die Carter-Regierung eine Delegation nach Moskau entsandt mit der Aufgabe, ein besseres SALT-Ergebnis zu erreichen. Resultat dieser Gespräche war zwar nicht eine Änderung der Obergrenze der strategischen Systeme, doch es zeichnete sich bereits die

---

452) In die folgenden Ausführungen fließen auch die Ergebnisse von Hintergrundgesprächen ein, die die Verfasserin mit politischen Vertretern in Bonn führen konnte.

Struktur eines SALT-Vertrages ab, der neben einer Weiterverhandlungserklärung noch ein Protokoll enthalten sollte. Auffallend war jedoch, daß in diesem Protokoll zwar von den amerikanischen Mittelstrecken die Rede war, die sowjetischen Systeme jedoch unerwähnt blieben.

Hatte man in den westeuropäischen Hauptstädten schon seit geraumer Zeit die Entwicklung im militärstrategischen Bereich beobachtet und die ausschließlich auf die strategischen Systeme begrenzten Rüstungskontrollgespräche zwischen Washington und Moskau verfolgt, so sahen die Verbündeten - und in besonderem Maße die Regierung in Bonn - sich veranlaßt, im Sommer 1977 ihre Sorgen zum Ausdruck zu bringen.

Dies hatte zur Folge, daß die Amerikaner in der NATO aber auch vor dem amerikanischen Senat die Verpflichtung abgaben, daß jede Begrenzung amerikanischer Mittelstreckensysteme von einer entsprechenden Begrenzung der sowjetischen Mittelstreckenpotentiale begleitet werden müßte.

Damit war nach Angaben von Vertretern in Bonn der Grundstein für die rüstungskontrollpolitische Komponente in der TNF-Frage gelegt und fand später im NATO-Doppelbeschluß seinen konkreten Niederschlag.

Ab Sommer 1977 begann eine sehr umfangreiche bilaterale Diskussion über die Grauzonenproblematik und besonders in Bonn setzte man sich mit den Disparitäten im Mittelstreckenbereich auseinander, was sich in besonderer Weise auch in der Londoner Rede von Bunderkanzler Schmidt niederschlug.

Basierend auf den ab Mitte 1977 gewonnenen Erkenntnissen kam man innerhalb der Bundesregierung zu dem Resultat, daß es wohl zweckmäßig sei, das Mittelstreckenproblem sozusagen mit einem doppelten Ansatz zu lösen und eine rüstungskontrollpolitische Option offenzuhalten.

Hinzu kamen die Erfahrungen im Entscheidungsprozeß um die Neutronenwaffe, da es auch in dieser Frage einen Zusammenhang zwischen der Produktionsentscheidung und der Rüstungskontrolle gab. Zwar war damals nicht von einer "uno actu"-Lösung die Rede, d.h. der

militärische Ansatz und der rüstungskontrollpolitische Ansatz waren nicht integriert vorgesehen, doch es gab bereits damals Ansätze in diese Richtung.

Für die Europäer resultierte aus dieser sich bereits damals abzeichnenden "doppelten" Lösungsmöglichkeit sicherheitspolitischer Fragen die Forderung, daß es einer sauberen und fundierten Vorarbeit bedürfe, wolle man auch in Zukunft an einer ähnlichen Lösung festhalten und eine Wiederholung des Neutronenwaffen-Debakels vermeiden.

So fiel der im April 1979 in Brüssel von Botschafter Dr. Ruth unterbreitete Vorschlag bei den Allianzpartnern auf durchaus fruchtbaren Boden, als Pendant zu der HLG eine Expertengruppe einzusetzen, welche sich ausschließlich mit dem wichtigen und sehr komplexen Bereich der Rüstungskontrolle auseinandersetzen sollte.

Auch dieses Gremium sollte sich aus hochrangigen Beamten zusammensetzen, was schon formal die Gleichwertigkeit der beiden sich ergänzenden Antworten auf die Mittelstreckenproblematik signalisieren sollte.

Inhaltlich bestand zwischen dem von der HLG erarbeiteten Modernisierungsteils des Doppelbeschlusses und der Arbeit der SG insofern eine Verbindung, als zunächst Umfang und Art der Nachrüstung in seinen wesentlichen Teilen klar sein mußten, um sozusagen auf diesem Fundament den rüstungskontrollpolitischen Entwurf erarbeiten zu können. Die Modernisierung sollte somit ein Anreiz, ein in die Verhandlungen einzubringendes "bargaining-chip" sein, mit ihm sollte die Rüstungskontrolle effektiv gemacht werden.

2.2.4. Die Problematik von An- und Abkoppelung

Aufgrund der politischen und militärischen Asymmetrie zwischen den europäischen Streitkräftepotentialen der NATO und der sowjetischen Supermacht basiert die Haltung des Westens darauf, daß ein annäherndes Gleichgewicht zwischen Ost und West nur durch die Zusammenfassung der Potentiale der Vereinigten Staaten und Europas erreicht werden könne.

Diese auf den ersten Blick recht einfach klingende Formel der "Ankoppelung" wirft jedoch - soll sie sinnvoll umgesetzt werden - eine Reihe von Problemen und Fragen auf, die sowohl im geostrategischen als auch im bündnispolitischen Bereich liegen.

An- und Abkoppelungsvorstellungen waren somit Faktoren, die auch Einfluß nahmen auf den Entscheidungsablauf innerhalb des westlichen Bündnisses.

2.2.4.1. Die Ausgangslage: Geographische Ungleichheit

Ein Blick auf die Landkarte zeigt, daß das Gebiet des Warschauer Paktes mit der euro-asiatischen Landmasse der Sowjetunion und den in seinem Vorfeld liegenden osteuropäischen Paktstaaten einen tiefen, geographisch geschlossenen Raum umfaßt. Geostrategisch bedeutet diese räumliche Geschlossenheit einen Vorteil, dem jedoch andererseits der Nachteil gegenübersteht, daß der Warschauer Pakt nur begrenzten Zugang zum Meer besitzt.

Im Gegensatz hierzu ist der geostrategische Raum der NATO durch Nordatlantik, Nordmeer, Nordsee, Ostsee und Mittelmeer geteilt. Die Entfernung zwischen den USA und Westeuropa beträgt etwa 6000 km Seeweg, während zwischen der Sowjetunion und der innerdeutschen Grenze nur ca. 650 km Landweg liegen. Ebenso besitzt das westeuropäische NATO-Territorium eine vergleichsweise geringe Raumtiefe und verhält sich zur Raumtiefe des Warschauer Paktes wie 1 : 8,4.[453]

Da die Vereinigten Staaten als stärkstes Mitglied des NATO-Bündnisses immer betonen, an ihrer Verpflichtung zur Erhaltung der Sicherheit Westeuropas festzuhalten, stehen sie vor dem Problem, im Konfliktfall ein Territorium verteidigen zu müssen, von dem sie mehrere tausend Kilometer entfernt sind.

Verschärft wird die Situation dadurch, daß die "am meisten

---

453) Weißbuch der Bundesregierung, 1975/76, a.a.O., S. 24 - 26
Streitkräftevergleich 1984 NATO-Warschauer Pakt, a.a.O., S. 6 ff

bevölkerten, entwickelten und verwundbaren Gebiete der NATO an gegnerisches, dicht mit Streitkräften ausgerüstetes Gebiet des Warschauer Paktes grenzen". Diese für den Warschauer Pakt günstige geographische Situation ermöglicht der Sowjetunion eine im Konfliktfall leichtere und schnellere Versorgung ihrer Streitkräfte in Europa. [454)]

Unterstützt wird dieser Vorteil durch die allgemeine Verkürzung der "Warnzeit". Die NATO ging in ihrer ursprünglichen Konzeption von der Vorstellung aus, daß der Osten bei einem geplanten Angriff auf Westeuropa trotz der geographischen Vorteile auf ein rasches Durchbrechen der NATO-Verteidigungslinien verzichten und vielmehr längere militärische Vorbereitungen treffen werde. Daraus errechnete sich die NATO eine Warnzeit von 20 bis 30 Tagen; genug, um die bis dahin fehlenden Truppen herbeizuschaffen. Vor dem Hintergrund einer raschen technologischen Entwicklung, auch auf Seiten des Warschauer Paktes, hatte sich dieser zeitliche Faktor jedoch erheblich reduziert, so daß jenseits des Ural stationierte sowjetische Verbände innerhalb weniger Tage nach Mitteleuropa gebracht werden könnten. [455)]

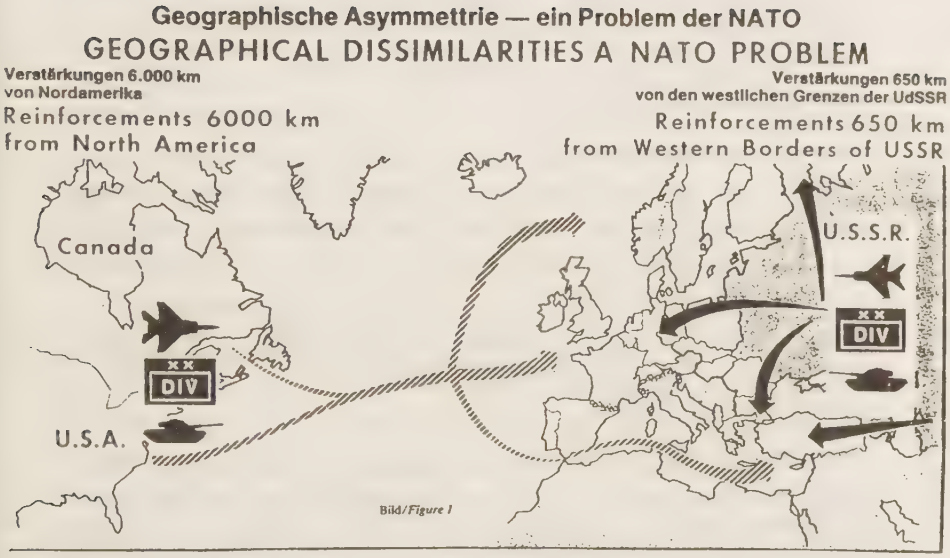
Während der Warschauer Pakt viele seiner zentralen Reserven relativ schnell auf Land- und Luftweg verlegen könnte, müßte der größte Teil der personellen und materiellen Verstärkungen der NATO über den Atlantik und Ärmelkanal hauptsächlich auf dem Seeweg herangeführt werden. [456)]

---

454) Wettig, G.: Umstrittene Sicherheit, a.a.o., S. 60 ff.

455) Ebd., S. 60 ff.

456) Streitkräftevergleich 1984. NATO-Warschauer Pakt, a.a.o., S. 9.



aus: Moniac, R. (Hrsg.): Krieg oder Frieden, a.a.o., S. 16

Verschärft wurde diese für den Westen ohnehin schon ungünstige militärstrategische Situation durch den Versuch Moskaus, sich mittels der SS–20 gegenüber Westeuropa letztlich auch ein Abkoppelungsinstrument zu eigen zu machen, welches Westeuropa für politischen und militärischen Druck anfällig machte und sich so notwendigerweise auch auf das westliche Bündnis auswirken mußte.

2.2.4.2. Das europäische Abkoppelungsparadoxon

Basis für die Sicherheit Westeuropas war und ist die enge Verbindung der im europäischen Bereich dislozierten Streitkräfte mit dem strategischen Potential der Vereinigten Staaten.

Die Frage der Koppelung war für die Westeuropäer somit ein äußerst sensibler Bereich, sicherheitspolitische Debatten im Bündnis resultierten in erster Linie aus der immer wieder auftauchenden Frage, ob durch Veränderungen im globalen Kräfteverhältnis, aber auch durch neue militärstrategische Konzepte diese Kopplung geschwächt oder gar aufgelöst werde und ob dadurch die amerikanische Garantie für Europa an Glaubwürdigkeit verlieren könne.

Bereits in den 60-er Jahren waren die westlichen TNF-Potentiale Veränderungen unterworfen, etwa der Art, daß sie sowjetisches Territorium im Ernstfall aussparten oder daß die NATO die ausgelaufenen Systeme mit nuklearen Fähigkeiten nicht in gleicher Zahl ersetzte. Damals blieben nennenswerte politische Besorgnisse bei den Westeuropäern zwar aus, doch es zeigte sich, daß die von amerikanischer Seite beabsichtitgten strukturellen Veränderungen der TNF von den Bündnispartnern mit Mißtrauen beobachtet wurden. [457)]

Zu der Zeit war jedoch kein ausreichendes Interesse an einer TNF-Modernisierung vorhanden und die Westeuropäer machten Einwände geltend: Sie vertraten die Auffassung, daß eine wesentliche Verbesserung der TNF nicht nur undurchführbar, sondern angesichts der Möglichkeit einer Entkoppelung der amerikanischen strategischen Streitkräfte vom europäischen Kriegsschauplatz sogar unerwünscht sei. [458)]

Sorgen bereiteten den Westeuropäern auch die vom damaligen amerikanischen Verteidigungsminister Schlesinger initiierte Neubewertung der Rolle nuklearer Waffen. Nach dem Verlust der strategischen Überlegenheit gegenüber der Sowjetunion konnten die Vereinigten Staaten nicht mehr überzeugend mit einem nuklearen Eingreifen in einen nichtnuklearen Konflikt drohen, ohne auch die eigene Existenz zu gefährden. Es lag daher in amerikanischem Interesse, die Nuklearschwelle möglichst hoch anzusetzen und dafür die konventionelle Verteidigung zu

---

457) Nerlich, U.: Die Modernisierung der "Theater Nuclear Forces" der NATO, a.a.o., S. 61.

458) Ebd., S. 61.

stärken, ließ sich ein konventioneller Konflikt doch noch am ehesten regional begrenzen. [459)]

Die Europäer und vor allem die Bundesrepublik fürchteten jedoch einen mit herkömmlichen Waffen ausgetragenen Konflikt auf eigenem Territorium ebenso, wie eine nukleare Auseinandersetzung. Den taktischen Nuklearstreitkräften kam aus europäischer Sicht eine wichtige Bindegliedfunktion zu, jedes Rütteln daran wurde von den europäischen Partnern zwangsläufig mit äußerster Skepsis verfolgt. Nach ihrer Ansicht sollte sich ein möglicher Einsatz nuklearer Streitkräfte nicht mehr nach den Bedürfnissen der Region richten, in der sie stationiert waren, sondern gesamtstrategischen Überlegungen untergeordnet sein. [460)]

Auch im Rahmen der rüstungskontrollpolitischen Gespräche zwischen Washington und Moskau wurde von den Westeuropäern der Umgang mit Waffensystemen, welche dem TNF-Bereich zugeordnet waren, äußerst wachsam beobachtet. So sorgte in Europa die Bereitschaft der Carter-Administration für Irritation, die Reichweite der see- und landgestützten Marschflugkörper auf 600 Kilometer zu begrenzen. Gerade an dieser Waffenversion waren die europäischen Verbündeten besonders interessiert; der Gedanke lag nahe, Washington wolle eine TNF-Option "opfern", um die SALT-Verhandlungen nicht zu gefährden.

Ging es jedoch - wie im Falle der Modernisierungsentscheidung - konkret um Zahl und Umfang von TNF-Waffen für den europäischen Bereich, so wurde sehr schnell deutlich, in welchem Dilemma sich die westeuropäischen Verbündeten befanden und wohl immer befinden werden: Gibt es zu wenig TNF-Systeme in Westeuropa, so kann dies von den Westeuropäern in dem Sinn als Abkoppelung empfunden werden, als es sie von der wenig glaubwürdigen amerikanischen Option eines massiven Einsatzes des strategischen Nuklearpotentials abhängig machen würde. Stationiert man hingegen eine dem sowjetischen Potential entsprechende Anzahl von Mittelstreckensystemen in Westeuropa, so kann dies ebenfalls

---

459) Haftendorn, H.: Sicherheit und Stabilität, a.a.o., S. 96.

460) Ebd., S. 97.

zur Abkoppelung führen, "weil die USA in diesem Fall geneigt sein könnten, ihre zentralen Systeme nicht mehr zur Verteidigung Westeuropas einzusetzen". [461)]

Das Abkoppelungs-Paradoxon mußte somit zwangsläufig auch in der Lösung der Modernisierungsfrage seinen Niederschlag finden. Der amerikanische Außenminister Vance sowie Verteidigungsminister Brown sprachen sich eindeutig gegen die Schaffung einer separaten kontinentalstrategischen Balance aus mit dem Hinweis, gerade ein solcher Versuch werde die Abkoppelung der zentralen US-Systeme von der Verteidigung Westeuropas herbeiführen. [462)]

Die Entscheidung innerhalb der NATO zugunsten eines nur ungefähren, jedoch zahlenmäßig nicht exakten Ausgleichs der in Europa bestehenden Disparität im Mittelstreckenbereich ist folglich auch unter dem Abkoppelungsgesichtspunkt zu sehen.

2.2.5. Der technologische Stand: Zur Chronologie der westlichen Nachrüstungssysteme

Für die Bewertung des NATO-Beschlusses bleibt zu klären, in welcher rüstungspolitischen Entwicklungsphase im Mittelstreckenbereich sich die westliche Allianz in den 70-er Jahren befand und welchen Einfluß dies auf den Entscheidungsprozeß ausübte. Hatte die NATO schon konkrete waffentechnologische Modernisierungsvorstellungen, Modernisierungspläne oder gar einsatzfähige Systeme, als die ersten SS-20 in Stellung gebracht wurden? Welche Eigenschaften und Anforderungen an die neuen Mittelstreckenwaffen lagen im Hauptinteresse der Militärplaner in Brüssel? Weshalb wurden gerade die bodengestützten Cruise-missile und die Pershing II als prädestiniert für das Modernisierungsvorhaben gewertet?

---

461) Bomsdorf, F.: Sicherheitsinteressen Westeuropas in den SALT-II-Anhörungen, a.a.o., S. 53.
Haftendorn, H.: Sicherheit und Entspannung, a.a.o., S. 220, S. 228.

462) Bomsdorf, F.: Sicherheitsinteressen Westeuropas in den SALT-II-Anhörungen, a.a.o., S. 53.

Im Rahmen dieses Fragenkatalogs soll im folgenden näher auf die Entwicklungsgeschichte, sowie die Eigenschaften der beiden Systeme eingegangen werden.

2.2.5.1. Die Cruise-missile (Marschflugkörper)

Als Cruise-missile bzw. Marschflugkörper werden seit geraumer Zeit eine große und sehr vielfältige Klasse von Lenkflugkörpern bezeichnet, die sich durch ganz spezifische Merkmale auszeichnen: Anders als ballistische Flugkörper werden sie während des gesamten Fluges meist durch Luftstrahl angetrieben. Dadurch wird es möglich, ihnen eine Flugbahn zu geben, die der bemannter Flugzeuge ähnelt.

Grundsätzlich kann bei den Marschflugkörpern zwischen zwei Generationen unterschieden werden: [463] Die erste Generation geht noch auf die im Zweiten Weltkrieg von Deutschland entwickelte V-1 zurück, eine strahlgetriebene Bombe, die 1944 über den Ärmelkanal flog und Ziele in England bekämpfte. Diese Version zeichnete sich jedoch im Vergleich zu ballistischen Flugkörpern durch eine niedrige Geschwindigkeit aus und machte sie gerade aufgrund ihrer den Flugkörpern ähnlichen Flugbahn gegenüber der Luftverteidigung sehr verwundbar.

Nachfolgesysteme, die nach dem Krieg von den USA entwickelt wurden - z.B. "Matador", "Shark", "Navajo", etc. - wiesen ähnliche Schwachstellen auf, was dazu führte, daß die Anfang der 60-er Jahre durch die landgestützte Minuteman und die U-Boot-gestützten Polaris-Flugkörper ersetzt wurden. Bis Ende der 60-er Jahre wurden alle, auch die in der Bundsrepublik stationierten Marschflugkörper außer Dienst gestellt.

Seit Anfang der 70-er Jahre befand sich dann eine ganz neue

---

463) siehe hierzu:
Krell, G./Schmidt, H.-J.: Der Rüstungswettlauf in Europa, a.a.o., S. 25 f.
Burt, R.: Das Dilemma mit den "cruise missiles", in: Europa-Archiv, Folge 14/1976, S. 457 - 468.
Stützle, W.: Politik und Kräfteverhältnis, a.a.o., S. 117.

Marschflugkörper-Generation in der Entwicklung, die sich vor allem durch kleinere, leichtere und genauere Navigationsanlagen auszeichnete, sowie durch kleinere und leistungsfähigere Strahltriebwerke.

Im Mittelpunkt der Forschungsarbeiten standen jedoch zunächst nur die *luft-* und *see*-gestützten Marschflugkörper, d.h. ALCM und SLCM.[464] Sie wurden gewertet als ein wirksames Mittel zur Durchdringung der sowjetischen Luftabwehr sowie zur Unterfliegung des sowjetischen Radar-Systems.

Obwohl es nach Auskunft von Experten im April 1975 noch nicht gelungen war, ein nützliches und kosteneffektives System für die Integration der technischen Einzelheiten zu finden, war man sich darin einig, die ersten Flugtests sowohl mit der luft- als auch der boden-gestützten CM-Version machen zu können. Anfang 1976 sollte der erste allgemeine, im Herbst 1976 der erste vollgesteuerte Flugtest stattfinden.

Es ist wohl davon auszugehen, daß bereits während der Entwicklungsarbeiten zu den ALCM und den SLCM eine Reihe der ursprünglich vorhandenen Probleme der CM gelöst werden konnten, Richard Burt sprach 1976 von vier bedeutenden Fortschritten:[465]

1. Die Entwicklung von hochleistungsfähigen einkreisigen (turbojet) und zweikreisigen (turbofan) Turbostrahltriebwerken sowie von Staustrahltriebwerken, die alle sehr energiereiche Treibstoffe verbrennen, ermöglicht es, mit relativ kleinen Flugkörpern (weniger als sieben Meter lang) Reichweiten über 3200 km zu erzielen.

2. "Intelligente" Zielansteuerungsverfahren, d.h. Sensoren, die auf vom Ziel selbst erzeugte oder von diesem reflektierte (elektromagnetische) Energie ansprechen, versprechen verbesserte Möglichkeiten für die Positionierung von Peilbaken sowie neue Verfahren der automatisierten

---

464) Aviation Week v. 21. April 1975, S. 9: "The case for cruise missiles"
ALCM = Air-launched cruise missile
SLCM = Sea-launched cruise missile

465) Burt, R.: Das Dilemma mit den "cruise missiles", a.a.o., S. 459/460.

Kurskorrelation ("map-matching techniques"). Dies bedeutet eine Zielabweichung von weniger als 30 Metern.

3. Fortschritte bei der Verkleinerung von nuklearen Gefechtsköpfen und eine neue Generation konventioneller Gefechtsköpfe geben die Möglichkeit, auch mit kleineren Nutzlasten eine bisher nicht erreichbare Zerstörungswirkung zu erzielen.

4. Tiefflugfähigkeit und die beim Bau verwendeten Materialien mit äußerst geringem Radar-Reflexionsvermögen geben den Marschflugkörpern eine bessere Fähigkeit zur Durchdringung der Luftabwehr.

Während die Programme für die ALCM und die SLCM liefen, erkannte man, daß sich die - als "Tomahawk" bezeichneten - Marschflugkörper sehr gut auch für eine landgestützte Variante eignen könnten: So wurde bereits 1976 an einem Prototyp demonstriert, daß er sich für mobile landgängige Abschußanlagen einsetzen ließe. Ausgerüstet mit einem 200-Kilotonnen-Gefechtskopf, könnte der Tomahawk aus Feuerstellungen im Nordatlantik oder auf dem europäischen Festland Ziele tief in der Sowjetunion bekämpfen. Falls die Voraussagen über die Treffgenauigkeit durch Tests erhärtet würden, so könnten die Gefechtsköpfe von Marschflugkörpern mit Erfolg dazu verwendet werden, gehärtete militärische Ziele zu vernichten. Daß bereits zu diesem Zeitpunkt die volle militärstrategische Bedeutung der Cruise-missiles erkannt war, machen auch die weiteren Ausführungen von Richard Burt deutlich, der meinte: 466)

> "... Die verblüffendsten und bedeutendsten Einsatzoperationen dürften Waffen wie der Tomahawk jedoch im taktischen Bereich bieten. Von Stellungen in Mitteleuropa aus könnten Marschflugkörper mit größerer Reichweite verlockende Alternativen für die Ausführung von Interdiktions-

---

466) Burt, R.: Das Dilemme mit den "cruise missiles", a.a.o., S. 461.

Aufträgen tief im feindlichen Hinterland darstellen. Mit nuklearen oder nichtnuklearen Gefechtsköpfen ausgerüstet könnten diese Systeme, an Land oder im europäischen Küstengewässer disloziert, einen leistungsfähigen Ersatz für die verwundbaren [- ... -] schnell alarmbereiten Flugzeuge bilden, die derzeit in Ländern wie der Bundesrepublik Deutschland stationiert sind."

1976 wurde bekannt, daß die amerikanische Luftwaffe mit der Erstellung von Studien begonnen hatte, in denen die die Möglichkeit einer Ersetzung der in Großbritannien aufgestellten F-111 durch bodengestützte Cruise-missiles (GLCM) geprüft wurde. [467)]

Im Januar 1977 tauchte dann im Bericht des amerikanischen Verteidigungsministeriums erstmals explizit der bodengestützte Marschflugkörper auf, und für das Haushaltsjahr 1978 wurden 3,9 Mio. Dollar für die Entwicklung dieser Variante bereitgestellt, welche auf der bereits 1976 erfolgreich getesteten Navy-Version des Tomahawk basieren sollte. [468)]

Wie hoch der Wert der Cruise-missile bei den amerikanischen Experten eingeschätzt wurde, wird deutlich an den Äußerungen des damaligen Direktors für Verteidigungsplanung ("Defense Research and Energeering"), Malcolm C. Currie, der in seinem Januar-Bericht meinte: [469)]

---

467) The Modernization of NATO's long-range Theater nuclear forces, a.a o., S. 17.
GLCM = ground-launched cruise missile

468) Aviation Week v. 24. Januar 1977, S. 16.

469) "Program of Research Development Test and Evaluation, Fiscal Year 1978", Statement by the Honorable M.R. Currie, Director DRE, to the 95th Congress, zit. nach: The Modernization of NATO's long-range theater nuclear forces, a.a.o., S. 17.

> "The advent of long range, highly accurate cruise missile is perhaps the most significant weapon deveploment of the decade [...] the cruise missile represents a high leverage investment which can be fielded out relatively low cost by utilizing existing launch platforms while at the same time forcing the Soviets to divert resources to costly air defense systems."

Kurz nach seinem Amtsantritt billigte Verteidigungsminister Brown den Vorschlag des Pentagon, von dem im Haushalt 1978 vorgesehenen *Gesamtbetrag* für die Marschflugkörpertechnologie 24 Mio. Dollar für die Entwicklung der *boden*gestützten Variante zu verwenden. Die Entwicklung der GLCM sollte unter der Leitung der Luftwaffe stehen, da die Cruise-missiles in erster Linie dem Zweck dienen sollten, "to soften Soviet air-defense targets when launched from sites within European NATO-Countries prior to strikes by US-Airforce strategic bombers, providing additional firepower and greater command flexibility in the event of nuclear war ..." 470)

Bei der Cruise-missile handelt es sich um einen relativ langsamen, mit Unterschallgeschwindigkeit fliegenden Flugkörper, der etwa von der Bundesrepublik bis Moskau 150 Minuten benötigt, um sein Ziel zu erreichen. Die Cruise-missile besitzt eine Reichweite von etwa 2500 km und ist in der Lage, eine Sprengladung bis zu 200 Kilotonnen zu tragen. Sie ist ausgerüstet mit einem speziellen Radarsystem, welches ihr eine hohe Treffgenauigkeit verleiht: ihre maximale Zielabweichung beträgt zwischen 30 und 50 Metern. Die Cruise-missile bewegt sich in einer Bodennähe bis zu 30 Metern Höhe und besitzt damit die Fähigkeit, die gegnerische Radarüberwachung zu unterfliegen.

Nachdem sich der bodengestützte Marschflugkörper 1977/1978 noch im Planungs- und Entwicklungsstadium befand, setzte erst 1979 der "full-

---

470) Aviation Week v. 21. Februar 1977, S. 20.

scale energeering"-Prozeß ein, erst im Mai 1980 - also *nach* der Doppelbeschluß-Entscheidung - wurde der erste Flugtest eines voll entwickelten GLCM durchgeführt. [471)]

2.2.5.2. Die Pershing II

Bereits seit 1974 war in der NPG die Notwendigkeit erkannt worden, daß die veralteten NATO-Nuklearsysteme kürzerer Reichweite, d.h. unter 1000 km, auf lange Sicht modernisiert werden müßten. Dabei dachte man vor allem an den Ersatz der seit Ende der 60-er Jahre dislozierten Pershing I A (ein Nachfolgesystem der Pershing I, bzw. der bereits 1962 eingeführten MGM-31 A Pershing), die eine Reichweite von ca. 720 km besaß und mit einem Sprengkopf von 60 - 400 Kilotonnen bestückt war. Die Modernisierung dieser Waffe sollte zunächst nur in der Verbesserung der Zielgenauigkeit bestehen, sowie der Ausrüstung mit einem kleineren Sprengkopf. Damit sollte der Kollaterationsschaden der neuen Waffe möglichst reduziert werden, um auf diese Weise eine für den Gegner glaubhafte Nuklearoption zu erhalten. Die Pershing I sollte somit durch eine qualitativ verbesserte Pershing II ersetzt werden, eine Steigerung der Reichweite war dagegen ursprünglich *nicht* vorgesehen.

1974 forderte das amerikanische Verteidigungsministerium für das Haushaltsjahr 1975 Gelder für die Entwicklung eines Pershing-II-Sprengkopfes mit einem Sprengwert von etwa einer Kilotonne und einem wesentlich genaueren Steuerungssystem. 1975 kürzte der Kongreß jedoch die Gelder für die Pershing II, da Unsicherheit hinsichtlich des Bedarfs in Europa bestand. Für das Haushaltsjahr 1976 waren weitere Gelder für die Entwicklung von Hardware für Bodentests vorgesehen. 1977 war die Beschaffung der Hardware für den Prototyp konzipiert, 1978 war dessen Flugerprobung geplant. Die Reichweite des zu verbessernden Systems betrug jedoch nicht mehr als etwa 750 Kilometer. Auch im Frühjahr wurde von offiziellen Stellen in Washington immer wieder betont, daß die

---

471) Aviation Week v. 24. Januar 1977, S. 17.
Krell, G./Schmidt, H.-J.: Der Rüstungswettlauf in Europa, a.a.o., S. 26.

Pershing II die gleiche Reichweite wie die Pershing I A haben werde. [472]

Erst ab Ende 1977 begann man in der NATO auf Drängen des damaligen SACEUR, General Haigs, damit die Frage zu diskutieren, ob es nicht erforderlich sei, auch die Reichweite der Pershing II wesentlich zu erhöhen. [473]

Währenddessen befand man sich in den USA mitten in den Vorbereitungsarbeiten für eine Reihe von Tests: [474] Zwischen November 1977 und dem 18. Mai 1978 wurde eine sechsteilige Versuchsreihe mit der Pershing II teilweise erfolgreich durchgeführt. Dabei wurden für die Pershing II die ersten beiden Stufen der bereits vorhandenen Pershing I A verwendet. Anders als die Pershing I A, deren Wiedereintrittskörper in der Phase zwischen der Abtrennung von der Rakete und dem Erreichen des Ziels einer ballistischen Flugbahn folgt, wird der Wiedereintrittskörper der Pershing II mit Hilfe eines sich an Bord befindlichen Radarsystems bis zum Ziel gesteuert. Dabei wird während der letzten Flugphase das allwetterfähige Radarsystem zugeschaltet, durch diese Korrekturen in der Endphase soll die Zielgenauigkeit noch weiter erhöht werden. [475]

Der zentrale militär-strategische Wert der Pershing II ist somit in ihrer überaus hohen Treffgenauigkeit zu sehen, die weit über derjenigen der Pershing I A liegt. Ihre maximale Zielabweichung konnte auf 1/10 ihres Vorgängersystems reduziert werden.

Anfang 1978 sprachen Beobachter davon, daß im Juni damit begonnen werden solle, digital arbeitende Prozessoren zu testen; damit solle

---

472) Krell, G./Schmidt, H.-J.: Der Rüstungswettlauf in Europa, a.a.o., S. 24/25.

473) The Modernization of NATO's long-range theater nuclear forces, a.a.o., S. 21.

474) Aviation Week, v. 15. Mai 1978, S. 19.

475) The Modernization of NATO's long-range theater nuclear forces, a.a.o., S. 21.
Pershing 2 und SS-20 als strategische Raketen?, in: ÖMZ, Heft 5/1981, S. 374.

die Leistung der Pershing II weiter verbessert werden. Andere qualitative Neuerungen sollten die Software-Kapazitäten sowie die erhöhte Elastizität des Sprengkopfes betreffen.

Auch Mitte Mai 1978 wurde noch betont, daß die Reichweite der Pershing II dieselbe sein solle wie die der Pershing I A; diese Reichweite könne zwar – ausgerüstet mit einem konventionellen Sprengkopf – bis auf etwa 1200 Seemeilen erhöht werden, die minimale Reichweite solle jedoch unter der ihres Vorgängermodells liegen. Sinn dieser minimalen Reichweite von etwa 115 Meilen war es, die Fähigkeiten der Pershing II zu verbessern, auch näher gelegene Ziele attackieren zu können.

Es ist jedoch davon auszugehen, daß spätestens ab Oktober 1977 die USA damit begannen – parallel zu den Arbeiten hinsichtlich der technischen Verbesserungen der Pershing I A – auch die Möglichkeiten einer Reichweitensteigerung des Systems zu überprüfen.

Beobachter verweisen darauf, daß der amerikanische Rüstungskonzern "Martin Marietta" den Militärs bereits relativ früh die technologische Möglichkeit unterbreitete, die Reichweite der Pershing auf 1800 Kilometer steigern zu können. [476)]

Doch erst im August 1978 gab der amerikanische Verteidigungsminister Brown die Genehmigung für die Reichweitensteigerung der Pershing II, erst danach wurde gemeldet, daß die amerikanischen Rüstungsplaner "im Rahmen der Diskussion der nuklearen Planungsgruppe" Optionen für die Verbesserung auch der Reichweite prüften. Und auch erst im Bericht des amerikanischen Verteidigungsministerium vom Januar 1979 wurde auf die Pershing II einschließlich der reichweitengesteigerten Version eingegangen. Ende Februar 1979 gab Washington dann 28 Pershing II-XR bei der Martin Marietta Corporation (Florida) in Auftrag. [477)]

---

476) Benien, Th.: Der NATO-Doppelbeschluß als bündnispolitische Belastungsprobe für die deutsch-amerikanischen Beziehungen, a.a.O., S.84

477) Ropelewski, Robert R.: Inventory shifts raise Missile spending, in: Aviation Week, March 12, 1979, S. 35.

Im Zuge der LRTNF-Modernisierung hatte die NATO sich somit für eine Waffe entschieden, welche aufgrund ihres Radar-Lenksystems eine von Raketen bisher unerreichte Zielgenauigkeit von maximal 40 Metern Abweichung ermöglicht. Die mit nur einem Sprengkopf bestückte Pershing II transportiert eine relativ geringe Sprengladung (10 - 20 Kilotonnen) und kann Strecken bis zu 1800 km mit sehr hoher Geschwindigkeit zurücklegen. Um ein Beispiel zu nennen: Von einem Standort in der Bundesrepublik nach Kiew würde sie in ca. 7 bis 15 Minuten fliegen.

Doch trotz aller bereits im Vorfeld des NATO-Doppelbeschlusses erwarteten Qualitätssteigerung bei den GLCM und den Pershing II muß beachtet werden, daß sich beide Systeme auch *nach* der Entscheidung vom 12. Dezember 1979 noch im Teststadium befanden: Der erste Flugtest eines voll entwickelten GLCM konnte - wie bereits erwähnt - erst im Mai 1980 durchgeführt werden, und auch die Pershing II befand sich 1980 noch in der Entwicklungsphase, ihr erster Flugtest war erst für 1982 geplant.

Zur Chronologie der Modernisierung der Mittelstreckenwaffen

Jahr	Backfire	SS-20	Pershing II	Tomahawk Marschflugkörper	
				seegestützt-strategisch U-Boot / Überwasser	landgestützt-strategisch
1969	mehr als Reißbrett	Testversuche mit			
1970	Prototyp gesichert	SS-13/SS-14			
1971					
1972	Testflüge bekannt	Hinweise auf Testversuche der SS-16		Beginn der Entwicklung	
1973	Vorserie/Prototypen	Hinweise auf Testversuche der SS-20			
1974	Einführung der Vorserie		Beginn der Entwicklung Reichweite 750 km		
1975	Einführung des Serientyps	Frühjahr 1975; erste einsatzbereite SS-20 im Fernen Osten			
1976		Ende 1976; Einführung in der europ. Sowjetunion			
1977				1.Flugtest Vollentwicklung / Beginn Entwicklung Überwas.-V.	Beginn der Entwicklung
1978			Planung und Entwicklung der RW-gesteigerten Version (1.800 km)	1.Start von U-Boot / 1.Flugtest Vollentw.	
1979					
1980				1.Start v.Schiff	Mai 1980; 1.Flugtest Vollentwicklung
1981					
1982			(April 1982; erster Flugtest geplant)	Produktionsfreigabe	
1983			ab Ende 1983 Einführung		ab Ende 1983 Einführung
1984					

aus: Krell, G., Schmidt, H.-J.: Der Rüstungswettlauf in Europa, a.a.o., S. 27

Abschließend kann die Entscheidung der NATO zugunsten der GLCM und der Pershing II wohl am besten mit den Worten einer amerikanischen Studie wiedergegeben werden, die im Dezember 1980 vorgelegt wurde. Darin heißt es: [478)]

> "NATO officials have also emphasized that the deployment of a mix of Pershing II's and GLCMs not only offered a force of high accuracy with great

478) The Modernization of NATO's long-range theater nuclear forces, a.a.o., S. 23.

improvements in reliability and accuracy, but also that each system possessed distinctive characteristics that complemented those of the other: *Pershing II* offers a very high assurance of penetrating Soviet air defenses, the capability of striking time–urgent–targets, and particularly important, the opportunity to take advantage of the existing Pershing 1–A infrastructure. *GLCM* will have lower life–cycle costs and longer range providing the capability of attacking a wider range of targets from several different bases thereby increasing the opportunity for participation among member countries through deployment on their soil. In addition (...) the deployment of a mixed ballistic/cruise missile force hedges against the failure of one type of system, provides the flexibility to select the best weapon for a given mission while complicating enemy planning."

Figure 1*

NATO GLCM and Pershing II Coverage

aus: Garner, W.: Soviet Threat Perceptions of NATO's Eurostrategic Missiles, a.a.o., Anhang

2.3. Institutionelle Einflußfaktoren

2.3.1. Die wichtigsten Gremien im Entscheidungsprozeß

2.3.1.1. Die Nukleare Planungsgruppe (NPG)

Die NPG [479] stellt innerhalb der NATO das höchste Gremium für die Behandlung aller Fragen im Bereich der Nuklearpolitik dar. Sie wurde 1966 eingerichtet mit dem Ziel, allen NATO-Verbündeten - d.h. auch denjenigen, die selbst nicht über Atomwaffen verfügten - eine Mitwirkung bei der Behandlung von Nuklearfragen zu ermöglichen.

Die NPG arbeitet auf drei Ebenen, der Minister-, der Botschafter- und der Stabsebene. Die NPG auf *Ministerebene* mit dem NATO-Generalsekretär als Vorsitzendem stellt das höchste Konsultationsgremium über Fragen der NATO-Nuklearpolitik dar, in dem sich die Verteidigungsminister der NPG-Länder zweimal im Jahr treffen. Dabei wird die Arbeit der ihnen nachgeordneten Gruppen überprüft, und es werden Richtlinien für die künftigen Tätigkeiten der NPG festgelegt.

Ursprünglich nahmen an den NPG-Sitzungen nur sieben oder acht Verteidigungsminister teil. Ständige Mitglieder waren dabei die Bundesrepublik, Italien, Großbritannien und die Vereinigten Staaten, während Belgien, Kanada, Dänemark, Griechenland, die Niederlande, Norwegen und die Türkei im Wechsel von 18 Monaten als Mitglieder vertreten waren. Begründet wurde die zahlenmäßige Beschränkung der Mitglieder damit, daß der sensitive Bereich der Nuklearfragen in einem möglichst begrenzten Gremium zu erörtern sei.

Ausgelöst durch die Neutronenwaffendiskussion sowie die geplante Modernisierung der westlichen Mittelstreckenpotentiale vollzog sich jedoch eine Veränderung der politischen Verhältnisse, die ihre Auswirkungen auch

---

479) Die Ausführungen zur NPG stützen sich in erster Linie auf die Angaben von Richard E. Shearer, der von September 1974 bis Juli 1979 Direktor für Nukleare Planung der NATO war.
Shearer, R.E.: NATO-Konsultation über Nuklearpolitik, a.a.o., S. 25 ff.

auf die NPG-interne Teilnahmeregelung hatte: Ab Herbst 1979 – so waren die NPG-Länder übereingekommen – sollten alle NATO-Verteidigungsminister an den NPG-Sitzungen teilnehmen.

Die zweite Ebene stellt die Tagung der *Ständigen Vertreter*, d.h. der Botschafter dar. Die Hauptaufgabe der Ständigen Vertreter, deren Tagungen ebenfalls unter Vorsitz des Generalsekretärs stehen, besteht darin, Fragen der Nuklearpolitik zu prüfen und zu begutachten, bevor sie an die NPG-Minister weitergeleitet werden. Darüber hinaus geben sie Richtlinien und Anweisungen an die Mitarbeitergruppe der NPG oder an Ad-hoc-Gruppen heraus, die sich mit Studien zur Nuklearpolitik befassen.

Die Mitarbeitergruppe, welche oft auch als *Stabsgruppe* bezeichnet wird, arbeitet den Ständigen Vertretern direkt zu und setzt sich aus Mitgliedern der Delegationen der einzelnen NATO-Länder zusammen. Die Stabsgruppe tagt das ganze Jahr über einmal wöchentlich, arbeitet Entwürfe aus und erledigt die Verwaltungsarbeit der NPG. Auf dieser Ebene beginnt somit die gegenseitige Abstimmung und die politische und militärische Synchronisierung unter den elf NPG-Mitgliedsstaaten in Fragen der Nuklearpolitik. Der Leiter der Stabsgruppe ist dabei gleichzeitig Direktor für Nukleare Planung im Internationalen Stab der NATO.

Tritt nun – wie dies auch im Entscheidungsprozeß zur Nachrüstung geschah – der Fall ein, daß "für die zu erledigenden Arbeiten die in der Stabsgruppe vorhandenen Fachkenntnisse nicht ausreichen", so greift die NPG auf die Einsetzung sogenannter Ad-hoc-Gruppen zurück. [480)]

Was die Militärbehörden der NATO betrifft, so sind diese auf allen Ebenen der NPG und in allen Ad-hoc-Gruppen vertreten. In Übereinstimmung mit dem politischen Primat, das Experten aus den Satzungen der NPG ableiten, werden die Militärs nur als Beobachter betrachtet. In der Praxis sind sie jedoch aktive Teilnehmer, die durch ihre sachlichen Beiträge auch für den Entscheidungsprozeß in Nuklearfragen

---

480) Shearer, R.E.: NATO-Konsultation über Nuklearpolitik, a.a.o., S. 25.

[illegible] [illegible] [illegible] [

Standpunkt zur endgültigen Entscheidung vorgelegt werden kann. [483)]

Skeptiker verweisen darauf, daß die Schwachstellen der NPG bzw. deren eingeschränkte Wirkungsmöglichkeiten zum einen in der Geheimhaltung der Konsultationen zu sehen seien, was in der politischen Praxis bedeute, daß diesem Gremium in der Öffentlichkeit nicht die entsprechende Aufmerksamkeit zukomme, sein Einfluß auf politische Entscheidungen im Sinne eines "Rückkopplungseffektes" somit ausbleibe bzw. nicht transparent gemacht werden könne. Zum anderen verfüge die NPG nicht über "die nötigen Druckmöglichkeiten und den nötigen Handlungsspielraum, um die Regierungen zu gründlicher und umfassender Veränderung zu bewegen". [484)]

Abschließend kann somit festgehalten werden, daß es sich bei der NPG um ein Konsultationsgremium handelt, in dem die nuklearpolitischen Fragen auf der Basis der von den jeweiligen Mitgliedern vorgetragenen Regierungspositionen diskutiert und koordiniert werden.

Im konkreten Fall des Entscheidungsablaufs zum NATO-Doppelbeschluß wurde entsprechend der zur Disposition stehenden Verfahrensweise von der NPG im Oktober 1977 eine Ad-hoc-Gruppe mit der Lösung des anstehenden Modernisierungsproblems beauftragt. Wie groß Einfluß und Gewicht dieses Gremiums auf den Entscheidungsablauf bzw. die Entscheidung selbst waren, soll im nächsten Abschnitt dargestellt werden.

---

483) Shearer, R.E.: Nuklearwaffen und die Verteidigung Europas, a.a.o., S. 14.
Shearer, R.E.: NATO-Konsultation über Nuklearpolitik, a.a.o., S. 27.

484) Nerlich, Uwe: Die Modernisierung der "Theater Nuclear Forces" der NATO, a.a.o., S. 63.
Treverton, G.F.: Nuclear Weapons and the "Gray Area", a.a.o., S. 1084 f.

2.3.1.2. Die High Level Group (HLG)

Bei der im Herbst 1977 von der Ministertagung der NPG eingesetzten Expertengruppe handelte es sich um ein Gremium, welches sich besonders durch seine hochrangige Zusammensetzung von vorausgegangenen Studiengruppen abhob.

In der HLG waren Militärexperten aus den folgenden elf Mitgliedsstaaten der westlichen Allianz vertreten: den Vereinigten Staaten, Großbritannien, der Bundesrepublik Deutschland, Italien, den Niederlanden, Norwegen, Kanada, Türkei, Belgien, Dänemark und Griechenland.

Nach Angaben von Stephen R. Hanmer, Jr., einem Vertreter der Vereinigten Staaten in der Stabsgruppe der NPG, wurden die Vereinigten Staaten von den Verbündeten ersucht, den Vorsitz in der HLG zu übernehmen.

Diese von allen HLG-Mitgliedern mitgetragene Forderung basierte zum einen auf der Tatsache, daß es sich bei den zu modernisierenden Systemen um amerikanische Waffen handelte und zum anderen waren es ausschließlich die Amerikaner, die mit den Sowjets am Tisch für Rüstungskontrollverhandlungen saßen.

Daraufhin wurde der Unterstaatssekretär für internationale Sicherheitsfragen im amerikanischen Verteidigungsministerium, David E. McGiffert, zum Vorsitzenden der HLG berufen. Jedes der anderen zehn Mitglieder der NPG entsandte, zusammen mit den Militärbehörden der NATO, Vertreter vergleichbaren Ranges für die Arbeit in dieses Gremium. 485)

Die HLG tagte geheim, ihre personelle Zusammensetzung wurde nur lückenhaft bekannt: So war Großbritannien durch Michael Quinlan vertreten, als westdeutscher Delegationsführer nahm der Leiter der

---

485) Hanmer, S.R., Jr.: Die nuklearen Mittelstreckensysteme der NATO ..., a.a.o., S. 6.

Abteilung Militärpolitik im Führungsstab Streitkräfte des Bundesverteidigungsministerium, General Peter Tandecki, an den HLG-Sitzungen teil.

Was die Verfahrensweise innerhalb der HLG betrifft, so hatten die einzelnen Delegationsmitglieder keine unmittelbaren Weisungen, waren sich aber "der grundsätzlichen Standpunkte ihrer Regierungen durchaus bewußt". [486] Die Gespräche umfaßten alle Aspekte einer TNF-Modernisierung, einschließlich der Auswirkungen und Möglichkeiten für die Rüstungskontrolle. Dies bedeutet, daß auch die HLG sich schon mit rüstungskontrollpolitischen Fragen beschäftigte, bevor die SG eingerichtet wurde. Die von der HLG getroffenen Beschlüsse wurden übereinstimmend gefaßt, d.h. es wurde so lange diskutiert, bis ein für alle annehmbarer Konsens erreicht worden war. [487]

Eine vielleicht vermutete Entscheidungskompetenz besaß die HLG jedoch nicht. Ihre Aufgabe bestand vielmehr darin, die ihr von der NPG gestellte Modernisierungsfrage zu behandeln, mögliche Optionen auszuarbeiten und nach sorgfältiger Prüfung Empfehlungen auszusprechen. Die HLG-Berichte wurden dann der auf Ministerebene tagenden NPG vorgelegt und von den Verteidigungsministern erörtert, falls notwendig wurde eine Konkretisierung der von dem Gremium formulierten Vorschläge gefordert. Es kann jedoch festgestellt werden, daß die von der HLG erarbeiteten Lösungen von den Verteidigungsministern im wesentlichen übernommen wurden, da bereits auf HLG-Ebene die grundlegende Abstimmung des Modernisierungsteils des NATO-Doppelbeschlusses stattfand. Ausschlaggebend war hierfür wohl die Tatsache, daß die HLG-Vertreter nicht in einem "luftleeren" Raum operierten, sondern daß auch diese Ebene geprägt war von bürokratisch-politischen Einflußnahmen der nationalen Regierungen, ein Punkt, auf den später noch näher einzugehen sein wird.

---

486) Hanmer, S.R., Jr.: Die nuklearen Mittelstreckensysteme der NATO ..., a.a.o., S. 6.

487) Hanmer, S.R., Jr.: Die nuklearen Mittelstreckensysteme der NATO ..., a.a.o., S. 6.

Obwohl die HLG keine Entscheidungskompetenz besaß, kann man doch feststellen, daß sie das zentrale Forum für die Behandlung und Lösung der TNF-Modernisierungsfrage in der Allianz darstellte.

6. November 1979: IDD-Vorlage an NATO-Generalsekretär Luns

HLG-Abschlußbericht:
Empfehlung von 572 Systemen

September 1979: HLG-Treffen
August 1979: HLG-Treffen

26./27. April 1979: NPG-Tagung in Homestead

2. HLG-Bericht:
Waffenmix-Empfehlung

April 1979: HLG-Treffen in Brüssel
Februar 1979: HLG-Treffen in Colorado-Springs
November 1978: HLG-Treffen in Brüssel
Oktober 1978: HLG-Treffen in Brüssel

18./19. April 1978: NPG-Tagung in Fredrikshavn

1. HLG-Bericht:
Bestätigung der Modernisierungsnotwendigkeit

März 1978: HLG-Treffen in Brüssel
Februar 1978: HLG-Treffen in Los-Alamos
Dezember 1977: HLG-Treffen in Brüssel

2.3.1.3. Die Special Group (SG)

Nachdem sich während der Erörterungen in der HLG Ende 1978 und Anfang 1979 immer mehr abzuzeichnen begann, daß im Rahmen der LRTNF-Modernisierng der rüstungskontrollpolitische Fragenkomplex einer besonderen und getrennten Prüfung bedürfe, veranlaßten die Ständigen Vertreter im Nordatlantikrat auf einer Sitzung am 6. April 1979 die Bildung einer zweiten Studiengruppe. Dieser "Special Group" (SG) wurde die Aufgabe übertragen, sich mit Fragen der Rüstungskontrolle und damit zusammenhängenden Angelegenheiten auseinanderzusetzen. [488)]

Die SG setzte sich aus Rüstungskontrollexperten zusammen, ebenso wie im Falle der HLG hatten alle Allianzmitglieder außer Frankreich hohe Beamte in dieses Gremium entsandt. [489)] Nach Angaben von Beobachtern wurden auch in der SG die Vereinigten Staaten ersucht, den Vorsitz in diesem Gremium zu führen. Daraufhin wurde Leslie Gelb, der Direktor der Abteilung für politisch-militärische Angelegenheiten im amerikanischen Außenministerium, mit der Leitung der "Special Group" beauftragt. [490)]

Die westliche Delegation stand unter der Leitung des Rüstungskontrollbeauftragten der Bundesregierung, Botschafter Dr. Friedrich Ruth, der maßgeblich an der Einrichtung der SG beteiligt war. [491)]

Am 18. April 1979 nahm die SG, die im übrigen nicht wie die HLG der NPG unterstand, ihre Arbeit auf und traf sich im Frühjahr und Sommer 1979 mehrmals in Brüssel, um Ziele und Grundsätze für eine Rüstungskontrolle auf dem Gebiet der TNF auszuarbeiten und konkrete

---

488) Haftendorn, H.: Sicherheit und Stabilität, a.a.o., S. 118.
Cartwright, J./Critchley, J.: Nuclear weapons in Europe, a.a.o., S. 20.

489) Haftendorn, H.: Sicherheit und Stabilität, a.a.o., S. 119.

490) Hanmer, S.R., Jr.: Die nuklearen Mittelstreckensysteme der NATO ..., a.a.o., S. 7.

491) Risse-Kappen, Th.: Fahrplan zur Abrüstung?, a.a.o., S. 32/33.

Anhaltspunkte für Verhandlungen als Ergänzung zu dem TNF-Modernisierungsprogramm der NATO zu entwickeln. [492)]

Obwohl die SG ein eigenständig arbeitendes Gremium war, bestanden durchaus Verbindungen und Verzahnungen mit der HLG: So gehörten beispielsweise die HLG-Mitglieder auf Stellvertreterebene auch der SG an. [493)] Doch ebenso wie die HLG war auch die SG ein reines Konsultationsgremium, in dem Empfehlungen formuliert und zwischen den Allianzmitgliedern abgesprochen wurden, eine Entscheidungskompetenz besaß jedoch auch sie nicht.

2.3.2. Die bürokratisch-politische Einflußnahme

Unerläßlich für die Beurteilung des Entscheidungsablaufes ist die Kenntnis davon, inwieweit und auf welche Weise Institutionen und Bürokratien Einfluß auf den Entscheidungsablauf hatten. D.h. in welchem Gremium wurden die Positionen etwa der Bundesregierung festgelegt, auf wessen Vorarbeiten basierten sie und durch wen wurde diese Haltung letztlich in das Bündnis eingebracht.

2.3.2.1. Der Bundessicherheitsrat

Beim Zustandekommen der bundesdeutschen Haltung zum NATO-Doppelbeschluß stellte der Bundessicherheitsrat das zentrale Gremium dar, in dem alle Entscheidungen gefällt wurden. Ausschließlich hier wurden alle von den westdeutschen Delegierten in den NATO-Gremien, in der HLG und in der SG vertretenen Positionen bis ins Detail besprochen und festgelegt.

Im Bundessicherheitsrat, der unter dem Vorsitz des Bundeskanzlers zusammentritt, sind in der Regel alle Bundesminister sowie der

---

492) Hanmer, S.R., Jr.: Die nuklearen Mittelstreckensysteme der NATO ..., a.a.o., S. 8.

493) Haftendorn, H.: Sicherheit und Stabilität, a.a.o., S. 119.

Generalinspekteur der Bundeswehr vertreten.

Im Vorfeld des Nachrüstungsbeschlusses nahmen an den Beratungen neben dem Bundeskanzler, dem Außenminister, dem Verteidigungsminister und dem Generalinspekteur auch der HLG-Delegierte sowie der westdeutsche SG-Delegationsleiter, d.h. der Abrüstungsbeauftragte der Bundesregierung und die Staatssekretäre der wichtigsten Ressorts teil. [494)]

Was das Arbeitsprocedere betrifft, so fanden die Beratungen innerhalb des Bundessicherheitsrates auf der Basis von Papieren statt, welche von dem jeweils zuständigen Ministerium erarbeitet wurde: Das Auswärtige Amt unterbreitete ein von seinem Referat 220 erarbeitetes Papier, welches sich mit dem rüstungskontrollpolitischen Aspekt der geplanten NATO-Nachrüstung auseinandersetzte und in dem entsprechende Vorschläge für die in der SG einzubringende Empfehlungen und Optionen formuliert wurden. Das Verteidigungsministerium legte in seinem Papier die von der zuständigen Abteilung FÜS III entworfenen Opionen in der Modernisierungsfrage vor.

Beide Papiere waren jedoch bereits im Vorfeld der Sitzung des Bundessicherheitsrates in dem Sinn aufeinander abgestimmt, als es vorher schon Kontakte zwischen dem Auswärtigen Amt und dem Bundesministerium der Verteidigung gab.

Es wäre daher falsch anzunehmen, daß die Modernisierungsfrage und die rüstungskontrollpolitische Lösung völlig getrennt voneinander erarbeitet worden wären. Vielmehr wird eine Verzahnung der beiden Ansätze u.a. schon daran deutlich, daß es auch auf der personellen Ebene zwischen den beiden Ministerien Verbindungen gab: So war der deutsche Delegationsleiter der HLG, General Tandecki aus dem BMVg, der Vertreter von Botschafter Dr. Ruth, dem deutschen Delegationsleiter in der SG. Tandecki wiederum wurde in der HLG von dem Leiter der für

---

494) Haftendorn, H.: Das doppelte Mißverständnis, a.a.O., S. 271, Fußnote 56.
In die folgenden Darstellungen fließen auch Informationen ein, die die Verfasserin aus Hintergrundgesprächen mit Vertretern in Bonn erhielt.

sicherheitspolitische Fragen zuständigen Abteilung im Auswärtigen Amt vertreten.

Nachdem sowohl die in der HLG zu vertretende, als auch die in der SG vorzutragende Position vom Bundessicherheitsrat festgelegt wurde, trugen die jeweiligen Delegationsleiter diese Position in den NATO-Gremien vor.

Sowohl General Tandecki als auch Botschafter Dr. Ruth waren an die Weisungen ihrer jeweiligen Minister gebunden, welche wiederum auf den Beschlüssen des Bundessicherheitsrats basierten.

Nach allen Sitzungen von HLG und SG wurde von den Delegationsleitern ein Bericht über deren Verlauf und Inhalt angefertigt und dann an die Ministerien sowie das Bundeskanzleramt weitergeleitet, d.h. der jeweilige Stand der Konsultationen innerhalb der SG und der HLG war der Regierung während des gesamten Verlaufs bekannt.

Bleibt nochmal zu betonen, daß das zentrale Entscheidungsgremium in Bonn der Bundessicherheitsrat war, in dem alle mit dem NATO-Doppelbeschluß zusammenhängenden Fragen unter Vorgabe der Arbeiten des Verteidigungsministeriums und des Auswärtigen Amts behandelt und alle von den Delegationschefs in den NATO-Gremien einzunehmenden Positionen entschieden und festgelegt wurden, während es sich bei der HLG und der SG um reine Konsultationsgremien handelte.

2.3.2.2. Der "National Security Council"

Fine ebenso wichtige und zentrale Funktion wie dem Bundessicherheitsrat in Bonn kommt in Washington dem "National Security Council" (NSC) zu. In diesem Gremium werden alle Fragen der Innen-, Außen- und Militärpolitik erörtert, welche in direktem oder indirektem Zusammenhang stehen mit der Sicherheit der Vereinigten Staaten. Unter Vorsitz des amerikanischen Präsidenten beraten der Vizepräsident, der Außen- und der Verteidigungsminister. Weiterhin nehmen der Vorsitzende der Vereinigten Stabschefs der US-Streitkräfte ("Joint Chiefs of Staff"), sowie der Direktor des CIA an diesen Sitzungen teil. Andere Minister und Vertreter wichtiger Organisationen können -

sofern es die Thematik erfordert – vom Präsidenten hinzugezogen werden.

Eine besondere Bedeutung kommt jedoch den beiden, dem NSC untergeordneten und ihm zuarbeitenden Stäben zu, deren Arbeit letztlich vom amerikanischen Sicherheitsberater synchronisiert wird. [495)]

Bereits kurz nach Carters Amtsantritt war Brzezinski mit der Reorganisierung des NSC beauftragt worden. Die Struktur sollte vereinfacht und die Kompetenzen besser verteilt werden. In diesem Sinn reduzierte Brzezinski den Stab von 50 auf 30 Personen, von den bisher sieben Ausschüssen wurden nur noch zwei beibehalten:

- Das "Policy Review Committee" (PRC), welches langfristige Vorarbeiten leistete und sich mit außen-, verteidigungs- und wirtschaftspolitischen Fragen befaßte und in der Regel vom Außenminister geleitet wurde.

- Das "Special Co-ordinations Committee" (SCC) hingegen war für kurzfristige Planungen zuständig, befaßte sich mit rüstungskontrollpolitischen Themen und stand unter dem Vorsitz des amerikanischen Sicherheitsberaters.

Abgestimmt und koordiniert wurden die Ergebnisse beider Ausschüsse ebenfalls vom amerikanischen Sicherheitsberater, bevor sie dem Präsidenten vorgelegt wurden. Damit wird deutlich, daß Brzezinski in der Vorbereitungsphase einer Entscheidung eine sehr wichtige Funktion zukam, was oftmals zu Auseinandersetzungen mit dem amerikanischen Außenminister führte.

In der Nachrüstungsfrage kann festgestellt werden, daß das PRC sowie in besonderem Maße das SCC die zentralen Vorbereitungsstellen für die im NSC zu fällenden Entscheidungen darstellten: So wurde etwa vom PRC das PRM-38 erstellt, welches dann vom SCC bewertet und dem Präsidenten empfohlen wurde. Nachdem dieser den Vorschlag angenommen

---

495) siehe hierzu: Abernathy, M.G. u.a.:The Carter Years, a.a.o., S. 62
Eisenmann, P.: Mit oder ohne Konzept?, a.a.o., S. 28ff

hatte, brachten die amerikanischen HLG- und SG-Delegierten diese Position in die jeweiligen Gremien ein. Hinzu kam, daß vorher auch auf der politischen Ebene die Position Washington mit den Verbündeten abgestimmt wurde, wie die vielen Kontakte zwischen Europa und Washington ab Mitte 1978 zeigen.

2.3.3. Die Veränderung des innenpolitischen Kontextes in der Bundesrepublik

Betrachtet man die Haltung der westdeutschen Bundesregierung im Vorfeld und während der gesamten Nachrüstungsdiskussion, so kann festgestellt werden, daß an dem Grundsatz von Sicherheit *und* Entspannung in konsequenter Weise festgehalten wurde, was sich in besonderer Weise auch in nahezu allen Reden von Bundeskanzler Schmidt niederschlug, die er während dieser Zeit hielt. In diese Reihe muß auch seine im Oktober 1977 in London gehaltene Rede eingeordnet werden, die im nachhinein oft als die Rede gewertet wird, mit der die amerikanischen Mittelstreckenraketen in die Bundesrepublik geholt worden seien.

Was sich jedoch änderte, war eine Reihe von außen- aber auch innenpolitischen Ereignissen, welche den Handlungsspielraum und das offene Eintreten vor allem für den sicherheitspolitischen, d.h. den nachrüstungspolitischen Teil des angestrebten Beschlusses nachhaltig einengte, zumal die Bundesregierung sich sozusagen einem vierfachen Druck ausgesetzt sah:

- *In der Bevölkerung* gab es einen zunehmenden Widerstand gegen jede Art von Waffenmodernisierung, durch die man den Weltfrieden gefährdet und das Territorium der Bundesrepublik einem erhöhten Risiko im Falle einer militärischen Auseinandersetzung ausgesetzt sah.

- *Bündnispolitisch* wurde ab Mitte bis Ende 1978 in steigendem Maße deutlich, daß Washington den durch die von Carter gefällte Neutronenwaffenentscheidung angerichteten Schaden wiedergutmachen wollte und nun in der LRTNF-Frage von seinen europäischen Bündnispartnern eine nachhaltige Unterstützung verlangte.

- Außenpolitisch sah Bonn sich vor die Tatsache gestellt, daß Moskau trotz aller von Breschnew gemachten Äußerungen und Beteuerungen – etwa bei dessen Besuch in Bonn im Mai 1978 – den Aufbau seiner [illegible] konsequent fortsetzte.

- Und nicht zuletzt war die Regierung Schmidt innen- und parteipolitisch mit der fatalen Situation konfrontiert, daß sie der Zustimmung der CDU/CSU-Opposition zum Doppelbeschluß in seinen beiden Teilen sicher sein konnte, während sie in der Modernisierungsfrage vor allem bei den Verfechtern der Entspannungspolitik und der Rüstungskontrolle – W. Brandt, E. Bahr, H. Ehmke, A. Pawelczyk und H. Wehner – auf Widerstand stieß, und die [illegible] Stimmen aus den eigenen SPD-Reihen immer lauter wurden.

Bereits im Herbst 1977 hatten Sprecher der SPD sich während des Parteitags in Hamburg erstmals [illegible] zu einer [illegible] geäußert, wobei zu diesem Zeitpunkt noch die Cruise-missile im Mittelpunkt der Auseinandersetzung stand. [illegible] Grundposition [illegible] Auffassung des Mehrheitsflügels der SPD während der gesamten Nachrüstungsdebatte bestimmen sollte und die im wesentlichen die Auffassungen der oben genannten Entspannungspolitiker [illegible] Rüstungskontrollpolitischen Lösungen [illegible] Ausgleich militärischer Disparitäten zu geben, wobei die Präferenz für Entspannungspolitik und Rüstungskontrolle auch dann [illegible] [illegible] Auseinandersetzungen mit den Verbündeten, insbesondere mit den Vereinigten Staaten komme.[496]

Im Zusammenhang mit dem postulierten Primat der Rüstungskontrolle forderte die SPD in Hamburg den Parteivorstand auf, ein politisches Konzept für eine Politik der Rüstungsbeschränkung und der Abrüstung zu entwickeln. Zu diesem Zweck wurde im Sommer 1978 der Abrüstungsexperte der SPD, Alfons Pawelczyk, damit beauftragt

---

496 Risse-Kappen, Th.: Fahrplan zur Abrüstung? a.a.O., S. [illegible]

zusammen mit einer Expertenkommission entsprechende Vorstellungen zu entwickeln. [497)]

Pawelczyk selbst hatte einige Monate zuvor, am 13. April 1978, vor dem Deutschen Bundestag in ungewöhnlicher Weise die Vorstellungen der Bundesregierung - und dabei besonders jene des Bundeskanzlers selbst - kritisiert: [498)] Zwar sei die zunehmende Disparität zugunsten der Sowjetunion im Mittelstreckenbereich nicht zu bestreiten, doch niemand werde bewiesen können, daß der Warschauer Pakt zur Zeit eine zusätzliche Option habe. Dies sei jedoch politisch entscheidend, und hier liege der Ansatz für das politische Vorgehen. Eingehend auf die vorausgegangene Rede des Kanzlers warnte Pawelczyk vor dem Argument, die strategischen Potentiale neutralisierten sich infolge der amerikanisch-sowjetischen Parität. Vielmehr stehe es außer Frage, daß die Zusammensetzung des Potentials der Vereinigten Staaten zur Zeit ausreiche, "um auch das taktisch-nukleare Einsatzpotential der Sowjetunion mit abzudecken". Wer anders argumentiere, säe Mißtrauen gegenüber der amerikanischen Bündnisgarantie und verhalte sich damit sicherheitsgefährdend.

Nach dem Gipfeltreffen auf Guadeloupe - welches letztlich die Grundsteinlegung für den Doppelbeschluß darstellte - sollte die Kritik aus den eigenen Reihen jedoch noch schärfere Formen annehmen, als der SPD-Fraktionsvorsitzende Herbert Wehner in einem am 16. Januar 1979 vorveröffentlichten Zeitungsartikel aus Anlaß der Ereignisse auf der Karibikinsel die Sicherheits- und Rüstungskontrollpolitik der Bundesregierung - und dabei vor allem Außenminister Genschers - in scharfer Weise angriff und zur TNF-Modernisierung schrieb: [499)]

---

497) Risse-Kappen, Th.: Fahrplan zur Abrüstung?, a.a.o., S. 24.
Haftendorn, H.: Sicherheit und Stabilität, a.a.o., S. 129.

498) siehe hierzu:
83. Sitzung des Deutschen Bundestages am 13. April 1978, PIPr (Parlaments-Protokoll) 08/83, S. 6511 ff.

499) Wehner, H.: Deutsche Politik auf dem Prüfstand, in: Die Neue Gesellschaft, Heft 2/1979, S. 93.

> "Es entspricht nicht der realen Lage der Bundesrepublik, mit der vorgeblichen Notwendigkeit zusätzlicher Waffensysteme zu argumentieren und dabei die Gefahr heraufzubeschwören, daß die Bundesrepublik zum Träger solcher zusätzlicher Waffen gemacht würde, statt die Kräfte des Bündnisses in die Waagschale von Rüstungsbegrenzung und Rüstungsabbau zu bringen."

Auch der Opposition waren die Konflikte innerhalb der SPD nicht verborgen geblieben und so begründete der damalige Vorsitzende des Verteidigungsausschusses im Deutschen Bundestag, Manfred Wörner, Mitte Februar 1979 eine von der CDU/CSU beantragte Aktuelle Stunde im Parlament damit, daß "immer deutlicher wird, daß die Bundesregierung, einschließlich des Bundeskanzlers, nicht mehr den Mut und die Kraft hat, den gefährlichen sicherheitspolitischen Vorstellungen Herbert Wehners klar und entschieden entgegenzutreten." 500)

Vor dem Hintergrund dieser Ereignisse sah die Bundesregierung sich vor die Aufgabe gestellt, eine einheitliche Position zu den Ergebnissen von Guadeloupe zu entwickeln, um diese dann auch innenpolitisch konsensfähig zu machen: In einer Sitzung des Bundessicherheitsrates am 20. Januar 1979 wurden die ersten Weichen gestellt, am 31. Januar 1979 trat das Bundeskabinett unter Hinzuziehung von Experten der Koalitionsfraktionen – jedoch ohne Wehner – aus Geheimhaltungsgründen auf der Hardthöhe zusammen und beschäftigte sich eingehend mit dieser Frage. Nach diesen beiden Sitzungen hatte man sich schließlich auf folgende Position der Bundesregierung geeinigt, die von nun an sowohl gegenüber den Bündnispartnern als auch in der innenpolitischen Auseinandersetzung zu vertreten war: 501)

---

500) BT PIPr 08/138 v. 15.2.1979, S. 10944.

501) siehe hierzu:
Sicherheitspolitische Klausur des Kabinetts im Verteidigungsministerium, in: Generalanzeiger für Bonn und Umgebung, 1. Februar 1979,

1. Das Bündnis muß über die Stationierung neuer, weitreichender Systeme (LRTNF) gemeinsam und einstimmig befinden (Grundsatz der Kollektivität).

2. Die Dislozierung darf nicht ausschließlich in der Bundesrepublik Deutschland erfolgen, vielmehr muß mindestens noch ein anderes nichtnukleares Land in Westeuropa beteiligt werden (Grundsatz der Nicht-Singularität).

3. Die Bundesrepublik als Nichtkernwaffenstaat kann in nuklearen Fragen nicht selbst tätig werden, die Entscheidung über Entwicklung, Produktion und Stationierung neuer Kernwaffen muß vom amerikanischen Präsidenten getroffen werden (Grundsatz des nicht-nuklearen Status).

4. Die Bundesrepublik selbst strebt keine Verfügungsgewalt über den Besitz von Kernwaffen an, mit denen Ziele auf sowjetischem Territorium abgedeckt werden können. Die vorgesehenen Pershing-II-Raketen sollen daher ausschließlich bei US-Einheiten eingeführt werden, ein Zwei-Schlüssel-System, wie für die bei Einheiten der Bundeswehr stationierten Pershing I, soll es nicht geben.

5. Der Stationierungsbeschluß muß durch ein gleichzeitiges Verhandlungsangebot ergänzt werden, wobei die NATO auf die Einführung neuer nuklearer Waffensysteme im Mittelstreckenbereich nicht verzichten kann, wenn die Sowjetunion fortfährt, weiterhin mit unverändertem Tempo Raketen vom Typ SS-20 aufzustellen.

Während die Opposition der Regierung bereits Ende Januar 1979 ihre Unterstützung für den Doppelbeschluß in seinen beiden Teilen signalisiert hatte, stand der Bundeskanzler vor dem Problem, auch seine eigene Partei und Fraktion zu einer Zustimmung zu bewegen. Am 6. Februar 1979 trat er in einer Fraktionssitzung mit Nachdruck dafür ein, sowohl die nachrüstungs- als auch die rüstungskontrollpolitische Komponente zu

---

sowie: Abrüstung: Gefühl im Herz, in: Der Spiegel, Nr. 6, 1979, S. 23 - 24, zit. nach: Haftendorn, H.: Sicherheit und Stabilität, a.a.o., S. 126.

akzeptieren und meinte unter Hinweis auf die Rolle der Bundesrepublik in nuklearpolitischen Fragen: [502)]

> "Ich möchte erstens vermeiden, daß die Welt den Eindruck bekommt, als ob der Nicht-Nuklearwaffenstaat Bundesrepublik de facto die politischen Entscheidungen, die auf dem nuklearen Felde zu treffen sind, präjudiziert, am liebsten sie selber treffen möchte. Ich möchte zweitens vermeiden, daß wir in eine Situation gebracht werden, wo es so aussieht, als ob wir daran dächten, uns zwischen den Interessen unseres eigenen Bündnisses und anderen Interessen zu entscheiden. Ich füge drittens hinzu: Wir müssen dergleichen auch aus innenpolitischen Gründen vermeiden."

Mit diesen Leitsätzen wollte sich der entspannungspolitische Flügel der SPD nicht zufriedengeben, und so kamen am 8. März 1979 während einer Bundestagsdebatte die parteiinternen Meinungsdifferenzen durch die Ausführungen von Ehmke und Pawelczyk voll zum Ausdruck. Beide äußerten sich höchst skeptisch gegenüber der geplanten Nachrüstungsentscheidung und nahmen dabei nahezu alle Argumentationsmuster der späteren Friedensdebatte vorweg: [503)]

- Nach aller Erfahrung sind Rüstungsentscheidungen nicht mehr rückgängig zu machen, wenn Systeme bereits in der Truppe stationiert sind.

---

502) Diesen Auszug einer unkorrigierten Nachschrift der Ausführungen Schmidts vor der SPD-Fraktion findet man in: Haftendorn, H.: Sicherheit und Stabilität, a.a.o., S. 128/129.

503) siehe hierzu:
BT PIPr 08/141 v. 8.3.1979, S. 11119D, bzw. BT PIPr 08/142 v. 9.3.1979, S. 11235C;
Risse-Kappen, Th.: Fahrplan zur Abrüstung?, a.a.o., S. 22.

- Eine sowjetische Überlegenheit im Mittelstreckenbereich hat es immer gegeben (SS-4, SS-5).

- Diese Überlegenheit kann weiterhin durch die amerikanischen Potentiale abgedeckt werden.

- Die europäische "Abkoppelungs"-Furcht ist militär-technisch nicht zu lösen. Wer nicht glaubt, daß die USA bei jedem nuklearen Angriff auf Westeuropa interkontinental antworten, muß die Frage beantworten, ob US-INF-Systeme in Westeuropa daran grundsätzlich etwas ändern. Es ist aber höchst unwahrscheinlich, daß verglichen mit einem Schlag von U-Booten aus, landgestützte INF in Europa dazu führen, daß die UdSSR einen amerikanischen Angriff auf sowjetisches Territorium nicht mit einem sowjetischen Angriff auf amerikanisches Territorium beantwortet. Wenn dies jedoch zutrifft, besteht die Gefahr eines auf Europa begrenzten Atomkrieges, und damit erst recht die der "Abkoppelung".

- Die Aufstellung landgestützter Mittelstreckenwaffen in der Bundesrepublik, die sowjetisches Territorium erreichen können, hat erhebliche Auswirkungen auf die Entspannungspolitik.

- Die Marschflugkörper erschweren die Abrüstungsdebatte, da weder die Reichweite noch die Art der Bewaffnung zu verifizieren ist.

- Erst nach einer Ratifizierung von SALT-II wird es möglich sein, über andere Nuklearwaffen, d.h. Mittelstreckenraketen, zu verhandeln.

Daran wird deutlich, daß von diesem Flügel der SPD weder die militärstrategische, noch die sicherheitspolitische Begründung der Allianzentscheidung geteilt wurde: Die Nachrüstung werde weder die Stärkung der "flexible response" bedeuten noch der "Ankoppelung" dienen, sondern lediglich die Entspannung gefährden und eine neue Spirale im Rüstungswettlauf eröffnen.

Die Sorge um die Gefährdung der entspannungspolitischen Errungenschaften ging dabei so weit, daß Wehner sich im Verlauf der Auseinandersetzung dazu hinreißen ließ, die Rüstung der Sowjetunion als

defensiv zu bezeichnen, und auch Ehmke verwies darauf, daß man die militärstrategische Situation Moskaus als den Versuch deuten müsse, bei Unterlegenheit auf fast allen anderen Gebieten "wenigstens in der Rüstung mit den Amerikanern global gleichwertig zu sein." [504)]

Vor dem Hintergrund solcher Äußerungen führender SPD-Politiker schienen die Aussichten auf eine Annäherung an die Position des Kanzlers sehr klein zu sein. Nach zahlreichen Fraktionssitzungen und Einzelgesprächen zwischen Schmidt und Herbert Wehner sowie dem Parteivorsitzenden Brandt konnte der Bundeskanzler schließlich am 19. Mai 1979 auf einer Sitzung führender SPD-Politiker aus Regierung, Fraktion und Partei doch eine Unterstützung seiner Haltung zum Doppelbeschluß erreichen. Dabei muß festgehalten werden, daß es sich bei Brandt und Wehner wohl eher um eine Tolerierung als um eine Unterstützung des Nachrüstungsteiles handelte, während Ehmke, Pawelczyk und Bahr zudem darauf bestanden, daß die Bundesregierung ihre Zustimmung davon abhängig machen solle, daß der Nachrüstung eine mehrjährige Verhandlungsrunde vorausgehe. Beobachter meinten später, daß bei dieser Zustimmung neben dem "bargaining chip"-Argument sowohl die Erhaltung der Regierungsfähigkeit eine Rolle spielte als auch die Überzeugung, daß Schmidt für ein Rüstungskontrollergebnis sorgen werde. [505)]

Unter Berücksichtigung dieser Vorgabe einigte sich der Bundessicherheitsrat am 13. Juni 1979 darauf, daß ein Stationierungsbeschluß nur gleichzeitig mit einem Verhandlungsangebot, d.h. "uno actu", getroffen werden könne. [506)]

Währenddessen befanden sich die Vorbereitungsarbeiten für den Anfang Dezember 1979 geplanten SPD-Parteitag in ihrer Endphase.

---

504) BT PIPr 08/141 v. 8.3.1979, S. 11180D.
Haftendorn, H.: Sicherheit und Stabilität, a.a.o., S. 127.

505) Haftendorn, H.: Sicherheit und Stabilität, a.a.o., S. 129.
Risse-Kappen, Th.: Fahrplan zur Abrüstung?, a.a.o., S. 24.

506) Risse-Kappen, Th.: Fahrplan zur Abrüstung?, a.a.o., S. 18.
Haftendorn, H.: Sicherheit und Stabilität, a.a.o., S. 129.

Zwischen Sommer 1978 und Februar 1979 hatte die vom SPD-Parteivorstand eingerichtete Expertenkommission unter der Leitung von Pawelczyk ein Konzept für eine Politik der Rüstungsbeschränkung und Abrüstung entwickelt, welches als Basis für den Leitantrag des Parteivorstandes zur Sicherheitspolitik auf dem Berliner Parteitag dienen sollte.

Am 9. September wurde diese Vorlage in einer Sitzung des SPD-Parteivorstandes dahingehend erweitert, daß im Falle eines Scheiterns der Verhandlungen die erforderlichen verteidigungspolitischen Optionen ergriffen werden müßten, was sich später im Leitantrag der Partei so las: 507)

> "Den Disparitäten bei den nuklearen Mittelstreckenpotentialen muß durch eine Kombination von verteidigungspolitischen und rüstungssteuerungspolitischen Maßnahmen begegnet werden. Dies bedeutet, rüstungskontrollpolitischen Regelungen den politischen Vorrang zu geben, um Instabilitäten auf diesem Wege abzubauen; gleichzeitig die notwendigen verteidigungspolitischen Optionen festzulegen, damit diese im Falle eines Scheiterns rüstungskontrollpolitischer Bemühungen wirksam werden können."

Am 10. Oktober 1979 befaßte sich die Bundesregierung in der Kabinettssitzung unter Beteiligung der beiden Fraktionsvorsitzenden Wehner und Mischnick mit dem gesamten Fragenkomplex zum NATO-Doppelbeschluß und kam nach Ausführungen Schmidts "zu einem einmütigen Ergebnis". 508)

---

507) Leitantrag des SPD-Parteivorstandes für den Parteitag in Berlin vom 3. - 7. Dezember 1979, zit. nach: Haftendorn, H.: Sicherheit und Stabilität, a.a.o., S. 130.

508) Helmut Schmidt in einem Interview mit dem Hessischen Rundfunk am 14. Oktober 1979, in: Europa-Archiv, Folge 21/1979, S. D564.

Einvernehmen mit den Bundestagsparteien wurde letztlich am 17. Oktober 1979 während einer gemeinsamen Sitzung von Auswärtigem und Verteidigungsausschuß im Deutschen Bundestag erzielt, auf der man sich ebenfalls intensiv mit dem Doppelbeschluß befaßte. [509)]

Doch trotz aller Bestätigungen in den Gremien und Parteispitzen, konnte der Bundeskanzler sich einer Unterstützung seiner Parteibasis nicht sicher sein, was ihn noch am Vorabend des SPD-Parteitages in Berlin dazu bewog, mit seinem Rücktritt zu drohen, falls die Parteimehrheit sich gegen den Nachrüstungsbeschluß stelle.

Diese Drohung konnte in Hamburg jedoch - noch - abgewehrt werden. Die Mehrzahl der Delegierten entsprach der Forderung ihres Kanzlers, und am 17. Juni 1980 betonte Bahr vor dem Bundestag: [510)]

> "Meine Partei hat auf dem Berliner Parteitag zum Thema Mittelstreckenraketen einen Beschluß gefaßt - nicht einstimmig, sondern nach einer langen Diskussion, die von hohem Ernst und von großem Verantwortungsgefühl getragen wurde, mit einer klaren Mehrheit. Dieser Beschluß gilt. ..."

Abschließend kann festgestellt werden, daß die SPD-interne Auseinandersetzung und die eindeutige Präferenz für das rüstungskontrollpolitische Instrument zur Lösung der Mittelstreckenproblematik den Entscheidungsprozeß in der Nachrüstungsfrage nachhaltig beeinflußten. Bereits damals war wohl schon der Keim für das zunehmende Mißtrauen und die zunehmende Skepsis der SPD gegenüber der späteren INF-Politik der NATO angelegt.

---

509) Rede von Außenminister Genscher vor dem Deutschen Bundestag, am 14. Dezember 1979, PIPr 08/194, S. 15465f.
Haftendorn, H.: Sicherheit und Stabilität, a.a.o., S. 131.
Risse-Kappen, Th.: Fahrplan zur Abrüstung?, a.a.o., S. 43.

510) BT, PIPr 08/222 v. 17.6.1980, S. 17967.

3. Zusammenfassende Bewertung der Ergebnisse

Bereits seit Anfang der 70-er Jahre wurde in den Fachgremien der NATO mit Sorge und Skepsis die Entwicklung der militärstrategischen Situation Europas beobachtet. Kurz nach Wladiwostok begann sich im Schatten einer auf strategischer Basis angestrebten Parität zwischen Washington und Moskau der Aufbau eines Waffenpotentials zu vollziehen, welches Moskau bis dahin nicht besaß: Schon 1974 konnten erste Bilder eines neuen Raketentyps gemacht werden, im Frühjahr 1976 konnte erste auf Kamtschatka installierte SS-20-Raketen identifiziert werden, Ende 1976 waren bereits zwei SS-20-Stellungen mit je neun Abschußvorrichtungen einsatzbereit und drei weitere im Bau. Wurde diese Waffe bis dahin in den Kommuniqués der NPG noch nicht erwähnt, so ist wohl davon auszugehen, daß auch im Hinblick auf diesen spezifischen Waffentyp die Frage nach einer notwendig werdenden Verbesserung des TNF-Potentials der NATO stand. An ein *vergleichbares* System wurde jedoch bis Ende der 70-er Jahre nicht gedacht, und auch Anfang 1977 standen im Rahmen des langfristigen Verteidigungsprogramms noch eindeutig die Verbesserung der konventionellen Potentiale im Mittelpunkt der Interessen des amerikanischen Präsidenten und auch des deutschen Bundeskanzlers.

Im Rahmen des LTDP wurden zehn Arbeitsgruppen eingerichtet, wovon die zehnte ("Task-Force 10") sich auch mit Mängeln im TNF-Bereich der NATO auseinandersetzen sollte. Doch gerade diesem wachsenden und zunehmend bedrohlicher werdenden TNF-Potential sollte vor dem Hintergrund der SALT-Gespräche zwischen Moskau und Washington ein ganz besonderer Stellenwert zukommen: Im Frühjahr hatte Washington, als sich für SALT-II eine vertragliche Regelung abzeichnete, Bereitschaft erkennen lassen, die Cruise-Missile-Option in die Verhandlungen mit einzubeziehen.

Diese Ereignisse vor Augen und wohl auch geleitet von dem Eindruck, daß die zentralen Interessen Washingtons im Rüstungskontrollbereich lagen, sah sich der Bundeskanzler Ende Oktober 1977 - nachdem sich die NPG bereits entschlossen hatte, die TNF-Modernisierungsfrage von einer sehr exklusiven Expertengruppe behandeln zu lassen - dazu veranlaßt, im

Rahmen der sich abzeichnenden Ängste der Europäer auf die Disparitäten in Europa aufmerksam zu machen.

Parallel zu dieser sich abzeichnenden Problematik im Mittelstreckenbereich verlief eine ganz andere, für die Allianz jedoch ausschlaggebende Diskussion um die Produktion und Aufstellung der Neutronenwaffe: Der Artikel von Egon Bahr brachte in der Bundesrepublik ein Thema in die öffentliche Auseinandersetzung, welches die Bevölkerung in einem nie dagewesenen Ausmaß für sicherheitspolitische und vor allem militärtechnische Fragen sensibilisierte.

Besonders die Bundesregierung in Bonn hatte unter dieser Situation in dem Sinn zu leiden, als eine von der Carter-Administration geforderte Unterstützung in dieser Frage für Bundeskanzler Schmidt immer schwieriger wurde. Er konnte sich insoweit für die Neutronenwaffe einsetzen, als er seine Bereitschaft zur Aufstellung signalisierte, eine explizite Forderung nach der Produktion der ER-Waffe konnte er jedoch aufgrund der besonderen Situation der Bundesrepublik nicht aussprechen. Nachdem Schmidt jedoch nach nachhaltigen innenpolitischen Auseinandersetzungen mit seiner eigenen Partei einen Konsens erzielen konnte, fällte der amerikanische Präsident seine Entscheidung, die ER-Waffe vorerst nicht zu produzieren.

Wie sich im nachhinein zeigen sollte, war damit letztlich keine primär militärpolitische, sondern eine allianzpolitische Entscheidung gefallen. Die europäischen Verbündeten sahen sich in ihrem Eindruck bestätigt, daß Carter die Führungsposition im westlichen Bündnis nur unzureichend ausfüllte.

In dieser Situation, vor der Brzezinski den Präsidenten übrigens immer gewarnt hatte, veränderte sich die Lagebeurteilung in Washington: Die amerikanische Entscheidungsfähigkeit mußte demonstriert, die politische Solidarität der Allianz wiederhergestellt werden. Und während in der HLG von den Militär- und Verteidigungsexperten bereits sehr früh ein Konsens in der TNF-Frage erzielt werden konnte, wurde die Modernisierung der Mittelstreckenwaffen ab Mitte 1978 auch auf der politischen Ebene unterstützt und befürwortet.

Schlüsselereignis auf der politischen Ebene stellte Anfang Januar 1979 das Gipfeltreffen der führenden westlichen Staats- und Regierungschefs auf Guadeloupe dar. Hier wurde die Grundlage für den späteren Doppelbeschluß gelegt, als Gegengewicht zu den SS-20 und Backfire-Bombern amerikanische TNF-Potentiale in Westeuropa zu stationieren.

Als eine der Folgen des Treffens von Guadeloupe wurde im April 1979 die "Special Group" eingesetzt, um das Problem der Disparitäten im Mittelstreckenbereich in gleichsam doppelter Weise anzugehen.

Nachdem bereits in der HLG unter Beteiligung von Staaten gearbeitet wurde, welche keine Atomwaffen besaßen, war nun erstmals in der Geschichte der NATO ein Gremium eingerichtet worden, welches die europäischen Partner aktiv an der Arbeit im rüstungkontrollpolitischen Bereich mitwirken ließ. Auf der Basis des von der HLG als notwendig erachteten Nachrüstungsumfangs sollten nun Ansätze zur Rüstungskontrolle erarbeitet werden.

Verfolgt man Ablauf und Ergebnis der Allianzentscheidung, so ist wohl festzustellen, daß ein ursprünglich militärstrategisches Problem mehr und mehr zum Politikum wurde und bei seiner Lösung letztlich außen- und bündnispolitische Erwägungen im Vordergrund standen.

Abkürzungsverzeichnis

ACDA	– Arms Control and Disarmament Agency (U.S.)
ALCM	– Air–launched Cruise Missile
ER	– Extended Range
ERW	– Enhanced Radiation Warhead
EX	– Extended Range
FBS	– Forward Based Systems
GLCM	– Ground–launched Cruise Missile
HLG	– High Level Group
ICBM	– Intercontinental Ballistic Missile
INF	– Intermediate–range Nuclear Forces
IRBM	– Intermediate–range Ballistic Missile
LRINF	– Longer–range Intermediate–range Nuclear Forces
LRTNF	– Long–range Theatre Nuclear Forces
MBFR	– Mutual and Balanced Force Reductions
MIRV	– Multiple Independently–targetable Re–entry Vehicle
MLF	– Multi–lateral Force
MRBM	– Medium–range Ballistic Missile
MRV	– Multiple Re–entry Vehicle
NATO	– North Atlantic Treaty Organisation
NPG	– Nuclear Planning Group
NSC	– National Security Council
PRC	– Presidential Review Committee
SACEUR	– Supreme Allied Commander Europe
SALT	– Strategic Arms Limitations Talks
SCC	– Special Coordinating Committee
SCG	– Special Consultative Group
SG	– Special Group
SLBM	– Sea–launched Ballistic Missile
SLCM	– Sea–launched Cruise Missile
SNF	– Short–range Nuclear Forces
START	– Strategic Arms Reduction Talks
TNF	– Theatre Nuclear Forces

Quellen- und Literaturverzeichnis

1. Monographien, Aufsätze und Sammelwerke

Abild, B./Gaertner, P.: Die Rüstungsabteilung: Aufgaben, Organisation, Verfahren. In: Wehrtechnik, Jg.9 (1977), Heft 7, S.43-47

Alford, Jonathan: Der militärische Aspekt des Entspannungsprozesses in Europa. In: Europa-Archiv, Folge 6/1979, S.157-161

Altenburg, W.: Brauchen wir ein neues strategisches Konzept? In: Rissener Rundbrief Nr.2 (1984), S.7

Altmeppen, Johannes: Einige Aspekte der Debatte über nukleare Mittelstreckenraketen. In: Die neue Gesellschaft, Heft 10/1979, S.859-869

Apel, Hans: SALT und das Problem der Grauzone. Aus einer Rede auf der sicherheitspolitischen Informationstagung der SPD. In: Information für die Truppe, 1978, Heft 11, S.29-31

Apel, Hans: Rüstungswettlauf oder Rüstungskontrolle? In: Europäische Wehrkunde, Jg.31 (1982), Heft 3, S.101-105

Benien, Theo: Der NATO-Doppelbeschluß als bündnispolitische Belastungsprobe für die deutsch-amerikanischen Beziehungen. Eine Analyse der Entstehungsgeschichte, Entscheidungsprozesse und Interessenlagen. Hausarbeit zur Erlangung des Magistergrades an der Ludwig-Maximilians-Universität München, April 1986

Beste, Hans Dieter: Um die Fähigkeit zurückzuschlagen. In: Europäische Wehrkunde, Jg.28 (1979), Heft 11, S.541-543

Birnstiel, Fritz: Die Nachrüstung - pro und contra. In: Kampftruppen, Jg.25 (1980) Heft 6, S.224-228

Bomsdorf, Falk: Zur Senatsdebatte über SALT II in den USA. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, 1979 (37), S.19-33

Bomsdorf, Falk: Sicherheitsinteressen Westeuropas in den SALT-II-Anhörungen. Ein dokumentarischer Bericht über die Beratung des Vertragswerks im Auswärtigen Ausschuß des amerikanischen Senats. In: Europa-ARchiv, Folge 2/1980, S.49-62

Boysen, Sigurd Eckehard: Sicherheitspolitische Entscheidungsprozesse im Bundesministerium der Verteidigung. Eine Analyse entscheidungsrelevanter Faktoren aus den sicherheitspolitischen Aktivitäten des Bundesministeriums der Verteidigung in der 70-er Jahren. Dissertation, Bonn 1980

Brandt, Willy: Thesen zur Abrüstung. In: Die neue Gesellschaft, Heft 12/1977, S.999-1001

Brauch, Hans Günter: Die amerikanische Debatte zur Neutronenwaffe. In: Die neue Gesellschaft, Heft 12/1977, S.1044-1049

Brauch, Hans Günter: Mittelstreckenraketen und Rüstungskontrolloptionen. In: Die neue Gesellschaft, Heft 10/1977, S.910-915

Brauch, Hans Günter: Die Raketen kommen! Vom Doppelbeschluß bis zur Stationierung. Köln (Bund), 1983

Brzezinski: Power and Principle. Memoirs of the National Security-Adviser 1977-81. London (Weidenfeld und Nicolson), 1983

Burt, Richard: Das Dilemma mit den "Cruise Missiles". In: Europa-Archiv, Folge 14/1976, S.457-468

Burt, Richard: Technological Change and Arms Control: The Cruise Missile Case. In: J.J.Holst/U.Nerlich (Hrsg.): Beyond Nuclear Deterrence, New York (Crane, Russak), 1977, S.179-191

Carr, Jonathan: Helmut Schmidt. Düsseldorf/Wien, 1985

Carter, Jimmy: Keeping Faith. Memoirs of a President. Toronto u.a. (Bantam), 1982

J.Cartwright/J.Critchley: Comite special sur les armes nucleaires en Europe. Rapport interimaire, Assemblee de l'Atlantique Nord, Novembre 1982

J.Cartwright/J.Critchley: Comite special sur les armes nucleaies en Europe. Rapport interimaire, Assemblee de l'Atlantique Nord, April 1984

J.Cartwright/J.Critchley: Nuclear Weapons in Europe. Special Report, North Atlantic Assembly Papers, November 1984

Corterier, Peter: SALT II und die deutschen Sicherheitsinteressen. In: Europäische Wehrkunde, Jg.28 (1979), Heft 10, S.487-489

Czempiel, Ernst-Otto: Nachrüstung und Systemwandel. Ein Beitrag zur Diskussion um den Doppelbeschluß der NATO. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, 1982 (5), S.22-46

Czempiel, Ernst-Otto: Amerikanische Außenpolitik im Wandel. Stuttgart u.a. (Kohlhammer), 1982

Dean, Jonathan: Beyond first use. In: Foreign Policy, No.48, Fall 1982, S.37-53

Die Nuklearstrategie der USA im Lichte der Entwicklung.: In: NATO-Brief, Jg.22 (1974), Heft 2, S.14-17

Die Stationierung von Mittelstreckenwaffen in Europa. In: Österreichische Militärische Zeitschrift, Jg.19 (1981), Heft 5, S.369-373

Domröse, Lothar: Gedanken zur NATO-Strategie der "Flexible Response". In: Österreichische Militärische Zeitschrift, Jg.19 (1981), Heft 5, S.375-378

Douglass, Joseph D.: Die Modernisierung der NATO-Nuklearstreitkräfte in Europa. In: Europäische Wehrkunde, Jg.28 (1979), Heft 12, S.609-614

Dyer, Philip W.: Tactical Nuclear Weapons and Deterrence in Europe. In: Political Science Quarterly, Vol.92, No.2, Summer 1977, S.245 ff.

Eisenmann, Peter: Mit oder ohne Konzept? Brzezinski und die Außenpolitik der USA, Krefeld, 1979

Enders, Thomas: Eine neue Option Moskaus: Drohung mit Kurzstrecken-Raketen. In: Europäische Wehrkunde, Jg.35 (1986), Heft 6, S.330-336

Eppler, Erhard: Die tödliche Utopie der Sicherheit. Hamburg, 1983

Freistetter, Franz: Die Frage der Mittelstreckenraketen. In: Österreichische Militärische Zeitschrift, Jg.18 (1980), Heft 2, S.101-108

Garner, William V.: Soviet Threat Perceptions of NATO's Eurostrategic Missiles. The Atlantic Institute for International Affairs, Paris, November 1983

Garthoff, Raymond L.: Brezhnev's opening: The TNF Tangle. In: Foreign Policy, No.41, Winter 1980-81, S.82-94

Garthoff, Raymond L.: The Soviet SS-20 Decision. In: Survival, Vol.25, 1983, No.3, S.110-119

Garthoff, Raymond L.: The NATO Decision on Theater Nuclear Forces. In: Political Science Quarterly, Vol.98, 1983, No.2, S.197-214

Gundersen, Zeiner H.F.: Die strategische Konzeption des Bündnisses. In: NATO-Brief, Jg.26 (1978), Heft 1, S.11-14

Gundersen, Zeiner H.F.: Die militärische Perspektive. In: NATO-Brief, Jg.26 (1978), Heft 3, S.5-9

Haftendorn, Helga (Hrsg.): Theorie der Internationalen Politik. Gegenstand und Methoden der Internationalen Beziehungen. Hamburg, 1975

Haftendorn, Helga: Sicherheit und Entspannung. Zur Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland 1955-1982. Baden-Baden (Nomos Verlagsgesellschaft), 1983

Haftendorn, Helga: Die Zukunft der amerikanischen militärischen Präsenz in Europa. In: Europa-Archiv, Folge 20/1983, S.639-648

Haftendorn, Helga: Das doppelte Mißverständnis. Zur Vorgeschichte des NATO-Doppelbeschlusses von 1979. In: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, Heft 2/1985, S. 244-287

Haftendorn, Helga: Sicherheit und Stabilität Außenbeziehungen der Bundesrepublik zwischen Ölkrise und NATO-Doppelbeschluß. dtv, München, Juli 1986

Hanmer jr., Stephen R.: Die nuklearen Mittelstreckensysteme der NATO. Modernisierung parallel mit Rüstungskontrolle. In: NATO-Brief, Jg.28 (1980), Heft 1, S.3-8

Herrmann, René: Schlesingers Konkretisierung der Strategie "realistischer Abschreckung". In: Europa-Archiv, Folge 9/1974, S.205-222

Herrmann, René: Zum Problem der Beschaffung von "long-range Theater Nuclear Forces" und der Aufgaben des nuklearen Dispositivs der NATO. In: Beiträge Konfliktforschung, Jg.9 (1979), Heft 4, S.5-36

Hill-Norton, Peter: NATO 1975: Die anstehenden militärischen Probleme. In: NATO-Brief, Jg.23 (1975), Heft 2, S.9-13

Holst, J.J./Nerlich, U. (Hrsg.): Beyond Nuclear Deterrence. New York (Crane, Russak), 1977

Hunt, Kenneth: Abschreckung. In: NATO-Brief, Jg.22 (1974), Heft 1, S.9-13

Joffe, Josef: Das Umbehagen an der Stabilität: Kann Europa sich konventionell verteidigen? In: Europa-Archiv, Folge 18/1984, S.549-558

Kissinger, Henry A.: Probleme des Atlantischen Bündnisses. In: Amerika-Dienst. Hintergrundmaterial, Initial State Service, Embassy of the United States of America, 25. Januar 1984, S.1-28

Korkisch, Friedrich: Die Nuklearstrategie der USA (II). Die Entwicklung von 1945 bis in die Gegenwart: Politische und militärische Faktoren. In: Österreichische Militärische Zeitschrift, Jg.21 (1983), Heft 4, S.312-320

Korkisch, Friedrich: Marschflugkörper: Funktion und Möglichkeiten der Bekämpfung. In: Österreichische Militärische Zeitschrift, Jg.22 (1984), Heft 3, S.213-223

Krell, Gert/Schmidt, H.-J.: Der Rüstungswettlauf in Europa. Mittelstreckensysteme, Konventionelle Waffen, Rüstungskontrolle. Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK), Frankfurt/Main, 1982

Löser, Hans-Joachim: Vorneverteidigung der Bundesrepublik Deutschland? Ein Beitrag zur Strategiediskussion im NATO-Bündnis. In: Österreichische Militärische Zeitschrift, Jg.18 (1980), Heft 2, S.116-123

Lübkemeier, Eckhard: PD59 und LRTNF-Modernisierung: Militärische und Sicherheitspolitische Implikationen der erweiterten Abschreckung für die Bundesrepublik Deutschland. Forschungsinstitut der Friedrich Ebert Stiftung, Bonn, September 1981

Maizière, Ulrich de: Ersteinsatz von Atomwaffen in Europa. In: Information für die Truppe, Heft 5, 1984, S.4-16

Moniac, R. (Hrsg.): Krieg oder Frieden. Die offizielle NATO-Studie über den Kräftevergleich West-Ost. München, 1982

Nerlich, Uwe: Die Modernisierung der "Theater Nuclear Forces" der NATO. Einige politische Erwägungen. In: Europäische Wehrkunde, Jg.26 (1977), Heft 2, S.60-67

Nerlich, Uwe: Warum Mittelstreckenwaffen? Optionen der NATO: Erfordernisse und Beschränkungen. In: Pro Pace "Streit um den Frieden. Bemerkungen und Meinungen zum Doppelbeschluß der NATO", Deutsches Strategie-Forum, Bonn

Neuman, H.J.: Kernwaffen in Europa. International Institute for Strategic Studies, Bonn (Osang), 1982

Nunn, Sam: Die Abschreckung vor einem Krieg in Europa: Einige Grundvoraussetzungen müssen revidiert werden. In: NATO-Brief, Jg.25 (1977), Heft 1, S.4-7

Pawelczyk, Alfons: SALT II - läuft die Technik der Politik davon? In: Die neue Gesellschaft, Heft 3/1977, S.190-193

Pawelczyk, Alfons: Keiner kann den militärischen Sieg über den anderen erringen. In: Die neue Gesellschaft, Heft 10/1979, S.855-859

Pershing 2 und SS-20 als strategische Raketen? In: Österreichische Militärische Zeitschrift, Jg.19 (1981), Heft 5, S.373-375

Pfaltzgraff jr., Robert L.: Technologische Neuerungen und das Konzept der Verteidigung Westeuropas. In: Europa-Archiv, Folge 16/1975, S.503-512

Schutz der Freiheit. PRO PACE. Beiträge und Analysen zur Sicherheitspolitik, Deutsches Strategieforum, Bonn, 1983

Streit um den Frieden. Bemerkungen und Meinungen zum Doppelbeschluß der NATO. PRO PACE. Beiträge und Analysen zur Sicherheitspolitik, Deutsches Strategieforum, Bonn, 1983

Rattinger, Hans: Strategieinterpretationen und Rüstungskontrollkonzepte. Anmerkungen zum NATO-Doppelbeschluß. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Jg. 28 (1981), S.21 ff.

Raven, Wolfram v.: Gefahr aus der grauen Zone. Umrüstung und Nachrüstung der Kernwaffen. In: Beiträge Konfliktforschung, Jg.9 (1979), Heft 2, S.27-45

Raven, Wolfram v.: Wegkreuzung in den grauen Zonen. In: Europäische Wehrkunde, Jg.28 (1979), Heft 10, S.481-487

Richelson, Jeffrey T.: Soviet Responses to MX. In: Political Science Quarterly, Vol.96, No.3, Fall 1981, S.401 ff.

Risse-Kappen, Thomas: Fahrplan zur Abrüstung? Zur INF-Politik der Bundesrepublik Deutschland 1970-1983. HSFK-Forschungsbericht 1/85, hrsg. v. Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung, Frankfurt/Main, Jan. 1985

Risse-Kappen, Thomas: Déjà Vu: Deployment of Nuclear Weapons in West Germany. Historical Controversies. In: Bulletin of Peace Proposals, Vol.14, No.4, 1983, S.327-336

Robinson jr., Clarence A.: Another SALT Violation Spotted. In: Aviation Week & Space Technology, May 31, 1976

Rogers, Bernard W.: Die NATO in den achtziger Jahren. Ein Jahrzehnt der Herausforderung. In: Europa-Archiv, Folge 22/1980, S.673-682

Rogers, Bernard W.: NATO-Strategie: Erforderniss für glaubwürdige Abschreckung und für den Bündniszusammenhalt. In: Europa-Archiv, Folge 13/1984, S.389-400

Ruehl, Lothar: Die strategische Debatte in den Vereinigten Staaten. Zur Modifikation der amerikanischen Nuklearstrategie und den rüstungspolitischen Forderungen für SALT II. In: Europa-Archiv, Folge 23/1974, S.787-798

Ruehl, Lothar: Die Nichtentscheidung über die Neutronenwaffe. Ein Beispiel verfehlter Bündnispolitik. In: Europa-Archiv, Folge 5/1979, S.137-150

Ruehl, Lothar: Das SALT-II-Abkommen und die europäischen Interessen. In: Europa-Archiv, Folge 15/1979, S.461-472

Ruehl, Lothar: Der Beschluß der NATO zur Einführung nuklearer Mittelstreckenwaffen. In: Europa-Archiv, Folge 4/1980, S.99-110

Ruehl, Lothar: Das Verhandlungsangebot der NATO an die Sowjetunion: Suche nach einem Gleichgewicht bei den "eurostrategischen" Waffen. In: Europa-Archiv, Folge 7/1980, S.215-226

Ruehl, Lothar: Die nukleare Strategie und die Verhandlungen über Begrenzungen nuklearer Waffen. In: Europäische Wehrkunde, Jg.32 (1983), Heft 10, S.459-465

Ruehl, Lothar: Unvorsichtige Vorschläge zur Veränderung der NATO-Strategie. Über Gedankengänge ohne Boden und das, woran festgehalten werden muß. In: FAZ v. 24.April 1984, S.11

Rühle, Hans: Warum Nachrüstung? In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr.38/1983, S.20-27

Rühle, Hans: Der Planungsstab - Denkmodelle und Analysen für den Minister. In: Wehrtechnik, 1983, Heft 7, S.25-26

Ruina, Jack: Raketenabwehr - Technologie und Rüstungsbeschränkung. In: Europa-Archiv, Folge 14/1981, S.437-448

Ruth, Friedrich: Sicherheitspolitik der NATO: Abschreckung und Rüstungskontrolle. In: Europa-Archiv, Folge 5/1982, S.135-144

Sadtler, Siegfried: Zur Standortbestimmung der Rüstungsabteilung. In: Wehrtechnik, Jg.9 (1977), Heft 7, S.19-20

Seidel, Peter: Die Diskussion um den Doppelbeschluß. Eine Zwischenbilanz. München, 1982

Seim, Harvey B.: Die Gestaltung der Nuklearpolitik in der NATO. In: NATO-Brief, Jg.21 (1973), Heft 6, S.11-13

Shearer, Richard: Nuklearwaffen und die Verteidigung Europas. In: NATO-Brief, Jg.23 (1975), Heft 6, S.12-14

Shearer, Richard: NATO-Konsultation über Nuklearpolitik. In: NATO-Brief, Jg.27 (1979), Heft 5, S.25-27

SIPRI (Stockholm International Peace Research Institute) (Hrsg.): Tactical Nuclear Weapons: European Perspectives Stockholm, 1978

Sloan, Stanley R.: Der amerikanische Kongreß und die Lastenteilung im Atlantischen Bündnis. In: Europa-Archiv, Folge 20/1981, S.605-614

Special Consultative Group (SCG): Progress Report to Ministers. NATO Press Service, 8.12.1983, Brüssel

Schmid, Günther: Sicherheitspolitik und Friedensbewegung. Ilzog Verlag, München, 1982

Schmidt, Helmut: Der Doppelbeschluß ist nach wie vor richtig. In: "Die Zeit", Nr.23 v. 3.Juni 1983, S.4

Schmidt, Helmut: Eine Strategie für den Westen. Siedler-Verlag, 1986

Schmückle, Gerd: Ohne Pauken und Trompeten. 1982

Schmückle, Gerd: Das Schwert am seidenen Faden. Krisenmanagement in Europa. Stuttgart (DVA), 1984

Schulte, Heinz: Wird die Pershing II in Deutschland aufgestellt? In: Internationale Wehrrevue, 1983, Heft 5, S.551-552

Schulze, Franz J.: Sicherheitspolitische und militärstrategische Rahmenbedingungen der Verteidigung Europas. In: Europa-Archiv, Folge 11/1984, S.327-334

Stratmann, K.-Peter: Das "eurostrategische" Kräfteverhältnis. Zweifelhafte Bewertungen als Folge der Anwendung unterschiedlicher Kriterien. In: Europa-Archiv, Folge 13/1981, S.387-398

Stützle, Walter: Politik und Kräfteverhältnis. Die Bundesrepublik im Wechselspiel der wirtschaftlichen, politischen und militärischen Kräfte von Ost und West. Herford (Mittler und Sohn), 1983

Talbott, Strobe: Raketenschach. München (Piper), 1984

Talbott, Strobe: Buildup and Breakdown. Foreign Affairs, Issue Dec. 1983

The Modernization of NATO's Long-Range Theater Nuclear Force's. Report prepared for the Subcommittee on Europe and the Middle East of the Committe an Foreign Affairs, U.S. House of Representatives, Washington 1981

Thomson, J.A.: Planning for NATO's nuclear deterrence in the 1980's and 1990's. In: Survival, Vol.25 (1983), No.3, S.98-109

Thomson, J.A.: The LRTNF decision: evolution of US theatre nuclear policy 1975-79. In: International Affairs, Vol.40 (1984), No.4, S.601-614

Treverton, Gregory F.: Das SALT-II-Abkommen: Inhalt, Bedeutung und einige Probleme. In: Europa-Archiv, Folge 15/1979, S.451-472

Treverton, Gregory F.: Nuclear Weapons and the "Gray Area". In: Foreign Affairs, Summer 1979, Vol.57, No.5

Ullman, Richard H.: Out of the Euromissile mire. In: Foreign Policy, No.50, Spring 1983, S.39-52

Vance, Cyrus: Hard Choices: Critical years in America's Foreign Policy. New York, 1983

Vardamis, Alex A.: Die Vereinigten Staaten und die Bundesrepublik Deutschland als Partner in der NATO. In: Europa-Archiv, Folge 6/1979, S.162-172

Vigereno, Guido: The Bomb & European Security. London, 1983

Voigt, Karsten D.: Das Risiko eines begrenzten Nuklearkrieges in Europa. Zur Diskussion über die westliche Militärdoktrin und den NATO-Doppelbeschluß vom Dezember 1979. In: Europa-Archiv, Folge 6/1982, S.151-160

Vries, Klaas G. de: The Security of the Alliance. The Role of Nuclear Weapons. General Report, North Atlantik Assembly Papers, Oct. 1979

Vries, Klaas G. de: Alliance Security Issues. General Report, North Atlantik Assembly Papers, Nov. 1980

Warnke, Paul C.: SALT-II und die Sicherheit der NATO. In: NATO-Brief, Jg.27 (1979), Heft 4, S.3-6

Weers, Egge: Zum Thema: Mittelstreckenraketen. In: Das Parlament, Nr.27, v. 9.7.1983, S.6

Wettig, Gerhard: Die Sowjetunion und die Rüstungskontrolle in Europa. In: Europäische Wehrkunde, Jg.26 (1977), Heft 10, S.490-495

Wettig, Gerhard: Die Mittelstreckenproblematik aus sowjetischer Sicht. In: Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien, 1-1980

Wettig, Gerhard: Nachrüstungsbeschluß und Verhandlungsangebot der NATO im sowjetischen Urteil. In: Europäische Wehrkunde, Jg.29 (1980), Heft 7, S.326-330

Wettig, Gerhard: Die Auseinandersetzungen um die eurostrategische Nachrüstung der NATO. Köln, Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, 1980

Wettig, Gerhard: Die sowjetischen Sicherheitsvorstellungen und die Möglichkeiten eines Ost-West-Einvernehmens. Baden-Baden 1981

Wettig, Gerhard: Konflikt und Kooperation zwischen Ost und West. Entspannung in Theorie und Praxis. Außen- und Sicherheitspolitische Analyse, Bonn 1981

Wettig, Gerhard: Umstrittene Sicherheit. Friedensbewahrung und Rüstungsbegrenzung in Europa. Berlin 1982

Wettig, Gerhard: Die Abschreckungspolitik in sowjetischer Sicht. In: Europäische Wehrkunde, Jg.31 (1982), Heft 1, S.11-14

Wettig, Gerhard: Andropows Vorschläge für eine INF-Regelung. In: Europäische Wehrkunde, Jg.32 (1983), Heft 2, S.50-53

Wettig, Gerhard: Andropows INF-Anregungen In: Europäische Wehrkunde, Jg.32 (1983), Heft 7, S.333

Wettig, Gerhard: Der Kern der sowjetischen Bedrohungsdialektik. In: Außenpolitik, Jg.35, 1/84, S.31-43

Wettig, Gerhard: Das Scheitern der INF-Verhandlungen in Genf. In: Außenpolitik, Jg.35, 2/84, S.127-143

Wettig, Gerhard: Die Sowjetunion und die Rüstungskontrolle. In: Außenpolitik, Jg.36, 1/85, S.25-36

Yost, David S.: Die Zukunft atomarer Rüstungskontrolle in Europa. Von SALT zu START und INF. Koblenz (Bernard & Graefe) 1984

Yost, David S.: START, INF und europäische Sicherheit. In: Europa-Archiv, Folge 20/1983, S.627-638

Zur Atomrüstung der Sowjetunion. In: Österreichische Militärische Zeitschrift, Jg.21 (1983), Heft 3, S.223-229

2. Berichte, amtliche Publikationen und Dokumentationen

Archiv der Gegenwart, hrsg. v. Heinrich v. Siegler, Bonn

Auswärtiges Amt (Hrsg.): Abrüstung und Rüstungskontrolle. Dokumente zur Haltung der Bundesrepublik Deutschland, Bonn 1981

Auswärtiges Amt / Bundesministerium der Verteidigung (Hrsg.): Es geht um unsere Sicherheit. Bündnis, Verteidigung und Rüstungskontrolle, Bonn 1982

Der Bundesminister der Verteidigung (Hrsg.): Die nuklearen Mittelstreckenwaffen. Modernisierung und Rüstungskontrolle, Bonn 1980

Der Bundesminister der Verteidigung (Hrsg.): Weißbücher 1975 bis 1984. Zur Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland, Bonn

Europa-Archiv. Zeitschrift für Internationale Politik. Dokumente. Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik, Bonn

NATO (Hrsg.): Intermediate-Range Nuclear Forces (INF).Progress Report to Ministers by the Special Consultative Group, 8. Dezember 1983, Brüssel 1983

NATO (Hrsg.): Das atlantische Bündnis. Tatsachen und Dokumente, Brüssel 1982

Nuclear Weapons and Foreign Policy. Hearings before the Subcommitte on U.S. Security Agreements and Commitments Abroad and Subcommitte on Arms Control, International Law and Organization of the Committee on Foreign Relations, United States Senate, 93. Congress on U.S. Nuclear Weapons in Europe and U.S.-U.S.S.R. Strategic Doctrines and Policies, March 7, 14 and April 4, 1974

Planning U.S. General Purpose Forces: The Theater Nuclear Forces. Budget Issue Paper, The Congress of the United States Congressional Budget Office, Jan. 1977

Policy, Troops and the NATO Alliance. Report of Senator Sam Nunn to the Committee on Armed Services. United States Senate, 93. Congress, Washington, April 2, 1974

Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hrsg.): Aspekte der Friedenspolitik. Argumente zum Doppelbeschluß des Nordatlantischen Bündnisses, Bonn 1981

Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hrsg.): Berichte zum Stand der Bemühungen um Rüstungskontrolle und Abrüstung sowie der Veränderungen im militärischen Kräfteverhältnis, 1982 bis 1984,Bonn

The Modernization of NATO's Long-Range Theater Nuclear Forces. Report Prepared for the Subcommittee on Europe and the Middle East of the Committee on Foreign Affairs, U.S. House of Representatives, 96. Congress, Washington D.C., Dec. 1980

Fisical Year 1982 Arms Control Impact Statements. Statements Submitted to the Congress by the President Pursuant to Section 36 of the Arms Control and Disarmament Act, 97. Congress, Washington D.C., Feb. 1981

Special Consultative Group (SCG): Progress Report to Ministers. NATO Press Service, Brüssel, December 8, 1983

3. Nachschlagewerke und Jahrbücher

Lutz, Ernst (Hrsg.) Lexikon zur Sicherheitspolitik. München 1980

Military Balance. Hrsg. v. International Institute for Strategic Studies (IISS), London

SIPRI (Stockholm International Peace Research Institute) Yearbook. World armaments and disarmament, Stockholm

Streitkräfte. Die "Military Balance" des Internationalen Instituts für strategische Studien, London, München: Bernard und Graefe, Originalt. Military Balance, dt.

Lebenslauf

Am 1. März 1958 wurde ich, Karla Hannemann, als Tochter des Arztes Dr. med. Wolfram Hannemann und seiner Ehefrau Gertraude Hannemann, geb. Oehme, in Göppingen geboren.

Von 1965 bis 1968 besuchte ich die Grundschule in Göppingen-Holzheim, anschließend das Werner-Heisenberg-Gymnasium in Göppingen, an dem ich 1977 die Allgemeine Hochschulreife erwarb.

Vom WS 1977 bis WS 1978 studierte ich an der Universität Stuttgart Politikwissenschaften, Geschichte und Anglistik.

Seit SS 1979 studiere ich an der Universität München Politikwissenschaft, Neuere Geschichte und Zeitungswissenschaft und legte im Frühjahr 1984 die Magisterprüfung mit Erfolg ab.